REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 401 · 10.4.1997

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 39 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Mit der Kriegsflotte gegen Flüchtlinge (Italien gegen albanische Flüchtlinge) - Js.
2. Kein Nazi-Aufmarsch in Leipzig! Aufruf zu den Gegenaktivitäten am 1. Mai
3. Geschichtsbewältigung per Scheckbuch. 60. Jahrestag der Zerstörung Gernikas durch die deutsche Legion Condor - Dirk Hempel
4. Auf dem Bau gärt es - gg.
5. Metaller-Demo vor der Deutschen Bank - Uli, Nürnberg
6. Kohle muß weg ?! - gg.
7. Konfrontation und Versöhnung. Die Wehrmachtsdebatte im Bundestag: Harmonie am falschen Ort - Js.
8. Keine verbrecherische Organisation? Befehle der Wehrmachtsführung zum Krieg gegen die SU. Dokumentation
9. "Dolgenbrodt - Dein Ende droht". Umstrittene Antifa-Demo wirft Fragen nach dem Umgang mit den TäterInnen auf - Peter Nowak/kuk
10. Biedermänner und Brandstifter. Dolgenbrodt: Das Ende der Lügen - Anschlag auf Asylbewerberheim aufgeklärt - kuk
11. Dem Militär den Boden entziehen - Ostermarsch FREIe HEIDe - Vo.
12. Helden von Detmold. Bundeswehrsoldaten machen Jagd auf Ausländer - Kt.
13. Kongreß des Front National in Strasbourg. Zehntausende protestierten gegen die Rechtsextremisten - Bernhard Schmid
14. Die unheilbare Verletzung. Zum Gedenken an Primo Levi (1919-1987) - Js.
15. Abschiebung als Massenvertreibung (von Flüchtlingen aus Bosnien-Hercegovina) - Kt.
16. Arroganz der Macht: Kinder-Visaverordnung. Kanther leitet Europäisches Jahr gegen Rassismus ein - mb., Berlin
17. Mit Staatsgewalt gegen Bürger und Bürgerinnen - der dritte Castor-Transport - Komitee für Grundrechte und Demokratie
18. Das Positionspapier zum Atomenergie-Konsens. "Entwurf der Arbeitsgruppe für eine Verständigung". Dokumentation
19. Neue Atom-Lager braucht das Land! Zum Stand der Energiekonsensgespräche zwischen SPD und Bundesregierung - DSe
20. 5000 HamburgerInnen auf die Krümmel-Schienen! Auswertung der Aktion "1000 HamburgerInnen mehr ins Wendland" - Aktionsbündnismitglieder
21. Dr. Seltsam klont Umberto Eco. Ergänzung zu "Klon-Schaf Dolly: Na und" in ak 400 - U. Eco
22. Stauen um jeden Preis. Ökologische, soziale und ökonomische Fehler internationaler Staudammpolitik - Heffa Schücking
23. Milliarden Euro für den "Eurofighter 2000". Kriegsszenarien der Zukunft und Sozialabbau - Thomas W. Klein
24. Außer Spesen nix gewesen. Die Ukraine im Jahre sechs der Unabhängigkeit - Amelie Lanier
25. Nicht auf den Generalstreik verzichten! Interview mit Marcelino Camacho Abad, Comisiones Obreras - Dirk Hempel
26. Wahlerfolg der FMLN. Ergebnisse vom 16. März schwächten ARENA-Regierung - Al., Nürnberg
27. Keine Einigung in Lima. Fortschritte bei zweitrangigen Fragen, Blockade bei der Gefangenenfreilassung - kuk
28. Sich um die Bäume sorgen heißt, sich um die Menschen kümmern. Interview mit Ottis Simopiaref, West-Papua
29. Irak: Metropolen sichern ihre Geldquelle. Antwort auf "Rückkehr und Reformen" in ak 399 - Thomas Uwer, wadi e.V.
30. Solidarität als Entsorgung? Warum deutsche InternationalistInnen in aller Welt "KZs" entdeck(t)en - Spirit of Resistance
31. Die Goldhagen-Debatte - war's das schon? - Kt.

32. Alles wirklich so neu bei Goldhagen? - Werner Brill
33. Die drohende Unwirtlichkeit der SPD (Kritik des Artikels über "soziale Zonierung" in ak 398) - Kt.
34. Antinationale auf dem Holzweg. ECMI - Speerspitze imperialistischer deutscher Außenpolitik? - Henning Nielsen, Flensburg
35. "Eines Tages werden sie uns verstehen." Notizen zu einigen Filmen über den Irland- Konflikt - lg/om aus Köln
36. Furcht vor toter Journalistin. Buch von Lissy Schmidt in der Türkei beschlagnahmt - Thomas W. Klein
37. Dr. Seltsam klont Umberto Eco. Ergänzung zu "Klon-Schaf Dolly: Na und" in ak 400
38. Quelldatei 30.htm
39. Quelldatei 37.htm

1. Mit der Kriegsflotte gegen Flüchtlinge (Italien gegen albanische Flüchtlinge)

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:39

Ob Unfall oder vorsätzlicher Angriff - die Verantwortung für den Tod von mehr als 80 albanischen Flüchtlingen trägt die italienische Regierung. Wer eine Seeblockade verhängt und die Kriegsmarine gegen Fischkutter mobilisiert, muß wissen, was er tut. Dieses "tragische Unglück" war vorauszusehen und wurde auch vorausgesagt.

In den Zeitungen finden sich seit Wochen die vertrauten Bilder aus dem Jahre 1991: überfüllte Schiffe im Hafen von Bari, dichtes Gewimmel auch auf den Kais, 15.000 Menschen eingesperrt im Fußballstadion. Die Botschaft der Bilder fast sechs Jahre später ist eindeutig: So weit darf es diesmal nicht kommen; wehret den Anfängen! Auch nach der brutalen Massenabschiebung von 1991 war klar, daß für viele AlbanerInnen Italien das Land ihrer Träume bleiben würde. Denn warum waren die Menschen gekommen? Rossana Rossanda schrieb damals: "Weil sie vom Westen das erhalten wollen, was der Westen ihnen in allen Sprachen der Welt über Radio Free Europe seit 40 Jahren verspricht. Sie bitten nicht um Almosen, sie sind nicht demütig und fromm; sie sind wütend, weil sie das Versprochene nicht bekommen." Auch neue Versprechen wurden nicht eingehalten: Bis zu 10 Mrd. Dollar wollten die EU-Länder damals nach Albanien schicken - nach der zwangsweisen Rückverfrachtung der Flüchtlinge.

Angekommen ist fast nichts davon. Der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit Italien, dem wichtigsten Handelspartner, brachte Albanien ein Handelsbilanzdefizit von 180 Mio. DM. In den italienischen Fernsehprogrammen konnten die Albaner- Innen weiter miterleben, wie sich Italien präsentierte: ein modernes Industrieland, Mitglied der G7, fast schon eine Großmacht. Und dieses glückliche Land liegt - an der Meerenge von Otranto - gerade mal 75 Kilometer von der albanischen Küste entfernt.

Nun hat es, nach Rebellion und Bürgerkrieg, eine neue Massenflucht nach Italien gegeben. "Bürgerkrieg? Aber nein!" protestieren die gleichen Medien, die noch vor Wochen den "Zusammenbruch Albaniens" (La Repubblica) meldeten; die vielen Kalashnikows seien nur für die Fernsehkameras geschwenkt worden, alles nur Bluff, ein virtueller Putsch: "Berisha wollte Hilfsmittel von Europa haben und Immigranten nach Italien loswerden", schreibt allen Ernstes die Wochenzeitschrift L'Espresso und warnt vor falschem Mitleid: Albanien sei zwar arm, leide aber keinen Hunger.

Große Teile der Medien und der politischen Klasse sind sich einig: Die da kommen, sind mehrheitlich gar keine Flüchtlinge, es sind "Kriminelle", vor allem Prostituierte, Drogenhändler und Mafiosi. Fotos zeigen Bewaffnete, die darüber entscheiden, wer an Bord eines der Fluchtschiffe gehen darf.

Es ist wahr: Am Elend der Flüchtlinge wird von transnationalen kriminellen Vereinigungen schamlos verdient. Mit im Geschäft sind die italienischen Mafiaclans, wie schon bei den Anlagebetrügereien, die zu den Rebellionen führten. Auf 1.000 Dollar soll der Preis für die Überfahrt gestiegen sein. Das ist unmoralisch, aber auch eine logische Folge der immer mehr perfektionierten Abschottung der reichen Länder.

Italien trifft die Hauptschuld am Tod der 80 Flüchtlinge, und es ist verantwortlich für die Behandlung derjenigen, die ins Land gekommen sind und dort maximal 60 Tage bleiben dürfen. Auch das ist vielen ItalienerInnen schon zu lange. Kommunalpolitiker verlangen von der Regierung, "daß sofort etwas geschieht" - der Saisonbeginn steht vor der Tür, da kann man Arme in Sammelunterkünften und auf Campingplätzen schon gar nicht gebrauchen.

Und das übrige Europa? Griechenland hat die Grenzen nach Albanien längst abgeriegelt, und die Regierungen der führenden EU-Länder diskutierten wochenlang vor allem das Für und Wider einer militärischen Intervention. Bonn äußerte sich auffällig zurückhaltend, nachdem Bundeswehrsoldaten für ihre "Rettungsaktion" am 14. März in Tirana einhellig gelobt worden waren: "Präzisionsarbeit" mit Schußwaffeneinsatz und einem verletzten Albaner. Kinkel war mächtig stolz, "daß wir auch mal helfen konnten." Wer der Welt eben ein so prächtiges Stück deutscher Wertarbeit geliefert hat, darf auch auf "humanitärem Gebiet" mal kürzer treten: "Unser Boot ist praktisch voll", sagte Kinkel weiter, bei der Aufnahme von Flüchtlingen seien "jetzt auch mal die anderen dran".

Diese Aussage wird seiner Popularitätskurve gut tun. Bild-LeserInnen kennen Albanerinnen ohnehin nur als Gauner und Betrüger. Aber auch die liberale Presse wirbt um Sympathie für harte Maßnahmen. Der Italien-Korrespondent der Frankfurter Rundschau fand es besonders gelungen, daß die italienische Regierung im Süden des Landes - "vorbeugend", wie er zugibt - den Notstand ausrief: "Die harte Haltung Roms soll den TV-Zuschauern in Durres und Vlora die Idee austreiben, ihr Heil in der Flucht zu suchen. So ist die Notstandserklärung eine Demonstration und kann, wenn sich Italien außerdem hilfreich wie 1991 engagiert, in Albanien beruhigend wirken." (FR, 20.3.)

Nach der Abschreckung und der vorsätzlich-fahrlässigen Versenkung kommt nun die Intervention unter italienischer Führung: Das Land hat zweifellos die engsten "historischen Bindungen" an Albanien. Während des Faschismus war Albanien de facto italienisches Protektorat und billiger Lieferant von Nahrungsmitteln, Erzen und Erdöl. Im April 1939 landeten italienische Truppen in Albanien und besetzten Tirana und Elbasan. Einen Monat später unterzeichneten Hitler und Mussolini den "Stahlpakt", einen militärischen Beistandspakt auch für Angriffskriege. Albanien wurde militärisches Aufmarschgebiet gegen Jugoslawien und Griechenland.

Der Auftrag der europäischen "Friedenstruppe" (neben Italien sind Frankreich, Griechenland, die Türkei, Spanien und Rumänien beteiligt) ist unklar: Soll sie nur Hilfsgüter verteilen oder "Polizeifunktionen" wahrnehmen? Wie verteidigt sie sich gegen Angriffe, ohne eine militärische Eskalation heraufzubeschwören? Die linke italienische Tageszeitung Il Manifesto erinnerte bereits an den Vietnamkrieg: Auch damals seien nach den Beratern Soldaten gekommen, um die Berater zu schützen, und dann mehr "Soldaten, um die dort befindlichen Soldaten zu schützen und so weiter ..."

Js.

Italien trifft die Hauptschuld am Tod der 80 Flüchtlinge, und es ist verantwortlich für die Behandlung derjenigen, die ins Land gekommen sind und dort maximal 60 Tage bleiben dürfen. Auch das ist vielen ItalienerInnen schon zu lange. Kommunalpolitiker verlangen von der Regierung, "daß sofort etwas geschieht" - der Saisonbeginn steht vor der Tür, da kann man Arme in Sammelunterkünften und auf Campingplätzen schon gar nicht gebrauchen.

Und das übrige Europa? Griechenland hat die Grenzen nach Albanien längst abgeriegelt, und die Regierungen der führenden EU-Länder diskutierten wochenlang vor allem das Für und Wider einer militärischen Intervention. Bonn äußerte sich auffällig zurückhaltend, nachdem Bundeswehrsoldaten für ihre "Rettungsaktion" am 14. März in Tirana einhellig gelobt worden waren: "Präzisionsarbeit" mit Schußwaffeneinsatz und einem verletzten Albaner. Kinkel war mächtig stolz, "daß wir auch mal helfen konnten." Wer der Welt eben ein so prächtiges Stück deutscher Wertarbeit geliefert hat, darf auch auf "humanitärem Gebiet" mal kürzer treten: "Unser Boot ist praktisch voll", sagte Kinkel weiter, bei der Aufnahme von Flüchtlingen seien "jetzt auch mal die anderen dran".

Diese Aussage wird seiner Popularitätskurve gut tun. Bild-LeserInnen kennen Albanerinnen ohnehin nur als Gauner und Betrüger. Aber auch die liberale Presse wirbt um Sympathie für harte Maßnahmen. Der Italien-Korrespondent der Frankfurter Rundschau fand es besonders gelungen, daß die italienische Regierung im Süden des Landes - "vorbeugend", wie er zugibt - den Notstand ausrief: "Die harte Haltung Roms soll den TV-Zuschauern in Durres und Vlora die Idee austreiben, ihr Heil in der Flucht zu suchen. So ist die Notstandserklärung eine Demonstration und kann, wenn sich Italien außerdem hilfreich wie 1991 engagiert, in Albanien beruhigend wirken." (FR, 20.3.)

Nach der Abschreckung und der vorsätzlich-fahrlässigen Versenkung kommt nun die Intervention unter italienischer Führung: Das Land hat zweifellos die engsten "historischen Bindungen" an Albanien. Während des Faschismus war Albanien de facto italienisches Protektorat und billiger Lieferant von Nahrungsmitteln, Erzen und Erdöl. Im April 1939 landeten italienische Truppen in Albanien und besetzten Tirana und Elbasan. Einen Monat später unterzeichneten Hitler und Mussolini den "Stahlpakt", einen militärischen Beistandspakt auch für Angriffskriege. Albanien wurde militärisches Aufmarschgebiet gegen Jugoslawien und Griechenland.

Der Auftrag der europäischen "Friedenstruppe" (neben Italien sind Frankreich, Griechenland, die Türkei, Spanien und Rumänien beteiligt) ist unklar: Soll sie nur Hilfsgüter verteilen oder "Polizeifunktionen" wahrnehmen? Wie verteidigt sie sich gegen Angriffe, ohne eine militärische Eskalation heraufzubeschwören? Die linke italienische Tageszeitung Il Manifesto erinnerte bereits an den Vietnamkrieg: Auch damals seien nach

den Beratern Soldaten gekommen, um die Berater zu schützen, und dann mehr "Soldaten, um die dort befindlichen Soldaten zu schützen und so weiter ..."

Js.

2. Kein Nazi-Aufmarsch in Leipzig! Aufruf zu den Gegenaktivitäten am 1. Mai

Aufruf zu Gegenaktivitäten am 1. Mai

Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:13

Dokumentation:

Kein Nazi-Aufmarsch in Leipzig!

Aufruf zu Gegenaktivitäten am 1. Mai

Die Bilder von 5000 durch die Münchner Innenstadt ziehenden Nazis sind kaum von den Bildschirmen und aus den Zeitungen verschwunden, da zeichnet sich schon das nächste Großereignis der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) ab. Bereits seit Anfang 1997 sind Aufrufe der Jungen Nationaldemokraten bekannt, die zu der Teilnahme an einer bundesweiten Demonstration des "nationalen Spektrums" am 1. Mai in Leipzig auffordern. Am 1. März in München wurde dieser Termin den dort anwesenden neofaschistischen Gegnern der Anti-Wehrmachtsausstellung bekanntgegeben. Mittlerweile mobilisieren alle für die Naziszene relevanten Schaltstellen für diesen Tag. Es werden Mitfahrmöglichkeiten in Bussen angeboten und über regionale Sammlungspunkte der Nazis informiert. Im Internet kursieren bereits Aufrufe. Auf dem Leipziger Arbeitsamt liegen Flugblätter aus, die zur Teilnahme an der "Demonstration des Nationalen Widerstandes" auffordern.

Die Demonstration ist seit dem 28. Februar angemeldet. Der Aufmarsch wird von den Kreisen vorbereitet, die auch bei der Organisation eines der größten Nazi-Treffens seit den 60er Jahren am 1. März in München federführend waren. Als Treffpunkt wurde der im Leipziger Stadtzentrum liegende Wilhelm-Leuschner-Platz ausgewählt.

Die NPD und JN

NPD und JN gelten derzeit als die aktivsten und erfolgreichsten Organisationen im Nazi-Spektrum. Beide fungieren nach den Verboten einiger neofaschistischer Parteien und Organisationen in den letzten Jahren als Auffangbecken für deren ehemalige Mitglieder. Zwar beanspruchte die formelle Jugendorganisation der NPD - die JN - in der jüngsten Vergangenheit eine stärkere Eigenständigkeit gegenüber der Mutterpartei, doch gibt es inhaltlich und organisatorisch immer noch eine Reihe von Überschneidungen. Beide Organisationen postulieren nationalrevolutionäre Positionen, die auf einer rassistischen, völkischen und antisemitischen Ideologie beruhen. Organisatorisch arbeiteten beide Gruppierungen erst jüngst bei den Vorbereitungen der Aufmärsche in Aschaffenburg und München intensiv zusammen. In Sachsen und speziell im Leipziger Raum verfügen die NPD/JN über ein großes Potential an Mitgliedern und Anhängern. Im Februar dieses Jahres berichtete der sächsische Verfassungsschutz über einen "gewaltigen Zuwachs" auf 300 Mitglieder im Freistaat (bundesweit: 2800). Nach Eigenangaben verfügt die NPD allein in Leipzig über 113 Mitglieder. Außerdem ist der stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD, Jürgen Schön, in Leipzig wohnhaft. Als weiteres Beispiel für die hiesige Stärke der Organisationen muß auch der im vorigen Jahr in Leipzig stattgefundene Bundeskongreß der JN bewertet werden. Die Zusammenarbeit von JN, NPD und anderen "nationalen Aktivisten" offenbarte sich in der Messestadt bisher vor allem durch die Organisation und Teilnahme an gemeinsamen Gesprächskreisen und an der propagandistischen Offensive der Organisationen in der Kleinstadt Wurzen. Die bundesweit im letzten Jahr bekanntgewordene Nazi-Szene in der nur einige Kilometer entfernten Stadt im Muldentalkreis verfügt über beste Kontakte zu den NPD-Funktionären in der Messestadt. An der geschichtsrevisionistischen Demonstration in München nahmen über 150 Nazis aus dem Raum Leipzig-Wurzen teil, die mit drei Reisebussen in die bayerische Metropole unterwegs waren. Diese starke regionale Verankerung spricht an sich schon für den zum 1. Mai gewählten Aufmarschort. Zumal die Nazis nicht nur in Leipzig, im Muldentalkreis und in Ostsachsen (Bautzen, Zittau etc.), sondern generell in den neuen Bundesländern sehr erfolgreich agieren und besonders in ländlichen Gegenden durch ihre oft jugendliche Klientel eine politische und durch rassistische Überfälle geprägte Hegemonie ausüben.

Symbole und Parolen

Es ist zu vermuten, daß die Nazis mit ihrer Aktion an den Leipziger Mythos einer "friedlichen Revolution" aus dem Jahre 89 anknüpfen wollen. Der gewählte Auftakttreffpunkt der Nazis, der sich auf dem Leipziger Innenstadtring befindet, auf dem im Wende-Jahr die berühmt-berüchtigten MontagsdemonstrantInnen ihre Kreise zogen, deutet auf ein solches Anknüpfungsverlangen hin. Nicht ganz unabhängig von jener angestrebten Symbolträchtigkeit bauen die Nazis natürlich gerade im Osten auf den Erfolg ihrer diesjährigen Strategie der verstärkten Thematisierung der sozialen Frage von rechts. Mit ihren Forderungen wie "Arbeit zuerst für Deutsche" oder "Gegen System und Kapital - unser Kampf ist national" nutzen sie - und das nicht erfolglos, wie der Blick auf die Mitgliederzahlen zeigt - die hohe Arbeitslosigkeit und die weit verbreiteten rassistischen Ressentiments für ihren antikapitalistisch verbrämten, rassistischen Populismus. Genau in diese Strategie ordnet sich der Aufruf für den 1. Mai in Leipzig ein, in dem die "rapide zunehmende soziale Verelendung von Teilen unseres Volkes", welche von den "liberalkapitalistischen Systemparteien" verschuldet wäre, als inhaltlicher Fixpunkt auftaucht. Zusammen mit den verwendeten Parolen ("Leistet Widerstand jetzt", "Kampftag der Arbeit" etc.) zeigt sich auch der seit längerem offensichtliche Versuch der NPD/JN, ehemals per se linke "Floskeln" für ihre Ziele zu vereinnahmen.

Es steht zu vermuten, daß die Nazis mit dieser inhaltlichen Ausrichtung noch mehr Menschen als am 1. März in München mobilisieren können. Es könnte ihnen das erste Mal gelingen, jene Personen, die sich bisher immer noch von äußerlich erkennbaren Neonazis abgrenzten, für einen gemeinsamen Aufmarsch zu begeistern. Wer am 1. Mai unter den NPD/JN-Fahnen marschiert, hat sich entschieden und gehört mit allen Mitteln bekämpft.

Antifa heißt Ausschlafen

Natürlich wollen wir den Naziaufmarsch nicht dulden. Ganz im Gegenteil: Wir wollen die Nazis mit allen Anstrengungen aus der Stadt jagen! Auf die Anhaltspunkte, die auf ein eventuelles Verbot des Aufmarsches deuten, können wir uns auf keinen Fall verlassen. Selbst wenn eine solche Verfügung ergehen würde, hätten die Anmelder immer noch genügend Zeit, eine rechtliche Revision zu erwirken oder auf andere Städte (z.B. in das in einem anderen Bundesland, aber sehr nah an Leipzig gelegene Halle) auszuweichen. Auch darauf sollten wir vorbereitet sein. Der 1. März in München hat nicht nur gezeigt, über welch ein beachtliches Potential die Nazis trotz der Verbote und Übernahme rechter Politikinhalte in das etablierte Parteienspektrum verfügen. Er hat auch gezeigt, wie den Nazis erfolgreich begegnet werden kann. Ein breites Bündnis antifaschistischer Kräfte besetzte nach teilweise parallelen Demonstrationen den Abschlußkundgebungsort der Nazis und verhinderte wenigstens den symbolträchtigsten Abschnitt ihres Aufmarsches, direkt vor dem Ort der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht". München zeigte aber auch, daß die autonome Antifa alleine eine solche Faschoveranstaltung nicht mehr wirksam behindern kann. In Leipzig wird ein ähnlich breites Bündnis angestrebt, wobei es bekanntlich im Osten sehr viel schwieriger ist, ein solches zustande zu bekommen. Auf ein Bündniskonzept zu setzen, heißt aber für uns, trotz der Erfahrung, daß der Naziaufmarsch in München von vielen Antifas nicht genügend ernst genommen wurde, auf die Gegenmobilisierung in autonomen Antifa-Kreisen zu bauen. Wir gehen davon aus, daß nur mit dem Potential, welches bei der antifaschistischen Demonstration in Wurzen im letzten Jahr sichtbar wurde, unser Ziel, die Verhinderung des Aufmarsches, erreicht werden kann. Natürlich wissen wir um die "Konkurrenzveranstaltungen", die traditionellen Aktivitäten der radikalen Linken am 1. Mai. Wir maßen uns hier nicht an, über die "revolutionären Mai-Demos" urteilen zu wollen. Doch wenn auch diesmal wieder die radikale Linke - und mit ihr maßgebliche Teile der autonomen Antifa - die Nazis weitgehend unbehindert marschieren läßt (wie z.B. in den letzten Jahren in Berlin), könnte es sein, daß sie bald nicht mehr die Möglichkeiten für ihre politischen Intentionen vorfindet.

Wir appellieren hiermit eindringlich an alle Antifas, die Nazi-Aktivitäten an diesem Tag nicht zuzulassen. Beteiligt euch an den geplanten Gegenaktivitäten gegen den Naziaufmarsch in Leipzig!

Als Auftakt der antifaschistischen Aktionen in Leipzig ist bis jetzt geplant:

- eine Bündnisdemonstration Treff: 9.00 Uhr, 1.5.1997, Karl-Liebknecht-Str./Ecke Kurt-Eisner-Str. (im Süden Leipzig)

Weitere Informationen:

Bündnis gegen Rechts c/o VL

Postfach 54, 04251 Leipzig

Fax: 0341-9608303

E-mail: BGR@LINK-L.cl.sub.de

Rück-/Anmeldungen für das zentrale Vorbereitungstreffen, Bestellen von Plakaten und weitere Fragen: Tel. 0177/2661297, nur Sonntags und am Tag vor der Demo, 14-20 Uhr.

3. Geschichtsbewältigung per Scheckbuch. 60. Jahrestag der Zerstörung Gernikas durch die deutsche Legion Condor

Autor: Dirk Hempel · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:20

25. Juli 1936: Knapp einen Monat nach dem Beginn des spanischen Bürgerkrieges trifft sich der Franco-Vertraute Francisco Arranz Monasterio in Bayreuth mit Adolf Hitler und Hermann Göring. Der Militär von der iberischen Halbinsel bittet die Nazigrößen um Hilfe. Drei Tage zuvor waren zwei seiner Putsch-Kameraden bereits bei Mussolini mit einem gleichlautenden Ersuchen vorstellig geworden.

Göring vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg (1) über das Bayreuther Gespräch: "Man darf nicht vergessen, Franco stand mit seinen eigentlichen Truppen in Afrika, konnte nicht herüberkommen, da die Flotte in den Händen der Kommunisten war oder, wie sie sich damals nannte, der zuständigen Revolutionsregierung in Spanien. Das Entscheidende war, daß zunächst seine Truppen nach Spanien kamen. Der Führer überlegte sich, ich drängte lebhaft, die Unterstützung unter allen Umständen zu geben. Sinnvoll, um der Ausweitung des Kommunismus an dieser Stelle entgegenzutreten, zum zweiten aber, um meine junge Luftwaffe bei dieser Gelegenheit in diesem oder jenen technischen Punkt zu erproben. Ich sandte mit Genehmigung des Führers einen großen Teil meiner Transportflotte und sandte eine Reihe von Erprobungskommandos meiner Jäger, Bomber und Flakgeschütze hinunter und hatte auf diese Art und Weise Gelegenheit, im scharfen Schuß zu erproben, ob das Material zweckentsprechend entwickelt wurde. Damit auch das Personal eine gewisse Erfahrung bekam, sorgte ich für einen starken Umlauf, das heißt, immer wieder neue hin und die anderen zurück." Kaum im Reich beschlossen, trafen die ersten deutschen Flugzeuge schon bald in Marokko ein, um die Franco-Truppen nach Spanien zu bringen. Das war der Anfang von fast drei Jahren deutscher Putschunterstützung in Spanien.

Während die spanische Geschichtsschreibung sich nicht ganz einig ist, ob die Hilfe Deutschlands und Italiens für die Militärs nun bürgerkriegsentscheidend war oder nicht (2), so ist dennoch klar, daß Putsch-Unterstützern aus dem Ausland mehr als nur eine Statistenrolle zugekommen ist. Insbesondere die deutsche Luftwaffe - ab Ende 1936 unter dem Namen "Legion Condor" auftretend - war im republikanischen Spanien bald für ihre Bombardements bekannt. Am bekanntesten ist die Zerstörung der baskischen Stadt Gernika (spanischer Name: Guernica) am 26. April 1937. Hatte das Heer der Putschgeneräle sich zunächst auf den Kampf um Madrid konzentriert - begleitet durch ständige Luftangriffe des "nicht-intervenierenden" Deutschlands (3) - setzten die rechten Verbände bald ihre Schwerpunkte woanders, weil der Kampf um die Hauptstadt für sie wenig aussichtsreich schien. Einer dieser neuen Schwerpunkte war der Norden der iberischen Halbinsel, u.a. das Baskenland. Hier fanden die Franco-AnhängerInnen nur wenig Unterstützung - die Bevölkerung war sich bewußt, daß bei einem Sieg Francos ihre Autonomieforderungen wenig Chancen hätten. Die republikanische Seite unterstützte dagegen diese Bestrebungen: Am 7. Oktober 1936 erklärte sich das Baskenland so zur Autonomen Region, mit eigenständigem Justiz- und Polizeiwesen und einer baskischen Währung.

Die Stadt Gernika, keine 50 Kilometer von Bilbao entfernt, gilt seit Jahrhunderten als die heimliche Hauptstadt des Baskenlandes und als Symbol für die baskische Autonomie. Hier entstand die Tradition der Fueros, der baskischen Sonderrechte: Spanische Könige mußten nach ihrer Einsetzung in Gernika erscheinen und die Sonderrechte anerkennen. Eine Tradition, die 1839 und 1876 per Gesetz außer Kraft gesetzt wurde, was dem Symbolgehalt des Städtchens und der dortigen "baskischen Eiche" keinen Abbruch tat. Ohne Zweifel mit ein Grund für das Bombardement durch die Legion Condor vor knapp 60 Jahren. "Gernika ist nicht berühmt, weil es bombardiert wurde, sondern wurde bombardiert, weil es berühmt ist", wie der amtierende Bürgermeister Gernikas, Eduardo Vallejo de Olejua, gerne betont. Bereits am 31. März und 2. April 1937 waren die nahe Gernikas liegenden Orte Durango, Elorrio und Ochandiano von deutschen Bombern angegriffen worden. Der Angriff auf Gernika erreichte jedoch ein größeres Ausmaß: Für das Bombardement hatten sich die Befehlshaber den 26. April 1937 ausgewählt - ein Montag, der traditionelle Markttag Gernikas, zu dem auch viele Menschen aus umliegenden Dörfern in das symbolische Städtchen kamen. Außerdem hielten sich etliche Flüchtlinge in Gernika auf - insgesamt sollen am fraglichen Montag über 11.000 Menschen in dem normalerweise nur 6.000 EinwohnerInnen zählendem Ort gewesen sein.

Die Zerstörung

"Das Bombardement", so ein Augenzeuge, "begann um halb vier (nachmittags, D.H.) und hielt ohne Pause bis sieben oder acht Uhr an. Wenn einige Flugzeuge sich entfernten, kamen gleich andere. Sie hörten bloß auf, um in Vitoria aufzutanken und dann wiederzukommen." Die Strategie der Bomberpiloten, die ernstzunehmende Gegenwehr nur von einem einzigen Maschinengewehr der Stadtverteidiger zu erwarten hatten, wird folgendermaßen beschrieben: "Ihre Taktik bestand darin, zunächst ganz gewöhnliche Sprengbomben abzuwerfen, und dann Trauben kleinerer Brandbomben." Die vorhandenen Schutzunterkünfte entwickelten sich angesichts dessen zu Fallen: "Es gab einige Zufluchtorte, aber die haben gar nichts genützt. Es gab keine zementierten Gebäude wie heutzutage mit vier Stockwerken und einem Keller, da könntest Du Dich in einen Lagerraum flüchten und vielleicht überleben, aber in den alten Häusern (...) da nicht. Damals baute man Unterkünfte aus Baumstämmen, aus ganzen Kiefern, und das kann zwar einiges aushalten, aber keinen 50-Kilo-Bomben widerstehen." Jene Menschen, die ins Freie oder in die umliegenden Wälder zu flüchten versuchten, wurden von den Bombern und Jagdflugzeugen mit Maschinengewehren angegriffen.

Sogar in Bilbao soll der Feuerschein der baskischen Stadt noch zu sehen gewesen sein. Rund 70 Prozent der Häuser wurden zerstört. Die Überlebenden erkannten zum Teil noch nicht einmal mehr den früheren Straßenverlauf - überall befanden sich Bombenkrater, lediglich die Waffenfabrik und die Viertel der reichen Oligarchie blieben weitgehend verschont. Nach Tagen rauchten die Trümmer des zerstörten Ortes noch und die Leichen lagen in den Straßen. "Gernika existiert nicht mehr", sagt ein Augenzeuge, "Es ist ausgelöscht." Die andere Seite zog eine positive Bilanz: "An und für sich war Guernica ein voller Erfolg der Luftwaffe. Die einzige Rückzugsstraße der ganzen roten Küste war durch den Brand und 2 m hohen Schutt in den Straßen völlig versperrt", soll ein deutscher Oberst laut einem Buch des Arbeitskreises Regionalgeschichte geäußert haben. Kaum hatten die Putschisten in Gernika Einzug gehalten, erschienen auch etliche deutsche Soldaten - offenbar um die Folgen des Angriffs mit deutscher Gründlichkeit zu "begutachten" und zu dokumentieren.

Mit der Ankunft der "nationalspanischen" Truppen in der baskischen Stadt nahm eine lange Zeit der Verleugnung und Täuschung ihren Anfang. Nicht die Faschisten, sondern "die Roten" hätten den Ort in Brand gesetzt, so die Version der Franco-treuen Presse, die Gernika als "tragischstes Bild des roten Vandalismus" und "unbestrittenen Beweis des marxistischen Sadismus" präsentierte. Dagegen benennen Überlebende klar die deutsche Verantwortung: "Da begonnen die Deutschen mit der Vorbereitung des europäischen Krieges, des Weltkrieges. Sie unternahmen ein Experiment mit den Brandbomben und den Erschießungen mittels Bordkanonen ... sie wollten dieses Bombardement lediglich, um zu zerstören, zu demoralisieren und Guernica von der Landkarte zu verbannen."

Vor allem die Beteiligung deutscher Truppen versuchte die faschistische Seite zu leugnen, ihre Existenz auf spanischem Boden wurde generell bestritten - nicht ohne Grund waren alle putschunterstützenden deutschen Soldaten zuvor formell aus der Wehrmacht entlassen worden. Von Berlin aus wurde die deutsche Botschaft in Salamanca (4) mehrmals angewiesen, Franco zu solchen Dementis zu bringen oder eine internationale Untersuchungskommission in der zerbombten Stadt zu verhindern. So wurde fünf Tage lang der internationale Presse der Zugang zu Gernika verwehrt, während die Bombenkrater zugeschüttet und etliche Tote begraben wurden. Auch in der Reichsöffentlichkeit bemühte man sich eifrig darum, Deutschlands Beteiligung zu verwischen, die Deutsche Allgemeine Zeitung etwa hielt es noch im Februar 1938 für notwendig, die Vorwürfe zurückzuweisen - mit dem kümmerlichen Argument, die Flugroute Berlin-Gernika-Berlin sei schlicht zu lang.

Durch die lange Herrschaftszeit Francos begünstigt, blieb es so jahrzehntelang ruhig um Gernika, die weit untertriebene Zahl von 200 Toten (5) wurde kaum angezweifelt.

Keine Geschichtsaufarbeitung

Erst Mitte der 70er Jahre - bereits in den Endzügen des Caudillos - eröffnete Vicente Talón (6) die Diskussion um die baskische Stadt. Durch die Demokratisierung in Spanien tat sich auch in der Bundesrepublik etwas in Sachen Geschichtsaufarbeitung. Kurz nach dem 50. Jahrestag des Bombardements beantragte die Grünen-Abgeordnete Petra Kelly im Bundestag die Unterstützung "einer internationalen Begegnungsstätte für Frieden und Versöhnung" in Gernika. Doch so sehr sich die Politikerin engagierte, so sehr ließ sie die deutsche Art und Weise, Vergangenheit zu "bewältigen" außer Acht: Ihr politisch formulierter Antrag (der das Bombardement "durch deutsche Kampfflugzeuge" als einen "der ersten Luft- und Bombenangriffe auf die

wehrlose Zivilbevölkerung einer Stadt" und "Symbol für die Beteiligung der Hitlerdiktatur an der Unterdrückung des spanischen Volkes durch die Franco-Diktatur" bezeichnet) wurde zur Finanzangelegenheit degradiert: "Im Jahre 1987 waren 50 Jahre vergangen seit der Zerstörung der baskischen Stadt Guernica durch einen Bombenangriff von Flugzeugen der Legion Condor. Die Opfer der wehrlosen Zivilbevölkerung mahnen zu einer Geste des Friedens", so der Bundestagsbeschluß vom 10. November 1988. Geste des Friedens heißt dabei nicht etwa Schuldeingeständnis, sondern Geschichtsbewältigung mit dem Scheckbuch: Die Bundesregierung, so die Parlamentsentscheidung, sei aufgefordert, "einen angemessenen Betrag im Bundeshaushalt vorzusehen."

Mittlerweile - knapp zehn Jahre nach dem Kelly-Antrag - gibt es sogar eine konkrete Zahlungserklärung. Allerdings nicht für das Friedensforschungszentrum Gernika Gogoratuz (7), das die grüne Politikerin damals im Auge hatte. Statt des "versöhnungsorientierten Zentrums" sollte ein Berufsbildungszentrum in Gernika unterstützt werden. Die rund 3,1 Milliarden Pesetas (8) kostende Einrichtung sollte zu einem knappen Drittel vom Bundeshaushalt getragen werden - etwa 12 Millionen Mark. Doch während baskische Regierung und Stadtverwaltung bereits Gelder investierten, machte die deutsche Seite einen Rückzieher. Aus "Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem deutschen Steuerzahler, (der) wohl kaum mehr davon zu überzeugen ist, wegen des genannten Vorfalls im spanischen Bürgerkrieg mit zweistelligen Millionenbeträgen zur Kasse gebeten zu werden", wie der Abgeordnete Dr. Erich Riedl es 1995 im Bundestag formulierte. Der CSU-Mann macht außerdem "die Sichtbehinderung durch die Wirkung der ersten gefährlichen Bomben und leider Gottes auch ungünstige Windverhältnisse sowie eine unzureichende Zieltechnik" für das Ausmaß der Zerstörung verantwortlich. Daher gibt es jetzt nur drei Jahresraten à eine Million Mark: für den Bau einer Sporthalle. Erste Rate pünktlich zum 60. Jahrestag. Die Berliner Initiative "60 Jahre Gernika - Gegen das Vergessen" (9) spricht von einer "Geste der Peinlichkeit: Bundestag und Bundesregierung würden sich ‚mit dem Bruch gemachter Zusagen und ohne noch ein weiteres Wort dazu zu verlieren, aus historischer Schuld und politischer Verantwortung freizukaufen`" versuchen.

Auch durch eine Städtepartnerschaft ist es der Bundesrepublik längst gelungen, den besonderen Charakter Gernikas zu relativieren. Seit 1989 besteht zwischen der baskischen Stadt und Pforzheim ein solche Beziehung - vom Bundestag einhellig "begrüßt". Der simple Anlaß: Auch Pforzheim wurde einst bombardiert - im zweiten Weltkrieg von den Alliierten. Und wie Deutsche Politiker jetzt zum 60. Jahrestag des Bombardements ins Baskenland reisen, werden Gernikas Stadtobere zum Gedenken an den Luftangriff auf Pforzheim bestellt - eine perfekte Inszenierung, bei der zwischen Opfern und Tätern nicht mehr unterschieden wird ...

Dirk Hempel

Anmerkungen:

1) Obwohl in Sachen deutsche Beteiligung am Spanischen Bürgerkrieg in Nürnberg keine Verurteilung erfolgte (weil sich diese ja vor Beginn des zweiten Weltkriegs abgespielt hatte) wurde Göring zu diesem Thema angehört. Auch General Hugo Sperrle, erster Kommandant der "Legion Condor", saß in Nürnberg auf der Anklagebank.

2) Rund 30.000 deutsche Soldaten sollen nach spanischen Berichten auf Francos Seite gekämpft haben. Der Historiker Juan Avilés vertritt beispielsweise die Ansicht, die ausländische Hilfe für Franco sei dennoch nicht entscheidend gewesen. Dagegen gehört César Vidal Manzanares zu jenen, die meinen, ohne Deutschlands und Italiens Beistand wäre der Putsch schon sehr bald gescheitert. (Beide angeführten Historiker sind an der Madrider UNED als Dozenten tätig)

3) Am 24. August 1936 hatte sich Deutschland - zeitgleich mit Italien und Portugal - mit dem Prinzip der Nicht-Intervention (eine Idee Frankreichs und Großbritanniens, der sich auch die Sowjetunion anschloß) einverstanden erklärt, sich aber nie daran gehalten. Drei Tage später flogen deutsche Fliegerstaffeln bereits ihren ersten Angriff gegen Madrid.

4) Da Madrid sich in der Hand der republiktreuen Truppen befand, errichtete Francisco Franco Bahamonde, der sich am 29. September 1936 selbst zum Staatsschef ernannt hatte, sein Hauptquartier im kastillischen Burgos. Italien und Deutschland, die als erste den franquistischen Staat als solchen anerkannten, unterhielten ihre diplomatischen Vertretungen in Salamanca, ebenfalls in Kastillien gelegen.

5) Demgegenüber sprach die baskische Regierung bereits 1937 in einer öffentlichen Erklärung von 1645 Toten und 889 Schwerverletzten infolge des deutschen Luftangriffs.

6) Talón, Vicente: Arde Guernica, Madrid 1973. Mit "El holocausto de Guernica" veröffentlichte Talón bereits ein zweites Werk zu dieser Problematik.

7) Gernika Gogoratuz bedeutet soviel wie: mahnendes und geliebtes Gernika (Kontakt: Gernika Gogoratuz, Artekaleak 1-1, 48300 Gernika-Lumo, Fax: 0034-4-6256765)

8) Umgerechnet etwa 36,9 Millionen Mark. Dieser Betrag umfaßt nur Bau und Einrichtung des geplanten Zentrums, der Unterhalt sollte allein aus baskischen Mitteln finanziert werden.

9) An der Initiative sind unter anderem die Berliner IG Medien, Aktion Sühnezeichen und das Internationale Auschwitz-Komitee beteiligt (Kontakt: Gernika-Initiative, c/o IG Medien-Bezirk Berlin, Dudenstraße 10, 10965 Berlin, Tel. 030-7855790, Fax: 030-7855798).

Zum Weiterlesen:

Bastian, Gert/ Kelly, Petra K. (Hrsg.): Guernica und die Deutschen. Dokumentation einer gescheiterten Wiedergutmachung; Sammlung Luchterhand; Nördlingen 1992.

Bernecker, Walther L.: Krieg in Spanien 1936-1939. Wissenschaftliche Buchgesellschaft; Darmstadt 1991

Brieden, Hubert/ Dettinger, Heidi/ Hirschfeld, Marion: "Ein voller Erfolg der Luftwaffe." Die Vernichtung Guernicas und deutsche Traditionspflege. Wunstorf-Pforzheim-Bonn; Verlag Region und Geschichte; Neustadt 1997 (Verlagsadresse: Im Dorn 7, 31535 Neustadt, Tel. 05032-61705, Fax: 05032-1879).

Cava Mesa, María Jesús (con la colabaración de María Silvestre y Javier Arranz): Memoria colectiva del bombardeo de Gernika; Bakeaz; Bilbao 1996.

Vidal Manzanares, César: Intrépidos y sucios. Los españoles vistos por Hitler; Planeta, Barcelona 1996.

4. Auf dem Bau gärt es

Autor: gg. · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:33

Wir haben die Schnauze voll! Auf nach Berlin, lautete die Parole der IG Bauen - Agrar - Umwelt. Sie mobilisierte vom 10. bis zum 14. März zu einer Aktionswoche zum Potsdamer Platz in Berlin, der gern als die größte Baustelle Europas bezeichnet wird. Dort wurde rund um die Uhr eine Mahnwache installiert. Jeden Tag demonstrierten Baukollegen aus unterschiedlichen Bundesländern in Berlin. Es kam zu spontanen Straßen- und Baustellenblockaden. Ausländerfeindliche Töne und Angriffe auf angebliche Billiglohnarbeiter gehörten ebenfalls zum Erscheinungsbild dieser Woche. Die täglichen Demozahlen schwankten zwischen 8.000 und 15.000. Zentrale Themen waren: Die Streichung des Schlechtwettergeldes, die Billiglohnpraxis der Unternehmen, die 100-Prozent-Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Tarifbruch der Unternehmen und die Forderung nach gesicherten Arbeitsplätzen und Einkommen.

Die Lage auf dem Bau

In der deutschen Baubranche sind zur Zeit 1,3 Mio. Menschen beschäftigt. 400.000 Bauarbeiter sind arbeitslos. Im Jahresdurchschnitt 1996 ging die Zahl der Beschäftigten auf 893.000 im Westen und 418.000 im Osten Deutschlands zurück. Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes prognostiziert einen Rückgang auf 900.000 bis "bestenfalls eine Million fest Beschäftigte". Der größte Teil der jetzt 400.000 Arbeitslosen auf dem Bau, nämlich 220.000, sind der Abschaffung des Schlechtwettergeldes zuzuschreiben. Das sogenannte Überbrückungsgeld hat sich, wie von der IG BAU vorausgesagt, als Ersatz des Schlechtwettergeldes nicht bewährt. Vielmehr werden die Bauarbeiter nun zu Lasten der Sozialversicherung saisonal entlassen. Für Bundesbauminister Klaus Töpfer gibt es aber "keine Rückkehr zum Schlechtwettergeld". Nach seiner Ansicht müßten sich Gewerkschaft und Unternehmerverband auf die Einführung von Jahresarbeitszeiten und Jahreseinkommen einigen, womit sich Töpfer auf einer Linie mit dem Unternehmerverband befindet. Durch die saisonale Kündigung in der Baubranche entstehen der Bundesanstalt für Arbeit Mehrausgaben in Höhe von zwei Milliarden DM. Ursprünglich wollte die Bundesregierung mit der Abschaffung des Schlechtwettergeldes 900 Millionen einsparen.

Von den Bauunternehmern wird eine vollständige Flexibilisierung der Jahresarbeitszeit gefordert. Sprich: ranklotzen im Sommer und Ausgleich der Überstunden durch die witterungsbedingten Ausfälle im Winter - ohne Überstundenzuschläge versteht sich. Prinzipielle Ablehnung seitens der IG BAU besteht nicht, allerdings möchte sie eine "klar definierte Höchst- und Mindestarbeitszeit" im Tarifvertrag festgeschrieben haben. Vom Hauptverband der deutschen Bauindustrie wird vorgebracht, daß die von ihnen vorgeschlagene Form der Flexibilisierung in den Baubetrieben "weitestgehend praktiziert" werde und von daher der Tarifvertrag der Realität nur angepaßt werden müsse. Gut möglich, daß auch in dieser Frage die Kollegen angesichts drohender Entlassung - gerade in kleinen Klitschen - erpreßbar sind.

Aber nicht nur die Frage Schlechtwettergeld wird in der momentanen Tarifrunde verhandelt, sondern ebenso die Kündigung des vollen 13. Monatsgehalts durch die Unternehmer. Ebenso ungeklärt ist die Frage der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Erhöhung der Löhne und Gehälter. Hier würde sich die IG BAU angesichts der Krise am Bau mit einem Inflationsausgleich zufrieden geben.

Die IG BAU ist zusätzlich mit der Situation konfrontiert, daß immer mehr Unternehmen den Arbeitgeberverband verlassen und der Flächentarifvertrag seine Wirkung verliert, oder vertraglich abgesicherte Vereinbarungen wie die Anpassung der Ostlöhne auf 95 Prozent des Westniveau kurzerhand von Arbeitgeberseite gekündigt werden. Die Unterschreitung der tariflichen Mindestlöhne - insbesondere auf ostdeutschen Baustellen - ist mittlerweile keine Seltenheit mehr.

Warnung vor sozialem Zündstoff

Die Liberalisierung des europäischen Arbeitsmarktes verstärkt die Probleme auf dem Bau.

Die Rechnung - auch von der IG BAU aufgestellt - kommt recht simpel daher und verfehlt deshalb ihre Wirkung nicht: 400.000 arbeitslosen Bauarbeitern stehen angeblich rund 400.000 "halblegal, scheinlegal oder illegal" Beschäftigte gegenüber. Nach Aussagen der IG BAU sind allein in Berlin 17.000 Bauarbeiter arbeitslos, 34.000 haben einen Job bei einheimischen Unternehmen. In Berlin kommen dazu noch 30.000 Bauarbeiter

aus anderen EU-Ländern, 8.000 Kontingent-Kollegen aus Osteuropa und geschätzte 25-30.000 illegal Beschäftigte. Der Vorgang ist immer der gleiche: Bundesdeutsche Generalunternehmen heuern ausländische Subunternehmen an, die wiederum einzelne Teilbereiche an Subsubunternehmen weitervergeben. Trotz gültigem Entsendegesetz werden den auf den Baustellen Beschäftigten Dumpinglöhne in der Höhe von 5-10 DM pro Stunde bezahlt. Aber selbst dieser Lohn wird teilweise nicht ausbezahlt. So vertritt die portugiesische Baugewerkschaft Sticmmp allein im Distrikt Porto zur Zeit die Interessen von 190 Bauarbeitern vor Gericht, die noch Anspruch auf 2,5 Millionen DM nicht bezahlten Lohn auf deutschen Baustellen haben. Die Gewerkschaften erhielten aufgrund der Aufdeckung der illegalen Praktiken der Subunternehmer wiederholt telefonische Morddrohungen.

Die IG-BAU-Parole "Billiglohn macht arbeitslos" ist durchaus ambivalent. So wie sich jetzt die Stimmung aufbaut, wendet sich die Aussage nicht gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen und gegen die Niedrigstlöhne der Billiglohnarbeiter, sondern wie in Berlin feststellbar sehr schnell gegen die Kollegen selbst.

Auch wenn von Gewerkschaftern wie dem IG-BAU-Vorsitzenden Klaus Wiesehügel immer wieder beschworen wird, daß es nicht die ausländischen Kollegen sind, die es zu bekämpfen gilt, sondern die Herren mit den weißen Kragen, so tritt immer wieder offen zutage, daß es diese Tendenzen in der Baugewerkschaft gibt. Er schätzt die Stimmung auf dem Bau wohl richtig ein, wenn er betont, daß die Stimmung unter den Gewerkschaftsmitgliedern nicht mehr lange zu kanalisieren sein werde. Aussagen wie die der Berliner Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei und der IG BAU, Eberhard Schönberg und Klaus Pankau, heizen den vorhandenen Rassismus nur noch an. Sie sehen in der illegalen Beschäftigung und Schwarzarbeit "eine ernsthafte Bedrohung für die Funktionsfähigkeit unseres demokratischen Rechtsstaates". Deshalb müsse der "Sumpf am Bau" trockengelegt werden. (Berliner Tagesspiegel, 13.3.) Wie dies nach den Vorstellungen dieser sauberen Gewerkschafter aussehen soll, wurde einen Tag zuvor demonstriert. Bei Kontrollen auf Baustellen in Charlottenburg, Steglitz, Spandau und Mitte wurden 19 ausländische Kollegen wegen Schwarzarbeit festgenommen und sieben von ihnen der Ausländerbehörde zur Abschiebung übergeben. Die diese Situation ausnutzenden Subunternehmen werden - wenn überhaupt - mit Geldstrafen belegt, die sie aus der Portokasse bezahlen können.

In der Berichterstattung über die Aktionswoche in Berlin wird auf vielfache ausländerfeindliche Sprüche aus Reihen der Demonstrationsteilnehmer hingewiesen. In einer Reportage des ND wird festgestellt, daß der Spruch "Die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg" zum "Standardsatz" avanciert sei (ND, 15.3.97). Dazu paßt, daß die "Republikaner" vollkommen ungeschoren Flugblätter an die "Berliner Bauarbeiter" verteilen konnten, in denen gegen die ausländischen Kollegen gehetzt wurde. Direkte Angriffe auf die Baubuden der ausländischen Kollegen aus den Demonstrationen heraus zeigen, daß diese Hetze verfängt bzw. ein erhebliches ausländerfeindliches Potential vorhanden ist. Es wird höchste Zeit, daß die IG BAU versucht, die "halblegalen, scheinlegalen und illegalen" Kollegen in ihre Arbeit einzubeziehen. Das Pulverfaß durch rassistische Sprüche und Aufforderungen nach Razzien weiter anzuheizen, kann nur der Rechten nutzen. Nur mit den ausländischen KollegInnen gemeinsam lassen sich Dumpinglöhne bekämpfen (1).

gg

(1) Daß es mit dieser einfachen Parole nicht getan ist, ist mir bewußt. Eine weitergehende Problematisierung z.B. der Arbeitsbedingungen von Illegalen am Bau und zu der Frage Verhältnis Gewerkschaften und Flüchtlinge, findet sich in der Broschüre des ZAK Tübingen. Bestelladresse: ZAK, Belthlestr. 40, 72070 Tübingen, 64 S., 7 DM incl. Porto bitte in Briefmarken der Bestellung beilegen. Weiter empfehlenswert: Zwischen Flucht und Arbeit - Neue Migration und Legalisierungsdebatte, VLA, Hamburg 1995, 250 S., 24.-

5. Metaller-Demo vor der Deutschen Bank

Autor: Uli, Nürnberg · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:32

15.000-20.000 MetallerInnen kamen am Dienstag, den 25.3., nach Frankfurt /Main, um ihren Zorn gegen die Deutsche Bank wegen der Abstützung der Übernahmepläne von Thyssen durch Krupp-Hoesch zu demonstrieren. Innerhalb von vier Tagen war es der IG Metall gelungen, die KollegInnen nach Frankfurt zu mobilisieren. Zwar wurde von der Gewerkschaft und der Polizei eine geordnete Demonstration erwartet, allein man traute dem Frieden nicht. Die jüngsten Proteste der Bergarbeiter in Bonn und der Bauarbeiter in Berlin waren noch zu frisch in Erinnerung. Und hatten nicht die KollegInnnen versucht, Cromme an den Kragen zu gehen? Wer spontan die Arbeit niederlegt, dem ist auch ein Sturm auf die Bank zuzutrauen. Zumal Bankbesetzungen in jüngster Zeit in Arbeiterkreisen immer populärer werden.

Sie trauten also dem Frieden nicht. An verschiedenen Stellen um den Kundgebungsplatz waren Wasserwerfer bereitgestellt. Die Zentrale der Deutschen Bank war weiträumig durch doppelreihige Absperrgitter abgeriegelt, der Innenhof durch Polizeilogistik gefüllt.Bankgebäude entlang der Demoroute waren durch Polizeiketten gesichert. Der direkte Weg in die Innenstadt war durch ein Spalier von Polizeifahrzeugen versperrt. Auch die Dresdner Bank packten Befürchtungen um ihren schönen Hochhausbau. Nur 300 Meter von der Deutschen Bank entfernt wurde auf Tagesgeschäfte verzichtet. Die Gittertore waren herabgelassen, ein Schild verkündete: Eingang heute geschlossen.

Angesichts dieser Szenerie entlud sich der Zorn im Verbrennen von (Schein-) Sparbüchern und im Aufstellen einiger Holzkreuze. Die mitgebrachten Eier und Bierdosen zerplatzten ohne ihr Ziel zu erreichen auf dem Vorplatz der Deutschen Bank.

Die Reden der Gewerkschaftsführer wurden eher beiläufig und mit wenig Interesse aufgenommen. Im Gegensatz zur Mobilisierung war die Stimmung eigenartig ermüdet. Die Luft war wohl angesichts der Fusionsgespräche zwischen Thyssen und Krupp-Hoesch etwas raus.Nach zwei Stunden lauer Reden, Musik und Bier machten sich die meisten mit Zweifeln über die Erfolgsaussichten ihres Protestes auf den Nachhauseweg. Erstaunlich, daß eine Demo an einem Ort, an dem sicherlich mehr zu thematisieren gewesen wäre als der drohende Stellenabbau bei den beiden Konzernen, keine Ausstrahlung auf ein wie auch immer geartetes links-fortschrittliches Spektrum hatte. Einzig eine kleine Anzahl von Studierenden der FH Frankfurt bekundete ihre Solidarität mit den Stahlarbeitern.

Uli, Nürnberg

6. Kohle muß weg ?!

Autor: gg. · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:35

Die Bilder waren schon beeindruckend: Bergarbeiter bei der Überwindung von Absperrgittern um die Bonner Bannmeile. Ein blasser Gewerkschaftsführer, der versuchte, seine Mitglieder vom Demonstrationsort nach Hause zu schicken. Schwitzende FDPler in ihrer Parteizentrale in heller Aufregung um ihr Mobiliar. Autobahnblockaden, die ihre Wirkung zeigten, und besetzte Zechen. Schlußendlich ein Kanzler, der unter dem "Druck der Straße" nicht weiter mit dem Gewerkschaftsführer verhandeln wollte.

Aufruhr, Widerstand? Zumindest stundenweise stellte sich dieser Eindruck beim Kampf der bundesdeutschen Bergarbeiter gegen Subventionskürzungen im deutschen Steinkohlebergbau ein.

Mittlerweile ist wieder Ruhe eingekehrt an Ruhr und Saar. Es wird wieder fleißig gearbeitet. Die Konsequenzen aus dem Kampf werden sich in den nächsten Jahren einstellen.

Der Konfliktverlauf

Schon seit Wochen gab es Proteste gegen die Pläne der Bundesregierung, die Subventionen für den Steinkohlebergbau zu reduzieren. Seit Herbst letzten Jahres war bekannt, daß die Subventionen in der momentanen Größenordnung (zwischen 10-11 Mrd. DM pro Jahr) drastisch gekürzt werden sollen. In CDU- und FDP-Kreisen wurde eine Größenordnung von 2,5-3 Mrd. gehandelt, auf die die Subventionen schrittweise bis zum Jahre 2005 heruntergefahren werden sollten. Die IG Bergbau und Energie (IGBE) stellte dem eine schrittweise Reduzierung auf 6,5 Mrd. bis zum Jahre 2005 entgegen. Dies hätte in der Folge zu einer Halbierung der Zahl der heute noch 86.000 im Bergbau arbeitenden Kumpel geführt. Bei ihrem vorliegenden Reduktionsmodell wäre der Personalabbau in der seit Jahren üblichen Art schrittweise, sozial abgefedert und ohne betriebsbedingte Kündigungen vonstatten gegangen.

Der IGBE-Vorsitzende Berger sah Mitte Februar noch gute Chancen zur Umsetzung des gewerkschaftlichen Konzeptes, zumal sich auf energiepolitischer Ebene eine große Koalition zwischen Bundesregierung und SPD in der Frage der Atomenergie abzeichnete, trotz aller Beteuerungen, daß kein Junktim zwischen der Kohlesubventionierung, einem Atommüllager und dem Neubau von AKWs existiere. Aber: eine sozialdemokratische Zustimmung zu einem Atommüllager in Niedersachsen könnte ein Entgegenkommen der Bundesregierung bei der Subventionierung in den sozialdemokratisch regierten Bergbauländern erleichtern, wurde aus dem Hause Kohl IGBE-Chef Berger mit auf den Weg gegeben.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, besetzten am 11. Februar mehrere hundert Beschäftigte der Gelsenkirchener Schachtanlage Hugo Consol eine Kirche im Stadtteil Buer. Am 14. Februar bildeten rund 220.000 Menschen ein 93 km langes "Band der Solidarität". In dieser Menschenkette fanden sich neben den Bergleuten und ihren Familien Vertreter aller im nordrhein-westfälischen Landtag vertretenen Parteien, Fußballprofis aus den Reviermannschaften, Kirchenvertreter und was sonst noch Rang und Namen zwischen Rhein und Ruhr hat. Die Zeichen waren gesetzt.

Als dann die Bundesregierung am 6. März ihr Kürzungsprogramm auf den Tisch legte, wurde dies von den Kumpels als eine Verhöhnung, als "Sterbehilfe" für den Steinkohlebergbau angesehen. Bei Umsetzung der Bonner Pläne wären über 50.000 der noch vorhandenen Arbeitsplätze im Bergbau bis 2005 verlorengegangen, im Zuliefererbereich weitere 50-65.000. 1997 hätte dies die Stillegung von zwei Zechen, 1998 von drei weiteren bedeutet. Bis zum Jahr 2005 hätten zehn der achtzehn Zechen stillgelegt werden müssen. Kaum waren die Zahlen bekannt, wurde die Arbeit niedergelegt, die Kohlezechen und Straßen im Ruhrgebiet und im Saarland wurden besetzt. 6.000 Bergleute reisten tags darauf zu einer Kundgebung nach Düsseldorf. Dort wurde lautstark die Forderung vertreten, die FDP-Minister in der Bundesregierung "aufzuhängen". Nicht nur nach dieser Forderung warnte der IGBE-Vorsitzende davor, daß nun "die Dämme brechen". 3-4.000 Kumpels reisten ohne gewerkschaftliche Aufforderung am 10. März nach Bonn, blockierten die Parteizentralen von CDU und FDP und die zentrale Straßenkreuzung im Regierungsviertel. In Saarbrücken demonstrierten rund 30.000 Menschen für den Erhalt des Kohlebergbaus. In Bergkamen, Lünen und Werne wurden zeitweise die Rathäuser besetzt. Im Ruhrgebiet und im Rheinland wurden Autobahnen und Straßen blockiert. Über den Datteln-Hamm-Kanal wurde zeitweise ein Drahtseil gespannt, um mit Kohle beladene Schiffe an der Weiterfahrt zu hindern. Einen Tag später marschierten Einheiten des BGS um das Bundeskanzleramt auf.

Über 1.000 Polizisten riegelten das Regierungsviertel ab. Einige Bundesminister mußten ihre Staatskarosse stehen lassen und zu Fuß zur Ministerrunde, was ihre Stimmung ziemlich drückte. Dies alles überstieg dann doch die Vorstellung des Bundeskanzlers von Demokratie, und er sagte das Gespräch mit dem IGBE-Vorsitzenden Berger ab.

Die Nachricht von der Gesprächsabsage brachte die Stimmung unter den Kohlekumpels zum Kochen. Rund 200 überwanden die Absperrgitter um die Bannmeile und wollten Richtung Bundeskanzleramt ziehen. Nur mit viel Überredungskunst, in vorderster Linie Rudolf Scharping, Joschka Fischer und Ingrid Matthäus-Maier, und drohendem polizeilichen Knüppeleinsatz waren die Demonstranten von einem weiteren Vormarsch abzuhalten. Die Aufforderung des IGBE-Chefs Berger, "zurück in die Reviere" zu fahren, um wieder ins Gespräch mit Kohl zu kommen, ging in Tumulten unter und wurde vehement abgelehnt. Die "allerletzte Chance auf einen Kompromiß"sollte mit den Protesten in Bonn nicht verbaut werden. "Wir bleiben hier", schallte es ihm entgegen. Es war offenkundig, daß die Gewerkschaftsspitze die Proteste zeitweise nicht mehr im Griff hatte.

Die rund 13.000 in Bonn demonstrierenden Bergarbeiter erklärten sich erst nach langen Diskussionen bereit, einem taktischen Rückzug nach Köln zuzustimmen, die Verhandlungen dort zu verfolgen, um bei schlechtem Verhandlungsergebnis sofort wieder in Bonn zu sein. Berger mußte denn auch die Stimmung aufgreifen und drohte der Bundesregierung mit dem Aufmarsch von 50.000-100.000 Kumpel in Bonn, falls kein für die Bergleute gutes Ergebnis herausspränge.

Das Verhandlungsergebnis

Die Kompromißlinie zeichnete sich schon an diesem 12. März ab. Durch eine geringere Kürzung der Subventionen in den nächsten drei Jahren sollten Massenentlassungen vermieden werden. An dem Ziel der Bundesregierung, die Kohlesubvention bis zum Jahr 2005 auf 3,8 Mrd. DM zu senken, sollte sich nichts ändern.

Bei Verkündung des neuen Verhandlungsergebnisses wurden Jubelbilder der Kumpel und laute "Sieg, Sieg"-Schreie über die Medien vermittelt. Es gab aber sehr wohl auch nachdenkliche Stimmen unter den Demonstranten, die das vorliegende Ergebnis sehr kritisch kommentierten. Am radikalen Arbeitsplatzabbau im Steinkohlebergbau wird sich durch das erzielte Resultat in den nächsten Jahren wenig ändern.

Zusätzlich zu den 55,3 Mrd. DM bis zum Jahr 2005 wird der Bund von 1998-2000 noch jeweils 300 Mio. DM zusätzliche Subventionen leisten. Das Land NRW erhöht bis 2000 um 140 Mio. auf eine Mrd. DM jährlich, von 2001 nochmals um 150 Mio. jährlich, vom Bund kommen ebenfalls 150 Mio. jährlich. Von 2001 sollen darüberhinaus jährlich 200 Mio. DM aus den Gewinnen des "weißen Bereichs" der Ruhrkohle AG fließen.

Die Hauptlast hat das Land NRW zu tragen. Und so erklärte denn auch Ministerpräsident Rau, daß er dieses Ergebnis aus finanz- und energiepolitischen Gründen nicht vertreten könnte, sondern nur um eine "arbeitsmarktpolitische Katastrophe" zu verhindern. Noch vor der Sommerpause wird die Ruhrkohle AG ihre Stillegungspläne bekanntgeben. Dann "wird in letzter Konsequenz deutlich werden, daß dieser 13. März 1997 ein ganz schwerer Tag für Nordrhein-Westfalen ist", verkündete Landesvater Johannes Rau in der Landtagsdebatte zur Kohlepolitik.

Daß sich mit dem nun vorliegenden Ergebnis die IG Bergbau und Energie im wesentlichen durchgesetzt habe, wie es der DGB in seiner Stellungnahme betont, ist zumindest Augenwischerei. Schlußendlich erhöhte die Bundesregierung ihren Subventionsanteil bis zum Jahr 2005 um 1,65 Mrd. Es soll nun angeblich zu keinen Massenentlassungen und zu keinen betriebsbedingten Kündigungen kommen. Bis 2000 sollen trotzdem 26.000 Stellen im Bergbau abgebaut werden, bis 2005 weitere 22.000 Stellen. Die weitere Entwicklung nach 2005 bleibt völlig offen.

Und es gilt weitere Einschränkungen zu machen. Der Kohlekompromiß basiert auf dem Wort des Bundeskanzlers Kohl und gilt vorbehaltlich dessen, daß sich an den Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Steinkohle nichts wesentliches ändert. Die Produktionskosten für eine Tonne Steinkohle im Steinkohlebergbau an Saar und Ruhr belaufen sich zur Zeit auf 280 DM, der Weltmarktpreis pro Tonne Steinkohle auf rund 80 DM. Mittelfristig wird von einem Weltmarktpreis von 100-120 DM/t ausgegangen. Während in der BRD je "Unter-Tage-Beschäftigten" 1.000t gefördert werden, werden im oberirdischen

Überseebergbau pro Beschäftigten im Schnitt 7.000 bis 10.000 t pro Tag gefördert. Innerhalb der EU wurde zwischen 1980 und 1995 die Steinkohleproduktion schon halbiert. In den Niederlanden und Belgien wurde die Steinkohleförderung schon in den 80er Jahren eingestellt. In Frankreich soll in sieben Jahren Schicht sein. Nur noch die BRD mit dann jährlich 20-25 Mio. t, GB mit 30-35 Mio. t und Spanien mit knapp 10 Mio t wären im Jahr 2005 innerhalb der EU in der Steinkohleförderung tätig.

Zu den oben schon erwähnten Arbeitsplatzverlusten in der Größenordnung von 48.000 im Bergbau selbst kommen noch erhebliche Verluste in der an- und abhängigen Industrie. Hier kann nochmals von einer Größenordnung von 50-65.000 Arbeitsplätzen ausgegangen werden.

Der Leiter der Tarifabteilung der IGBE Kurt Hay sieht massive Einschränkungen auf die Kumpel zukommen, um betriebsdedingte Kündigungen zu verhindern. Schon in den Jahren 1994 und 1995 wurden im Bergbau Lohnkürzungen von 6% akzeptiert, um 10.000 betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern. Um weitere solche Kündigungen zu verhindern, ist für Hay klar: "Der Personalüberhang wird wohl mit einer Kombination aus Arbeitszeitverkürzung und Lohnverzicht aufgefangen werden müssen" (Handelsblatt, 17.3.97). Dabei ist von Größenordnungen die Rede, die jenseits der VW-4-Tage-Woche liegen. In der Lohngruppe 11, in der der typische Bergarbeiter eingruppiert ist, ist der monatliche Bruttoverdienst mit 3535 DM festgeschrieben. Hinzu kommen noch 210 DM steuerfreie Bergmannsprämie und eine tarifliche Untertagezulage von 105 DM brutto. Wahrlich kein sonderlich üppiger Verdienst.

Die Bundesregierung "geht davon aus, daß es auf der Basis der bisherigen Arbeitsergebnisse jetzt auch zu einer Verständigung beim Thema Entsorgung/Kernkraftwerke kommen wird", so Regierungssprecher Hausmann (Frankfurter Rundschau, 14.3.97).

Das - angeblich nicht vorhandene - Junktim zwischen Kohlesubventionierung und Atomenergie/Entsorgung weist auf ein Problem hin, daß in der aktuellen Diskussion um die Steinkohlesubventionierung kaum berücksichtigt wurde. Eine alternative, auf regenerativen Energiequellen und Energieeinsparung beruhende Energiepolitik, jenseits von Atomenergie und Kohle wäre aus ökologischen Gründen erforderlich. Denn auch der verstärkte Import von Weltmarktsteinkohle kann keine Lösung sein, da dies nur die Verlagerung der durch die Kohleförderung hervorgerufenen Umweltschäden in andere Länder bedeutet. Die notwendige Reduktion der CO2-Emissionen würde durch die Verfeuerung billiger Importkohle mit Sicherheit auch nicht erreicht werden. Eine Diskussion, die innerhalb der IGBE keine Rolle spielt. Es war ebendiese IG Bergbau und Energie, die im Rahmen der jüngsten DGB-Programmdebatte einen Ausstieg aus der Atomenergie als nicht verantwortbar ansah. Vielmehr sei "ein Kernkraftwerk zu entwickeln, dessen Restrisiken sich auf sein Inneres beschränken und bei dessen Betrieb keinerlei unbeherrschbare Endlagerungsprobleme entstehen", hieß es in einem Antrag der IGBE an den außerordentlichen DGB-Bundeskongreß im November letzten Jahres. Angesichts der Strukturen der IGBE und angesichts ihres Zusammenschlusses mit der IG Chemie im Herbst diesen Jahres ist aus diesen Reihen eine Diskussion um eine alternative Energiepolitik nicht zu erwarten.

Wenden wir es positiv und greifen den Gedanken des Sprechers der BI Lüchow-Dannenberg Wolfgang Ehmke auf: "Bündnismöglichkeiten für eine Politik der Arbeitsplatzsicherung, gegen Kahlschlagsanierung und für arbeitsplatzintensivere regenerative Energieträger zeichnen sich ab. Im Saarland blockieren Bergleute die Autobahn, im Wendland die Bauern Atommüllrouten. Der Inertismus der politischen Klasse provoziert weiteren Protest. Die verlorene Zeit arbeitet für uns. Gruß an die Kumpel an Rhein und Ruhr" (FR, 18.3.). Vielleicht könnte die BI Lüchow-Dannenberg die Bündnismöglichkeiten ausloten!?! Dabei wäre auch zu diskutieren, wie die Subventionen heimischer Steinkohle mit je 200 DM/t in einer anderen, auch für die im Bergbau Beschäftigten sinnvolleren Art und Weise genutzt werden könnten. Einen Versuch wäre es wert, und vielleicht kämen die gewerkschaftlichen Atomenergiefanatiker ja in einen Argumentationsnotstand. Vielleicht könnte man dabei auch die Rolle der Energiekonzerne etwas näher unter die Lupe nehmen, die an den Subventionen auch nicht schlecht partizipieren.

gg.

7. Konfrontation und Versöhnung. Die Wehrmachtsdebatte im Bundestag: Harmonie am falschen Ort

Autor: Js. · Rubrik: Militarismus; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:26

Über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" schrieb Jan Philipp Reemtsma: "Die Wehrmacht war als Organisation ein aktiver Mittäter beim Massenmord an der jüdischen Bevölkerung. Dazu kamen der Hungertod von Millionen Zivilisten als explizites Kriegsziel, der Partisanenkrieg zu dem Zeitpunkt, als es noch keine wirklichen Partisanen gab, als flächendeckendes Terrorprogramm und die planmäßige Ermordung von Millionen Kriegsgefangenen. Kurz, die Ausstellung dokumentiert nicht Exzesse einer durch den Kampf gegen einen brutalen Gegner verrohten Soldateska, sondern eine besondere, in den Exzeß hinein geplante Kriegführung." (Der Spiegel 49/ 96) Die Militaristen, die diese historische Wahrheit nicht widerlegen können, warnen vor "Pauschalurteilen". Und sie mahnen zur Versöhnung - mit ausnahmslos allen Toten "unseres Volkes". Das waren die Ausgangspositionen, als am 13. März im Bundestag über die Wehrmachtsausstellung debattiert wurde.

Ungewöhnliches, ja Sensationelles wurde uns von dieser Debatte berichtet. Am 13. März geschah, "was ganz selten geschieht im Bundestag: Die Abgeordneten hörten einander zu". (taz, 15./16.3.) Doch nicht nur das: "Die nationalsozialistische Vergangenheit wurde, jenseits aller Sonntagsreden, für eine kleine Weile tatsächlich als ein kollektives nationales Erbe begriffen. Freimut Duve: ‚Uns alle wird der Krieg bis zu unserem Tod nicht verlassen`." (ebd.) Diesen - was das "kollektive nationale Erbe" angeht - nicht besonders ergiebigen Satz fand auch die Zeit-Redaktion so hochgradig zitierwürdig, daß sie ihn, leicht redigiert, zur Artikelüberschrift beförderte: "Dieser Krieg läßt uns alle nicht los". (Die Zeit, 23.3.)

Das gilt nicht zuletzt für diejenigen, die selbst dabei gewesen sind. Es gilt für den seinerzeitigen Bataillonskommandeur Alfred Dregger (heute Ehrenvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), aber auch für den Deserteur Gerhard Zwerenz (PDS). Daß diese beiden sich in der "bewegenden Auseinandersetzung über deutsche Schuld" (Die Zeit) politisch näher gekommen wären, kann - nach Lektüre des Protokolls - niemand ernsthaft behaupten. Dregger hat in der Sache keinen Fußbreit Boden preisgegeben, ebensowenig wie die übrigen Rednerinnen und Redner der Koalition.

Ausgelöst worden war die ungewöhnliche Debatte von den Abgeordneten Angelika Beer (Bündnis90/Die Grünen) und Dagmar Enkelmann (PDS), die unabhängig voneinander vorgeschlagen hatten, die Wehrmachtsausstellung im Bundestag zu zeigen. Vier Anträge standen am 13. März zur Debatte. Während Bündnisgrüne und PDS u.a. die rechte Mobilisierung gegen die Ausstellung thematisierten, beantragte die SPD schlicht und einfach die Zustimmung des Bundestages zu einer Äußerung von Verteidigungsminister Rühe: "Die Wehrmacht war als Organisation des Dritten Reiches, in ihrer Spitze, mit Truppenteilen und mit Soldaten in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt. Als Institution kann sie deshalb keine Tradition begründen." Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beginnt mit den denkwürdigen Sätzen: "Der Zweite Weltkrieg gehört zu den furchtbarsten Tragödien der deutschen und europäischen Geschichte. Ihr fielen Millionen auch deutscher Soldaten und Zivilisten zum Opfer." So weit, so vertraut.

Entsprechend begann der Schlagabtausch. Gerald Häfner begründete den Antrag der Bündnisgrünen und kritisierte insbesondere das "Schweigen der CSU und der Bundesregierung" zu der Hetze Gauweilers und des Bayernkurier. Als zweiter Redner konterte Frontkämpfer Dregger (76) mit der Schärfe, die man von ihm kennt. Er wies zunächst die "undifferenzierten Vorwürfe" seines Vorredners als "niederträchtig und zum großen Teil gemein" zurück und kam dann schnell zu seinem eigentlichen Anliegen: Dem Umgang des "deutschen Volkes" mit "seinen" Soldaten: "Wie ein Volk nach einem verlorenen Krieg mit seinen Soldaten umgeht, das sagt viel aus über seine moralische Substanz, über seine Würde und seine innere Stärke - oder Schwäche." Und noch einmal unmißverständlich: "Es geht in dieser Frage also um unser Verhältnis zu einer ganzen Generation unseres Volkes. Wer versucht - diese Versuche gibt es -, die gesamte Kriegsgeneration pauschal als Angehörige und Helfershelfer einer Verbrecherbande abzustempeln, der will Deutschland ins Mark treffen." Das ist im Kern, nicht in der Wortwahl, der gleiche ungeheuerliche Vorwurf, den der Bayernkurier gegen die Wehrmachtsausstellung erhebt: Sie sei Teil eines "Vernichtungsfeldzugs gegen das deutsche Volk". Auch

Dregger ist entschieden gegen die Ausstellung: "Die Ausstellung versöhnt nicht, sie spaltet. Sie empört durch die Art ihrer Darstellung die Generation der Großväter und Väter und verwirrt die Generation der Söhne und Enkel".

Zwischenruf des Abgeordneten Joseph Fischer (Frankfurt): "Ein unsäglicher Dreck, den Sie hier absondern!" Diese deutliche Meinungsäußerung wurde - im Interesse des "nationalen Konsenses"? - in der Berichterstattung unterschlagen. Sie muß gerade in unserer Zeitung gebührend herausgestellt werden, zumal der Abgeordnete Fischer hier meistens schlechte Kritiken erhält. Danke, Joschka!

Dreggers Rede veranlaßte den bündnisgrünen Abgeordneten Volker Beck, sich zu einer ersten Kurzintervention (fünf Minuten) außerhalb der Redeliste zu melden. Da Dregger auf Gegenrede verzichtete, erhielt danach Otto Schily das Wort. Er sprach von seinen älteren männlichen Verwandten (Onkel, Bruder, Vater), die alle den NS-Staat mehr oder weniger abgelehnt hätten, ihm aber auch dienten - und von dem Vater seiner Frau, dem jüdischen Partisanen Jindrich Chajmovic, der in Rußland gegen die Wehrmacht kämpfte. Schilys Rede gipfelte in der offenen Parteinahme für die Partisanen: "Nun sage ich einen Satz, der in seiner Härte und Klarheit von mir und von uns allen angenommen werden muß: Der einzige von allen vier genannten Personen - der einzige! -, der für eine gerechte Sache sein Leben eingesetzt hat, war Jindrich Chajmovic."

Bezeichnenderweise kam niemand der folgenden RednerInnen aus den Reihen der Regierungskoalition auf diese klare Aussage zurück: erstaunliche Feigheit, wenn man bedenkt, daß für die Konservativen "der Partisan" noch immer der Feind ist. So hatte FAZ-Chefredakteur Friedrich Karl Fromme gegen die Wehrmachtsausstellung u.a. eingewandt: "Gewiß wirkt erschreckend, wenn zu sehen ist, wie ein nach der Uniform unverkennbarer Wehrmachtssoldat jemandem den Strick um den Hals legt. Aber es verschwindet unter der scheinbar dokumentarischen Suggestivkraft des Bildes, ob es sich um eine Hinrichtung von Partisanen handelt..." (FAZ, 26.2.) Auch diese Billigung des Massenmordes zitierte Schily, der damit die zur Debatte stehende Frage erfreulich klar zuspitzte.

Klebrige Harmonie

Schilys Rede, sein Ringen um Fassung, als er von seinen Angehörigen sprach, hatte nun offensichtlich zur Folge, daß die Abgeordneten aller Fraktionen für einige Zeit in ungewöhnliche Andacht verfielen. "Es wurden keine Akten abgezeichnet , es wurden keine Zeitungen gelesen, es wurde nicht telefoniert", sondern zugehört, berichtet die taz-Reporterin. Gleichzeitig lähmte die Atmosphäre des "Einander-Zuhörens" beinahe jeden Widerspruchsgeist - auf beiden Seiten. So konnte Weltkriegsveteran Otto Graf Lambsdorff unwidersprochen behaupten, die deutschen Soldaten hätten "ihre Pflicht getan", und ein Urteil über die Wehrmacht könne überhaupt nur "subjektiv und sehr persönlich" gefällt werden. Auf der anderen Seite durfte Gerhard Zwerenz, ohne niedergeschrien oder auch nur unterbrochen zu werden, die verbrecherischen Kriegsziele und die Mittäterschaft späterer Widerständler zur Sprache bringen.

Einen weiteren dramatischen Höhepunkt setzte die Bündnisgrüne Christa Nickels mit einer persönlich gehaltenen Kurzintervention: Sie sei die Tochter eines jener Soldaten, die "unendliche entsetzliche Schuld auf sich geladen" haben. Damit antwortete sie auf die Kurzintervention von Erika Steinbach (CDU), die nicht nur gegen die Ausstellung hetzte, sondern sich auch theatralisch vor der "Überheblichkeit" der Grünen "ekelte", "mit der sie über ihre eigenen Väter und Vorväter sprechen". Leider verstieg sich Christa Nickels dazu, die laufende Debatte als "vielleicht stilbildend", weil "ehrlich" und "ungeschminkt", zu loben. Ehrlich und ungeschminkt waren in der Tat viele Beiträge zur Wehrmachtsdebatte, in Bonn wie in München.

Wehrmacht und Bundeswehr

Alfred Dregger als nächster Redner verkniff sich jeden Kommentar zu Frau Nickels' Rede und signalisierte seinerseits Bereitschaft zur Harmonie. Er wolle "bekunden, daß die Kritik, die an mir geübt worden ist, von mir geprüft werden wird, daß ich sie nicht schlankweg zurückweisen werde" - "Beifall im ganzen Hause", vermerkt das Protokoll. Inhaltlich nahm er nicht ein Wort zurück. Vielmehr dankte er dem Kollegen Freimut Duve (SPD) für dessen Überleitung zum zweiten Teil der Debatte. Duve hatte, ebenfalls per Kurzintervention, die Soldaten der Bundeswehr zu beruhigen versucht. Wer diese gegen die Ausstellung aufbringen wolle nach dem Motto "Ihr müßt euch jetzt beleidigt fühlen", der leugne "die Zäsur" und "diesen Bruch", der mit dem Aufbau der Bundeswehr stattgefunden habe.

Die vielen Wehrmachtsoffiziere, die bei der "Wiederbewaffnung" ihr Know-how einbrachten, mögen das vielleicht undankbar finden - Dregger jedoch griff dankbar auf, was sein Parteifreund Rühe, nur vom Beifall unterbrochen, dann in seiner Rede abrundete: "Heroisierung und unkritische Rechtfertigung verbieten sich ebenso wie eine pauschale Verurteilung"; "die Wehrmacht war als Organisation ... in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt. Als Institution kann sie deshalb keine Tradition begründen." Dieses Verständnis lasse "Raum, vorbildliche soldatische Haltung und hervorragende militärische Leistungen aus allen Epochen der deutschen Militärgeschichte in die Tradition der Bundeswehr zu übernehmen". Zu diesen Epochen, das betonte Rühe nicht ausdrücklich, gehört natürlich auch die Zeit zwischen 1933 und 1945; auch damals hätten deutsche Soldaten "in gutem Glauben, nach bestem Wissen und Gewissen" gehandelt, wenn auch verstrickt in die "Tragik soldatischen Pflichtbewußtseins im Zweiten Weltkrieg".

Und auch diese Aussage Rühes ging ohne kritischen Zwischenruf durch: "Schuld ist aber immer persönlich. Kollektivurteile über das Handeln der Wehrmacht sind genauso haltlos wie die Rede von der Kollektivschuld der Deutschen." Es fehlte nur noch der Appell, bei der Beurteilung des einzelnen Wehrmachtssoldaten hätte die Unschuldsvermutung zu gelten.

Den Schlußpunkt in der Debatte setzte Theo Waigel (CSU), auch er von der Debatte "tief berührt und natürlich auch aufgewühlt". Die mehrfach geforderte Distanzierung von Gauweiler und dem Bayernkurier leistete er nicht: "Ich bin kein Zensor dieser Kritik." Waigel schloß mit Zitaten von Wehrmachtsoffizieren aus dem Widerstand und einem Satz, der das Volk der Deutschen "mit seinen Toten versöhnen" sollte: "Das ... ist die deutsche Geschichte in ihrer Gesamtheit, auf die wir auch stolz sein können." Ende der Aussprache, Überweisung der Anträge "federführend an den Innenausschuß und zur Mitberatung an den Verteidigungsausschuß". Letzteres wurde "interfraktionell" vereinbart; offenbar wollten sich auch die Oppositionsfraktionen ein bißchen als Sieger fühlen und verschoben ihre Abstimmungsniederlage auf später.

Ein neuer Konsens?

Nicht nur in den zitierten Presseorganen wurde die Bundestagsdebatte gelobt. Auch Hannes Heer, Mitinitiator der Ausstellung, stützte seine These, in der Frage der Wehrmacht sei "der Grundkonsens erweitert worden", ausdrücklich auf die Parlamentsdebatte: "Das war eine epochemachende Sitzung des Bundestages." (Frankfurter Rundschau, 18.3.) Mit den Inhalten der Debattenbeiträge läßt sich diese kühne Behauptung nicht belegen. Im Gegenteil: Der Dissens wurde bestätigt. Ein neuer Konsens entsteht nicht dadurch, daß Dregger sich für die Lautstärke seiner Rede entschuldigt.

Auch Rühes Aussage, die Wehrmacht als Institution könne nicht traditionsbildend für die Bundeswehr sein, ist, wie gesehen, keineswegs neu. (Vgl. auch ak 384 vom 16.11.1995: "Bundeswehr und Nazitradition. Dokumentation einer turbulenten Bundestagsdebatte." Diese Debatte fand statt in der Nacht vom 12. auf den 13.10.1995; gut einen Monat später, am 17.11.1995, tat Rühe auf der 35. Kommandeurstagung der Bundeswehr in München jenen Ausspruch, den die SPD-Fraktion nun in ihren oben zitierten Antrag kleidete.) Ungewöhnlich war vielleicht - neben den "persönlichen Tönen" in den Reden von Schily und Nickels -, daß auch einige prominente Koalitionsabgeordnete die Wehrmachtsausstellung für "notwendig" (Lambsdorff) oder zumindest "hinnehmbar" (Geißler) befanden. Das liegt vor allem am Erfolg dieser Ausstellung, ihrer Resonanz beim Publikum und bei Fachleuten. Von allen aufklärerischen Initiativen des Gedenkjahres 1995 war sie die wichtigste und die mit den nachhaltigsten Folgen für das Massenbewußtsein.

Geißlers Plädoyer, die Ausstellung "demütig hinzunehmen", trug nicht nur dem Umstand Rechnung, daß sie ohnehin nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist. Es gab dem geübten Demagogen auch Gelegenheit, auf sein Lieblingsthema zurückzukommen: Die "falschen Menschenbilder" - bei "Karl Marx", den "Nazis" und den "Fundamentalisten" - seien Ursache für die größten Verbrechen dieses Jahrhunderts! Dagegen empfahl er "demütiges" Betrachten der Ausstellung, "damit unsere jungen Leute sehen können, wozu der Mensch fähig ist, wozu falsche Menschenbilder die Menschen verführen können..." (Zur Ehre der Grünen sei erwähnt, daß Angelika Beer sich an dieser Stelle zu einer Zwischenfrage meldete. Ihr wurde aber vom amtierenden Vizepräsidenten Klose (SPD) nicht das Wort erteilt: Klose wollte den Redner erst "einen ganzen Gedanken" vortragen lassen, deshalb sei es ihm "einfach schwergefallen, dazwischenzugehen".)

Fazit: Die Bundestagsdebatte vom 13. März ist kein Beleg für einen "erweiterten Grundkonsens" (Heer) bei der Beurteilung der Wehrmacht. Die Meinungen sind nach wie vor polarisiert; zu dieser Polarisierung haben die

Wehrmachtsausstellung und die Publikationen des Hamburger Instituts für Sozialforschung wesentlich beigetragen. Ihre Materialien geben denen, die der Lüge von der "sauberen Wehrmacht" entgegentreten wollen, das notwendige Material für die Auseinandersetzung mit den Apologeten an die Hand. Diese Auseinandersetzung, in der Zeit als "ritualisierte Konfrontation" diffamiert, muß fortgesetzt werden. Ein Konsens mit Dregger, Rühe, Geißler oder Waigel wird sich dabei nicht erzielen lassen.

Js.

"Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944"

Ausstellungsorte und Termine

13. April bis 20. Mai 1997: Frankfurt/M., Paulskirche

28. Mai bis 3. Juli 1997: Bremen, Untere Rathaushalle

Juli bis Ende August 1997: Koblenz (Option)

12. September bis 17. Oktober 1997: Marburg, Auditorium der Universität

24. Oktober bis 23. November 1997: Konstanz, Stadtarchiv

29. November bis 11. Januar 97/98: Graz (Option)

8. Keine verbrecherische Organisation? Befehle der Wehrmachtsführung zum Krieg gegen die SU. Dokumentation

Befehle der Wehrmachtsführung zum Krieg gegen die Sowjetunion - Dokumentation

Rubrik: Militarismus; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:04

Am 10. Oktober 1941 erließ Generalfeldmarschall Walter von Reichenau einen Befehl, in dem er die in die Sowjetunion eingefallenen Soldaten der Deutschen Wehrmacht zu "Trägern einer unerbittlichen völkischen Idee" erklärte: "Deshalb muß der Soldat für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum volles Verständnis haben. Nur so werden wir unserer geschichtlichen Aufgabe gerecht, das deutsche Volk von der asiatisch-jüdischen Gefahr ein für alle Mal zu befreien." Rudolf Augstein, der diese Passagen im Spiegel vom 10.3.1997 zitiert, berichtet vom Tod dieses "für die Nazis ergiebigsten Wehrmachtssoldaten" im Jahre 1942 und fährt dann fort: "Reichenaus Gift hatte jedoch in der obersten Führung des Heeres seine Wirkung getan". Daß die nazistische Ausrichtung der Wehrmacht nicht auf geheimnisvoll wirkendes "Gift" zurückzuführen ist, belegen die Befehle, die teilweise schon vor Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion von der Wehrmachtsführung erlassen wurden: Es sind Aufrufe zu jeder nur "zweckmäßigen" Gewaltanwendung, "auch gegen Frauen und Kinder". Wir dokumentieren in Auszügen:

Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet "Barbarossa" und über besondere Maßnahmen der Truppe

Behandlung von Straftaten feindlicher Zivilpersonen.

1. Straftaten feindlicher Zivilpersonen sind der Zuständigkeit der Kriegsgerichte und der Standgerichte bis auf weiteres entzogen.

2. Freischärler sind durch die Truppe im Kampf oder auf der Flucht schonungslos zu erledigen.

3. Auch alle anderen Angriffe feindlicher Zivilpersonen gegen die Wehrmacht, ihre Angehörigen und das Gefolge sind von der Truppe auf der Stelle mit den äußersten Mitteln bis zur Vernichtung des Angreifers niederzukämpfen.

4. Wo Maßnahmen dieser Art versäumt wurden oder zunächst nicht möglich waren, werden tatverdächtige Elemente sogleich einem Offizier vorgeführt. Dieser entscheidet, ob sie zu erschießen sind.

Gegen Ortschaften, aus denen die Wehrmacht hinterhältig oder heimtückisch angegriffen wurde, werden unverzüglich auf Anordnung eines Offiziers ... kollektive Gewaltmaßnahmen durchgeführt, wenn die Umstände eine rasche Feststellung einzelner Täter nicht gestatten ...

(Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht, 13.5.1941)

Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland

1. Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes. Dieser zersetzenden Weltanschauung und ihren Trägern gilt Deutschlands Kampf.

2. Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven oder passiven Widerstandes ...

(Oberkommando der Wehrmacht, 19.5.1941)

Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare

Im Kampf gegen den Bolschewismus ist mit einem Verhalten des Feindes nach den Grundsätzen der Menschlichkeit und des Völkerrechts nicht zu rechnen. Insbesonders ist von den politischen Kommissaren aller Art als den eigentlichen Trägern des Widerstandes eine haßerfüllte, grausame und unmenschliche Behandlung unserer Gefangenen zu erwarten.

Die Truppe muß sich bewußt sein:

1. In diesem Kampf ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber falsch. Sie sind eine Gefahr für die eigene Sicherheit und die schnelle Befriedung der eroberten Gebiete.

2. Die Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden sind die politischen Kommissare. Gegen diese muß daher sofort und ohne weiteres mit aller Schärfe vorgegangen werden. Sie sind daher, wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen ...

(Oberkommando der Wehrmacht, 6.6.1941)

Anordnungen für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener

Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen Deutschland. Zum ersten Male steht dem deutschen Soldaten ein nicht nur soldatisch, sondern auch politisch im Sinne des Völker zerstörenden Bolschewismus geschulter Gegner gegenüber. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus ist ihm in Fleisch und Blut übergegangen. Er führt ihn mit jedem ihm zu Gebote stehenden Mittel: Sabotage, Zersetzungspropaganda, Brandstiftung, Mord. Dadurch hat der bolschewistische Soldat jeden Anspruch auf Behandlung als ehrenhafter Soldat und nach dem Genfer Abkommen verloren ...

Rücksichtsloses und energisches Durchgreifen bei den geringsten Anzeichen von Widersetzlichkeit, insbesondere gegenüber bolschewistischen Hetzern ist daher zu befehlen. Widersetzlichkeit, aktiver oder passiver Widerstand muß sofort mit der Waffe (Bajonett, Kolben und Schußwaffe) restlos beseitigt werden ... Wer zur Durchsetzung eines gegebenen Befehls nicht oder nicht energisch genug von der Waffe Gebrauch macht, macht sich strafbar.

Auf flüchtige Kr. Gef. ist sofort ohne vorherigen Haltruf zu schießen. Schreckschüsse dürfen niemals abgegeben werden ... (Oberkommando der Wehrmacht, 8.9.1941)

Befehl zur Bekämpfung von Partisanen und Partisanenverdächtigen

Der Feind setzt im Bandenkampf fanatische, kommunistisch geschulte Kämpfer ein, die vor keiner Gewalttat zurückschrecken. Es geht hier mehr denn je um Sein oder Nichtsein. Mit soldatischer Ritterlichkeit oder mit den Vereinbarungen in der Genfer Konvention hat dieser Kampf nichts mehr zu tun.

Wenn dieser Kampf gegen die Banden sowohl im Osten wie auf dem Balkan nicht mit den allerbrutalsten Mitteln geführt wird, so reichen in absehbarer Zeit die verfügbaren Kräfte nicht mehr aus, um dies(er) Pest Herr zu werden.

Die Truppe ist daher berechtigt und verpflichtet, in diesem Kampf ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt.

Rücksichten, gleich welcher Art, sind ein Verbrechen gegen das deutsche Volk und den Soldaten an der Front, der die Folgen der Bandenanschläge zu tragen hat und keinerlei Verständnis für irgendwelche Schonung der Banden oder ihrer Mitläufer haben kann ...

(Oberkommando der Wehrmacht, 16.12.1942)

Dokumentiert nach dem Katalog zur Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944", Hamburger Edition 1996

9. "Dolgenbrodt - Dein Ende droht". Umstrittene Antifa-Demo wirft Fragen nach dem Umgang mit den TäterInnen auf

Autor: Peter Nowak/kuk · Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:07

Für den 16.3.1997 hatten antifaschistische Gruppen aus Berlin und Umgebung unter Federführung der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) nach Dolgenbrodt mobilisiert. Im Aufruf hieß es unter dem Motto "Keine Ruhe den Rassisten": "Alle in diesem Nest haben von dem Anschlag gewußt, ihn geduldet, herbeigesehnt und bezahlt. Wir werden ihnen zeigen, daß es keine Ruhe für Rassisten geben wird."

Weiter hieß es in dem Aufruf: "Zusammen wollen wir ihnen einmal ein wenig ‚anständige Kultur` in ihr Ku-Klux-Klan-Dorf bringen." Aufkleber mit dem Bild einer im 2. Weltkrieg zerstörten deutschen Ruinenstadt waren mit der martialischen Parole "Dolgenbrodt - Dein Ende droht" überschrieben. Gleichzeitig veröffentlichten die Demo-OrganisatorInnen einen offenen Brief, in dem die BewohnerInnen aufgefordert wurden, am Tage der Demonstration "als Zeichen der Solidarität mit AsylbewerberInnen" und der Verabscheuung des Brandanschlages weiße Fahnen aus ihren Fenstern zu hängen. Manch eine/r befürchtete die Invasion einer Antifa-Armee.

Die Reaktionen auf diese Mobilisierung kamen nicht unerwartet: "Ein Dorf in Angst" titelte die Sensationspresse, und in der einzigen Kneipe des Dorf machten Gerüchte die Runde, daß sich eine mit Knüppeln bewaffnete Bürgerwehr den Demonstranten entgegenstellen würde. "Hier kapituliert keiner", faßte Bürgermeister Pfannenschwarz die Dorfmeinung mediengerecht zusammen. Am Stammtisch und während der Demonstration waren von DolgenbrodterInnen noch ganz andere Töne zu hören. "Ins Arbeitslager" oder "in den Steinbruch" wünschte man/frau sich die DemonstrantInnen, und ein Reporter des Tagesspiegel (17.3.97) will sogar die Aufforderung, "den Demonstranten solle man die Köppe einschlagen", vernommen haben.

Kein Zutritt zum Dorf

Das zuständige Potsdamer Polizeipräsidium verbot die Demonstration durch den Ort. Lediglich eine Kundgebung auf einem Acker in Sichtweise des Dorfeingangs wurde genehmigt. Am Berliner Rosa-Luxemburg-Platz, von dem aus die Busse nach Dolgenbrodt starten sollten, verzögerte sich die Abfahrt, weil die Polizei alle potentiellen DemoteilnehmerInnen und die Busse akribisch kontrollierte. Etwa fünf km vor Dolgenbrodt hatte die Polizei eine Straßensperre errichtet und verlangte erneut die Kontrolle aller Teilnehmenden. Nach zähen Verhandlungen und einer Zwangspause von einer Stunde einigte man sich auf Personenkontrolle ohne Ausweisvorlage. Nach zehn Minuten gab der Polizeiverantwortliche den Befehl "Maßnahme beendet", und die meisten konnten unkontrolliert wieder in ihre Busse steigen.

Mit etwa zwei Stunden Verspätung kamen die Berliner Busse schließlich am Zielort an, wo sie von AntifaschistInnen aus Mecklenburg und Brandenburg erwartet wurden. In Sichtweite stand ein Teil der Dolgenbrodter BürgerInnen und viele signalisierten mit ihren Gesichtsausdrücken und Gebaren, daß sie die Angereisten am liebsten zur Hölle wünschten. Schließlich formierten sich die gut 300 AntifaschistInnen zu einem Demozug und versuchten, mit Transparenten, Fahnen und Sprechchören in Richtung Dorf zu marschieren. Doch der Versuch scheiterte angesichts der dichten Polizeiketten schon im Ansatz. Während der anschließenden Kundgebung wurden neun Personen wegen Verstoßes gegen das Vermummungsverbot festgenommen. Zeitungsfotos von den Festnahmen zeigen allerdings ausschließlich unvermummte DemonstrantInnen. Diese wurden am gleichen Abend wieder freigelassen. Gegen 17 Uhr war die Aktion beendet. Die Diskussion um Mobilisierung und Zielsetzung der Aktion ging jetzt jedoch erst richtig los.

Autonomer Alleingang

Die Aktion von Dolgenbrodt war von Anfang an umstritten. Die InitiatorInnen unternahmen keinen Versuch, ein breites Bündnis auf die Beine zu stellen. Gewerkschaften, Parteien, Kirchen usw. wurden nicht einmal zur Teilnahme aufgefordert. Dies rief selbst im autonomen Spektrum Ablehnung hervor. Das Wochenblatt Interim druckte den Aufruf nicht ab, weil der "leider irrtümlich" ins Feuer geworfen worden sei, wie die BlattmacherInnen im Vorwort der Nr. 412 mitteilen. Leider sagte die Interim nicht, aus welchen Gründen sie

den Abdruck ablehnte. Nach der Demo war in der Ausgabe Nr. 413 ein dürftiges Resümee der Demovorbereitungsgruppe zu lesen, das in dem Satz gipfelte: "Obwohl es uns angesichts der zahlreichen Bullen nicht gelungen ist, die Dolgenbrodter Volksgemeinschaft direkter zu belästigen, halten wir die Aktion insgesamt für erfolgreich."

Im "Wort zum Donnerstag", einer Art Interim-Leitartikel, wird in der gleichen Ausgabe recht neidvoll "die große mediale Wirkung einer kleinen Demo" konstatiert. Dabei verweisen die AutorInnen darauf, daß in der bürgerlichen Presse nach der Demo nicht die sonst gegen Linksradikale übliche Hetze dominierte. Der Tagesspiegel schrieb beispielsweise: "Die Äußerungen (der DolgenbrodterInnen, P.N./kuk) über ‚Asylanten`, ‚Neger` und Ausländer waren schlicht ekelerregend. Es genügte eine einfache Frage und als Antwort gab es, wie auf Knopfdruck, Rassismus. Das war es, was Autonome und Antifaschisten anprangern wollten."

Weniger Lob hatte das Neue Deutschland für die Demo übrig. Bereits drei Tage vor dem 16.3. wurde der PDS-Landtagsabgeordnete Stefan Ludwig mit dem Satz zitiert: "Wenn da am Sonntag tatsächlich ein schwarzer Block aus Berlin durch den Ort marschiert und weiße Fahnen fordert, dann ist das nicht nur unverschämt, sondern politisch kontraproduktiv." Helfried Liebsch kommentierte am selben Tag die Aktion als "hilflosen Aktionismus", der schlimmstenfalls nur dazu geeignet sei, die Einwohner gegen die Antifas aufzubringen. Für die geringe Sympathie von ND-Redakteuren gegenüber antideutschen Autonomen muß man sicherlich Verständnis aufbringen. Leider fehlte in der Zeitung aber eine Auseinandersetzung um die auf den ersten Blick erstaunliche Tatsache, daß der PDS-WählerInnenanteil in Dolgenbrodt mit 35% recht hoch ist. Außerdem wurde nicht kritisiert, daß die PDS im Kreis Dahme-Spreewald bis heute nicht in der Lage war, den über Jahre zurückliegenden Brandanschlag zu thematisieren.

Wer mit wem gegen wen?

Auf den Antifaseiten der jW vom 20. und 27.3. wurde kontrovers über die Aktion diskutiert. Ostdeutschlandexperte Holger Becker, lange Jahre ND-Redakteur, setzte zur Verteidigung an: "Eine kollektive Schuld der Dolgenbrodter ist nie bewiesen worden, auch wenn das fast alle Zeitungen von Bild bis Spiegel unterstellten", behauptete er, ohne sich mit Fragen von Schuld und Verantwortung näher zu beschäftigen. Statt dessen spekulierte er darüber, "daß es Kalkül sein könnte, Asylbewerberheime genau dort zu plazieren, wo auch den Einheimischen (ob des Frustes über Arbeitslosigkeit und Rückübertragungsansprüchen, P.N./kuk) das Wasser bis zur Oberkante der Unterlippe steht". Den DemonstrantInnen warf er vor, die DorfbewohnerInnen mit Begriffen ("Pack", "Gesindel") zu beschimpfen, die von Nazis üblicherweise gegen AusländerInnen benutzt werden.

Korinna Klasen stellte die Frage nach dem Sinn antifaschistischer "Strafaktionen": "Wer sich die Mühe macht, mit AntifaschistInnen aus der sogenannten Provinz über ihre Erfahrungen seit 1990 zu reden, wird feststellen, daß nur da relative Ruhe vor faschistischen und rassistischen Übergriffen herrscht, wo linke und autonome Strukturen seit Jahren sowohl durch militante Straßenaktionen als auch durch politisch-kulturelle Initiative die rechte Hegemonie in den Köpfen und auf der Straße zumindest zurückgedrängt haben." Mit Strafaktionen seien in der Bevölkerung keine Umdenkungsprozesse, geschweige denn gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen. Wichtig sei es, "Bündnisse von politischer und gesellschaftlicher Relevanz zu schließen". Und zumindest die Hoffnung müsse erkennbar sein, daß Bewußtseinsveränderungen innerhalb breiterer gesellschaftlicher Gruppen noch möglich seien.

Diese Kritik zielte auf die Antideutschen und löste entsprechenden Widerspruch aus. Eva Völpel antwortete in der jW (27.3.): "Mit Berechtigung kann man sagen, daß in Dolgenbrodt nichts mehr zu retten ist, und es gilt, die ‚Mitte der Gesellschaft`, auf deren Mitverantwortung ein Schlaglicht geworfen wurde, allzeit zu denunzieren und einzuschüchtern. ... Die auf anonymen Flyern angekündigte Drohung, daß Dolgenbrodts Ende drohe, ist die notwendige Provokation, um in der Linken endlich abschließend zu diskutieren, wo aufklärerische Aktionen noch Sinn machen und wen man eigentlich erreichen will." Sinnlos sei es den Dialog mit den Dolgenbrodter zu suchen oder von einer antirassistischen Massenmobilisierung zu phantasieren. Statt dessen solle man Bündnisse mit den MigrantInnen und mit den wenigen, die auf deutscher Seite für antifaschistische Politik empfänglich seien, eingehen.

Die AAB schweigt

Leider haben AAB/VertreterInnen bisher noch nicht in die Diskussion eingegriffen. Am Tag vor der Demo formulierte AAB-Mitglied Martin Reill gegenüber der jW das Ziel der Aktion: "All jenen, die von der ganzen nationalistischen und rassistischen Deutschtümelei genervt sind, und die irgendwo in ähnlich strukturierten Gemeinden leben müssen, wollen wir mit der Demo ein bißchen Mut machen." Das klingt wenig radikal, und die Aufforderung an die DorfbewohnerInnen, weiße Fahnen "als Zeichen der Solidarität mit den AsylbewerberInnen" zu hissen, erinnert doch sehr an die Lichterkettenaktionen von 1993. Nach außen martialisch, im Kern kirchentagskompatibel, könnte mensch zugespitzt formulieren.

Trotz mehrmaliger Versuche ist es uns nicht gelungen, VertreterInnen der AAB zu ihren Vorstellungen, zu dem Zeitpunkt und zu ihrer Einschätzung der Aktion zu befragen. Offen bleibt z.B. die Frage, wie diese Aktion zur bisherigen politischen Arbeit der Gruppe paßt, die gerade wegen ihres Massenansatzes in der Bahamas Nr. 22 von Justus Wertmüller einer vernichtenden Kritik unterzogen wurde?

Warum wurde bei der Dolgenbrodt-Aktion von vornherein auf Bündnisse mit Menschen aus der Umgebung verzichtet? In Orten wie Wurzen oder Mahlow ist dies gelungen? Auch dort war die AAB Mitveranstalterin. Bedeutet ihr jetziges Vorgehen einen Bruch mit dieser Art von Antifa-Politik? Ging es den VeranstalterInnen in erster Linie darum, in den Medien zu erscheinen und ihren Laden mittels ständiger Aktionen zusammenzuhalten?

Das zumindest dürfte der medienerfahrenen AAB gelungen sein. Ob die Dolgenbrodt-Aktion aber die antifaschistische Arbeit insgesamt weitergebracht hat, darf bezweifelt werden. Die AAB wird sich den Fragen und der Kritik anderer AntifaschistInnen stellen müssen.

Peter Nowak/kuk

10. Biedermänner und Brandstifter. Dolgenbrodt: Das Ende der Lügen - Anschlag auf Asylbewerberheim aufgeklärt

Autor: kuk · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:05

Wohl selten hat ein so kleines Dorf so viele und so schlimme Schlagzeilen ausgelöst. Dolgenbrodt, das auf kaum einer Landkarte verzeichnet ist, löst weit über Deutschlands Grenzen hinaus seit über vier Jahren Kopfschütteln, Entsetzen und Empörung aus. Nicht nur, weil ein ganzes Dorf den Nährboden für einen ausländerfeindlichen Brandanschlag bereitet hat, nicht nur, weil Biedermänner den Brandstifter bezahlten, sondern auch, weil jahrelang von vielen BewohnerInnen - vor allem den BürgermeisterInnen - gelogen, abgestritten und verharmlost wurde, daß es eine Schande war. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen beweisen jetzt, daß die schlimmsten Vermutungen voll und ganz der Wahrheit entsprechen.

Dolgenbrodt liegt etwa 40 km südöstlich von Berlin im brandenburgischen Landkreis Dahme-Spreewald. Zu DDR-Zeiten hatten mehrere prominente SED-Politiker Wochenendhäuser in dem an einem schönen See gelegenen Dorf. Zu den etwa 260 Dolgenbrodtern gesellen sich an den Wochenenden zahlreiche Ostberliner, die noch aus DDR-Zeiten über Dutzende von "Datschen" verfügen. Das Ende der DDR brachte für Dolgenbrodt eine Flut von Rückübertragungsanträgen und damit die Sorge um Haus und Grundstück. Und im Sommer 1992 kam es - in den Augen der BewohnerInnen - knüppeldick: Das Landratsamt verfügte, daß 86 afrikanische AsylbewerberInnen für die Dauer von sechs Monaten in das ehemalige Kinderferienlager "Heinrich Rau" einziehen sollten.

"Am besten abfackeln"

Im Dorf bildete sich eine Bürgerinitiative, auf einer Unterschriftenliste protestierten 190 der 260 Einwohner (nahezu alle Erwachsenen) gegen das Heim. (1) Der heutige Bürgermeister Dr. Karl Pfannenschwarz zur damaligen Situation: "Eine unglückliche Entscheidung des Landratsamtes. Keine Polizei im Ort, kein Lebensmittelgeschäft." Die Einwohner hätten Angst gehabt. (ND, 24.1.97) Außerdem gab es lediglich eine Telefonzelle und keine brauchbare Busverbindung zu dem Dorf.

Trotz aller Proteste blieb das Landratsamt bei seinem Beschluß. Am 2.11.1992 sollten die ersten AsylbewerberInnen nach Dolgenbrodt gebracht werden. Fünf Tage vor diesem Zeitpunkt eskalierte die Empörung auf einer Bürgerversammlung im Gasthaus Kober. Laut Zeugenaussagen forderte jemand das Abfackeln des Gebäudes. Die Feuerwehr müsse an ihrem Einsatz gehindert werden. Appelle an die Vernunft waren von niemandem zu hören. Ein Dolgenbrodter erzählte der jW (15./16.2.97), daß die damalige Bürgermeisterin Ute Preißler die rassistische Stimmung im Dorf geradezu aufgeheizt hätte, z.B. mit der Warnung vor kriminellen Rumänenbanden, die demnächst zu erwarten seien. (2) Die Bevölkerung sei zwar geschlossen gegen das Heim gewesen, die Mehrheit habe Selbstjustiz allerdings abgelehnt.

Ob diese letzte Bewertung stimmt, sei dahingestellt. Tatsache ist: In der Nacht zum 1.11. wurde ein Brandanschlag auf das unbewohnte AsylbewerberInnenheim verübt. Der zum Schutz des Heimes engagierte Wachschutz hielt sich vertragswidrig nicht in Dolgenbrodt auf, sondern pendelte zwischen mehreren zu bewachenden Objekten in verschiedenen Orten hin und her. Als die Feuersirenen Alarm schlugen, erschienen nur fünf der15 freiwilligen Feuerwehrleute zum Löschen. Die anderen blieben in ihren Betten, weil sie angeblich die Sirenen nicht gehört hatten. Obwohl die Feuerwache nur 200 m vom Brandort entfernt lag, dauerte es 40 Minuten bis zum Beginn der Löscharbeiten. Bis dahin hatten die Flammen das erwünschte Ergebnis bewirkt. In dem Gebäude konnte niemand mehr untergebracht werden. Nach Angaben der taz (24.8.1993) wurde im Dorfgasthof am Abend nach dem Brand eine Art Siegesfeier abgehalten.

Neonazi als Täter verhaftet

Fünf Monate nach dem Anschlag, am 17.5.1993, wurde der zur Tatzeit 18jährige Silvio Jackowski aus dem benachbarten Königs Wusterhausen, mal als Ex-Mitglied der Nationalistischen Front, dann wieder als aktives FAP-Mitglied bezeichnet, verhaftet. Er hatte sich in einer Skinhead-Kneipe der Tat gerühmt und von 2.000 Mark Prämie gesprochen. Der ermittelnde Potsdamer Staatsanwalt ignorierte den in Untersuchungshaft

Sitzenden wochenlang, obwohl der zur Aussage bereit war. Und die hatte es in sich. Jackowski gab an, bei einer Bürgerversammlung im Gasthaus Kober am 23.10.1992 dabeigewesen zu sein. Nach der Veranstaltung sei am Stammtisch laut darüber diskutiert worden, ob man nicht Rechtsradikale für einen heißen Abriß anheuern wolle.

Jackowski behauptete, den Kontakt zu vier Mitgliedern einer Wehrsportgruppe hergestellt zu haben, die die Tat schließlich begangen hätten. Dabei habe es sich um den Dolgenbrodter "Dorf-Skinhead" Marko Schmidt sowie um die Rechtsradikalen Ernst Otto und Renato Paschke gehandelt. Der Blumenhändler Thomas Oste habe 2.000 Mark bezahlt, der Wirt des Gasthauses Kober, Dietrich Gerhardt, DM 1.000. Beteiligt hätten sich außerdem der Elektromeister Gerd Graefen und der Fischer Armin Schulz, auf dessen Grundstück monatelang eine Reichskriegsflagge wehte. Jackowski Aussage später vor Gericht gipfelte in dem Satz: "Im Dorf wußte jeder davon."

Brandenburger Gesetzes- mühlen mahlen langsam

Das Verfahren gegen Silvio Jackowski vor dem Potsdamer Landgericht begann am 16.5.1994 und endete am 22.6. desselben Jahres mit einem Freispruch aus Mangel an Beweisen. Die von Jackowski der Brandstiftung Beschuldigten konnten für die Tatzeit allesamt Alibis ihrer Freundinnen vorweisen. Die Anstiftung durch die Dolgenbrodter Bürger wurde nicht ernst genommen. Staatsanwalt Robert Lenz mußte zugeben, diese Spur nicht verfolgt zu haben. So versäumte er es beispielsweise, Kontobewegungen der als Geldgeber bezeichneten Personen zu überprüfen.

Im Januar 1995 kassierte der Bundesgerichtshof das Urteil und verwies den Fall an das Landgericht Frankfurt (Oder). Am 5.9.1995 begann die Revisionsverhandlung. Textilfasern, die im Zaun vor dem Tatort gesichert worden waren, konnten der Tarnhose des Angeklagten zugeordnet werden. Der damals als Bauhelfer arbeitende Jackowski wurde schließlich am 26.1.1996 zu zwei Jahren Bewährungsstrafe verurteilt. Nach der Urteilsbestätigung durch den BGH am 6.11.1996 wurde er erneut von der Frankfurter Staatsanwältin Petra Marx vernommen, die immer davon überzeugt gewesen war, daß der Täter nicht allein verantwortlich gewesen sei.

Im Januar dieses Jahres präzisierte der Verurteilte seine früheren Aussagen. Nicht mehr durch ein eigenes Strafverfahren vor einer Zeugenaussage gegen andere Dolgenbrodter Beschuldigte geschützt, hätte er vor Gericht unter Eid aussagen müssen. Da ihm im Falle eines Meineids doch noch eine längere Haftstrafe drohte, brach er sein Schweigen, das er im eigenen Prozeß bis zuletzt durchgehalten hatte. Er gestand die Brandlegung und bezichtigte den Blumenhändler Oste erneut der Anstiftung. Von diesem habe er nach Bekanntwerden der Vorwürfe mehrfach Schweigegeld in Höhe von jeweils DM 2.000 bis 4.000 erhalten. Insgesamt seien ihm DM 2.000 für die Tat und DM 10.000 Schweigegeld bezahlt worden.

Am 29.1. wurde Haftbefehl gegen Marko Schmidt wegen gemeinschaftlicher Brandstiftung und wegen Meineides erlassen. Er hatte 1995 vor Gericht unter Eid bestritten, an dem Brandanschlag beteiligt gewesen zu sein. Jetzt gestand er, zunächst von Thomas Oste zur Brandstiftung aufgefordert worden zu sein. Aus Angst davor, als notorischer "Dorfrechter" sofort unter Verdacht zu geraten, habe er abgelehnt und statt dessen den Kontakt zu Silvio Jackowski hergestellt. Zusammen mit seinem Stiefvater Wolfgang Wendland besorgte er Heizöl für die Molotowcocktails und baute sie auf dem eigenen Grundstück gemeinsam mit Jackowski. Die Staatsanwaltschaft kündigte an, gegen weitere Dolgenbrodter wegen Meineids oder vermutlicher Beihilfe zur Brandstiftung zu ermitteln. Offensichtlich seien zahlreiche Zeugenaussagen in den Prozessen gegen Jackowski vorher detailliert abgesprochen gewesen.

Haftbefehl erging inzwischen auch gegen Gerd Graefen. Das CDU-Gemeinderatsmitglied war Initiator und Sprecher der Bürgerinitiative von 1992 und gestand inzwischen, Geld für den Anschlag gezahlt zu haben. Noch im August 1993 hatte er gegenüber Journalisten den Verdacht der Brandstiftung auf die Ostberliner Datschenbesitzer zu schieben versucht. Am 5.2. packte schließlich auch Thomas Oste aus und gestand alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe.

Nach mehr als vier Jahren scheint der Fall Dolgenbrodt weitestgehend aufgeklärt. Es gibt allerdings noch Spekulationen, wonach neben dumpfem Ausländerhaß auch handfeste materielle Interessen bei einigen Beteiligten eine Rolle gespielt haben könnten.

Schnäppchen in Dolgenbrodt

Die Staatsanwaltschaft Potsdam ermittelt in Dolgenbrodt wegen dubioser Grundstücksverkäufe. Die damalige Bürgermeisterin und heutige Hauptamtsleiterin im Amt Friedersdorf, Ute Preißler, sowie drei weitere ehemalige Gemeindevertreter stehen unter dem Verdacht der Untreue. Im Zeitraum Mai bis Dezember 1991 sollen sechs unbebaute Wohngrundstücke der Gemeinde weit unter Wert an Dorfbewohner verkauft worden sein. Am 12.2. wurden die Amts- und Wohnräume von 13 ehemaligen Gemeinderatsmitgliedern durchsucht. Sie sollen auf einer nichtöffentlichen Sitzung am 14.5.1991 den Quadratmeterpreis für drei Grundstücke mit einer Größe von 4.294 qm auf DM 1,- und für drei weitere auf einen qm-Preis von DM 10,- festgelegt haben, obwohl laut Gutachter-Schätzungen bereits damals ein Wert von mindesten DM 40,- gegeben gewesen sei. Einer der Begünstigten war Thomas Oste. Er kaufte 5.000 qm, davon 700 zum Preis von DM 1,-. Dieses Schnäppchen grenzt unmittelbar an das Gelände des abgebrannten Asylbewerberheims.

In der Berliner Zeitung vom 24.10.1995 und vom 4.2.1997 werden Vermutungen darüber angestellt, inwieweit Preißler ebenfalls in die Anstiftung zur Brandstiftung verwickelt gewesen sein könnte. 1991 gab es konkrete Pläne, auf dem Gelände des AsylbewerberInnenheims eine Reha-Klinik zu errichten. Gegen Ute Preißler richtet sich der Verdacht, von der Berliner Maklerfirma "Gesellschaft für Wohn- und Freizeitanlagen" (Gewo) mit einer ordentlichen Provision im Falle des Zustandekommens des Projektes gelockt worden zu sein. Auch andere Dolgenbrodter hätten davon profitiert. Der Klinikbau hätte ohne Zweifel zu einem enormen Anstieg der Bodenpreise in der Umgebung geführt.

Absolut unbelehrbar?

Bürgermeister Karl Pfannenschwarz, der als Rechtsanwalt nun die Verteidigung von Thomas Oste übernommen hat, behauptet, daß die neuesten Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft "bei unseren Bürgern größte Bestürzung und Ablehnung hervorgerufen" haben. Pfannenschwarz hatte jahrelang alle Beschuldigungen gegen Dolgenbrodter Bürger vehement zurückgewiesen. Leugnen und andere zu beschuldigen - vor allem Medien, Politik und Justiz -, war die Spezialität des Rechtsanwaltes, und viele Dolgenbrodter folgten ihm darin. Noch im vergangenen Monat bekräftigte Pfannenschwarz, daß die "Errichtung des Asylbewerberheims in Dolgenbrodt nach wie vor als absolut abwegig angesehen" werde. (Tagesspiegel, 15.3.97)

Diese und zahlreiche andere Äußerungen von Dolgenbrodtern zeigen deutlich, daß selbstkritische Überlegungen bisher nicht stattgefunden haben. Es dominiert eine "Im-Grunde-hatten-wir-doch-recht"-Haltung. Der Brandanschlag wird heute immer noch als willkommene Lösung ihres Problems angesehen und nur deshalb verurteilt, weil er die Gemeinde in einen schlechten Ruf und um ihre Ruhe gebracht hat. Da durch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen vom Januar/Februar des Jahres dieser miese Sumpf noch einmal deutlich geworden ist, sahen sich Antifa-Gruppen herausgefordert, Dolgenbrodt am 16.3.1997 zum Ziel einer antirassistischen Demonstration werden zu lassen.

kuk

Anmerkungen:

1) Über die Stimmung, die damals in Dolgenbrodt herrschte, gibt die auch heute noch lesenswerte Reportage von Michaela Schieß (taz, 24.8.1993) beredte Auskunft.

2) 1993 erklärte Ute Preißler gegenüber JournalistInnen zu dem Brandanschlag: "Wir waren nicht sehr traurig, daß damit das Problem erst einmal gelöst schien."

11. Dem Militär den Boden entziehen - Ostermarsch FREIe HEIDe

Autor: Vo. · Rubrik: Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:11

Mit den Ostermärschen ist das ja bekanntlich so eine eigene Sache. Einerseits gibt es gute Gründe, sie als langweilige "Latschdemos" abzutun. Gefrönt werde - so die Kritik - einem von konkreten Anlässen und Inhalten weitgehend entleerten Ritual; gelatscht werde zu Ostern letztlich, weil man schon immer zu Ostern gelatscht sei. Grund sei allein, daß einmal wieder Ostern ist. Auf der anderen Seite kann mensch allerdings auch argumentieren, daß mit den Ostermärschen und ihrer alljährlichen Vorbereitung Strukturen erhalten werden, auf die zurückgegriffen werden kann, wenn es denn einmal wieder tatsächlich aussichtsreich ist, viele Menschen auf Friedensdemonstrationen zusammenzubringen. Überdies könnten die noch aktiven Kerne der Friedensbewegung alljährlich sich selbst und der Öffentlichkeit zeigen, daß sie noch da und lebendig sind - auch wenn es nicht darum gehe, in Zeiten einer "Ebbe" der Bewegung "Zählappelle" zu veranstalten oder eine Stärke vorzugaukeln, die nun einmal faktisch nicht gegeben ist. Für diesen zweiten Argumentationsstrang spricht in gewissem Maße die historische Erfahrung. Nachdem in der BRD erstmals 1960 ein Ostermarsch veranstaltet wurde, handelte es sich bei den Märschen der folgenden Jahre in der Tat um Veranstaltungen relativ kleiner Gruppen und Organisationen. Doch Ende der 60er konnten dann die Hunderttausende von Menschen auf die Straße bringenden Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg und gegen die Verstrickung der Springer-Presse in diesen Krieg an die Ostermarsch-Struktur anknüpfen. Und ähnlich war es wieder zu Beginn der 80er Jahre, als die "neue" Friedensbewegung gegen die sogenannte atomare Nachrüstung sich wiederum der Ostermärsche bedienen konnte.

Auch wenn mensch selbst also keinen "Bock" auf die alljährliche Ostermarschiererei hat (und selbstverständlich gerade viel wichtigere politische Prioritäten setzt und auf anderen Gebieten ganz unheimlich rumrödelt!), sollte mensch doch ein kleines bißchen dankbar sein für das Engagement jener Unentwegten, die es auch zu diesem Osterfeste wieder nicht lassen konnten und an rund 50 Orten in der Republik für "Frieden und Arbeit" marschierten.

Richtig sinnvoll wird solche Ostermarschiererei über das oben Gesagte hinaus insbesondere dann, wenn das alljährliche Ritual mit lebendigem lokalen Protest gegen konkrete Rüstungsvorhaben und Machenschaften der Militärpolitik verbunden werden kann. Das war ebenso wie in den letzten Jahren auch heuer wieder der Fall in der FREIen HEIDe, wo zwischen Wittstock, Rheinsberg und Neuruppin seit nunmehr fünf Jahren die Bevölkerung gegen einen geplanten Bombenabwurfplatz der Bundeswehr protestiert, klagt, agitiert - und spaziert. Eine wichtige Form des Protests nämlich sind die Protestwanderungen, an denen jeweils Hunderte oder auch Tausende von Menschen teilnahmen. Die 42. dieser Protestwanderungen fiel nun zusammen mit dem diesjährigen Ostermarsch. Circa 3000 DemonstrantInnen folgten dem Aufruf der örtlichen "Bürgerinitiative FREIe HEIDe Kyritz - Wittstock - Ruppin" , und damit war der diesjährige Ostermarsch in der FREIen HEIDe wie auch schon in den Vorjahren einmal wieder der größte seiner Art.

Mittlerweile hat sich in der Friedensbewegung die überregionale Bedeutung des geplanten "Bombodroms" herumgesprochen, handelt es sich hierbei doch um ein zentrales Schlüsselglied in der Vorbereitung von "Out-of-area"-Einsätzen der neuen Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr. Auf dem 142 Quadratkilometer großen Areal im Norden Brandenburgs, das zu Zeiten der DDR von den sowjetischen Streitkräften als Luft-Boden-Schießplatz genutzt worden war und welches nun - widerrechtlich - die Bundeswehr zu denselben Zwecken übernehmen will, werden die Luftwaffenkomponenten der Bundeswehr-Krisenreaktionskräfte üben für Militärinterventionen weit weg von den eigenen Landesgrenzen. An diesem Übungsgelände, dem größten in Europa, läßt sich mithin die Militarisierung der deutschen Außenpolitik sehr konkret aufzeigen - und durchkreuzen.

Gleichzeitig wird das "Bombodrom" zur Folge haben, daß die örtliche Bevölkerung wie schon zu DDR-Zeiten mit höllischem Tiefflug- und Bombenlärm terrorisiert werden wird, wenn die Bundeswehr mit ihrem Vorhaben durchkommt. Da die Bevölkerung aufgrund der Erfahrungen mit dem Übungsbetrieb der sowjetischen Truppen weiß, was auf sie zukommt, gibt es einen breiten Widerstand in der Region gegen die Pläne der Bundeswehr.

Die Voraussetzungen für die Verbindung von lokalem Widerstand und grundsätzlicher Opposition gegen die Interventionsorientierung deutscher Militärpolitik sind also günstig. Daß dieser Zusammenhang zusehends erkannt wird, hat dazu beigetragen, daß im Laufe der Zeit die überregionale Unterstützung für den lokalen Widerstand gewachsen ist. Und so kann es als ein erfreuliches Zeichen gewertet werden, daß zum diesjährigen Ostermarsch in der FREIen HEIDe auch Busse aus Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein anreisten (auch wenn diese nicht bis auf den letzten Platz besetzt waren...). Aus dem 80 Kilometer nahen Berlin gibt es traditionell eine recht gute Unterstützung. Aber auch aus dem Wendland, aus Hessen und aus Nordhorn, Standort eines weiteren großen Luft-Boden-Schießplatzes, waren DemonstrantInnen gekommen.

Diese Auswärtigen wurden auf der Auftaktveranstaltung auf dem Platz vor der Kirche in Fretzdorf vom Sprecher der BI besonders herzlich begrüßt. Geprägt wurde das Bild dieser Kundgebung wie der folgenden Protestwanderung allerdings von den Menschen aus den Dörfern und kleinen Städten der Region. Sie waren mit "Kind und Kegel" gekommen; die Freiwillige Feuerwehr Fretzdorf regelte den Verkehr und wies PKWs und Bussen die Parkplätze im und vor dem Dorf zu; der Bürgermeister von Fretzdorf hielt die Begrüßungsrede. Doch trotz allen Lokalkolorits kam zu keiner Zeit eine Stimmung lokaler dumpfer Borniertheit auf - in den Reden der SprecherInnen der BI wurde vielmehr stets der untrennbare Zusammenhang zwischen dem Widerstand gegen das "Bombodrom" und dem Widerstand gegen die Out-of-area-Orientierung herrschender Militärpolitik generell herausgestrichen. Jeglicher St. Florians-Mentalität - Hauptsache, der Übungsplatz kommt hier nicht her, alles andere ist egal - wurde eine klare Absage erteilt.

Und so konzentrierten sich die RednerInnen auf der Abschlußkundgebung denn auch ganz auf allgemeinpolitische Fragen. Diese Kundgebung fand statt auf einer Wiese am Rande des Übungsgeländes, die die DemonstrantInnen nach schlappen drei Kilometer "Marsch" durch Wald und Wiese erreichten. Die VertreterInnen des Arbeitskreises Frieden Nordhorn berichteten von ihren Erfahrungen aus dem Kampf gegen den örtlichen Schießplatz und warnten eindringlich vor der Gefahr einer Spaltung des Widerstands; in Nordhorn nämlich habe es diese Spaltung gegeben: in jene, die nur gegen den Schießplatz vor der eigenen Haustür seien (und die es daher sogar begrüßen würden, wenn das "Bombodrom" in der FREIen HEIDe realisiert würde - wg. "Entlastung" des "eigenen" Schießplatzes) und jene, die grundsätzlich gegen solche Übungsplätze und daher auch gegen eine Verlegung von Teilen des Übungsbetriebes in die Wittstocker Heide seien. Annemarie Friedrich von der BI FREIe HEIDe kritisierte in ihrem Beitrag die Umrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee. Der Hauptredner der Kundgebung, Jakob von Uexküll (Stifter des alternativen Nobelpreises) geißelte die Bundeswehr-Pläne für die Region Wittstock als Ausdruck der "Arroganz der Sieger". Er kritisierte die geplante NATO-Osterweiterung, weil sie eine erneute Spaltung Europas bewirke und damit die Kriegsgefahren wieder erhöhe. Das Bombodrom soll seiner Meinung nach dazu dienen, für die militärische Absicherung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung Übungen durchzuführen. Gegen die herrschende Politik der Globalisierung gelte es eine "Globalisierung der Friedensbewegung, der Umweltbewegung, der Arbeiterbewegung, der Menschenrechtsbewegung" zu organisieren. Winni Nachtwei, grüner Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Verteidigungsausschuß, wies in seiner Rede detailliert nach, daß das Versprechen, mit dem "Bombodrom" würden Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden können, eine simple "Lüge" sei. Elisabeth Schroedter schließlich, grüne Europa-Abgeordnete aus Brandenburg, postulierte in ihrem Redebeitrag: "Die Wittstocker Heide ist von großer Bedeutung für die Bundeswehr, also muß sie auch für die gesamtdeutsche Friedensbewegung an Bedeutung zunehmen ... Wenn es gelingt, dem Ansinnen der Bundeswehr auf diesen Platz genügend Widerstand entgegen zu setzen, ihr dieses Objekt aus zivilen Ansprüchen heraus streitig zu machen, ist das ein wesentlicher Beitrag gegen die Out-of-area-Einsätze".

Als Zeichen der Verbundenheit der verschiedenen lokalen Zentren der Friedensbewegung wurde eine frisch geschnitzte "Mahnsäule" enthüllt, die die BI FREIe HEIDe den MitstreiterInnen vom AK Frieden Nordhorn als Geschenk mit auf den Weg nach Nordhorn gab.

Insgesamt bestätigte dieser Ostermarsch in der Wittstocker Heide unsere Aufforderung und Einschätzung aus ak 395: "Also, ihr Friedensbewegten allüberall draußen im Lande, die ihr diese Zeilen gelesen habt, kümmert Euch um die FREIe HEIDe - aber steckt Eure Erwartungen nicht zu hoch".

Kümmern kann mensch sich unter anderem, indem mensch spendet - für die Kosten des Prozesses gegen das Bombodrom - und indem mensch den Aufbau eines dringend benötigten BI-Büros unterstützt.

Spendenkonto für die Prozeßkosten:

Sparkasse Ostprignitz-Ruppin,

Kto 162 101 202 2, BLZ 160 502 02.

Kontakt: BI FREIe HEIDe

(Helmut Schönberg), Tannenstraße 12, 16909 Schweinrich, Tel.: 033966/60246.

Vo

12. Helden von Detmold. Bundeswehrsoldaten machen Jagd auf Ausländer

Autor: Kt. · Rubrik: Bundeswehr; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:36

Gute Soldaten, auf die wir alle richtig stolz sein dürfen. Schlechte Soldaten, für die wir uns leider ein bißchen schämen müssen. Im größer gewordenen Deutschland liegen die Höhen und Tiefen des Daseins eng beieinander.

Am Sonnabend, dem 15. März, erschienen die Zeitungen mit Schlagzeilen wie "Bundeswehr schießt Weg für Deutsche frei." (1) - Gemeint war die Premiere eines neuen "Kommandos Spezialkräfte" in Albanien. Am Montag, dem 17. März, zog eine Horde Bundeswehrsoldaten durch die City von Detmold und machte, ausgerüstet mit Baseballschlägern, Klappspaten und Messern, Jagd auf Ausländer. Man kann sich gut vorstellen, wie die Meldungen vom "ersten Feuergefecht deutscher Soldaten seit dem Zweiten Weltkrieg" (1) den Helden von Detmold den Kamm schwellen ließen und sie in der Idee bestärkten, jetzt seien sie auch mal an der Reihe.

Ehrungen für ihren Amoklauf blieben ihnen allerdings versagt. "Die ganze Bundeswehr schämt sich für diese Soldaten", sagte der zuständige Brigadegeneral, und Verteidigungsminister Rühe "bedauert dieses schändliche Verhalten zutiefst". (2) Da ist gewiß keine Heuchelei im Spiel. Selbstverständlich ist ein solcher Vorfall unerwünscht und peinlich - vor allem wegen der Reaktionen, die er im Ausland auslösen könnte. Also wirft man die Wirrköpfe, die keine Ahnung haben, was für Deutschlands Ansehen gut ist, schnell aus der Bundeswehr und stellt sich im übrigen auf den bewährten Standpunkt, es handele sich um eine Entgleisung einzelner, für die niemand verantwortlich ist und aus der absolut keine Rückschlüsse zu ziehen seien. Die Medien spielen brav mit, Vorhang zu, zwei Tage später ist alles schon wieder vergessen.

Eine Woche vor dem Amoklauf der Helden von Detmold war der Jahresbericht der Wehrbeauftragten, Frau Marienfeld von der CDU, vorgelegt worden. Die gute Nachricht lautete: In der Bundeswehr gibt es "keine rechtsextreme Entwicklung". Lediglich 44 "Verdachtsfälle" seien registriert worden. (3) Das Spiel des Zufalls scheint ein Drittel dieser Handvoll Leute ausgerechnet in einem einzigen Detmolder Panzeraufklärungsbataillon zusammengeführt zu haben?

Laut Bericht der Wehrbeauftragten wurden im gleichen Zeitraum 1.413 Fälle von "Drogenmißbrauch" durch Soldaten aktenkundig. Um Alkohol wird es sich dabei sicher nicht handeln, da sonst niemand mit dem Zählen mehr nachkäme. Stellt man die beiden Zahlen gegeneinander - 44 und 1.413 - so wird deutlich, daß in der Bundeswehr ein bißchen Hasch unendlich viel aufmerksamer registriert wird als eine manifeste rechtsradikale Einstellung.

Denn über den Sachverhalt ist überhaupt keine Täuschung möglich: In der Altersgruppe der Wehrpflichtigen gehören regelmäßig mindestens 15 Prozent der männlichen Jugendlichen zu den Wählern rechtsextremer Parteien. In der Bundeswehr liegt der Anteil noch höher, u.a. deshalb, weil viele Linke und Liberale, aber kaum Rechte, den Kriegsdienst verweigern. Grob kalkuliert ist mit mindestens 40.000 harten Rechtsextremisten unter den Bundeswehrsoldaten zu rechnen. Wenn also wirklich nur 44 davon als "Verdachtsfall" verzeichnet wurden, dann zeigt das, mit welchem Desinteresse vermutlich die politische Ausbildung dort betrieben wird. Vielfach wird es wohl auch so sein, daß Vorgesetzte den faschistischen Dreck in den Köpfen der Rekruten nicht erkennen können und wollen, weil gar keine so großen Unterschiede zu ihrem eigenen Denken bestehen. Untersuchungen in den 60er Jahren ergaben zeitweise, daß ein Viertel der Offiziere politisch der NPD näher stand als irgendeiner anderen Partei.

Es kommt hinzu: Die Bundeswehrschläger von Detmold waren Soldaten, die sich freiwillig für eine längere Dienstzeit verpflichtet hatten. Man sollte erwarten, daß die Bundeswehr gerade solchen Leuten, die unter Umständen dann selbst die Offizierslaufbahn einschlagen wollen, politisch ein bißchen sorgfältiger "auf den Zahn fühlt". Aber vielleicht gilt dort ein rechtes Weltbild sogar als gewisse Empfehlung? Natürlich nur, solange es die jungen Leute nicht allzu toll und undiszipliniert treiben.

Die Schläger von Detmold hätten, wenn ihnen nicht die dumme Entgleisung dazwischengekommen wäre, demnächst nach Bosnien-Hercegovina geschickt werden sollen, um dort das deutsche Kontingent bei der internationalen SFOR-Truppe zu verstärken. So also schauen sie aus, unsere jungen Helden, denen unser Staat zutraut, in anderen Länder für "Ruhe und Ordnung" zu sorgen. Irgendeine politische Kontrolle und Auswahl wird offenbar nicht vorgenommen. Oder falls doch, dann muß es sich wohl um Kriterien handeln, die ausgerechnet Rechtsextremisten als geeignet für den Job erscheinen lassen.

Am Rande sei erwähnt, daß die Einheit, der die Schläger von Detmold angehörten, in einer "General-Feldmarschall-Rommel-Kaserne" stationiert ist. Die also benannt ist nach dem Nazigeneral, der die deutschen Truppen in Nordafrika kommandierte. Kein Mann des viel zu späten Widerstands, noch nicht einmal das. Einfach nur ein Kommandant, der für Nazideutschland seine Pflicht tat und den sein Einsatzort davor bewahrte, mit Massenmorden an Juden, Russen und Polen direkt etwas zu tun zu haben. Die Traditionspflege im Stil der deutschen Bundeswehr sollte nicht außer acht gelassen werden, wenn über die Hintergründe des Detmolder Amoklaufs gesprochen wird. Aber wer, außer ein paar unverbesserlichen Linken, spricht denn heute, fast drei Wochen später, überhaupt noch darüber?

Kt .

Anmerkungen:

1) Hamburger Abendblatt, 15.3.1997.

2) Bild, 19.3.1997.

3) Bild, 11.3.1997.

13. Kongreß des Front National in Strasbourg. Zehntausende protestierten gegen die Rechtsextremisten

Zehntausende protestierten gegen die Rechtsextremisten/Wahlergebnisse und Programmatik

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:34

Strasbourg am Tag danach: mit Klobürsten und Desinfektionsmitteln rückten Kunststudenten am Dienstag, dem 1. April, symbolisch dem Strasbourger Kongreßzentrum zu Leibe, in dem bis Montagabend rund 3.000 Kongreßteilnehmer des rechtsextremen Front National (FN) getagt hatten. Es handelte sich um die letzte einer Reihe von phantasievollen Aktionen, mit denen seit einer Woche täglich allerorten in der Stadt gezeigt wurde, daß Le Pen und seine Anhänger nicht willkommen waren.

Bei der Präsidentenwahl 1995 hatte Le Pen im Elsaß mit 25% der Stimmen (20% in Strasbourg) sein höchstes Ergebnis erzielt - dieser Teil der örtlichen Gesellschaft war allerdings seit Monaten unter die Oberfläche abgetaucht, seitdem die sozialistisch geführte Stadtverwaltung und Bürgerinitiativen gegen den FN-Kongreß die Trommel rührten. Ein Großteil der Straßenschilder war am Osterwochenende mit Trauerrändern geschmückt, weil der Parteitag in der Stadt am Rhein stattfand. Und am Samstag fand mit 50-60.000 Demonstranten der größte Protestmarsch in der Strasbourger Nachkriegsgeschichte statt - aber auch in der Geschichte des 1972 gegründeten FN. (Le Pen bezeichnete die Protestierenden auf dem Kongreß als die "roten Hunde des Kapitalismus".) Viele Demonstrierende waren aus dem ganzen Land angereist - mit zwei Sonderzügen aus Paris und einem weiteren aus dem südfranzösischen, vom FN regierten Toulon, der in Orange (ebenfalls FN-regiert), Lyon und Belfort Station machte.

Die Delegationen aus den "verwüsteten Städten", den vier FN-regierten Kommunen im Süden Frankreichs, führten den Demonstrationszug an. Auch aus der Schweiz, Belgien und Deutschland waren Teilnehmer angereist, so waren insbesondere Fahnen des DGB und der IG Medien zu sehen. Wenig beeinträchtigt wurde dieser Erfolg durch den wenig sensiblen Versuch rund 200 deutscher Autonomer, am Samstagabend (rund einen Kilometer von der Demo entfernt) deutsche Militanzrituale im Ausland abzuziehen und symbolisch "das Kongreßzentrum anzugreifen". (Der Angriff auf die Polizei erfolgte übrigens - wahrscheinlich hat's keiner gemerkt - direkt vor der Synagoge, die danach den Rest des Abends unter Polizeischutz stand. Mit Sensibilität hat das erkennbar nichts zu tun.)

Wer kommt nach Le Pen?

Der FN-Kongreß selbst endete am Abend des Ostermontag, 31. März, mit einer zweistündigen Abschlußrede von Parteichef Le Pen, der im Mittelpunkt einer ausgeklügelt inszenierten Dramaturgie aus bunter Lichtshow, Videovorführungen und dramatischer Musik stand - ein Anschauungsbeispiel dafür, wie man einen Führer und seine Gefolgschaft inszeniert. Vorbeugend warnte Le Pen die Journalisten davor, den FN-Kongreß mit den Nürnberger Parteitagen der NSDAP zu vergleichen ("die Welt würde vor Lachen platzen") und betonte zugleich, seine Partei wolle "nicht ständig vor's Nürnberger Gericht gezogen" werden. FN-Chefideologe Bruno Mégret hatte zuvor betont, die innenpolitische "Nachkriegsordnung" gehe zu Ende. Diese war von Le Pen wiederum mit der 1989/91 zusammengebrochenen europäischen Ordnung von Jalta verglichen worden.

Auf dem Kongreß wählten die Delegierten zunächst (am Samstagnachmittag) das neue Zentralkomitee (Comité Central) des FN. Dieses "Parlament" der Partei bestimmt die Orientierung und wählt seinerseits das oberste Führungsorgan, das "Politbüro" (Bureau Politique). Wie andere französische Parteien auch, etwa der gaullistische RPR, ist der FN formell nach dem klassischen Organisationsmuster der Kommunistischen Partei strukturiert. Jedoch: beim FN werden neben 100 gewählten ZK-Mitgliedern, die der Kongreß bestimmt, weitere 20 direkt vom "Präsidenten" Jean-Marie Le Pen eingesetzt. Und die Kandidaturen für die 100 durch Wahl zu besetzenden ZK-Posten sind nicht öffentlich: Die Namen der rund 400 Bewerber waren in einer Broschüre enthalten, die an die Delegierten verteilt wurde, jedoch der Presse und der Öffentlichkeit nicht zugänglich war.

Bemerkenswert ist auch der Wahlmodus: Von den bisherigen 39 Politbüro-Mitgliedern hat jedes zehn Stimmen (das macht 390 Stimmen), die 120 Angehörigen des alten ZK verfügen über jeweils fünf Stimmen (macht zusammen 600). Die 2.200 Delegierten hatten bisher jeweils eine Stimme; FN-Generalsekretär Bruno Gollnisch verkündete jedoch zu Kongreßbeginn stolz, aufgrund der "erreichten politischen Reife unserer Bewegung" sei die Stimmenzahl pro Delegierten auf zwei hochgesetzt worden.

Von den 100 gewählten ZK-Mitgliedern erhielt der FN-Generaldelegierte und Chefideologe Bruno Mégret mit Abstand das höchste Wahlergebnis. Mit über 3.700 Stimmen ließ er seinen Erzrivalen, den Generalsekretär Bruno Gollnisch (rund 3.400 Stimmen), deutlich hinter sich. Der 47jährige Mégret hat nach einhelliger Ansicht der Beobachter seine Aussichten auf die Nachfolge von Le Pen (69) auf dem Kongreß weiter ausgebaut, nachdem der Wahlerfolg mit der absoluten Mehrheit in Vitrolles (mit seiner Ehefrau als Strohfrau und pro-forma-Bürgermeisterin) im Februar ihm bereits großen Auftrieb gegeben hatte - sehr zur Verärgerung von Le Pen, der keinen "Kronprinzen" neben sich dulden will. So berichteten Teilnehmer der ersten ZK-Sitzung am Rande des Parteitags der Presse, Le Pen sei aufgebracht gewesen wegen des Spitzenresultats für Mégret und habe geknurrt: "So so, demnach soll also meine Nachfolge eröffnet sein."

Der Chef des Front National versucht seit Jahren, durch das gegenseitige Ausspielen verschiedener Strömungen und innerparteilicher Institutionen eine Balance zwischen den Führerfiguren und ideologischen Kräften im FN zu halten und keine davon zu stark werden zu lassen. So setzte er 1988 dem damaligen Generalsekretär Jean-Pierre Stirbois ("revolutionärer Nationalist") durch die Schaffung des Postens eines Generaldelegierten den intelligenten Kopf Bruno Mégret entgegen. Mégret kommt aus der "Neuen Rechten", und zwar aus jenem Teil (dem Club de l'Horloge), der Ende der 70er Jahre ultraliberale Positionen übernahm (im Gegensatz zu den "metapolitischen" Denkern wie Alain de Benoist) und sich an die klassische Rechte annäherte. Von 1979 bis 1981 saß er im Zentralkomitee der gaullistischen Partei RPR, in das ihn der RPR-Mitgründer und spätere Innenminister Charles Pasqua hineingeholt hatte. 1981 war er RPR-Kandidat zu den Parlamentswahlen.

Obwohl er unter der Hand auf mögliche Allianzen mit Teilen der bürgerlichen Rechten hinarbeitet, ist Mégret alles andere als ein "Gemäßigter", als welcher er in der Presse häufig erscheint. Als Chefideologe ist er einer der Väter der in den letzten Jahren vollzogenen "sozialen" Offensive des FN und der Gründung eigener "Gewerkschaften". Nachdem Mégret zu mächtig wurde, setzte Le Pen ihm wiederum Ende 1995 als Generalsekretär Bruno Gollnisch vor die Nase, der dem Flügel der katholischen Fundamentalisten nahesteht. Mégret hat aber eindeutig den stärkeren Einfluß im Apparat. Nach dem Strasbourger Kongreß gab Gollnisch gegenüber der Presse offiziell zu, daß er Mégret nicht ebenbürtig sei und sich "mit einem guten dritten Platz" begnüge.

Die Schlüsselstellung des strategischen Denkers Mégret als faktische Nummer Zwei (von Le Pen und ihm selbst beharrlich bestritten - es gibt keine Nummer Zwei beim FN!) jedoch ist brisant im Hinblick auf die Haltung der Medien und der politischen Klasse zum FN. Symptomatisch ist ein Artikel des sozialliberalen Wochenmagazins Nouvel Observateur drei Tage nach dem Kongreß (3. April): "Mégret gegen Gollnisch? Nein: ab jetzt heißt es Mégret gegen Le Pen. Der Vertreter der Modernen gegen den der Alten, der Technokrat gegen den Volkstribun, der systematische Organisator gegen den Mann, der ausfällig wird." Mégrets Aufstieg könnte dazu beitragen, die Isolation vom Establishment und der politischen Klasse - die mit dem "Volkstribunen" Le Pen nicht aufweichen wird - zu überwinden.

Europa der Nationalisten

Anderes wichtiges Ergebnis des Kongresses: Am Sonntag hatte Le Pen den Namen des internationalen Zusammenschlusses rechtsextremer Parteien lanciert, auf den er seit rund einem Jahr hinarbeitet: Euro-Nat, für "Europa der Nationalisten". Die damit anvisierten "Bruderparteien" - mehrheitlich aus osteuropäischen Ländern - stellten sich am Sonntagvormittag den Delegierten vor. So repräsentierte Corneliu Vadem Tudor (ein ehemaliger Oberst der "Securitate" des Diktators Nicolae Ceaucescu) als Parteichef die "Großrumänien-Partei", Generalsekretär Jan Vik sprach für die tschechischen "Republikaner" und der Vorsitzende Jan Slota für die "Slowakische Nationalistische Partei". Der berüchtigte antisemitische Schriftsteller Istvan Csurka aus Ungarn war für seine "Partei der Wahrheit und des Lebens", MLEP, mit von der Partie.

Aus Westeuropa hingegen war nur eine Großpartei anwesend, der Vlaams Blok aus dem flämischen Teil Belgiens. (Der Vlaams Blok bildet auch als einzige Partei mit dem FN zusammen eine Fraktion im Europaparlament - bemerkenswert für eine Formation, die unter der Hand Gebietsansprüche an Frankreich stellt. Und deren antifranzösische Hetze im innerbelgischen Sprachenstreit so weit geht, daß in 20 km Entfernung vom nordfranzösischen Lille dessen Name auf Verkehrsschildern verboten wurde, weil man in Flandern ist.) Die österreichischen "Freiheitlichen" waren ebensowenig anzutreffen wie die Alleanca Nazionale (AN) des Gianfranco Fini oder die deutschen "Republikaner" - statt dessen waren ihre ausgetretenen früheren Europaparlamentarier Harald Neubauer und Hans-Günter Schodruch angereist.

Anstelle der italienischen "Postfaschisten" war nur eine Abspaltung "MSI - Fiamma Tricolore" durch ihren Vizesekretär vertreten, die 1994 die Umwandlung von der "Italienischen Sozialbewegung" MSI in die AN nicht mitgemacht hatte und das alte Parteisymbol, die Flamme in den Farben der Nationalflagge, aufrechterhält. Dies zeigt, daß die seit Anfang der 90er Jahre vom FN eingeschlagene Strategie - soziale Demagogie und "Systemopposition" - in Widerspruch steht zur Strategie der anderen westeuropäischen rechtsextremen Großparteien, die auf Regierungsbeteiligung orientiert sind.

Die ebenfalls eingeladene Delegation der "Serbischen Radikalen Partei", SRS, des Vojislav Seselj hatte keine Einreiseerlaubnis erhalten; die "Kroatische Partei des Rechts" (HSP) mit ihrem Präsidenten Dobrolav Paraga hingegen war präsent. Le Pen rechtfertigte die gleichzeitige Einladung an Ultranationalisten zweier Nationalitäten, die bis vor kurzem noch gegeneinander Krieg führten, mit den Worten: "Es ist Brauch, bei Familientreffen nicht über Politik zu reden, um die Harmonie nicht zu stören. Nun, bei Euro-Nat lassen wir - wenn wir über Politik reden - die Familienangelegenheiten vor der Tür, die nicht bei Tisch zu regeln sind." Die "Nationalisten aller Länder" hätten gegen "den Mondialismus (von "monde", die Welt, B.S.) und die internationalistischen Kräfte, die gestern hier in Strasbourg demonstrierten", einen gemeinsamen Kampf zu führen.

FN-Programmatik

Auf dem Kongreß hatten die Delegierten ferner die Programmentwürfe für das Wahlprogramm des FN zu den Parlamentswahlen in einem Jahr - einstimmig wie bei allen Kongreßbeschlüssen - gebilligt. Dabei wurde jedoch nicht, wie bei anderen Parteien üblich, den Delegierten ein Programmtext vorgelegt, über den diese dann abstimmen konnten. Beim FN läuft die Programmerarbeitung so: In rund zwanzig parallel zueinander tagenden Arbeitsgruppen zu diversen Themen (Soziales, Immigration, Unsicherheit, "Verteidigung und Größe für die Nation", "eine freie Wirtschaft im Dienste der Nation" ...) sitzen jeweils eine oder mehrere FN-Größen auf einem Podium und erklären den Delegierten, die Fragen stellen dürfen, die Parteipositionen zum jeweiligen Themengebiet. Ein Text wird dabei nicht erarbeitet. Dieselben FN-Größen stellen dann - am Vormittag des letzten Kongreßtages - die "Arbeit der Kommissionen" vor, indem sie eine Grundsatzrede zum jeweiligen Themengebiet halten. Diese wird dann vom Kongreß gebilligt, was in allen Fällen einstimmig passierte. Auf der Grundlage des Vorgetragenen werden die Führungsinstanzen nach dem Kongreß das Wahlprogramm ausarbeiten, auf das die Delegierten keinen Einfluß mehr haben.

Im Mittelpunkt dessen, was programmatisch geboten wird, steht eine Reihe sozialer Maßnahmen, wie vor allem die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns von derzeit 6.406 auf 7.000 Francs (DM 2.050). Auch die niedrigen Löhne sollen, so heißt es, "angehoben" werden. Ex-Generalsekretär Carl Lang, der diesen Programmteil erarbeitete, wählte als Leitbegriff "die soziale Nation". Die materielle Grundlage dafür soll ein anderer Programmteil bilden, der übertitelt ist: "Die Rückkehr der Immigranten organisieren". Die Aufenthaltserlaubnisse für in Frankreich lebende Ausländer sollen nicht mehr, wie derzeit, für zehn Jahre erteilt werden, sondern nurmehr für ein Jahr. Mit Verlust des Arbeitsplatzes soll der Aufenthaltstitel automatisch erlöschen. (Ausgenommen hiervon sind die Angehörigen der EU-Länder, die "ethnisch und kulturell" den Franzosen nahestünden.) Für jene in Frankreich lebenden Ausländer, die nicht gleich zurückgeschickt werden, sollen getrennte Sozialkassen eingeführt und die Arbeitsplätze vorrangig den Franzosen reserviert werden. Weitere Arbeitsplätze sollen durch die Einrichtung eines "Mutterlohns" freiwillig von ihren Inhaberinnen "freigemacht werden". Darüber hinaus taucht die alte FN-Forderung nach einem "Familienwahlrecht" wider auf, das heißt zusätzliche Wählerstimmen der Eltern für jedes Kind.

Neben dem "sozialen und nationalen" Programmteil verspricht das Programm auch, "die Unternehmen zu befreien", nämlich von "erdrückender Steuerlast" und Bürokratie, und die Steuern massiv zu reduzieren. Für

den Programmteil "Kultur, Wurzeln und Zukunft" kündigte Bernard Antony, Kopf der katholischen Fundamentalisten im FN, die Abkehr von der "wurzellosen Kultur" zugunsten "der Grundbegriffe des Wahren, Guten und Schönen" an. Das Kulturministerium soll abgeschafft und durch ein "großes Ministerium für die französische Identität" ersetzt werden.

Schließlich wird der FN auch noch als "die am meisten ökologische politische Kraft" präsentiert. Für ihn formten "ein Volk und seine Erde ein Ganzes", so Damien Bariller, 30jähriger Jungkader und rechte Hand von Bruno Mégret, der diesen Programmteil präsentierte. Der FN stellt, so faßte Parteichef Jean-Marie Le Pen in seiner Abschlußrede zusammen, "eine soziale, fiskale" - d.h. auf niedrigere Steuern orientierte - "liberale, populäre (...) und natürlich vor allem nationale Alternative" dar. Eine Alternative "zum Establishment, zum System, zur Mafia". Alles in allem kann man das FN-Programm so definieren: Man verspricht allen sozialen Gruppen, was sie gern hören - auch wenn das Gesamtgebäude in sich widersprüchlich ist. Als einziger nicht widersprüchlicher Programmpunkt und zentraler Pfeiler des gesamten Diskurses, der die unterschiedlichen Themenfelder miteinander verbinden soll, bleibt eine national-ethnische, "rassische" Konzeption im Mittelpunkt stehen.

Bernhard Schmid, Paris/Strasbourg

14. Die unheilbare Verletzung. Zum Gedenken an Primo Levi (1919-1987)

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:08

Vor zehn Jahren, am 11. April 1987, starb Primo Levi. In seinem Turiner Wohnhaus stürzte er sich vom dritten Stock in den Treppenschacht - Nachrufen zufolge eine "depressive Kurzschlußhandlung". Der Schriftsteller Ferdinando Camon, der mit Levi zwischen 1982 und 1986 lange Interviews über dessen Leben und Werk führte, möchte lieber an einen Unfall glauben. Falls Levi seinen Tod gewollt habe, so Camon in der Vorbemerkung zu seinem Interview-Band, habe dieser Wille weder in ein "System" gepaßt noch sei er "nach einem Plan vollzogen" worden: "Auch er blieb ein Unfall und nichts weiter." (1: 5; siehe Anm.)

Primo Levi, am 31. Juli 1919 in Turin geboren, entstammte einer jüdischen Familie, deren Vorfahren im 16. Jahrhundert von Spanien und der Provence aus in die Region Piemont eingewandert waren. Sein Chemie-Studium an der Universität Turin schloß er im Juli 1941 mit der Promotion ab. Trotz der 1938 erlassenen antisemitischen "Rassengesetze" konnte er eine Zeitlang als Chemiker arbeiten. Nach Mussolinis Sturz schloß die Regierung Badoglio im September 1943 ein Waffenstillstandsabkommen mit den Westalliierten, und deutsche Truppen besetzten blitzartig das Land. Primo Levi schloß sich einer bewaffneten Widerstandsgruppe an, die aber schon im Dezember 1943 verraten und zerschlagen wurde. Die faschistische Miliz nahm Levi gefangen und internierte ihn in einem Sammellager, das später der SS übergeben wurde.

Im Februar 1944 wurde Primo Levi, der sich als "italienischer Bürger jüdischer Rasse" zu erkennen gab, nach Auschwitz deportiert. Er gehörte zu den wenigen, die das Lager überlebten - aufgrund einer Reihe von Zufällen und glücklichen Umständen: Als Chemiker arbeitete er eine Zeitlang im Labor der IG Farben in Auschwitz-Monowitz; und als das Lager im Januar 1945 vor der heranrückenden Roten Armee evakuiert wurde, war er an Scharlach erkrankt und wurde mit den anderen Kranken zurückgelassen. "Alle Gesunden ... gingen in der Nacht zum 18. Januar 1945 fort. Es mögen zwanzigtausend gewesen sein, aus verschiedenen Lagern. Fast alle kamen während des Evakuierungsmarsches ums Leben... Wir aber blieben in unseren Betten zurück, allein mit unseren Krankheiten und unserer Trägheit, die stärker war als die Angst." (2: 224)

Am 27. Januar 1945 erreichte die Rote Armee Auschwitz. Primo Levi gelangte auf Umwegen über Weißrußland, die Ukraine, Rumänien und Ungarn zurück nach Italien. Am 19. Oktober erreichte er Turin: "Das Haus stand, alle Familienangehörigen lebten, niemand hatte mich erwartet." (3: 201)

Die unerwünschten Berichte der Überlebenden

Auf der Pritsche in Auschwitz-Monowitz träumte Primo Levi immer wieder den Traum von seiner Rettung: Zu Hause erzählt er Verwandten und Freunden von seinen Leiden, aber seine Berichte wirken störend. "Ein intensives, körperliches, unbeschreibliches Wonnegefühl ist es, in meinem Zuhause und mitten unter befreundeten Menschen zu sein und über so vieles berichten zu können. Und doch, es ist nicht zu übersehen, meine Zuhörer folgen mir nicht, ja sie sind überhaupt nicht bei der Sache: Sie unterhalten sich undeutlich über andere Dinge, als sei ich gar nicht vorhanden. Meine Schwester schaut mich an, steht auf und geht, ohne ein Wort zu sagen." (2: 96)

Auch andere Gefangene, "vielleicht alle", träumten solche oder ähnliche Träume - die sich nach der Befreiung als ziemlich realistisch erwiesen. Elsa Morante schreibt in ihrem berühmten Roman "La Storia" über die wenigen aus den Vernichtungslagern nach Italien zurückgekehrten Juden: "Sie begriffen rasch, daß niemand ihre Erzählungen anhören wollte. Es gab solche, die sich ihnen von Anfang an entzogen, andere, die sie sofort mit einem Vorwand unterbrachen, und solche, die ihnen geradezu lachend aus dem Weg gingen, als wollten sie ihnen sagen: ‚Bruder, du tust mir leid, aber in diesem Augenblick habe ich anderes zu tun.` In der Tat glichen die Berichte der Juden ganz und gar nicht denen von Schiffskapitänen oder denen des Helden Odysseus, der in seinen Palast zurückkehrte. Sie selbst waren gespenstische Gestalten, wie negative Zahlen, sie boten keinen natürlichen Anblick, und man konnte nicht einmal persönliche Sympathie für sie empfinden. Die Leute wollten sie aus ihrem eigenen Leben so ausschließen, wie man Tote oder Verrückte aus den normalen Familien ausschließt." (8: 365)

Primo Levi, der sich in dieser Zeit "den Toten näher als den Lebenden" fühlte, ließ sich nicht entmutigen, sondern "erzählte mündlich und schriftlich so viel, daß es mir schwindelte und daß allmählich ein Buch daraus entstand." (4: 189) Die Liebe zu der Lehrerin Lucia Morpurgo, die er bald darauf heiratete, veränderte sein Leben. Auch das Schreiben war nicht länger "ein Betteln um Mitgefühl und freundliche Gesichter, sondern ein Bauen bei klarem Bewußtsein, ohne das Gefühl der Einsamkeit ... Ich war bereit, die ganze Welt herauszufordern, wie ich Auschwitz und die Einsamkeit herausgefordert und besiegt hatte ... ." (4: 192) Schon im Januar 1946 beendete er sein Buch "Se questo è un uomo" (deutsch: "Ist das ein Mensch?"), das 1947 in einer Auflage von 2.500 Exemplaren gedruckt wurde.

Ist das ein Mensch?

Aus unerfindlichen Gründen werden einige deutsche Ausgaben von Levis erstem und vielleicht wichtigstem Buch als "Roman" ausgegeben. Der Turiner Einaudi-Verlag bezeichnet es dagegen zutreffender als Biographie, literarisches Werk und soziologisches bzw. historisches Fachbuch in einem und kommt damit der Wahrheit sehr viel näher: Es entzieht sich eindeutiger Kategorisierung. Levi selbst bittet um Nachsicht wegen der "strukturellen Mängel" des Buches, dessen Konzeption in Auschwitz entstanden ist. "Das Bedürfnis, den ‚anderen` zu erzählen, die ‚anderen` Anteil nehmen zu lassen, hatte unter uns, vor der Befreiung und danach, so sehr den Charakter eines unmittelbaren und gewaltigen Impulses angenommen, daß es mit den anderen elementaren Bedürfnissen wetteiferte: das Buch wurde geschrieben, um diesem Bedürfnis zu genügen; in erster Linie also zum Zwecke der inneren Befreiung." (5: 9) Aus diesem Zwang heraus wurde Primo Levi, wie er selbst sagte, zum "Schriftsteller wider Willen".

Primo Levis Buch über das Sterben und Überleben in Auschwitz beginnt wie ein Bericht: "Am 13. Dezember 1943 wurde ich von der faschistischen Miliz festgenommen." (2: 29) Als Partisan werde er sofort an die Wand gestellt, als Jude aber bis Kriegsende interniert, versichern die Faschisten. Levi gibt sich als Jude zu erkennen, "teils aus Müdigkeit, teils aus unvernünftig stolzem Aufbegehren", wie er später schreibt. (4: 167) Er wird in das Sammellager Carpi bei Modena gebracht, das wenig später der SS übergeben wird. Am 22. Februar 1944 werden alle inhaftierten Juden - Männer, Frauen und Kin- der - deportiert: 650 "Stück", wie der zuständige SS-Mann nach dem Zählappell an seinen Vorgesetzten meldet. Beim Verladen in die Güterwaggons gibt es die ersten Schläge: "Das war so neu für uns und so unsinnig, daß wir keinen Schmerz empfanden, weder körperlichen noch seelischen. Nur tiefe Verwunderung: Wie kann man einen Menschen schlagen, ohne zornig zu sein?" Nach der qualvollen, fünf Tage dauernden Fahrt im überfüllten Waggon folgt in Auschwitz die erste Selektion. 96 Männer und 29 Frauen des Transports wurden für geeignet befunden, eine Zeitlang "zum Nutzen des Reiches zu arbeiten". Die übrigen Menschen, mehr als 500, wurden innerhalb von zwei Tagen ermordet. Von den 45 Menschen in Primo Levis Waggon kehrten nur vier zurück - "und es war bei weitem der glücklichste Waggon". (2: 34ff.)

Der Anblick der ersten uniformierten Häftlinge macht den Neuankömmlingen klar, was sie erwartet. Schon am nächsten Tag "sind wir in ebensolche Gespenster verwandelt, wie wir sie gestern abend gesehen haben". Das Wort "Vernichtungslager" hat eine doppelte Bedeutung: Auch die noch Lebenden sind vernichtet, "in der Tiefe angekommen. Noch tiefer geht es nicht; ein noch erbärmlicheres Menschendasein gibt es nicht, ist nicht mehr denkbar." (2: 48f.)

Primo Levi kommt nach Monowitz, sieben Kilometer entfernt vom Stammlager Auschwitz. Dort läßt die IG Farben Zwangsarbeiter eine Chemiefabrik errichten, die Buna-Werke, in denen synthetischer Gummi hergestellt werden soll (was bis Kriegsende nicht gelingt). Buna heißt auch das "Arbeitslager", das für die allermeisten Jüdinnen und Juden nur eine Zwischenstation ist auf dem Weg in die Gaskammer von Birkenau.

Essen wird für die schwer arbeitenden Gefangenen zum Lebenszweck, vielmehr "Fressen", so "der angebrachte und von uns allgemein gebrauchte Ausdruck". Denn "das Lager ist der Hunger. Wir selber sind der Hunger, der lebende Hunger." (2: 115 ff.) Um bei den Selektionen nicht als zu schwach aussortiert zu werden, müssen die Gefangenen sich zusätzliche Rationen der völlig unzureichenden Verpflegung (vor allem Brot und Suppe) verschaffen: durch Diebstahl oder durch "Handel". Primo Levi "stahl alles, außer dem Brot meiner Gefährten". (4: 175) Die "Neuen" im Lager müssen schnellstens lernen, daß sich auch scheinbar wertlose Gegenstände eintauschen lassen - und daß auch alles gestohlen werden kann. Sie müssen lernen, "jawohl" zu sagen und die Frage "warum?" zu vergessen. "Hier ist kein Warum", antwortet ein Kapo - "an

diesem Ort ist alles verboten; nicht aus irgendwelchen unerfindlichen Gründen, sondern weil das Lager zu diesem Zweck erschaffen wurde. Wenn wir darin leben wollen, müssen wir das rasch und gut lernen." (2: 52)

Primo Levi tut sich mit seinem Landsmann Alberto zusammen, um das erhandelte Zubrot zu teilen. Seine Überlebenschancen sind geringfügig größer als die der meisten Leidensgenossen: Er versteht Deutsch, und er ist Chemiker. Im Mai 1944, drei Monate nach seiner Ankunft, wird er zu einer "Chemieprüfung" bestellt, die ein Verhör ist. Der Blick des Dr. Pannwitz, der ihn verhört, sagt alles: "Dieses Dingsda vor mir gehört einer Spezies an, die auszurotten selbstverständlich zweckmäßig ist. In diesem besonderen Fall gilt es, festzustellen, ob nicht ein verwertbarer Faktor in ihm vorhanden ist." (2: 160) Daß Primo Levi die Prüfung besteht und dem Chemie-Kommando zugeteilt wird, bringt ihm zunächst keine Vorteile. Erst im Herbst wird er von Pannwitz zur Arbeit im Labor ausgesucht.

Schon seit der Alliierten Landung in der Normandie im Juni 1944 entstehen immer wieder trügerische Hoffnungen auf die baldige Befreiung. Auch Oberschlesien wird bombardiert: "Die wenigen, die noch richtig urteilen können, holen sich aus den Luftangriffen neue Kraft und neue Hoffnung", doch die Mehrzahl lebt in "trüber Abgestumpftheit" weiter. (2: 175) Kraft zur Auflehnung hat keiner. Die Nachricht vom Aufstand des Sonderkommandos in Birkenau erscheint unglaublich: "Tatsache ist, daß in Birkenau einige hundert Menschen, wehrlose, schwache Sklaven wie wir, in sich selbst noch die Kraft gefunden haben, zu handeln, die Frucht ihres Hasses zur Reife zu bringen." (2: 215)

Das letzte Kapitel von "Ist das ein Mensch?" ist überschrieben "Geschichte von zehn Tagen" - die zehn Tage bis zur Befreiung durch die Rote Armee. Am 18. Januar 1945 wird das Lager geräumt; nur die Kranken bleiben zurück - sich selbst überlassen. Die am wenigsten Geschwächten, darunter Primo Levi, beschaffen Lebensmittel und sogar eine Autobatterie, um die Baracke zu beleuchten. Am 24. Januar entdecken sie eine Bresche im Zaun: "Wenn man es richtig überlegte, so bedeutetet das: keine Deutschen mehr, keine Selektionen, keine Arbeit, keine Schläge, keine Appelle und später vielleicht die Heimkehr." (2: 242)

Aber das Sterben ging weiter. Die Soldaten der Roten Armee kamen, als Levi und sein französischer Gefährte Charles die Leiche des Ungarn Somogyi in den Schnee kippten. Nach einigen wenigen Sätzen über das weitere Schicksal seiner kranken Mitgefangenen endet das Buch.

Atempause

Erst 14 Jahre später begann Primo Levi, die Geschichte seiner Befreiung fortzuschreiben. "La tregua" (deutsch: "Atempause") behandelt die neun Monate bis zu seiner Rückkehr nach Turin. Es ist ein über weite Strecken heiteres Buch voller Anekdoten über Schwarzhandel und Gaunereien der Versprengten, über Bürokratie und Schlendrian der sowjetischen Verwaltung. Im nachhinein war Primo Levi sogar dankbar für die lange Zeitspanne bis zur Heimkehr: "Die eben verlebten Monate am Rande der Zivilisation erschienen uns jetzt, obgleich hart, eine Atempause gewesen zu sein, eine Zeitspanne zu unserer eigenen grenzenlosen Verfügbarkeit, ein gnädiges, aber unwiederholbares Geschenk des Schicksals." (3: 200)

Aber auch nach der "Atempause" bleibt das Grauen des Lagers gegenwärtig. Das vergleichsweise heitere und optimistische Buch endet mit der Schilderung eines "bald häufiger, dann wieder seltener" geträumten Alptraums: "Es ist ein Traum im Traum, unterschiedlich in den Details, gleichbleibend in der Substanz. Ich sitze am Familientisch, bin unter Freunden, bei der Arbeit oder in einer grünen Landschaft - die Umgebung jedenfalls ist friedlich, scheinbar gelöst und ohne Schmerz; dennoch erfüllt mich eine leise und tiefe Beklemmung, die deutliche Empfindung einer drohenden Gefahr. Und wirklich: Nach und nach, oder auch mit brutaler Plötzlichkeit, löst sich im Verlauf des Traumes alles um mich herum auf; die Umgebung, die Wände, die Personen weichen zurück; die Beklemmung nimmt zu, wird drängender, deutlicher. Alles ringsum ist Chaos, ich allein im Zentrum eines grauen wirbelnden Nichts; und plötzlich weiß ich, was es zu bedeuten hat, habe es immer gewußt: Ich bin wieder im Lager, nichts ist wirklich außer dem Lager; alles andere war kurze Atempause, Sinnestäuschung, Traum: die Familie, die blühende Natur, das Zuhause. Der innere Traum, der Traum vom Frieden, ist zu Ende, der äußere dagegen geht eisig weiter: Ich höre eine Stimme, wohlbekannt, ein einziges Wort, nicht befehlend, sondern kurz und gedämpft, das Morgenkommando von Auschwitz, ein fremdes Wort, gefürchtet und erwartet: Aufstehn, ‚Wstawac`." (3: 201)

Die Untergegangenen

und die Geretteten

Ein Kapitel in "Ist das ein Mensch?" ist überschrieben "Die Untergegangenen und die Geretteten". Im Sommer 1986 veröffentlichte Primo Levi ein Buch gleichen Titels. Es blieb sein letztes und kann auch deshalb als sein Vermächtnis gelten. Wieder geht es um Auschwitz, die Erinnerung daran, die zu ziehenden Lehren.

Levi widerspricht der verbreiteten These, der Nationalsozialismus sei ein "Ausbruch kollektiven Wahnsinns" gewesen. So wie der "Grundentwurf des Nationalsozialismus" und seine politischen Ziele durchaus "rational" waren, so waren auch die eingesetzten Mittel zwar "verabscheuungswürdig, aber nicht wahnsinnig". (6: 109) Das gilt selbst für die "Ordnung des Terrors" (Wolfgang Sofsky, vgl. ak 354), das Gewaltsystem der Konzentrationslager. Besondere Aufmerksamkeit widmet Levi der scheinbar sinnlosen Gewalt, der die Opfer tagtäglich ausgesetzt waren. Als Beispiele nennt er die Transporte in den Güterwaggons, bei denen die deutschen Behörden sich "buchstäblich um nichts" kümmerten; der "Beleidigung des Schamgefühls" schon während der Fahrt folgte die "öffentliche und allgemeine Nacktheit" im Lager, "ein ständig wiederkehrender typischer Zustand"; die "absichtliche Demütigung" dadurch, daß den Gefangenen sogar Löffel vorenthalten wurden; die scheinbar sinnlose "inhaltslose, rituelle Zeremonie" der Zählappells; das schikanöse Ritual des "Bettenbauens" innerhalb von zwei Minuten und vieles mehr. (6: 112 ff.)

"Alle diese Leiden", schreibt Primo Levi, "waren die Abhandlung eines Themas, nämlich das des vermeintlichen Rechts des Volks der Übermenschen, das Volk der Untermenschen zu knechten oder auszurotten." (6: 119) Über die Funktionalität dieser Gewalt hat der ehemalige Kommandant von Treblinka, Franz Stangl, offen gesprochen. Levi spitzt Stangls Aussage nur geringfügig zu: "Bevor das Opfer starb, mußte es erniedrigt werden, damit der Mörder das Gewicht seiner Schuld nicht so sehr spürte. Diese Erklärung entbehrt nicht der Logik, aber sie schreit zum Himmel: Das ist der einzige Sinn sinnloser Gewalt." (6: 130)

In diesem Terrorsystem war an Widerstand nicht zu denken. Nicht einmal die Hoffnung der Neuankömmlinge, im Lager Verbündete zu finden, erfüllte sich. Statt Solidarität gab es "tausend versiegelte Monaden und zwischen diesen einen verzweifelten, verborgenen, fortwährenden Kampf. (...) Diese Entdeckung war so übermächtig, daß jede Widerstandsfähigkeit auf der Stelle zusammenbrach." (6: 35) Wer überleben wollte, mußte versuchen, in die Gruppe der "Privilegierten" aufzusteigen. Primo Levi zieht einerseits einen klaren Trennungsstrich zwischen Tätern und Opfern; er zeigt aber auch die Problematik der "Grauzone", wo die "Privilegierten" selbst schuldig wurden. Einen Grenzfall sieht er in den Sonderkommandos. Ihre Geschichte solle "sowohl mitfühlend als auch streng" überdacht werden, "jedoch das Urteil über sie in der Schwebe" bleiben. (6: 60)

Während die Täter ihre Schuld verdrängen, verkleinern oder ganz leugnen, leben die wenigen "geretteten" Opfer mit einer unheilbaren Verletzung weiter. Warum empfinden viele von ihnen Scham, gar "ein Bewußtsein von Schuld"? Fast alle fühlen sich der "unterlassenen Hilfeleistung" schuldig, auch Primo Levi, der Jahrzehnte nach seiner Befreiung an eine winzige Menge Trinkwasser denkt, die er zwar mit seinem Freund Alberto, nicht aber mit Daniele geteilt hat. Auch Daniele überlebte das Lager, und "bei unseren brüderlichen, herzlichen Begegnungen stand jener versäumte Akt, jener nicht geteilte Schluck Wasser wie ein Schleier zwischen uns". Nicht die "Besten", sondern die "Anpassungsfähigsten" hätten überlebt. Zwar weiß Primo Levi, daß er aufgrund einer "Häufung glücklicher Umstände" mit dem Leben davon gekommen ist; gleichzeitig aber quält ihn der Gedanke: "Ich könnte an Stelle eines anderen leben, auf Kosten eines anderen; ich könnte jemanden verdrängt, und das heißt de facto, getötet haben." (6: 82ff.)

Viele Überlebende der Lager sind mit diesem Schuldgefühl nicht fertig geworden. Während der Gefangenschaft gab es wenige Selbstmorde, aber viele nach der Befreiung, etliche sogar unmittelbar danach. Levis Erklärung für diese auf den ersten Blick kaum zu begreifende Tatsache: "Man brauchte sich nicht mit Selbstmord für eine (wirkliche oder vermeintliche) Schuld zu bestrafen, da man sie ja bereits mit der täglichen Qual abbüßte." (6: 77)

Gründe für Primo Levis Entschluß, seinem Leben ein Ende zu machen, sind aus seinen Reflexionen nicht einfach abzuleiten. In dem Kapitel "Der Intellektuelle in Auschwitz" setzt er sich u.a. mit Gedanken des Philosophen Jean Améry auseinander, der Auschwitz überlebte und 1978 Selbstmord beging. Das Kapitel endet mit dem Satz: "Ziele im Leben sind die beste Verteidigung gegen den Tod: nicht nur im Konzentrationslager." (6: 154) Primo Levis Lebensziel war das Berichten, um eine Wiederholung der

Katastrophe zu verhindern. Daß er mit seinem Freitod von diesem Ziel abließ, rief bei seinen Freunden und bei vielen Leserinnen und Lesern "Erschütterung und Ratlosigkeit" hervor, wie Alice Vollenweider in ihrem Nachruf schrieb: "Leben und Werk dieses Zeitgenossen schienen zu beweisen, daß die Hölle des Konzentrationslagers nicht nur physisch überlebt werden konnte, sondern daß es auch möglich war, die Schrecken der Vergangenheit im Schreiben zu exorzieren und die Erinnerungen mit klarem Verstand und unbestechlicher Menschlichkeit zu analysieren." (Neue Zürcher Zeitung, 14.4.1987)

Primo Levi und

die Deutschen

Von Primo Levis erstem Buch "Ist das ein Mensch?" wurden 1947 2.500 Exemplare gedruckt. 1.900 davon wurden verkauft, die übrigen 600 in einem Magazin in Florenz eingelagert, wo sie 1966 bei einer Überschwemmung zerstört wurden. Elf Jahre nach der Erstveröffentlichung wurde das Buch von dem renommierten Turiner Einaudi-Verlag erneut aufgelegt - demselben Verlag, der es 1946, auf Anraten von Cesare Pavese und Natalia Ginzburg, abgelehnt hatte. Die erste deutsche Ausgabe erschien erst 1961 bei Fischer in Frankfurt. Die Nachricht von der Übersetzung seines Buches ins Deutsche erzeugte im Autor das "heftige, neuartige Gefühl, eine Schlacht gewonnen zu haben". Denn "die wirklichen Adressaten des Buches waren sie, die Deutschen." Seit Auschwitz waren 15 Jahre vergangen: "Die Deutschen, die mich lesen würden, waren ‚jene`, nicht ihre Erben." (6: 176)

Mit der deutschen Ausgabe war für Primo Levi die "Stunde der Abrechnung" gekommen - nicht im Sinne von Rache, sondern als "Stunde des Miteinandersprechens". Primo Levi wollte, "mußte" die Deutschen "verstehen. Nicht das Häufchen der in hohem Maße Schuldigen, sondern das deutsche Volk, jene Deutschen, die ich aus der Nähe erlebt hatte", darunter auch jene, die, obwohl sie keine Nazis waren, "gleichwohl geschwiegen und nicht einmal den bescheidenen Mut aufgebracht hatten, uns in die Augen zu sehen, uns ein Stück Brot zuzuwerfen, uns ein mitfühlendes Wort zuzuflüstern." (6: 176 f.)

40 Briefe von deutschen Leserinnen und Lesern erhielt er zwischen 1961 und 1964, mitten im Kalten Krieg, als für die überwältigende Mehrheit der Westdeutschen außer Frage stand, wo das Reich des Bösen zu suchen sei: in der Sowjetunion, deren Soldaten Nazi-Deutschland besiegt und Primo Levi befreit hatten. Wenig hatte sich geändert in der Einstellung der Deutschen gegenüber ihren Opfern, seitdem Primo Levi während seiner Rückkehr nach Italien im Oktober 1945 ein paar Stunden Aufenthalt in München hatte: "Während ich durch Münchens trümmerübersäte Straßen irrte, in der Gegend des Bahnhofs, wo unser Zug wieder festlag, war mir, als bewege ich mich unter einer Schar zahlungsunfähiger Schuldner, als sei jeder einzelne mir etwas schuldig und weigere sich, es zu bezahlen. Ich war unter ihnen, im Lager des Agramante, unter dem Herrenvolk; aber es gab nur wenige Männer, viele von ihnen waren Krüppel, trugen Fetzen am Leibe wie ich auch. Mir war, als müsse jeder uns Fragen stellen, uns an den Gesichtern ablesen, wer wir waren, demütig unseren Bericht anhören. Aber niemand sah uns in die Augen, niemand nahm die Herausforderung an: Sie waren taub, blind und stumm, eingeschlossen in ihre Ruinen wie in eine Festung gewollter Unwissenheit, noch immer stark, noch immer fähig zu hassen und zu verachten, noch immer gefangen und verstrickt in ein Gewirr von Überheblichkeit und Schuld." (3: 198)

Die von Primo Levi veröffentlichten Teile seiner Antwortbriefe an deutsche LeserInnen zeigen, daß sein Bemühen um "Verstehen" nicht mit Vergebung oder ähnlich sentimentalen Regungen zu verwechseln ist: "Wäre ich ein Richter, würde ich, wiewohl ich den Haß, den ich in mir fühlen würde, unterdrücken könnte, nicht zögern, die höchsten Strafen, sogar den Tod zu verhängen über die vielen Schuldigen, die heute noch unbehelligt auf deutschem Boden oder in anderen Ländern leben, in denen sie eine zweifelhafte Gastfreundschaft genießen." (6: 194)

Auch in dem 1982 erschienenen Roman "Se non ora, quando?" (deutsch: "Wann, wenn nicht jetzt?") kommt Primo Levi auf die Notwendigkeit zurück, den Unterdrückern mit Gewalt gegenüberzutreten. Mendel, Mitglied einer jüdischen Partisanengruppe, die in der Sowjetunion die deutschen Invasoren bekämpft, sagt über den Sinn des bewaffneten jüdischen Widerstandes das, was auch der junge Partisan Primo Levi empfand, als er Ende 1943 in den Untergrund ging: "Die Deutschen haben erst nach Stalingrad angefangen, etwas zu begreifen. Eben darum ist es wichtig, daß es jüdische Partisanen gibt und Juden in der Roten Armee. Wichtig,

aber auch schrecklich. Nur indem ich einen Deutschen töte, überzeuge ich die anderen Deutschen davon, daß ich ein Mensch bin. Und dabei haben wir doch ein Gesetz, das besagt: Du sollst nicht töten." (7: 109)

Gleichzeitig widerspricht Levi Pauschalurteilen über die Deutschen, da sie für ihn - wie "alle allgemeinen Urteile über die einem Volk innewohnenden, angeborenen Eigenschaften" - "etwas Rassistisches" haben. (1: 21) Die Generation der Nazis und ihrer Mitläufer und Zuschauer aber ist für ihn schuldig. Denn "da man nicht einfach voraussetzen kann, daß die Mehrheit der Deutschen die Massenvernichtung leichten Herzens hinnahm, muß in der erfolgten Nichtverbreitung der Wahrheit über die Konzentrationslager eine schwerwiegende Kollektivschuld des deutschen Volkes gesehen werden und der deutlichste Beweis für die Feigheit, auf die der Hitler-Terror es reduziert hatte: eine Feigheit, die zur Gewohnheit wurde, und zwar so tiefgreifend, daß sie die Männer davon abhielt, ihren Frauen etwas zu erzählen, und die Eltern, mit ihren Kindern darüber zu sprechen - eine Feigheit, ohne welche die schlimmsten Auswüchse niemals möglich gewesen wären und ohne die Europa und die Welt heute anders aussehen würden." (1: 11)

Diese deutsche Kollektivschuld, auf die Primo Levi mehrfach zurückkommt, wird bis heute konsequent geleugnet: nicht nur von denen, die damals Augen, Ohren und Mund verschlossen, sondern auch von Deutschen, die 1945 Kinder oder noch gar nicht geboren waren. Das zeigt der aktuelle Streit um die Wehrmacht ebenso wie die Goldhagen-Debatte.

Levi lesen!

Die in diesem Artikel versuchte Würdigung Primo Levis ist gewollt einseitig. Sein schriftstellerisches Werk geht weit über die zitierten Bücher hinaus. Es umfaßt neben Gedichten und Erzählungen auch den Roman "Der Ringschlüssel", für den er 1978 den begehrten Premio Strega erhielt. (deutsche Ausgabe Hanser-Verlag, München 1992) Eine Auswahl seiner unzähligen Artikel für die Turiner Tageszeitung La Stampa erschien 1992 unter dem Titel "Die dritte Seite" im Verlag Stroemfeld/Roter Stern. Ferner tat er sich als Übersetzer hervor, u.a. von Franz Kafkas "Prozeß". Diese Produktivität ist um so erstaunlicher, als Primo Levi bis 1975 weiter als Chemiker arbeitete - ein Umstand, der ihn in der Welt der literarischen Salons verdächtig machte. Hier galt er vor allem als Zeuge der Shoah, nicht als Schriftsteller von Rang.

Dabei wird Levis literarisches Können auch in den hier vorgestellten Büchern deutlich. "Ist das ein Mensch?" gehört nach Inhalt und Form in die Kategorie Weltliteratur und ist Pflichtlektüre für alle, die das Wesen des deutschen Nationalsozialismus verstehen wollen. Letzteres gilt auch für den Band "Die Untergegangenen und die Geretteten", in dem Primo Levi mit großem zeitlichen Abstand die Erfahrung des Lagers reflektiert. Er bewahrt darin nicht nur "das Vermächtnis der ‚Untergegangenen`" (Ferdinando Camon), sondern beschäftigt sich mit Fragen, auf die es auch heute, zehn Jahre nach seinem Tode, noch keine einfachen Antworten gibt.

Primo Levi arbeitet einerseits die historischen Bedingungen heraus, die die nazistische Vernichtungspolitik ermöglichten. Dazu gehörten "der Krieg, der germanische Perfektionismus in Hinblick auf Technik und Organisation, Hitlers Wille und sein auf den Kopf gestelltes Charisma, das Fehlen solider demokratischer Wurzeln in Deutschland". Gleichzeitig stellt er fest: "Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen: Darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben." (6: 211) Auch den nachgeborenen Deutschen begegnete er mit gesundem Mißtrauen. So sah er in der BRD des Jahres 1986 "wie immer in Krisenzeiten, Symptome einer Rückkehr, wenn nicht zum Nazismus, so doch zu einem rechtsgerichteten Regime, das stark ist, mit einer straffen Ordnung." (1: 46) Gleichzeitig wollte er nur zu gern einen neuen deutschen Faschismus für unmöglich halten: "also rede ich mir ein, daß jener Schoß nicht mehr fruchtbar ist." Dafür sprach aus seiner Sicht immerhin, "daß der Nazismus und alles, was danach kam, einschließlich der Zweiteilung Deutschlands, wie ein Impfstoff wirkt, zumindest für ein paar Jahrzehnte." (1: 58)

Wenn das stimmt, dann haben - ein weiteres Jahrzehnt später - Teile dieses "Impfstoffs" ihre Wirkung verloren: Deutschland ist "wiedervereint", und in den neunziger Jahren gab es nicht nur eine bis dahin unerreichte Menge rassistischer Gewalttaten, auch der Antisemitismus wurde unübersehbar.

Nun wäre es sicher verfehlt, Primo Levi - wegen seiner Warnungen in vergleichsweise ruhigen Zeiten - postum als Weggefährten der radikalen Linken zu reklamieren, seine vorsichtig kritischen Äußerungen über die (West-)Deutschen von 1986 auf die Jahre danach "hochzurechnen". Primo Levi war zwar ein politischer Mensch (und PCI-Mitglied), er ist aber kein Ratgeber für tagespolitische Fragen des Jahres 1997.

Seine Gedanken eignen sich aber auch nicht für staatsoffizielle Gedenktage und salbungsvolle Politikerreden, die niemandem weh tun. Vielleicht ist ihm auch deshalb der Nobel-Preis versagt geblieben.

Js.

Anmerkungen:

Die erste Zahl in der Klammer bezeichnet das zitierte Buch, die zweite die Seitenzahl. Zitiert werden

von Primo Levi:

1. Primo Levi im Gespräch mit Ferdinand Camon: "Ich suche nach einer Lösung, aber ich finde sie nicht"; München (Piper) 1993

2. Ist das ein Mensch? Frankfurt am Main, Wien (Gutenberg)

3. Atempause; Frankfurt am Main (Fischer Taschenbuch Verlag) 1982

4. Das periodische System; Frankfurt am Main, Wien (Gutenberg)

5. Se questo è un uomo. La tregua; Torino (Einaudi tascabili) 1989

6. Die Untergegangenen und die Geretteten; München (dtv) 1993

7. Wann, wenn nicht jetzt? München (dtv) 1989

von Elsa Morante:

8. La Storia, München und Zürich (Piper) 1988

<B>P10BI>Se questo è un uomo

Voi che vivete sicuri

Nelle vostre tiepide case,

Voi che trovate tornando a sera

Il cibo caldo e visi amici:

Considerate se questo è un uomo

Che lavora nel fango

Che non conosce pace

Che lotta per mezzo pane

Che muore per un sí o per un no.

Considerate se questa è una donna,

Senza capelli e senza nome

Senza piú forza di ricordare

Vuoti gli occhi e freddo il grembo

Come una rana d'inverno.

Meditate che questo è stato:

Vi comando queste parole.

Scolpitele nel vostro cuore

Stando in casa andando per via,

Coricandovi alzandovi;

Ripeteteli ai vostri figli.

O vi si sfaccia la casa,

La malattia vi impedisca,

I vostri nati torcano il viso da voi.

Ist das ein Mensch?

Ihr, die ihr gesichert lebet

In behaglicher Wohnung;

Ihr, die ihr abends beim Heimkehren

Warme Speise findet und vertraute Gesichter:

Denket, ob dies ein Mann sei,

Der schuftet im Schlamm,

Der Frieden nicht kennt,

Der kämpft um ein halbes Brot,

Der stirbt auf ein Ja oder Nein.

Denket, ob dies eine Frau sei,

Die kein Haar mehr hat und keinen Namen,

Die zum Erinnern keine Kraft mehr hat,

Leer die Augen und kalt ihr Schoß

Wie im Winter die Kröte.

Denket, daß solches gewesen.

Es sollen sein diese Worte in eurem Herzen.

Ihr sollt über sie sinnen, wenn ihr sitzet

In einem Hause, wenn ihr geht auf euren Wegen,

Wenn ihr euch niederlegt und wenn ihr aufsteht;

Ihr sollt sie einschärfen eueren Kindern.

Oder eure Wohnstatt soll zerbrechen,

Krankheit soll euch niederringen,

Eure Kinder sollen das Antlitz von euch wenden.

15. Abschiebung als Massenvertreibung (von Flüchtlingen aus Bosnien-Hercegovina)

Autor: Kt. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:38

Mindestens 100.000 Flüchtlinge aus Bosnien-Hercegovina sollen in diesem Jahr aus Deutschland abgeschoben werden. Nach dem zwischen den Länderinnenministern vereinbarten Zeitplan sollen zuerst Alleinstehende und kinderlose Familien abtransportiert werden, ab 1. Mai aber auch Familien mit Kindern, und nicht viel später auch die sogenannten Traumatisierten. Also beispielsweise Vergewaltigungsopfer oder Menschen, die die Ermordung ihrer Angehörigen mitansehen mußten und die einer sehr langwierigen, stabilen Behandlung bedürfen.

Gleich der Beginn der ersten Abschiebungswelle Ende März verlief unter skandalösen Umständen. Viele Flüchtlinge wurden mitten in der Nacht von der Polizei aus den Betten geholt und bekamen mitgeteilt, sie hätten zehn Minuten Zeit, um ihre Sachen zu packen. Oft wurden die Menschen - darunter eine schwangere Frau und ein herzkranker Mann - von den mit Hunden aufmarschierten Beamten in Handschellen abgeführt und erst einmal eingesperrt. Insbesondere tat sich dabei, wen wundert`s, das Bundesland Bayern hervor.

Wenigstens diese "Auswüchse" riefen erstmals ein bißchen öffentlichen Protest hervor, auf den die Betroffenen bis dahin vergeblich gewartet hatten. Eine bemerkenswerte Koalition fand sich zusammen, um zu mahnen, daß "eine Grenze überschritten" worden sei, "die sich das den Menschenrechten verpflichtete Nachkriegsdeutschland zu Recht gesetzt hat". Einige der Abschiebungen seien nach rechtsstaatlichen Kriterien "nicht nachvollziehbar". "Das Wohl der Rückkehrer und das internationale Interesse der Bundesrepublik Deutschland" seien bei dem jetzt praktizierten Vorgehen "nicht ausreichend oder gar nicht berücksichtigt" worden". Unterschrieben war der Appell, aus dem diese Zitate entnommen sind, vom Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Bubis, vom früheren Außenminister Genscher, von Geißler (der schon lange innerhalb der CDU seine private Politik betreibt), von Schwarz-Schilling, der sich offenbar als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Menschenrechte in der Pflicht sah, und vom SPD-Politiker Koschnick, der einige Monate glücklos als Beauftragter der EU in Mostar verbrachte. Daß man die jugoslawischen Flüchtlinge irgendwie loswerden müsse, meinen allerdings auch diese Appell-Unterzeichner. Sie fordern aber, ohne wirklich konkret zu werden, eine "klare Korrektur" des jetzt praktizierten Vorgehens. Die Länderinnenminister, auf die es dabei in erster Linie ankommt, zeigten sich von dem Appell kaum beeindruckt. Es soll weitergehen wie beschlossen. "Massenabschiebungen" werde es jedoch nicht geben, was nichts weiter als eine Frage der begrifflichen Kosmetik ist. Vermutlich wird man, vor allem in den SPD-regierten Bundesländern, darauf bedacht sein, "Auswüchse" wie die jetzt beklagten zu vermeiden. "Wir werden unsere Abschiebepolitik mit Konsequenz, aber gleichzeitig auch mit der nötigen Sensibilität fortsetzen", sagt der Hamburger Innensenator Wrocklage und präzisiert das dahingehend, daß es "Rückführung ohne spektakuläre Aktionen" geben solle. Das ist die SPD so, wie wir sie alle lieben: ein Tritt in die Kniekehlen und ein Schlag ins Gesicht, aber alles möglichst so, daß keine blauen Flecken zu sehen sind.

Man setze nach wie vor in erster Linie auf "freiwillige Rückkehr", sagen die Sozialdemokraten. Daß ihnen das am liebsten wäre, kann man ihnen ohne Zweifel abnehmen. Als Sauckel 1942 zum Beauftragten für die Beschaffung ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter ernannt wurde, lauteten seine Richtlinien: 1. Anwerbung auf freiwilliger Grundlage. 2. Wenn das nicht reicht, um die Planzahlen zu erfüllen - Zwangseinziehung mit allen verfügbaren Mitteln.

Selbstverständlich kann man diese Dinge nur sehr eingeschränkt miteinander vergleichen. Sicher ist aber, daß Freiwilligkeit zur zynischen Formel wird, sobald dahinter die praktizierte Drohung steht, die eigene Absicht in jedem Fall auch mit gewaltsamen Mitteln gegen den Willen der Betroffenen durchzusetzen. Diese Taktik ist nicht am Wohl der Menschen orientiert, sondern geht lediglich darauf aus, die Sache möglichst problemlos hinter sich zu bringen.

Dieses Vorgehen ist besonders wirkungsvoll gegenüber zwei Gruppen, deren zwangsweise Abschiebung vielleicht "spektakulär" ablaufen, das heißt Proteste hervorrufen könnte: Familien mit kleinen Kindern und die sogenannten Traumatisierten. Gerade sie sind gegenüber einer gezielten Verunsicherung durch Zustellung

amtlicher Ausreiseaufforderungen, Erscheinen der Polizei an ihrer Wohnungstür, Kürzung der Sozialhilfe, Behördenschikanen usw. in einer besonders schlechten Position.

Daß man sie hier nicht haben will, hat man ihnen von Anfang an sehr deutlich gezeigt. Schon im Dezember 1995, sofort nach Unterzeichnung des Dayton-Abkommens, beschlossen die Länderinnenminister, sie nicht mehr als Kriegsflüchtlinge anzuerkennen und sie baldmöglichst alle abzuschieben. Nur mühsam ließen sich die deutschen Politiker vom Widerspruch der UNO gegen ein solches Vorgehen zur wiederholten Änderung ihrer Zeitpläne veranlassen.

Die Planung der UNO sah vor, daß zuerst die hunderttausenden von Menschen, die innerhalb von Bosnien-Hercegovina auf der Flucht waren (und sind), eine gesicherte Existenz erhalten sollten. In einer zweiten Stufe sollten die in andere Teile des früheren Jugoslawien Geflüchteten und Vertriebenen zurückkehren - und erst danach auch die Flüchtlinge aus dem Ausland.

Heute ist offensichtlich, daß es für viele der Flüchtlinge keine Rückkehr in ihre früheren Wohngebiete geben wird. Das Dayton-Abkommen ist, soweit es das Recht auf Rückkehr angeht, als total gescheitert anzusehen. Die "ethnischen Säuberungen" wurden nach Inkrafttreten des Abkommens unter den Augen der internationalen Friedenstruppe fortgesetzt, wie etwa die Vertreibung der serbischen Bevölkerung aus mehreren Stadtteilen von Sarajevo. Mindestens die Hälfte der in Deutschland lebenden Flüchtlinge aus Bosnien-Hercegovina hat keine Chance, in ihre Heimatorte zu gelangen und sich dort wieder niederzulassen. Daher ist schon der Ausdruck "Rückkehr", den die deutschen Politiker und Behörden zur Bezeichnung der Abschiebungen verwenden, völlig unangemessen. Auf die meisten wartet "zu Hause" nur ein Flüchtlingslager.

Auch unter politischen Aspekten stellt die Abschiebung von zehntausenden Flüchtlingen aus Deutschland nach Bosnien-Hercegovina eine schwere zusätzliche Belastung des ohnehin prekären Friedensprozesses dar, weil auf diese Weise der Druck zu einer gewaltsamen Veränderung des territorialen Status quo zwischen den drei Bevölkerungsgruppen der Republik weiter gesteigert wird.

Die Abschiebung der bosnischen Flüchtlinge ist wohl die umfangreichste und schwerwiegendste Vertreibung von Ausländern aus Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Um so bedauerlicher und erschreckender ist das fast vollständige Ausbleiben öffentlicher Proteste oder auch nur politischer und moralischer Einwände.

Vor diesem Hintergrund ist jede kritische Stimme, auch wenn sie sich nur an "Auswüchsen" festmacht, erst einmal zu begrüßen. Grundsätzlich kann es aber nicht darum gehen, die Vertreibung lediglich ein bißchen verträglicher (und damit auch für das Bild Deutschlands im Ausland bekömmlicher) zu gestalten. Es ist, da haben Bubis und seine Mitunterzeichner recht, tatsächlich "eine Grenze überschritten" worden, die nach den Erfahrungen der Jahre 1933-1945 mit Grund gezogen worden war.

Kt.

16. Arroganz der Macht: Kinder-Visaverordnung. Kanther leitet Europäisches Jahr gegen Rassismus ein

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:15

Mitte Januar nutzte Innenminister Manfred Kanther das gerade angelaufene "Europäische Jahr gegen Rassismus" auf seine Weise: Per Eilverfahren erließ er eine Verordnung, die Kinder von MigrantInnen aus den Hauptanwerbeländer unter die Visums- und Aufenthaltsgenehmigungspflicht fallen läßt. Alle diejenigen, die gehofft hatten, daß die SPD-Mehrheit im Bundesrat diese Verordnung scheitern ließe, wurden am 14. März wieder einmal enttäuscht.

Die von Kanther erlassene Verordnung hebt die in § 2 Abs. 2 DV AuslG festgelegte Befreiung von der Visumspflicht für Minderjährige unter 16 Jahren aus den ehemaligen Anwerbestaaten Türkei, Tunesien, Marokko, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Slowenien, Bundesrepublik Jugoslawien und Kroatien auf. Gleichzeitig werden die hier lebenden und zum großen Teil hier geborenen Kinder und Jugendliche, wenn sie nicht die deutsche Staatsbürgerschaft, sondern die Staatsangehörigkeit eines dieser Länder besitzen, gezwungen, sich ihren Aufenthalt in der BRD behördlich genehmigen zu lassen. Die Neuregelung bedeutet also für die hier lebenden Kinder aus diesen Staaten, daß sie vom 30. Juni 1998 an eine befristete Aufenthaltsgenehmigung brauchen. Für die Einreise in die BRD benötigen sie jetzt schon ein Visum. Das wird in Zukunft den Besuchsverkehr zwischen Kindern und Verwandten im Herkunftsland der Eltern oder zwischen Kindern und Eltern, wenn die Kinder im Herkunftsland der Eltern wohnen, deutlich erschweren. Betroffen sind zwischen 600.000 und 800.000 Kinder und Jugendliche.

Dennoch behauptet Kanther, die Verordnung würde die Rechtsstellung der in der BRD lebenden Einwandererkinder nicht verschlechtern. Statt dessen solle mit dieser Maßnahme - so Kanther - der "sprunghaft gestiegene Mißbrauch" der bislang visumsfreien Einreise aus den früheren Anwerbeländer gestoppt werden. Während 1994 noch 198 alleinreisende Kinder unter 16 Jahren registriert worden seien, habe sich diese Zahl im vergangenen Jahr angeblich mit 2.068 mehr als verzehnfacht. Die Statistik, die das Bundesinnenministerium zusammen mit der Verordnung an die 16 Bundesländer verschickte, nennt jedoch für 1996 nur 352 unter 16jährige aus den betreffenden Ländern, die anschließend Asyl beantragten. Die Unstimmigkeit bei diesen Zahlen läßt sich einfach aufklären. Denn unter "Mißbrauch" werden auch alleinreisende Minderjährige erfaßt, die lediglich Verwandte besuchen wollten.

Die Verordnung sei auch mit Blick auf die gemeinsame Politik der Schengen-Staaten notwendig, weil die BRD mit seiner Ausnahmeregelung für Kinder aus den Hauptanwerbeländer in Westeuropa alleingestanden habe. Claudia Roth, Vorsitzende der grünen Fraktion im Europaparlament, bezeichnete diese Begrün-dung des Bundesinnenministers als "Schmarrn". Fast alle Schengen-Staaten hätten Sonderregelungen mit anderen Ländern. Daneben stelle sich das Problem einer Visa- und damit gekoppelten Aufenthaltserlaubnispflicht in den meisten europäischen Ländern nicht, weil dort geborene und aufgewachsene Kinder die Staatsbürgerschaft des Landes haben. Zudem verletze die BRD mit dieser Maßnahme das Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Türkei. Danach darf der Besitzstand türkischer Migranten nicht verschlechtert werden. Der Zwang, sich bei den Ausländerbehörden eine Aufenthaltsgenehmigung erteilen zu lassen, stelle aber eindeutig eine Verschlechterung ihres Status dar, so Roth.

Abgemildert statt abgeschmettert

Das Europäische Parlament hatte die Bundesregierung in einer Entschließung vom 20. Februar unmißverständlich aufgefordert, die Kanthersche Verordnung zurückzunehmen und "jede Politik zu vermeiden, die dazu angetan ist, Rassenhaß und Fremdenfeindlichkeit zu schüren ..." Diese Entschließung, ebenso wie die Proteste von Flüchtlingsorganisationen, Migrantenvereinen, dem Kinderhilfswerk der UN (Unicef), sowie Bündnis 90/Die Grünen und PDS konnten eine Rücknahme der Visa-Verordnung nicht erreichen.

Selbst innerhalb der CDU wurde Kritik an der Verordnung geübt. Eine Gruppe junger CDU-Bundestagsabgeordneter, die sogenannten "Jungen Wilden", die schon in der Vergangenheit Dissens zur Ausländerpolitik ihrer Partei, vor allem in der Staatsbürgerschaftsfrage, erkennen ließen, kritisierten das Vorgehen Kanthers: "Statt die Integration der Kinder zu erleichtern, wird mit dieser Maßnahme die

Ausgrenzung verschärft." Wobei sie sich alleine auf den Aspekt der Aufenthaltsgenehmigungspflicht bezogen. Die Visumspflicht für alleinreisende Kinder befürworteten sie. So könnten Kinder besser vor Schlepperbanden geschützt werden.

Damit lagen sie auf derselben Linie wie die SPD, die in dieselbe Kerbe haute - so Cornelia Sonntag-Wolgast (MdB): "Auch die SPD will das Schlepper-Unwesen eindämmen und weiß auch, daß es neben echter Flüchtlingsnot auch weniger ehrenhafte Gründe gibt, Kinder nach Deutschland zu schicken. Es ist bekannt, daß manche sich als Drogenkuriere betätigen, andere als Testpersonen für die Aussichten ihrer Eltern auf einen eventuellen Nachzug benutzt werden. ... Deshalb sind wir auch bereit, die Visumspflicht für erstmals hier einreisende Kinder und Jugendliche ohne Bezugspunkt in der Bundesrepublik zu akzeptieren." Der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) attestierte, die Visumspflicht sei zum Schutz und im Interesse der Kinder.

Kaum verwunderlich, daß die SPD-regierten Bundesländer, die die Eilverordnung binnen drei Monate zu bestätigen hatten, den Erlaß von Kanther nicht zurückwiesen (im Gegensatz zu den rot-grüne Landesregierungen, die diesem Kompromiß nicht zustimmen). Statt dessen kam es zu einem faulen Kompromiß: Die Mehrzahl der betroffenen Kinder, die rechtmäßig in der BRD leben oder nur kurzfristig ausgereist sind, erhalten nun automatisch "von Amts wegen" eine Aufenthaltsgenehmigung. Diese soll ihnen von den zuständigen Ausländerbehörden "möglichst unbürokratisch" erteilt werden. Voraussetzung dafür ist, daß mindestens ein Elternteil in der BRD lebt. Wer momentan noch nicht in der BRD gemeldet ist, kann dies bis zum 30. Juni 1998 nachholen. Eine Einzelfallregelung, ob ein "außergewöhnlicher Härtefall" vorliegt, ist für solche Kinder vorgesehen, die entweder nicht bei ihren Eltern leben oder aber illegal eingereist sind. In der Praxis wird allerdings die Härtefallklausel von den Ausländerbehörden äußerst restriktiv angewandt. Möglicherweise müssen künftig auch jene Kinder mit einer Ausweisung rechnen, von denen mindestens ein Elternteil im Ausland für ihren Lebensunterhalt aufkommen kann, gesetzt den Fall dies wird von deutschen Behörden nachgewiesen.

Die Entscheidung des Bundesrates zur Visumspflicht bleibt unterm Strich trotz der nun weichgespülten Aufenthaltsgenehmigungspflicht ein integrationspolitischer Rückschlag. Ausgrenzung statt Integration ist die Marschroute. Mit ihrem Abstimmungsverhalten, der Visumspflicht ohne Not zuzustimmen, haben sich die SPD-geführten Länder faktisch zum Handlanger dieser Kantherschen Ausgrenzungspolitik gemacht. Statt einer Abfuhr für Kanther gibt es nun Kanther light. Für die betroffenen Kinder und Jugendlichen und ihre Familien werden trotz der bürokratischen Erleichterungen härtere Zeiten anbrechen. Die Besuchs- und Reisemöglichkeiten bleiben eingeschränkt, die Erlaubnis bleibt befristet und widerrufbar. Auch die Möglichkeit für politisch verfolgte Kinder, hier Asyl zu beantragen, wird erheblich erschwert.

"Die Botschaft der Visa-Verordnung ist klar. Die Union will ihren Bundestagswahlkampf mit ausländerfeindlichen Parolen bestreiten, um die Deutschen angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise zusammenzuschweißen und bei der Unionsstange zu halten", so Ulla Jelpke (PDS) in ihrer Rede in der Aktuellen Stunde des Bundestages zur Visa-Verordnung. "Die SPD in Bund und in den Ländern wäre gut beraten, sich nicht auf diese Strategie einzulassen und die Verordnung im Bundesrat scheitern zu lassen. Ansonsten wird sie sich den Vorwurf der Kumpanei in diesem schmutzigen Unionsgeschäft vorwerfen lassen müssen."

mb., Berlin

17. Mit Staatsgewalt gegen Bürger und Bürgerinnen - der dritte Castor-Transport

Autor: Komitee für Grundrechte und Demokratie · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:27

Presseerklärung des Komitees für Grundrechte und Demokratie

Zum dritten Mal hat das Komitee für Grundrechte und Demokratie in der Zeit vom 28. Februar bis zum 5. März 1997 die Demonstrationen und Proteste gegen die Einlagerung des Atommülls in Gorleben beobachtet. Insgesamt 20 Personen waren in dieser Zeit zunächst in Lüneburg, dann in Gorleben anwesend, um das Geschehen sorgfältig zu protokollieren und zu dokumentieren. Der Schutz der Grundrechte, insbesondere des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit, steht im Mittelpunkt dieser Form der Demonstrationsbeobachtung.

Das Geschehen vor und während des Transportes von hochradioaktivem Müll in das Zwischenlager in Gorleben hat eines deutlich gezeigt: Die Politik hat versagt. Eine formal legale Entscheidung verliert ihre Legitimität in einer Demokratie, wenn sie gegen den Protest und Widerstand eines großen Teils der Bevölkerung durchgesetzt werden muß. Die Anti-AKW-Bewegung aber hat einen Erfolg errungen. Nicht nur konnte sie seit dem letzten Transport ihr Anliegen - den Ausstieg aus der Atomenergieproduktion und das Einstellen von unnötigen Transporten - einem großen Teil der Bürger und Bürgerinnen dieses Landes vermitteln, vor allem ist sie in die durch die Politiker weit aufgespannte Gewaltfalle nicht hineingetappt. Ein breiter und vielfältiger, konsequenter, aber gewaltfreier Widerstand prägte das Bild in und um Gorleben. Die größte Sitzblockade in der Geschichte der Bundesrepublik wurde in mehr als 9 Stunden von der Polizei geräumt und behinderte somit den Straßentransport erheblich.

Politischer Erfolg

Schon im vorhinein hatten PolitikerInnen massiv mit der Verunglimpfung des Widerstands begonnen. Die Worte vom "unappetitlichen Pack" von Innenminister Kanther im letzten Jahr, die Diffamierungen des Widerstands durch den Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz, der hinter der Fassade eines sachlichen Berichts Lügen verbreitete, die Rede von Innenminister Kanther kurz vor dem Transport im Bundestag, in der er jedweden BürgerInnenprotest als gewaltverdächtig anprangerte und die BürgerInnen aufforderte, zu Hause zu bleiben, da sie anderenfalls die Gewalt unterstützen würden, das Verbot aller Versammlungen entlang der Transportstrecke mit Hilfe einer Allgemeinverfügung, all dies sollte die Bürger und Bürgerinnen davon abschrecken, ihr verbrieftes und urdemokratisches Recht auf Versammlungsfreiheit in Anspruch zu nehmen. Aber die Bürger und Bürgerinnen lassen sich nicht gar so leicht verunsichern, denn viele wissen längst, daß auch der "Druck der Straße" politische Wirkung erzielen kann. Wieder waren mehr Menschen als jemals zuvor an diesem Protest beteiligt, demonstrierten, planten Aktionen und führten sie aus. Zwar sind erneut sechs Behälter mit hochradioaktivem Müll im Zwischenlager in Gorleben eingelagert worden, haben die Betreiberfirmen mit Unterstützung der Polizei ihr Ziel erreicht, den Erfolg aber können die vielen Anti-AKW-Gruppen verbuchen, die im Zusammenspiel der vielfältigen Formen deutlich gemacht haben, daß dies nur gegen den Widerstand eines ganzen Landkreises geht, der von Aktiven nicht nur aus der ganzen Bundesrepublik, sondern auch aus vielen anderen europäischen und außereuropäischen Ländern unterstützt wird.

Vielfältige Aktionsformen

1. Im Wendland hatten im Vorfeld Kreistag, Gemeinderäte und der Wasserbeschaffungsverband in Beschlüssen deutlich gemacht, daß sie diesen Transport nicht unterstützen werden, sondern ihre politische Legitimation dafür nutzen werden, diesen Transport durch Verweigerung der Kooperation zu behindern. Schulgebäude sollten nicht der Polizei, sondern auswärtigen Demonstrierenden zur Verfügung gestellt werden, das Wasser sollte der Polizei zwar zum Waschen, Trinken und Kochen zur Verfügung stehen, nicht aber zur Füllung ihrer Wasserwerfer, ein Demonstrationsverbot wurde vom Kreis Lüchow-Dannenberg nicht erlassen. Diese Entscheidungen demokratisch gewählter Gremien aber wurden von höherer Ebene nicht nur nicht geachtet, sondern diffamiert. Mit Aussagen, wie der Rechtsstaat könne auch vor dem Kreistag nicht halt machen, wurde verdeutlicht, daß man bereit ist, die BürgerInnen des Wendlands zu übergehen, ihnen ihre Rechte abzusprechen. So wurden denn auch Schulen und Wasser beschlagnahmt. Eine Grundschule, deren

Schüler und Schülerinnen ihre Schule besetzt hatten, wurde am Samstag, als die meisten auf dem Weg nach Lüneburg zur Auftaktkundgebung waren, geräumt. Ein solcher Umgang mit den gewählten kommunalen Vertretungsorganen führt zur Aushöhlung unserer Demokratie.

2. Der Kreis Lüchow-Dannenberg entschied, diesmal kein Demonstrationsverbot per Allgemeinverfügung zu erlassen, sondern das legitime Recht der BürgerInnen auf Versammlung, Demonstration und Protest zu achten. Damit befand er sich im Einklang mit dem Gerichtsurteil, das im Mai 1996 das Demonstrationsverbot von 1995 für unrechtmäßig erklärt hatte. Aber auch in diesem Fall wurde die Entscheidung der Verantwortlichen nicht respektiert, einem ganzen Landkreis seine Entscheidungskompetenz genommen und durch die Bezirksregierung Lüneburg ein Versammlungsverbot erlassen.

3. Eindrucksvoll war das Zusammenspiel der vielen verschiedenen Aktionen entlang der gesamten Transportstrecke. Die großen Demonstrationen am Samstag in Lüneburg mit ca. 15.000 Menschen und die Treckerparade am Sonntag in Dannenberg mit ca. 10.000 Menschen und über 500 Treckern beeindruckten in ihrer Größe, ihrer selbstverständlichen Friedfertigkeit, in der Kreativität, die in der Gestaltung der Traktoren zum Ausdruck kam, und der Hartnäckigkeit, mit der in Lüneburg die Gleise tatsächlich gewaltfrei besetzt wurden. Die vielen großen und kleinen Aktionen entlang der Transportstrecke schafften es, den Transport für einige Zeit aufzuhalten, immer weiter zu verzögern und diese Stunden dem Gewaltapparat der Polizei abzutrotzen.

Hartes Vorgehen der Polizei

4. Immer mehr gewaltfreie Aktionsgruppen sind seit dem letzten Transport entstanden, die bereit sind, mit höchstem Engagement, unter Einsatz all ihrer Fähigkeiten und Kräfte, den Transport mit ihren Körpern aufzuhalten. Anketten auf den Schienen, sich einbetonieren auf dem Gleisbett, sich untereinander oder an Gegenständen anketten und so auf Schiene und Straße blockieren - das sind Aktionsformen, die größtes Engagement erfordern, Nüchternheit in der Einschätzung der Situation, Verbindlichkeit und Verläßlichkeit untereinander. Daß immer mehr junge Menschen dieses Aktionsformen wählen und verantwortlich damit umgehen, stimmt zuversichtlich. Erschreckend stimmt, daß die Polizei diesen Protestformen nicht immer verantwortungsbewußt begegnet ist. Die Beendigung einer solchen Aktion erfordert Ruhe und Sachverstand. Statt dessen wurde - je mehr scheinbar die Zeit drängte - auch mit diesen Menschen, die sich selbst in eine absolut hilf- und wehrlose Situation begeben hatten, rabiat umgegangen. Die Seiltänzerinnen zwischen den Bäumen wurden unverhältnismäßig rabiat heruntergeholt und von den Seilen geschnitten, der Wasserwerfer wurde auch gegen angekettete Menschen eingesetzt, und eine Gruppe wurde so von der Straße geräumt, daß einer einen Armbruch erlitt, ein weiterer eine Gehirnerschütterung.

5. Ohne die Mitglieder der bäuerlichen Notgemeinschaft wäre der Widerstand im Wendland nicht zu denken. Diese hatten bereits Sonntag abend nach der "Stunkparade" ihre Traktoren in einem Ort auf einer der beiden möglichen Transportstrecken geparkt und ineinander verkeilt, so daß die Straße nicht passierbar war. Die Nacht und den Schutz der Traktoren nutzten Menschen, um Gräben unter der Straße entstehen zu lassen, so daß nur noch die Nordroute für den Transport übrig blieb. Daß von dieser Aktion keine Gewalt gegen Menschen ausgeübt wurde, braucht eigentlich gar nicht erwähnt zu werden. Daß die Bauern die Sachschäden weitgehend selbst wieder reparieren werden, gehört zu den Selbstverständlichkeiten, die in der Öffentlichkeit meist nicht erwähnt werden, und relativiert die Sachbeschädigungen. Die Zerstörung der Reifen dieser quergestellten Traktoren durch eine Einsatzgruppe des BGS, die - während der Transport schon begann - mit dem Hubschrauber im Dorf landete und die Reifen zerstach, ist eine durch nichts zu rechtfertigende Sachbeschädigung im Amt, die nur als Racheakt verstanden werden kann. Ein Staat, dessen Polizei beauftragt wird, sich sinnlos am Eigentum der Bürger und Bürgerinnen zu vergehen, hat jede Rechtsstaatlichkeit verlassen.

6. Eindrucksvoll haben die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Aktion "X-tausendmal-quer" bewiesen, was mit einer konsequenten gewaltfreien Sitzblockade erreichbar ist. Bereits Montag morgen hatten sie sich auf die Straßentransportstrecke begeben, konnten ruhig und friedlich vor die Einfahrt zum Verladekran ziehen und dort ihre Sitzblockade beginnen. Zwei Tage und zwei Nächte harrten sie dort - trotz Minustemperaturen in der Nacht - aus, unterhielten sich und die BesucherInnen mit Gesang, Theaterstücken und Jonglieren. Die Organisation des Alltags klappte auch an diesem ungewöhnlichen Platz hervorragend. Selbstverständlich stellten die Bauern ihnen Stroh als Unterlage und zum Wärmen und Holz für die wärmenden Feuer zur

Verfügung. Die Sitzblockade von zum Schluß ca. 7.000 bis 9.000 Menschen war ein weiteres eindrückliches Zeichen der Gewaltfreiheit dieses Widerstandes. Die Polizei hatte in Vorgesprächen selbst zugegeben, daß nur einfache körperliche Mittel - also Wegtragen - ein angemessenes und verhältnismäßiges Vorgehen gegen diese Ordnungswidrigkeit darstellen würde. Gleichzeitig drohte sie jedoch immer den Einsatz von härteren Mitteln an. Ihre mögliche Hoffnung auf eine Eskalation, die ein härteres Vorgehen hätte rechtfertigen können, wurde enttäuscht. Nicht einmal aggressive Sprechchöre prägten das Bild, sondern Menschen, die sich ruhig beiseite tragen ließen, der Staatsgewalt ihre Friedens- und Widerstandslieder entgegen hielten und allenfalls zu mehr Ruhe und Gewaltlosigkeit auf Seiten der Polizei aufriefen. Trotz all dem wurde der Wasserwerfer nach einigen Stunden eingesetzt, begründet wurde dies gegenüber einem der Sprecher der Aktion damit, daß die Beamten müde wären. Als ob die Müdigkeit der Beamten eine Rechtfertigung für ein härteres und unverhältnismäßiges Mittel sein könnte. Auch der Einsatz der Wasserwerfer trug zunächst jedoch nicht zu einer Beschleunigung der Räumung bei, so daß auch unter diesem Aspekt auf das mildere Mittel des Wegtragens hätte zurückgegriffen werden müssen. Denn nach Niedersächsischem Gefahrenabwehrgesetz muß stets das mildere Mittel eingesetzt werden, das der Erreichung des Ziels dient, aber Gesetzen schien die Polizei in dieser Situation nicht mehr verpflichtet zu sein. Die Räumung erfolgte mit immer härteren Mitteln, je länger sie dauerte. Als gegen Ende auch eine Berliner Einheit vom anderen Ende begann, gegen die SitzblockiererInnen mit Wasserwerfern vorzugehen, wurde der Einsatz nur noch brutal. Wahllos wurde mit Knüppeln auf die Planen über den Demonstrierenden geschlagen, wurde mit Messern in die Planen gestochen, ohne darauf zu achten, daß darunter Menschen saßen. Viele Verletzungen entstanden von Anfang an und zunehmend mehr dadurch, daß einzelne Beamte aus Rache und Ärger nachtraten und -schlugen, mit ihrer Panzerung wehrlose Menschen bedrängten.

7. Es gab auch Einzelne und Gruppen, die mit Gewalt gegen PolizeibeamtInnen vorgingen. Allerdings war dies eine sehr kleine Minderheit. Auch in den Gruppen, die entlang der Straßentransportstrecke die Polizei in Atem hielten, indem sie immer wieder versuchten, auf die Straße zu gelangen, dort Barrikaden aufzubauen oder die Straße zu unterhöhlen, waren die meisten nicht gewaltbereit. Große Gruppen meist junger Menschen agierten hier eher unkoordiniert und dilettantisch. Aus diesen Gruppen heraus agierten am Transporttag jedoch diejenigen, die mit Gewalt gegen die BeamtInnen vorgehen wollten.

8. Einerseits war zu beobachten, daß die Polizei gegenüber den großen Versammlungen um Deeskalation bemüht war und dort auch teilweise das Versammlungsrecht schützte. Gegenüber den vielen kleineren Gruppen von einigen hundert oder weniger Menschen jedoch war das Auftreten der Polizei sehr unterschiedlich. Während manche Polizeieinheiten auch hier auf Kommunikation und Deeskalation setzten, gingen andere völlig unverhältnismäßig und rechtswidrig gegen die Demonstrierenden vor. Unvollständige oder gar keine polizeilichen Aufforderungen, die Straße zu verlassen, Einsatz von Gewaltmitteln ohne Ankündigung, willkürliche Auslegung der 50m Grenze, innerhalb derer das Versammlungsverbot galt, Einsatz von Polizeiknüppeln gegen Menschen, die nur noch in Panik wegliefen, und Einsatz von Pferden gegen Menschen, die friedlich auf der Straße saßen, waren die Mittel, die wir in diesen Tagen auch immer wieder beobachten mußten. Innerhalb dieser Einsatzvorgaben von Gruppen und Hundertschaften gab es in allen Bereichen auch immer BeamtInnen, die die Unübersichtlichkeit von Situationen nutzten, um ihren Ärger, ihre Wut - oder was auch immer dahinter steckte - an den Demonstrierenden durch kurze Schläge und Stöße abzureagieren - Körperverletzung im Amt nennt man dies gewöhnlich.

9. Polizeibeamte und -beamtinnen wurden in diesen Tagen mißbraucht. Sie mußten einen Transport durchprügeln, den viele von ihnen ebenfalls für unsinnig halten und der sie selbst gefährdet. Auf ihre Gesundheit und körperliche Unversehrtheit wurde keine Rücksicht genommen. Sie mußten einen überflüssigen Transport schützen und wurden in einer mangelhaften Einsatzorganisation verheizt. Ihre Verpflegung klappte häufig nicht, sie wurden über Tage und Nächte ohne Pause eingesetzt - nicht wenige trafen wir, die mehr als 20 Stunden, einige, die bereits 48 Stunden im Einsatz waren. Dies ist nicht nur unverantwortlich gegenüber den Beamten, die schon bei einem ganz normalen Einsatz durch ihre eigene Übermüdung gefährdet wären. Es ist unverantwortlich gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen, die mit übermüdeten Beamten konfrontiert sind, die nicht mehr in der Lage sind, die Situation einzuschätzen, den Überblick zu bewahren und verhältnismäßig zu reagieren. Einige von ihnen ließen dann ihren Ärger über diesen Einsatz, den sie entsprechend den Worten des Innenministers Kanther den Demonstrierenden zur Last legten, an diesen durch den Einsatz von Gewalt ab.

Die Zwischenüberschriften wurden von der ak-Redaktion eingefügt.

18. Das Positionspapier zum Atomenergie-Konsens. "Entwurf der Arbeitsgruppe für eine Verständigung". Dokumentation

Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:19

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge des sogenannten Beamtenpapiers zum Atomkonsens. Das Positionspapier muß, den jeweiligen Anmerkungen zufolge, auf höchster Ebene, u.a. zwischen Vertretern der Bundesregierung, des Landes Niedersachsen und des Bundesministeriums für Umwelt (BMU), entwickelt worden sein.

I. Entsorgung

(...) Dies (die Feststellung eines ausreichenden zeitlichen Spielraumes, Anm. ak) bedeutet keineswegs ein willkürliches Verschieben der Endlagerfrage oder die Nutzung von Zwischenlagern als Endlager. Die Fortführung der Endlagerprojekte Konrad und Gorleben ist daher im Sinne der Endlagervorsorge erforderlich. Die im Prinzip erstrebenswerte Option, mit nur einem nationalen Endlager auskommen zu können, wird offengehalten. Auf der Grundlage dieses Verständnisses kann, parallel zur Fortsetzung aller notwendigen Maßnahmen für eine nationale Lösung, auch internationalen Entwicklungen Rechnung getragen werden.

Endlagerung

(...) Bund und Land Niedersachsen unterstützen den zügigen Abschluß des Planfeststellungsverfahrens für das Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle (Schacht Konrad). Sie gehen davon aus, daß vorbehaltlich der Rechtsstellung der Planfeststellungsbehörde und der Rechte Dritter das Planfeststellungsverfahren 1997 positiv abgeschlossen wird.

Im Falle einer positiven Planfeststellung wird der Bund Schacht Konrad ausbauen, sobald Investitionssicherheit (Bestandskraft des Planfeststellungsbeschlusses) gegeben ist und sofern nicht auf der Basis der Eignungsaussage für Gorleben das Entsorgungskonzept geändert wird, spätestens aber ab dem Jahr 2005. Für die direkte Endlagerung abgebrannter Brennelemente (hochaktive Abfälle) ist wegen der erforderlichen Abklingzeit von rd. 40 Jahren aus heutiger Sicht ein Endlager für hochaktive Abfälle jedenfalls nicht vor 2035 erforderlich.

Die Erkundung des Standorts Gorleben ist im Gebiet des Nord-Ost-Feldes zügig fortzusetzen, damit vom Bundesamt für Strahlenschutz baldmöglichst eine Eignungsaussage für den Salzstock Gorleben getroffen werden kann. Diese wird für das Jahr 2005 erwartet.

Im Falle der Eignung werden die Arbeiten in Gorleben auf die zur Grubensicherheit notwendigen Tätigkeiten beschränkt. Davon abgesehen erfolgt die Wiederaufnahme der Arbeiten in Gorleben erst dann, wenn Bedarf für ein Endlager für hochaktive Abfälle am Standort Gorleben besteht, also nicht vor 2030. Im Falle der Nichteignung von Gorleben wird das Entsorgungskonzept zu ändern sein.

Zu alternativen Endlagerstandorten hat die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) Untersuchungen angestellt. Bis zum Vorliegen des Ergebnisses der Eignungsuntersuchungen des Salzstocks Gorleben werden keine weiteren standortspezifischen Untersuchungen durchgeführt. In der Zwischenzeit ist die Endlagerforschung unter Beachtung internationaler Entwicklungen fortzusetzen.

In das Atomgesetz wird eine Rechtsgrundlage für Enteignungen zur Erkundung, Errichtung und zum Betrieb von Endlagern eingefügt. Enteignungsbehörde wird eine Landesbehörde in Bundesauftragsverwaltung. Am Standort Gorleben werden Enteignungen vor 2025 nicht vollzogen, vorausgesetzt, daß bis dahin keine anders geartete Nutzung des Salzstocks stattfinden darf (rechtlicher Prüfvorbehalt).

Falls nach Vorliegen einer positiven Eignungsaussage zum Standort Gorleben schwach- und mittelaktiver Abfall unter Verzicht auf Schacht Konrad in Abänderung des Entsorgungskonzepts in Gorleben endgelagert werden soll, ist zu prüfen, ob und inwieweit die in dieser Verständigung zum Standort Gorleben vereinbarten Fristen bzw. Termine zu ändern sind (beide Seiten Bauchschmerzen).

Endlagererrichtung und -betrieb (nicht Erkundung) können zu einem späteren Zeitpunkt bei Fortbestehen der staatlichen Aufsicht privatisiert werden.

Das Planfeststellungsverfahren für das ERAM (Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, Anm. ak) wird auf Stillegung beschränkt. Die Dauerbetriebsgenehmigung, die gemäß § 57 a AtG als Planfeststellungsbeschluß fortgilt, wird durch Gesetz um fünf Jahre verlängert, damit bis dahin das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen werden kann. Das zur Einlagerung bislang vorgesehene Gesamtnuklidinventar wird nicht erhöht, also nur dessen Einlagerungszeit gestreckt. Der Entsorgungsvorsorgenachweis bleibt an Fortschritte bei der Endlagerung im Rahmen dieses Konzepts geknüpft.

Zwischenlagerung

Ab dem Zeitpunkt X (BMU-Vorschlag "ab 2000", Nds.- Vorschlag "ab sofort") steht das Zwischenlager Gorleben nur für abgebrannte Brennelemente norddeutscher Kernkraftwerke und für die Zurücknahme von verglasten Abfällen aus ausländischer Wiederaufarbeitung zur Verfügung.

In Ahaus besteht ein genehmigtes Zwischenlager für Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren und Hochtemperaturreaktoren. Es wird davon ausgegangen, daß das Bundesamt für Strahlenschutz die Kapazitätserweiterung des bestehenden Brennelementzwischenlagers im Jahre 1998 genehmigt und daß damit Betriebsbereitschaft besteht. Außerdem ist dort ein noch zu errichtendes Zwischenlager für schwach radioaktive Abfälle genehmigt, das nach dem zwischen der Stadt Ahaus und der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) geschlossenen Ansiedlungsvertrag auch als Brennelementelager genutzt werden soll.

(Bei Bedarf) zusätzlich oder neu zu schaffende Zwischenlagerkapazitäten (in Süddeutschland) sollen die Grundsätze der Transportoptimierung und regionalen Ausgewogenheit weiter verwirklichen.

Das Projekt "Pilotkonditionierungsanlage Gorleben" wird nicht weiter verfolgt. Die vorhandenen (und beantragten) Investitionen dürfen nur für Zwecke der Zwischenlagerung an den jeweiligen Zwischenlagerstandorten genutzt werden. Die im Rahmen dieses Zwischenlagerkonzepts beantragten Transporte sind streitlos. Der Schutz richtet sich nach dem Polizeirecht.

II. Kernkraftwerke

(...) Aus heutiger Sicht müssen Entscheidungen über Ersatzbauten für die gegenwärtigen Kernkraftwerke in Deutschland frühestens im Jahr 2005 getroffen werden. (...) Beide Seiten sind sich aber darüber einig, daß unterschiedliche Auffassungen in der Energiepolitik die Lösung praktischer Fragen im Interesse der Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland nicht behindern dürfen.

Es besteht das gemeinsame Verständnis, daß die bestehenden Kernkraftwerke nach den Regelungen des Atomgesetzes betrieben werden und weiterhin ein hohes sicherheitstechnisches Niveau eingehalten werden muß. Diese Kernkraftwerke genießen rechtlichen Bestandsschutz.

Zur Gewährleistung der Sicherheit wirken Landesaufsichtsbehörden und die Bundesaufsicht auf der Grundlage des Atomgesetzes und des zugehörigen Regelwerkes im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung gemäß dem verfassungsrechtlichen Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens zusammen.

Forschung und Entwicklung im Bereich der Kerntechnik sind frei. Frei ist demnach auch die Entwicklung und Prüfung neuer Technologiekonzepte wie des European Pressurized Water Reactor (EPR), bei denen die Folgen eventueller Störfälle auf die Anlage begrenzt bleiben (vgl. §7 Abs. 2a AtG). Beim EPR beabsichtigt die Wirtschaft, nach Erstellung des Grundkonzepts (basic design) Anträge nach dem Atomgesetz (§7a) mit dem Ziel der Bewertung der Genehmigungsfähigkeit zu stellen. Der Staat hält die Rahmenbedingungen für die Kerntechnik aufrecht, z.B. durch das Atomgesetz, Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden, Forschungseinrichtungen. Die Entwicklung neuer Kernkraftwerke ist Sache der Industrie. Die Bundesregierung leistet hierzu keine finanziellen Hilfen. Der Staat setzt die Sicherheitsforschung fort.

Hierdurch erhält sich die Bundesrepublik Deutschland unter anderem auch die Möglichkeit, die internationale Diskussion über Sicherheitsstandards bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie positiv beeinflussen zu können. Dies gilt insbesondere für die Erhöhung der Sicherheit der Kernkraftwerke in Osteuropa. (Feststellung der Bundesregierung: ohne diesen Teil ist die gesamte Verständigung hinfällig)

III. Sonstiges

Verbindlichmachung

Diese Vereinbarung steht unter dem Vorbehalt der Rechte Dritter (EVU), um deren Zustimmung sich beide Seiten bemühen. Diese Vereinbarung erfordert die Zustimmung der Länder (Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern wie 1979). (Die in obigen Eckpunkten festgelegten Vorgehensweisen und Daten zu den Endlagerstandorten in Niedersachsen werden durch Vereinbarung zwischen Bund und Land Niedersachsen verbindlich gemacht. Forderung des Landes Niedersachsen mit dem Hinweis, daß der gesamte Konsensentwurf unter dem Vorbehalt steht, daß der Bund diesem Anliegen entspricht.)

Prozesse

(Niedersachsen: Sämtliche zwischen Bund und Land Niedersachsen anhängigen Gerichtsverfahren werden durch Klagerücknahme bzw. Klageverzicht beendet. Weitere zivilrechtliche Ansprüche werden zwischen Bund und Land Niedersachsen nicht erhoben.) (BMU: wenn, dann zusätzlich: Die Klage gegen das Artikelgesetz 1994 und das Plutonium-Normenkontrollverfahren werden beendet.)

Atomgesetz

Aus EU-rechtlichen Gründen muß das Atomgesetz geändert werden. Die Novellierung soll noch in dieser Legislaturperiode einvernehmlich erfolgen. In diesem Zusammenhang sollen die oben getroffenen Festlegungen (Enteignungen, Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, Privatisierung von Endlagererrichtung und -betrieb) sowie die Fragen Typengenehmigung (standortunabhängige Konzeptprüfung) und Klarstellung zu Sicherheitsverbesserungen bestehender Anlagen geregelt werden. Die weitere Konkretisierung erfolgt einvernehmlich.

Bonn, 1. Februar 1997

19. Neue Atom-Lager braucht das Land! Zum Stand der Energiekonsensgespräche zwischen SPD und Bundesregierung

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; CDU/CSU; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:18

Pünktlich zu den Widerstandsaktionen gegen den Castor-Transport ins Wendland haben sich SPD und Bundesregierung zu einer neuen Runde der "Energiekonsensgespräche" getroffen. In dem sogenannten "Beamtenpapier", das aus den vertraulichen Gesprächsunterlagen in die Öffentlichkeit gelangte, wird nicht nur über die Errichtung von süddeutschen Zwischenlagern im Sinne einer "schrittweisen regionalen Ausgewogenheit" verhandelt, sondern auch festgehalten, daß die AKWs "rechtlichen Bestandsschutz" genießen. Die SPD scheint in fast allen Punkten kapituliert zu haben.

Nachdem Michael Sailer, Chefkoordinator des Darmstädter Öko-Instituts vor wenigen Monaten mit seiner Kritik am Widerstand gegen die Castor-Transporte ins Wendland, der - so seine Argumentation - die AKW-Betreiber in die Plutoniumwirtschaft treibe, die Debatte um neue, standortbezogene Zwischenlager eröffnet hat (vgl. ak 398, S. 11), brechen nun offenbar alle Dämme. Stephan Kohler, Günter Altner und Gerd Michelsen, die Sailer noch heftig verbal kritisierten und sich mit Donnergetöse unter Beifall der Anti-AKW-Bewegung aus dem Verein des Öko-Instituts verabschiedeten, legten in der Frankfurter Rundschau (22.2.97) ihre Sicht der Dinge da. Kern ihrer jetzigen Forderung: Ausstieg aus der Atomenergie erst im Jahr 2010. Und: An den AKW-Standorten sind Zwischenlager-Hallen für den Atommüll zu errichten, die Wiederaufarbeitungsverträge sollen nicht mehr bedient werden.

All dies zu einem Zeitpunkt, wo die Anti-AKW-Bewegung mit ihren Aktionen im Wendland demonstriert hat, daß der Druck der Straße an den Regierenden nicht spurlos vorbeigeht, daß der Atomausstieg weiter in großen Teilen der Bevölkerung verankert und mehrheitsfähig ist und wo die Anti-AKW-Bewegung der SPD und der Bundesregierung bei ihren Bemühungen um einen Entsorgungskonsens zeigt, daß es ohne diese Bewegung keinen Konsens geben wird.

Entsorgungsnachweis: Worum geht's?

Der Betrieb der AKWs erfordert den Nachweis über den Verbleib des entstehenden Atommülls mindestens für die jeweils folgenden sechs Jahre sowie eine Weiterentwicklung bei der Endlagersuche. Einen entsprechenden Beschluß hatten die Landeschefs mit der Bundesregierung Ende der 70er Jahre vereinbart. Im Atomgesetz wurde daraus die Verpflichtung der AKW-Betreiber, ihren Atommüll "schadlos zu verwerten". Mit dieser Formulierung war vor allem die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus den AKWs gemeint. So wurden zunächst mit der Wiederaufbereitungsanlage im französischen La Hague und dann auch mit der britischen Anlage in Sellafield entsprechende Verträge geschlossen. Dort sollte das Plutonium und das Uran, das sich in diesen verbrauchten Brennstäben befindet, chemisch abgetrennt und später wieder in neuen Brennelementen eingesetzt werden.

Als Ende der 80er Jahre die geplante deutsche Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf aus Kostengründen von den Energieversorgern zu Fall gebracht wurde, schlossen die Atomunternehmen mit den WAA-Betreibern in England und Frankreich neue Verträge ab. Mit diesen Verträgen sicherten sich die Atombetreiber langfristig ausreichende Kapazitäten für den Entsorgungsnachweis.

Nach Abschluß dieser Verträge setzten rote und rot-grüne Landesregierungen, aber auch die Anti-AKW-Bewegung nach. In zahlreichen Gutachten konnte aufgezeigt werden, daß die Wiederaufarbeitung im Ausland nach den bundesdeutschen Bestimmungen (Strahlenschutzverordnung etc.) nicht genehmigungsfähig gewesen wäre und damit das Gebot der "Schadlosigkeit" nicht eingehalten wird. Ebenso wurde massiv angezweifelt, worin denn die Verwertung des bei dem Abtrennungsprozeß anfallenden Plutoniums und Urans zu sehen sei. Lediglich zehn der derzeit in Betrieb befindlichen AKWs verfügen über eine Genehmigung, sogenannte Plutonium-Mischoxid-Brennelemente (MOX) einzusetzen. Diese MOX-Elemente werden mit Plutonium aus der Wiederaufarbeitung angereichert und sollen so den Brennstoff Uran ersetzen. Ressourcenschonung nennt sich das aus Sicht der Atommafia. Die Rückführung in die

Brennstoffspirale kommt aber bis heute kaum voran. Ein riesiger Berg Plutonium, für dessen Lagerung in Frankreich (und im Atombunker in Hanau) die Energieversorger teures Geld zahlen, liegt in reiner, abgetrennter Form auf Halde. Von Verwertung, die Buchstaben des Gesetzes beim Wort genommen, also keine Spur. Die ebenfalls bei der Wiederaufarbeitung abgetrennten Mengen von Uran sind vollkommen sinnlos, da dies aufgrund der Zusammensetzung für den Reaktorbetrieb kaum einsetzbar ist. Aufwendige technische Reinigungsprozeduren wären nötig, um verschiedene Neutronenbremser herauszufiltern und damit die gewünschte Kettenreaktion wieder zu ermöglichen. Dennoch wurde auch dieses abgetrennte Uran von der Atomwirtschaft immer wieder als Wertstoff betitelt.

Neben der ganzen Palette der ökologischen Folgen des Wiederaufarbeitungsprozesses und den daraus resultierenden Problemen, was mit der vermehrten Atommüllmenge passieren soll, wohin mit dem Plutonium und Uran, gibt es bis heute ein handfestes ökonomisches Problem, das den AKW-Betreibern auf der Tasche liegt. Auch heute noch ist die WAA trotz massiver Preissenkungen durch die jeweiligen Betreiber (Cogema in Frankreich und BNFL in England) im Vergleich zum sogenannten Konzept der direkten Endlagerung (40 Jahre oberirdisch zwischenlagern und dann ab ins Bergwerk) viel zu teuer.

Die AKW-Betreiber haben bislang lediglich wegen dem sonst fehlenden Entsorgungsnachweis und der damit drohenden Stillegung der AKWs an der teuren Wiederaufarbeitung festgehalten.

"Direkte Endlagerung" gilt als Entsorgung

1994 hatte der massive Druck, zumindest die WAA aufzugeben, zu einer Änderung des Atomgesetzes geführt. Danach waren nun zwei gleichberechtigte Entsorgungspfade zulässig, entweder wie bisher die Wiederaufarbeitung oder die "direkte Endlagerung". Tatsächlich zeigte sich auch ein Erfolg im begrenzten Umfang. Die Hamburgischen Electrizitäts-Werke (HEW) kündigten für das AKW Krümmel ihre neuen Verträge mit Sellafield, ebenso die Betreiber von Gundremmingen. Ihre Entsorgungsnachweise stützen sich nun auf die alten WAA-Verträge aus den 70er Jahren und beinhalten erstmals die Ausweisung von externen Lagern, sprich Gorleben.

Doch bis heute sind diesem Beispiel keine weiteren Energieversorgungsunternehmen (EVU) gefolgt. Unter dem Druck, daß möglicherweise sämtliche bundesdeutschen Betreiber nun den Schwenk zur direkten Endlagerung vollziehen könnten, zeigte sich vor allem die Cogema extrem verhandlungsbereit und räumte der deutschen Atomlobby vorzügliche Bedingungen ein. Neben deutlichen Preissenkungen sicherte die Cogema den bundesdeutschen AKW-Betreibern zu, die angelieferten Brennelemente zunächst möglichst lange zu lagern und vor der eigentlichen Wiederaufarbeitung beim Lieferanten nachzufragen, ob denn nun tatsächlich das Plutonium abgetrennt werden soll. Auf diese Weise entsteht die Möglichkeit, die WAAs als zusätzliche Zwischenlager zu nutzen und die Brennelemente nach Ablauf einiger Jahre ohne Plutoniumabtrennung wieder zurückzutransportieren. Die EVUs gewinnen dadurch Zeit für die innenpolitische Debatte um eine Lösung in der Entsorgungsfrage.

Betont werden muß, daß die WAAs die mit Abstand dreckigsten Anlagen (im Normalbetrieb) der gesamten Atomwirtschaft sind und zu einer gravierenden Verseuchung der Umwelt beitragen. Außerdem ist dieser Weg für den AKW-Betrieb im technischen Sinn absolut nicht notwendig. Es mag widersinnig klingen und ist angesichts der absurden Risiken der gesamten Atomtechnologie nur schwer einzusehen, aber ein Verzicht auf die Wiederaufarbeitung kann objektiv die Risiken der Atomwirtschaft um einiges reduzieren. Aus diesem Blickwinkel erscheint es durchaus plausibel, den Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft losgekoppelt von der Frage des Ausstiegs aus der Atomenergie zu betrachten. Das Problem ist dies: der von Sailer und anderen mit der Bundesregierung und der SPD angestrebte Deal, einen Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung verknüpft mit der Errichtung dezentraler Zwischenlager, dürfte nur mit einer Zustimmung zum Weiterbetrieb der laufenden Atom-Anlagen zu haben sein.

Die skizzierte Situation beschreibt den Hintergrund, vor dem die Gespräche um einen Energie- bzw. Entsorgungskonsens stattfinden.

Energiekonsens: SPD knickt ein

Nach dem Scheitern der ersten Konsensrunde Ende 1994 und zwischenzeitlich erheblichen Auseinandersetzungen um die Castor-Transporte 1 und 2 nach Gorleben läuft nun die zweite Konsensrunde

auf Hochtouren. Die ersten Ergebnisse der Gespräche zwischen der Bundesregierung und Vertretern der SPD liegen in einem sogenannten Beamtenpapier vor. Der Inhalt offenbart eine fast vollständige Kapitulation der SPD-Vertreter in dieser Runde. Lediglich für Niedersachsen bringen die bisherigen Zwischenergebnisse einige Vorteile.

Betrifft Endlagerung

Die derzeitige Debatte über die Einrichtung nur eines Atommüllendlagers für schwach-, mittel- und hochradioaktive Abfälle wird in dem Papier lediglich als "erstrebenswerte Option" gehandelt. Dabei sprechen nicht nur sicherheitstechnische Überlegungen eindeutig für ein Konzept, das nur auf einem Lager basiert, sondern auch ökonomische Gründe legen diese Orientierung nahe.

Statt dessen kommen die Verhandlungspartner zu der Forderung, daß für Schacht Konrad das Planfeststellungsverfahren noch in diesem Jahr zügig positiv abzuschließen sei. Wohlgemerkt: Eine Forderung, die von Gerhard Schröder offenbar abgesegnet ist und alle Beteuerungen der vergangenen Jahre, daß das Lager Schacht Konrad nicht genehmigungsfähig sei, konterkariert. Rührend ist das Angebot an die BürgerInnen der Region. Der Sofortvollzug für dieses Lager soll nicht sofort, sondern erst im Jahre 2005 erteilt werden. So kann den zu erwartenden Klagen eine aufschiebende Wirkung zugestanden werden. Damit die Atomwirtschaft diesem Deal zustimmen kann, soll das derzeit einzige in Betrieb befindliche Atommüllager in Morsleben nicht, wie zunächst geplant, im Jahre 2000, sondern erst 2005 geschlossen werden. So werden Engpässe vermieden und nebenbei noch die Karte Bürgerbeteiligung ein wenig ausgespielt.

Für das Endlager Gorleben wird vereinbart, daß die Erkundung im Jahr 2005 abgeschlossen sein soll. Gleichzeitig sollen vorläufig keine weiteren Standorte gesucht werden. Nach 2005 sollen die Arbeiten in Gorleben zunächst ruhen. Erst 2030 soll der Ausbau und 2035 die Inbetriebnahme erfolgen. Nichts Neues an dieser Front, denn diese Terminierung ist schon seit Jahren von den Energieversorgern gewollt. Neu ist jedoch, daß die SPD in diesem Papier die Suche nach Alternativen nicht mehr verlangt, obwohl sie eben dies seit Jahren forderte. In der Vergangenheit wurde immer wieder betont, daß der Salzstock Gorleben als Endlager nicht tauge, die Standortsicherheit nicht gegeben sei und daß Wassereinbrüche nicht auszuschließen seien.

Darüber hinaus fordert das Papier eine Änderung des Atomgesetzes, die noch in dieser Legislaturperiode erfolgen soll. Diese Änderung soll die Möglichkeiten zur Enteignung - aus Sicht der Atomwirtschaft - verbessern. Anlaß für diese Forderung sind die Salzrechte des Grafen Bernstorff und die Aktivitäten der Salinas GmbH, die vorhat, das Salz für kommerzielle Zwecke zu fördern und zu vermarkten. Derzeit ist nach Bergrecht die kommerzielle Nutzung von Rohstoffen gegenüber der Erkundung vorrangig. Zwar sollen Enteignungen nicht vor dem Jahr 2025 erfolgen, aber vorher wird das Endlager ja eh nicht gebraucht.

Deutlich wird in dem Papier auch, daß die SPD-Verhandlungsführer nur noch Machtpoker betreiben und nicht mehr ein einziges Sicherheitsargument gelten lassen. Auch sämtliche Gutachten, die dem Endlager in Morsleben bescheinigen, für diesen Zweck vollkommen ungeeignet zu sein, werden ignoriert, der Betrieb wird noch einmal um fünf Jahre verlängert.

Betrifft Zwischenlager

Das "Beamtenpapier" geht davon aus, daß die derzeit im Genehmigungsverfahren stehende Erweiterung des Zwischenlagers Ahaus spätestens 1998 genehmigt sein wird und Ahaus dann vollständig zur Verfügung steht. Das Lager in Gorleben soll nach dem Willen der Verhandlungspartner künftig nur noch für die Brennelemente aus Norddeutschland verwendet werden. Während das Umweltministerium dieses für das Jahr 2000 anstrebt, fordert Niedersachsen, daß dies ab sofort gilt. Einigkeit besteht darüber, daß die verglasten Atomabfälle aus der Wiederaufarbeitung auch zukünftig in Gorleben eingelagert werden.

Außerdem soll zur Transportoptimierung und zur - wie es so schön heißt - regionalen Ausgewogenheit ein Zwischenlager in Süddeutschland errichtet werden, sofern es dafür Bedarf gibt. Eine geradezu absurde Formulierung, da aus Sicht der Betreiber ein solches Lager technisch gerade nicht gebraucht wird, sondern bestenfalls aus politischen Gründen zweckmäßig erscheinen mag.

Betrifft neue Atommeiler

Mit einer Entscheidung für den Bau neuer AKWs wird von allen Seiten nicht vor dem Jahr 2005 gerechnet. Allerdings soll der derzeit von Siemens und der französischen Framatome entwickelte neue Europäische Druckwasserreaktor EPR mit Zustimmung der SPD-Beamten in einem vom Standort unabhängigen Genehmigungsverfahren abgesegnet werden. Dadurch hätte der neue Atommeiler die grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit beweisen. Dies wäre ein Riesenschritt auf dem Weg zum Neubau von Atommeilern in Deutschland.

Kurzfristig entscheidender ist aber, daß den laufenden Reaktoren rechtlicher Bestandsschutz garantiert wird. Die Landesregierungen sollen künftig auf einen Kurs des "bundesfreundlichen Verhaltens" festgelegt werden. Diejenigen Landesregierungen, die also noch immer (zaghaft) versuchen, per Recht und Gesetz die Anlagen abzuschalten, sollen diziplinert und zur Ordnung gerufen werden.

Köstlich ist vor allem, daß beide Seiten in dem Papier vereinbaren, die gegeneinander laufenden Gerichtsverfahren zu beenden. So soll die SPD die Klagen gegen die Atomgesetzänderung von 1994 und die vor dem Verfassungsgericht anhängige Plutoniumklage zurücknehmen. Im Gegenzug sollen die Schadensersatzklagen gegen Niedersachsen storniert werden. Spätestens hier zeigt sich deutlich, daß die Verhandlungen im wesentlichen zwischen Niedersachsen und dem Bund geführt wurden.

Nicht mit einer einzigen Silbe wird das Problem der Wiederaufarbeitung, der Plutoniumwirtschaft, in dem "Beamtenpapier" angesprochen. Dabei haben sich die Sozialdemokraten schon vor Tschernobyl zumindest gegen diesen Teil des Atomprogramms massiv eingesetzt und sogar eine Klage vor das Bundesverfassungsgericht getragen, mit der sie das grundgesetzliche Verbot der Plutoniumverarbeitung erreichen wollten. Und gerade aus SPD-geführten Ministerien waren die Gutachten zur Illegalität der Auslands-Wiederaufarbeitung vorgelegt worden.

Spekuliert werden darf deswegen, ob die Plutoniumwirtschaft bislang ausgeklammert wurde, um zunächst einen Konsens über die Zwischenlagerung von abgebrannten Brennelementen zu erreichen und erst wenn dieser unter Dach und Fach ist, das Thema Wiederaufarbeitung in Richtung Verbotserklärung zu regeln. Dieser Weg ist durchaus denkbar, da die Verträge Klauseln enthalten, nach denen ein Verbot der Wiederaufarbeitung in Deutschland als "höhere Gewalt" betrachtet werden muß und damit die Energieversorger ohne Entschädigungszahlungen aus den Verträgen heraus kämen. Auf diesem Weg ließe sich also nicht nur das weitere Auftürmen von Plutonium deutlich reduzieren, sondern auch noch eine Menge Geld sparen.

Dezentrale Zwischenlager

Während noch darüber gestritten wird, ob Süddeutschland nun doch oder lieber nicht die Verantwortung für die gesamtdeutsche Entsorgung übernimmt und ein entsprechendes Zwischenlager errichtet, zeichnet sich bei den "regionalen Lagern" eine Lösung ab. So verdichten sich die Hinweise, daß die Betreiber von Neckarwestheim (die Technischen Werke Stuttgart (TWS), die Deutsche Bahn, die Energieversorgung Schwaben (EVS), die Neckarwerke u.a.) Bereitschaft signalisieren, ein Zwischenlager am eigenen Standort zu errichten. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die lästige Entsorgungsdebatte wäre weitgehend vom Tisch, Transporte nach Gorleben, Ahaus oder ins Ausland könnten entfallen. Damit wären Transportrisiken und die ewige Debatte um den Strahlenschutz für Tausende von PolizistInnen erledigt, AKW-GegnerInnen hätten das derzeit beliebteste Angriffsziel verloren und medienwirksame Proteste mit immer neuen Rekorden wären dahin.

Auch für das AKW Obrigheim gibt es bereits seit Jahren Pläne, ein Lager am Standort zu errichten. Dies muß aber gar nicht dazu führen, daß nun an allen 19 in Betrieb befindlichen Reaktoren derartige Lager gebaut werden müßten. Es können sich benachbarte AKWs, beispielsweise die an der Elbe liegenden AKWs Brunsbüttel und Brokdorf, zusammentun, Gundremmingen vielleicht mit Neckarwestheim und so fort.

Inzwischen hat sich auch der RWE Chef, Roland Farnung, zur Frage der Regionalisierung positiv geäußert. In einem Brief an die Umweltministerin Merkel soll er Bereitschaft bekundet haben, an einer in diese Richtung gehenden Lösung mitwirken zu wollen.

Das ist kein Wunder. Denn für die Atomwirtschaft ist mit der Schaffung regionaler Lager eine deutliche politische und finanzielle Entspannung zu erwarten. Das gesamte Paket hätte einen reibungslosen und für die

Atomwirtschaft mehr als erträglichen Rahmen zur Folge, in dem es nicht nur möglich ist, mit den - nach Schröders Planungen - noch 30 Jahre laufenden Anlagen erträglich Geld zu verdienen, sondern auch bei der Option auf neue Reaktoren einen gehörigen Schritt weiterzukommen.

Deutlich wird auch, daß die SPD mit dem Atomausstieg nun absolut gar nichts mehr am Hut hat. Das Schrödersche Modell eines 30 Jahre dauernden Ausstiegs ist von der SPD-Spitze offenbar akzeptiert und wird nur noch von einzelnen kritisiert und abgelehnt.

Gerade vor diesem Hintergrund ist der Vorstoß der verschiedenen Öko-Gutachter und Experten fatal. Während sie das Ende der Plutoniumwirtschaft fordern und aus diesem Grunde für dezentrale Lagerstätten plädieren, kommt diese Forderung unter den realen Verhältnissen einem Verzicht auf den Ausstieg aus der Atomwirtschaft gleich. Keiner dieser Gutachter, egal ob Sailer oder Kohler, ist sich nicht im Klaren darüber, daß die Schaffung dieser neuen Lagerstätten für die Atomwirtschaft von strategisch großer Bedeutung sein und ihre Entsorgungsprobleme langfristig dem politischen Streit entziehen wird. Als Gegenleistung für den Ausstieg aus der Plutoniumproduktion werden die EVUs eine Auslauffrist von runden 30 Jahren für ihre AKWs verlangen und von der SPD vermutlich auch erhalten. Und eben an dieser Stelle stützen die Öko-Experten den SPD-Kurs.

DSe

20. 5000 HamburgerInnen auf die Krümmel-Schienen! Auswertung der Aktion "1000 HamburgerInnen mehr ins Wendland"

Autor: Aktionsbündnismitglieder · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:23

Im folgenden drucken wir ein Diskussionspapier ab, das von Mitgliedern des Aktionsbündnisses "1000 HamburgerInnen mehr ins Wendland" erarbeitet wurde. Wir finden das Papier interessant, weil es exemplarisch Bilanz der Aktionen gegen den dritten Castor-Transport nach Gorleben zieht und Überlegungen anstellt, wie weiter mit Anti-AKW-Aktionen.

Während der Vorbereitungen auf den dritten Castor-Transport haben wir uns politische Ziele gesetzt, die nach Rückkehr kritisch und selbstkritisch zu überprüfen sind.

Das erste Ziel lautete: Wir wollen den politischen Preis von Transport zu Transport immer höher schrauben, bis die Gegenseite von weiteren Castor-Transporten Abstand nimmt.

Das zweite (regionale) Ziel lautete: Wir wollen - anders als bei den eher blamablen Mobilisierungszahlen zu den Castor-Transporten 1 und 2 - dafür sorgen, daß sich mindestens 1000 HamburgerInnen mehr im Wendland gegen Castor 3 querstellen.

Eine dritte, vermeintliche Zielsetzung haben wir nie geäußert, nämlich die, man würde durch gute Mobilisierung und konsequente Aktionen die Einlagerung des Castor-Sixpacks verhindern können. Realistischerweise haben wir stets von der Behinderung des Transports und deren politischen Implikationen gesprochen, wohlwissend, daß der Staat seine 30.000 Söldner eher ein Blutbad anrichten läßt, als die Schlappe des Stops eines einmal in Bewegung gesetzen Castor-Zuges hinzunehmen.

Natürlich hätte es unserem sportiven Ehrgeiz gut getan, wenn wir den Castor länger hätten aufhalten können als zu den Blockaden in `95 und `96. Natürlich wäre es schön gewesen, hätte nicht nur die Südroute, sondern auch die Nordroute für den LKW-Verkehr gesperrt werden müssen. Aber alles dies sind keine Fragen, die die politische Substanz der Frage "Erfolg oder Niederlage" berühren.

Ein politischer Erfolg

Messen lassen wir uns also an der Frage, ob unser Zutun dazu beitrug, den politischen Preis für Castor-Transporte nach Gorleben hochzutreiben. Messen lassen wir uns ebenfalls an dem selbstgesteckten Ziel, 1000 HamburgerInnen mehr zu mobilisieren.

Die letztgenannte Frage ist schnell beantwortet. Obwohl es in Hamburg seit etlichen Jahren keine relevanten Anti-Atom-Aktionen gab, und obwohl es eine organisierte Anti-AKW-Initiativenszene im wesentlichen nicht mehr gibt, haben wir unsere quantitativen Ziele erreicht und übererfüllt. In unserem Camp in Quickborn, in benachbarten Camps und am Verladebahnhof in Dannenberg fanden sich in der Summe deutlich mehr als 1000 HamburgerInnen ein. Dies ist nach Jahren des Dahinsiechens der Hamburger Anti-AKW-Bewegung ein nennenswerter Erfolg.

Trotz noch massiverer Drohung mit polizeilicher Repression ist die DemonstrantInnenzahl insgesamt erneut gestiegen - auch dies rechtfertigt, von einem erneuten Erfolg des wendländischen Widerstandes zu sprechen. Auch wir trugen dazu bei, den politischen Preis, den die Gegenseite zu zahlen hat, erkennbar hochzuschrauben. Das Gerangel um erneute Energiekonsens-Gespräche, die Absicht, in norddeutschen Lagern nur noch norddeutschen Nuklearmüll zu lagern, die Sondierung der Möglichkeit von Zwischenlagerkapazitäten im Süden Deutschlands, all das weist darauf hin, daß für den Staat ein einfaches "Weiter So mit Castor 4" nicht umstandlos zu haben ist. Meinungsumfragen in der heißen Castor-Zeit ergaben, daß 54% der Befragten Verständnis für die Blockade-Aktionen im Wendland aufbringen. Der Öffentlichkeit ist es schwer zu vermitteln, warum 30.000 Polizeibeamte für leicht aufschiebbare Transporte zusammengezogen werden und warum mehr als 100 Millionen Mark rausgeschmissen werden, wo in vielen Bereichen sozialer Kahlschlag betrieben wird.

Es ist dem wendländischen Widerstand gelungen, einen 4. Castor-Transport politisch noch unplausibler zu machen. Die Chance, daß Gorleben eine gewisse Ruhepause eingeräumt wird, ist gestiegen.

Keine Kehrseite

Solche Erfolge haben zwei Seiten. Da die Atomindustrie nur um den Preis des raschen Abschaltens ihrer AKWs auf forcierte Zwischenlagerung verzichten könnte, wendet sie sich den Standorten zu, an denen mit weniger Protest zu rechnen ist. Aktuell ist zu erwarten, daß - wegen der Stärke des Gorleben-Widerstandes - die abgebrannten Kernelemente ins "kampfschwache" Zwischenlager Ahaus transportiert werden. Dies war vorauszusehen, kann weder überraschen noch anders sein. Deshalb haben wir in unseren Publikationen auch immer darauf hingewiesen, daß Gorleben nur ein Symbol ist. Ein Regional-Sieg in Gorleben ist aus Sicht der Anti-AKW-Bewegung dann ein zu vernachlässigender Erfolg, wenn das Ziel "Alle Schlupflöcher der Atom-Mafia zu verstopfen" nicht im Auge bleibt. Politischen Sinn macht der Kampf gegen Castoren im Wendland, in Ahaus und wo auch immer ohnehin nur dann, wenn das Ziel lautet: Abschalten aller AKWs. Wir hoffen, daß die Erfolge des März 97 dazu beitragen, daß die Diskussion über Blockaden an anderen Standorten praktische Konturen gewinnt.

Gorleben ist auch deshalb nicht mehr als ein Symbol, weil ein Großteil der abgebrannten Brennstäbe an deutschen Zwischenlagern vorbei in die Wiederaufarbeitungsanlagen von La Hague und Sellafield geschafft wird. Politik ohne Symbole ist allerdings nicht denkbar.

Das Bündnis "1000 HamburgerInnen mehr ins Wendland" hatte sich gegründet, um den dritten Castor-Transport zu behindern und hat in der Verfolgung dieser Zielsetzung wohl sämtliche aktiven Gruppen und EinzelkämpferInnen Hamburgs zusammengeführt. Die Aktion ist politisch erfolgreich abgeschlossen worden. Damit ist zunächst die Geschäftsgrundlage entfallen.

Es gibt immer Gründe weiterzumachen, insbesondere wenn man sich auf der Erfolgsseite wähnt. Gibt es aber auch Ziele und taktische Vorstellungen, die die Aufrechterhaltung der organisatorischen Strukturen und der Bindung von politischen Kapazitäten rechtfertigen? Gibt es Projekte, die eine erfolgreiche Fortentwicklung dieses Hamburger Zusammenschlußes wahrscheinlich erscheinen lassen?

Selbstverständlich mobilisieren wir zum Querstellen nach Ahaus, sollte Ende dieses Jahres der Castor-Transport in das NRW-Alternativ-Lager geplant werden. Selbstverständlich bemühen wir uns auch, unser politisches Scherflein zu allen anderen Anti-AKW-Aktionen beizutragen. Das allein ist aber noch kein Projekt, das ein Überdauern des Bündnisses ermöglicht, nicht mal erfordert.

Weiter Aktionen?

Zur Entscheidung steht, ob wir es bei gelegentlichen Unterstützungsaktionen an hamburgfernen Standorten belassen wollen, oder ob wir den Versuch wagen, ein eigenes Hamburger Atom-Projekt in Angriff zu nehmen, den Versuch eines großen Wurfes getreu unserem Motto: "Alle Schlupflöcher der Atomindustrie verstopfen".

Krümmel ist aus Betreibersicht der schwächste Punkt in der Kette der Hamburg umzingelnden Atomanlagen. Aus Sicht der AtomgegnerInnen ist Krümmel ein Symbol für Leukämie und unverantwortliche, faktenfreie Freisprechung durch Landespolitiker und Betreiber. Krümmel entsorgt seine Brennelemente durch die ökologisch am verdammenswerteste Plutoniumaufarbeitung im europäischen Ausland.

Kann Krümmel ein verbindendes, zukunftsträchtiges Projekt für möglichst alle Hamburger AktivistInnen sein, die sich in den letzten Wochen gegen den 3. Castor-Transport engagiert haben? Krümmel als zweiter Baustein der Sperrung sämtlicher Entsorgungspfade der Atomindustrie? Darüber müssen wir diskutieren.

Anders als beim zurückliegenden Castor-Transport bietet uns das Krümmel-Projekt viel Zeit und viele Alternativen zum Ausprobieren. Daher wäre es fatal, in den blauen Dunst hinein eine Blockade des nächsten Castors von Krümmel anzuberaumen. Wir haben genug Zeit, um durch Aktionen unterhalb des Blockade-Niveaus herauszufinden, ob der Geesthachter Atommeiler ein realistisches, mobilisierungsfähiges Ziel oder nur ein schreibtischgeborenes Hirngespinst ist. Probieren wir es aus. "Versuch" ist wörtlich gemeint.

Der Vorschlag lautet so: Im Sommer dieses Jahres (an einem Wochenendtermin, an dem kein Castor zu erwarten ist, dafür Berufstätige und Alleinerziehende erscheinen können, und in einem Monat, in dem weder Schul- noch Semester- oder sonstige Ferien sind) mobilisieren wir zu einem "Schienen-Aktionstag zwischen

Geesthacht und dem Werkstor Krümmel". Wie gesagt: dies ist noch keine Castor-Blockade, aber auch alles andere als eine Latschdemo. Die politische Auswertung der Mobilisierung wird Rückschlüsse zulassen, ob das Projekt Krümmel für uns zu groß ist, oder ob wir uns Widerstand in wendländischer Dimension zutrauen können.

Was ist zu tun?

Vieles. Zunächst dies: Unser Bündnisname soll zugleich so ehrgeizig und realistisch umbenannt werden wie das Projekt. In der Schnittmenge zwischen Ehrgeiz und Realismus ist die Umbennung unseres Vereins in "5000 HamburgerInnen auf die Krümmel-Schienen" angemessen.

Das Fernziel ist, dafür zu sorgen, daß die Polizeieinheiten aller 16 Bundesländer und des BGS ab 1998 Hunderttausend Überstunden an den Gleisen zwischen Geesthacht und dem Werkstor von Krümmel anhäufen!

21. Dr. Seltsam klont Umberto Eco. Ergänzung zu "Klon-Schaf Dolly: Na und" in ak 400

Autor: U. Eco · Rubrik: Gentechnologie; Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:29

In einem Einschub, beginnend mit "Nebenbei bemerkt", kritisiert At. die verbreitete Meinung, "der Mensch (bzw. das Leben) sei allein durch die Gene determiniert, gleiche genetische Information führe zu identischem Leben, zu völliger Gleichheit in der Entwicklung." Von den gängigen Horrorvisionen nennt sie auch die "Duplizierung (Verdopplung) von Nobelpreisträgern oder Spitzensportlern" - ein Gedanke, der einigen potentiellen Klonierungsobjekten immerhin tief zuwider ist. Einer der von Vervielfältigung bedrohten Angehörigen der geistigen Elite ist ohne Frage Umberto Eco, der weltweit bekannteste Intellektuelle Italiens. In seiner Kolumne in der Wochenzeitschrift L'Espresso (La bustina di Minerva vom 13.3.) rät Eco von seiner Klonierung dringend ab - mit Argumenten, die allgemeine Gültigkeit haben:

"Nehmen wir an, ein verrückter Wissenschaftler würde behaupten, ich repräsentiere die beste Probe der menschlichen Spezies (vergegenwärtigen wir uns: er ist Doktor, aber verrückt), und würde beschließen, mich zu klonen. Er entnimmt mir eine Körperzelle, tut alles, was er tun muß, und nach neun Monaten wird ein Lebewesen geboren, das mein genetisches Erbe hat. Nehmen wir an, es hat Augen und Haare von der gleichen Farbe wie ich, meinen Hang zur Fettleibigkeit, meine Anfälligkeit für bestimmte Krankheiten, meine Vorliebe für die Geisteswissenschaften, meine Neigung, zuerst am Kinn und dann am Haupt zu ergrauen usw. Wahrscheinlich wäre das Foto von diesem Umberto dem Zweiten, im Alter von sechs Monaten auf dem Leopardenfell, demjenigen sehr ähnlich, das von mir im Jahre 1932 aufgenommen wurde.

Danach würden die Dinge sich zu ändern beginnen. Ich wurde von zwei bestimmten Personen, die zum Kleinbürgertum gehörten, in einer italienischen Provinzstadt der dreißiger und vierziger Jahre aufgezogen und erzogen; hörte bestimmte Verwandte, Freunde und Bekannte reden; aß Dinge, die in Kriegszeiten aufzutreiben waren; atmete weniger verschmutzte Luft als heute; lernte in meiner Kindheit Bombenangriffe kennen; wurde im Geist der katholischen Religion und im faschistischen Italien erzogen; sah erstmals mit mehr als 20 Jahren fern usw. usw. Umberto der Zweite könnte von einer protestantischen Familie auf einer Farm im Mittleren Westen aufgezogen werden oder von einer Familie orthodoxer Juden in Jerusalem; er wird andere Dinge essen, andere Bücher lesen, andere Musik hören; er wird fernsehen oder auch nicht; wenn er krank wird, wird er mit chemischen Substanzen geheilt, verschieden von denen, mit denen meine Masern und mein Ziegenpeter geheilt wurden; wenn er keine Kinder hat, wird er die Erfahrung, Vater zu sein, nicht haben.

Und was wird er sein, wenn er so alt ist wie ich heute? Das kann niemand sagen, aber sicherlich etwas von mir sehr Verschiedenes: vielleicht ein Kardinal; wohl kaum ein Mathematiker, sondern eher ein Anwalt; oder ein Drogenabhängiger; oder der Besitzer einer Taverne in Singapur; oder der Nachfolger Rautis (1); oder der weltweit größte Experte für Philatelie.

Auf der anderen Seite - wenn Hitler im Alter von einem Jahr von tibetanischen Mönchen als Reinkarnation Buddhas identifiziert und in Lhasa erzogen worden wäre, wäre er dann Hitler geworden? Die Science-fiction-Szenarien über das Klonen umgibt eine Art naiven materialistischen Determinismus, für den das Schicksal eines Menschen einzig durch sein genetisches Erbe bestimmt wird. Als wenn nicht die Erziehung dazu käme, die Umwelt, die Nahrung, die Art der körperlichen Aktivität, die von den Eltern empfangenen Liebkosungen oder Ohrfeigen, die Tatsache, daß diese Eltern sehr jung oder alt sterben, daß sie Alkoholiker oder Abstinenzler sind, geschieden oder lebenslang treu, geschwätzig oder schweigsam."

Aus den genannten Gründen sei die Klonierung von Menschen eine denkbar schlechte Investition, findet Umberto Eco. Und "welche große Persönlichkeit würde das Risiko eingehen, als seine eigene Karikatur fortzuleben? Alles in allem ist es immer noch vernünftiger, sich nach der alten Methode fortzupflanzen. Und dann - wenn es wahr wäre, daß in einer einzigen Zelle schon unser ganzes Schicksal enthalten wäre, warum sollte es sich dann noch lohnen zu leben?"

Übersetzung: Js.

Anmerkung:

1) Pino Rauti: Neofaschist, gilt als intellektueller Kopf des italienischen Rechtsextremismus

22. Stauen um jeden Preis. Ökologische, soziale und ökonomische Fehler internationaler Staudammpolitik

Autor: Heffa Schücking · Rubrik: Umweltpolitik; Indien; Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:06

Mangelhafte Baugrunduntersuchungen, fehlerhafte Einschätzungen hydrologischer Faktoren und das Ignorieren ökologischer wie ökonomischer Konsequenzen kennzeichnen eine Vielzahl von Großstaudammprojekten in der Dritten Welt ebenso wie massenhafte Zwangsvertreibung und Verletzung von Menschenrechten. Was zum Segen für die Volkswirtschaft geplant war, endete oft in einem Fiasko für Mensch und Natur. Doch Widerstand regt sich gegen die Lieblingsobjekte internationaler Entwicklungszusammenarbeit und multinationaler Baukonsortien: Widerstand von unten, der langsam Wirkung zeigt.

Seit den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts sind fast alle großen Flüsse der Erde gestaut worden. Die 1929 gegründete "International Commission on Large Dams" (ICOLD) schätzt, daß es weltweit mehr als 38.000 Staudämme gibt, die höher als 15 Meter sind (ICOLD-Definition eines Großstaudamms) (Pircher 1993). Viele Dämme sind jedoch wesentlich größer. Der weltweit höchste Staudamm befindet sich in Tadjikistan und mißt eine Höhe von 300 Metern.

In den meisten Industrieländern scheint die Ära des Baus großer Staudämme dem Ende zuzugehen. Es gibt kaum noch geeignete Standorte, und öffentliche Debatte und Widerstand gegen solche Großprojekte machen neue Vorhaben schwer durchführbar. Die Aktivitäten der Staudammbauer haben sich in den beiden letzten Jahrzehnten zunehmend in die Dritte Welt verlagert. Zwei Drittel der Großstaudämme, die in den achtziger Jahren gebaut wurden, befinden sich in Entwicklungsländern (Churchill 1994). Sie gehören heute zu den bevorzugten Objekten der Entwicklungszusammenarbeit.

Versprochen hat man sich vieles von den großen Dämmen: Entwicklung, Energie, Arbeitsplätze, Bewässerung und Wohlstand. Die Wirklichkeit sieht häufig anders aus: Verschuldung, Umsiedlung, massive ökologische Zerstörung und ökonomische Desaster.

Falsche Versprechungen,

verschwiegene Risiken

Die hydrologischen Untersuchungen, die Staudammprojekten zugrunde gelegt werden, sind oft äußerst mangelhaft. Aussagen über die Wassermengen, die gestaut werden können - sei es für Bewässerung oder Energiegewinnung - sind nur aufgrund von zuverlässigen Daten über Regenfälle, Trockenzeiten und konkurrierende Wassernutzungen möglich. Für viele Flüsse existieren solche Daten nicht, umfassen nur kurze Zeiträume oder sind fehlerhaft. Das hat die Staudammindustrie jedoch nie davon abgehalten, ihre Pläne voranzutreiben - mit der Konsequenz, daß viele Großstaudämme nie die projektierte Leistung erreichen. Folgen für die Gesamtwirtschaftlichkeit der Projekte bleiben nicht aus. Hinzu kommen oft Konflikte mit anderen Wassernutzern, wie im Falle des Pangani-Staudamms in Tanzania oder des Farakka-Stauwehrs in Indien.

Der 170 Meter hohe Pangani-Damm befindet sich am gleichnamigen Fluß im Nordosten Tanzanias. Die in der Region regelmäßig vorkommenden Dürreperioden und das dadurch verminderte Wasservolumen des Flusses wurden von den Projektplanern nicht ausreichend berücksichtigt. Gänzlich außer Acht gelassen wurde die Tatsache, daß die kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft der Region zur Bewässerung der Felder auf Wasser aus dem Pangani-Fluß angewiesen ist. Nachdem deutlich wurde, daß die Wassermengen im Flußsystem in Trockenzeiten nicht zugleich für das Kraftwerk, die mit ausländischem Kapital eingerichteten Plantagen und für zehntausende von Kleinbauern oberhalb des Kraftwerks reichen, sollen nun die Kleinbauern die Zeche zahlen. Auf Drängen des skandinavischen Konsortiums, das den Staudamm finanziert hat, soll die Wasserentnahme durch Subsistenzbauern über die Erhebung von Gebühren gedrosselt werden (Mung'Ong'O o.D.).

Auch in anderen Ländern brachten Staudämme nicht die versprochenen Gewinne, da sie aufgrund mangelnden Wasserflusses nicht mit voller Leistung betrieben werden konnten. 1991 erreichten beispielsweise Thailands 25 größte Staudämme nur knapp die Hälfte, im darauffolgenden Jahr sogar nur 36 Prozent ihrer geplanten Kapazität (Thai Development Newsletter 1994).

Überoptimistische Voraussagen haben die Staudammplaner auch in anderen Bereichen gemacht. Die Wirtschaftlichkeit eines Staudamms hängt entscheidend davon ab, wie lange er mit welcher Speicherkapazität betrieben werden kann. Die von Flüssen mitgeführten Sedimente, Schlamm- und Geröllmengen lagern sich im Stausee ab und beeinträchtigen dessen Wasservolumen. Dies ist nach wie vor das gravierendste technische Problem der Staudammindustrie, denn Sedimentierungsraten sind noch schwerer vorherzusagen als Wasserdurchflußmengen und sie variieren stärker (Mahmood 1987).

Während heftiger Unwetter können Flüsse in nur wenigen Tagen die durchschnittliche Sedimentlast von Jahren ablagern. So verlor Nepals Kulekhani Staudamm im Juli 1993 neun Prozent seiner Speicherkapazität durch einen zwei Tage andauernden Gewittersturm. Zusätzlich wurden riesige Schlamm- und Geröllmassen stromaufwärts des Dammes abgelagert, die im Laufe der nächsten Jahre den Stausee erreichen und dessen Speicherkapazität weiter einschränken werden (Hydropower u. Dams 1994). Als Kulekhani 1981 mit Hilfe von Weltbankkrediten fertiggestellt wurde, ging man von einer Betriebszeit von 75 bis 100 Jahren aus. Heute ist fraglich, ob der Damm nach dem Jahr 2000 überhaupt noch Strom liefern wird.

Zu den weithin verschwiegenen Risiken von Großstaudämmen gehört das Phänomen der durch Stauseen ausgelösten Erderschütterungen ("Reservoir Induced Seismicity", kurz RIS genannt). Seit den vierziger Jahren gibt es zunehmend Belege dafür, daß große Staudämme Erdbeben auslösen können.

Fünf von neun starken Erbeben, die in den achtziger Jahren auf dem indischen Subkontinent registriert wurden, sind nach Ansicht von Experten durch Staudämme verursacht. Die stärksten Erdbewegungen scheinen dabei von Staudämmen ausgelöst zu werden, die mehr als 100 Meter hoch sind (McCully in Vorb.). Welche Risiken trotz besseren Wissens in Kauf genommen werden, zeigt das Beispiel des Tehri-Staudammes in Indien. Seit 1972 in Bau, aber aufgrund von Finanznöten und anhaltenden Protesten immer noch nicht vollendet, soll Tehri mit 244 Metern Indiens höchster Staudamm werden. Der Standort für Tehri liegt im westlichen Himalaja, eine der erdbebengefährdetsten Regionen der Welt. Obwohl 200.000 Menschen unterhalb des Dammes leben, ist Tehri technisch nicht ausgestattet, um Erdbeben der Größenordnung standzuhalten, die Experten während der Lebenszeit des Staudammes hier erwarten (Intach 1994).

Tehri ist nicht das einzige Beispiel. Und es müssen nicht Erdbeben sein, die Staudammkatastrophen nach sich ziehen. Flutwellen nach Unwetterkatastrophen sind ein weiteres Gefährdungspotential. Ein 1995 an die Öffentlichkeit gelangtes internes Memorandum der Weltbank stellt fest, daß von 25 bisher untersuchten indischen Staudämmen keiner in der Lage wäre, die durch heftige Unwetter freigesetzten Wassermassen zurückzuhalten (Price 1995).

Unter den untersuchten Staudämmen befinden sich zwei der größten indischen Dämme, Hirakud und Gandhi Sagar. William Price, der das Memorandum verfaßt hat, stellt fest, daß "die Konsequenzen eines Versagens dieser Dämme bei einer größeren Flut nur mit Adjektiven beschrieben werden können, die jenseits des Begriffes katastrophal liegen". Sie würden die indische Dammkatastrophe von 1979 beim Bruch des Machhu-II-Dammes, wodurch mehr als 2000 Menschen starben, wie einen kleinen Unfall erscheinen lassen. Denn die Täler, die stromabwärts von Hirakud und Gandhi Sagar liegen, sind im Vergleich zu Machhu II dicht besiedelt. Evakuierungspläne oder Überschwemmungskarten existieren nicht. William Price äußerte die Befürchtung, daß die lebensbedrohenden Mängel der bisher untersuchten Dämme "erst die Spitze eines Eisbergs sein könnten". Er schätzt, daß etwa zwei Drittel aller indischen Staudämme ähnliche Sicherheitsmängel aufweisen.

Welche dramatischen Konsequenzen das Bersten von Staudämmen nach sich ziehen kann, wurde 1975 in der chinesischen Provin Henan offenbar. Hier ereignete sich nach einer außergewöhnlich schweren Flut die bislang größte Staudammkatastrophe. Nach dem Bruch des Banqiao und Shimantan Staudamms am Huaihe Fluß starben Schätzungen zufolge zwischen 80.000 und 230.000 Menschen. 20 Jahre lang wurde diese Katastrophe von den chinesischen Behörden verheimlicht.

Verheerende ökologische Auswirkungen

Stellvertretend für viele andere Staudämme, die in großem Umfang Wasser für Bewässerungszwecke bereitstellen, stehen die Auswirkungen des im Bau befindlichen Sardar-Sarovar-Projekts in Indien. Sieben Jahre nach der Kreditbewilligung durch die Weltbank wurde eine Gruppe britischer Hydrologen damit beauftragt, die Auswirkungen des Projektes zu prüfen. Sie stellte fest, daß der Wasserfluß auf einer Strecke

von 170 Kilometern unterhalb des Dammes fast vollständig unterbunden sein wird. An seiner Stelle, so die Hydrologen, wird eine Kette durch Abwasser kontaminierter, Malaria verseuchter Tümpel entstehen (Hr Wallingford 1993).

Auch Staudämme oder -wehre, die Energie bereitstellen sollen, können zu einem drastisch verminderten Wasserfluß führen. So wird das in Pakistan geplante Ghazi-Barotha-Projekt das Wasservolumen des Indus auf etwa 70 Kilometer Länge für sieben Monate im Jahr um 88 Prozent verringern (Zubair Khan 1995). Die Geldgeber für das Projekt, zu denen die Weltbank und die bundesdeutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau gehören, behaupten, daß dies nur vernachlässigbare ökologische Auswirkungen habe. Nichtregierungs-Organisationen aus Pakistan sehen das anders. Durch den verminderten Wasserfluß würden Fischfanggründe verloren gehen, der Grundwasserspiegel absinken und eine 120 Quadratkilometer große Naturlandschaft zerstört.

Die kumulativen Auswirkungen einer Abfolge mehrerer Staudämme gehen weit über die Folgen der Einzelprojekte hinaus. Durch den Bau von Großstaudämmen zur Bewässerung und Energiegewinnung in Pakistan wurde beispielsweise die Wasserabgabe ins Indus-Delta um 80 Prozent reduziert - mit gravierenden Folgen für die Mangrovenwälder im Delta. Das vermehrt eindringende Salzwasser vernichtete 99 Prozent der dort heimischen Mangrovenwaldbestände (Snedaker 1984).

Einige der augenfälligsten Auswirkungen von Großstaudämmen betreffen die Lebensbedingungen der aquatischen Tierwelt. Der Wissenschaftler Geoffrey Petts, der insbesondere die Auswirkungen von Staudämmen auf die Süßwasserfauna untersucht hat, stellt fest, daß "keine menschliche Aktivität sich so stark auf Fischbestände in Fließgewässern ausgewirkt hat, wie der Bau von Staudämmen".

Nach Ansicht von Tyson Roberts (1993) vom Smithsonian Tropical Research Institute "existieren keine wirksamen Maßnahmen der Schadensbegrenzung für fischreiche tropische Flüsse, die gestaut werden". Im Falle des Pak Mun-Staudamms in Thailand etwa werde "eine natürliche Fischfauna, die aus mehr als 200 Arten besteht, durch einen extrem verarmten und nur künstlich zu erhaltenden Bestand von etwa 25 Arten ersetzt". Als mit dem Bau des Pak Mun begonnen wurde, setzte ein schneller Rückgang der Fischerträge ein. Schon 1993 verloren drei Viertel der Fischerfamilien ihr Einkommen, und auch die für den Eigenbedarf bestimmten Fischerträge gingen um 30 Prozent zurück (PER 1993).

Zwangsumsiedlungen

Nach Schätzungen des International Rivers Network mußten in diesem Jahrhundert etwa 100 Millionen Menschen großen Staudammprojekten weichen, vorwiegend in der Dritten Welt. Wie viele es genau waren, läßt sich nicht feststellen. Es sind zwar für jedes Staudammvorhaben Bände an technischen Daten und Studien verfügbar, aber statistische Angaben über die Zahl der durch Großstaudämme vertriebenen Menschen sind nur für wenige Projekte vorhanden. Dort, wo sie existieren, geben sie selten die tatsächliche Anzahl der Betroffenen wieder. Michael Cernea, Umsiedlungsexperte der Weltbank, schätzt, daß jährlich etwa 300 Großstaudämme, die in die Bauphase gelangen, zur Vertreibung von vier bis viereinhalb Millionen Menschen führen (World Bank 1994).

Projekte in Indien und China sind hier an erster Stelle zu nennen. Seit der indischen Unabhängigkeit wurden zwischen 14 und 22 Millionen Menschen für die Errichtung großer Staudämme vertrieben. Das chinesische Ministerium für Wasserressourcen gibt an, daß zwischen 1950 und 1985 in China zehn Millionen Menschen Staudämmen weichen mußten. Chinesische Dissidenten gehen sogar von einer Zahl zwischen 40 und 60 Millionen aus (McCully in Vorb.).

Es scheint symptomatisch, daß die Zahl der tatsächlich Betroffenen nie erfaßt wird. Im Projektprüfungsbericht der Weltbank zum Ruzizi-II-Staudammprojekt an der Grenze zwischen Ruanda und Zaire ging man davon aus, daß nur 135 Menschen umgesiedelt werden müßten. 1994 stellte sich heraus, daß 15.000 Menschen ihr Land verloren hatten - 111mal so viele wie ursprünglich angegeben (World Bank 1994). Der 1985 von der Weltbank verabschiedete Prüfungsbericht für den Sardar-Sarovar-Staudamm im indischen Narmada-Tal ging von 33.000 Betroffenen aus. Nach Angaben der indischen Regierung von 1993 sind es mehr als 200.000 Menschen (Narmada Bachao Andolan 1994). Für den Pak-Mun-Staudamm in Thailand sollten nach Angaben der Weltbank ursprünglich nur 148 Familien umgesiedelt werden. Heute weiß man, daß es zehnmal so viel sind (Usher 1995). Die Gründe für solche systematischen Unterschätzungen sind naheliegend. Denn je mehr

Menschen für ein Projekt umgesiedelt werden müssen, desto höher sind die Kosten. Die Consultants und Firmen, denen beim Bau eines Dammes weitere Aufträge winken, haben augenscheinlich kein Interesse an realistischen Kosten-Nutzen-Rechnungen. Ohne Frage hätten viele Projekte nicht mehr als wirtschaftlich gegolten, wenn von vornherein das volle Ausmaß notwendiger Umsiedlungen bekannt gewesen wäre: Bei Großstaudämmen, die mit Weltbankkrediten gefördert wurden, waren die Umsiedlungskosten im Durchschnitt 54 Prozent höher als ursprünglich veranschlagt (World Bank 1994).

Die beständigen Falschangaben über die Zahl der Umsiedler haben schwerwiegende Konsequenzen für die Betroffenen. Projektbudgets für Umsiedlungen sehen nicht genug Gelder vor und weisen nicht genügend Land aus, um die Betroffenen zu rehabilitieren. Eine von der Weltbank veröffentlichte Untersuchung von rund 200 laufenden Projekten mit Umsiedlungskomponenten stellte fest, daß in der Hälfte aller Fälle keine Umsiedlungspläne vorlagen. Rund 70 Prozent der vorhandenen Pläne sahen die Bereitstellung neuen Landes für die Umsiedler nicht vor. Die Untersuchung stellt fest: "fallende Einkommen sind signifikant unter den Betroffenen, in manchen Fällen betragen sie bis zu 40 Prozent bei Bevölkerungsgruppen, die schon vor der Umsiedlung arm waren" (World Bank 1994).

In den meisten Entwicklungsländern haben Umsiedler keine Möglichkeit, ihre Rechte wirksam einzuklagen. Die 800 Familien, die 1961 für die ersten Bauarbeiten am indischen Sardar-Sarovar-Staudamm enteignet wurden, kämpften 1995 immer noch um eine angemessene Entschädigung.

Die von Zwangsumsiedlung betroffenen Menschen sind jedoch nur die sichtbarsten Opfer von Großstaudämmen. Millionen anderer haben den Zugang zu sauberem Wasser, Fischfanggründen, Weideland, Wäldern und anderen gemeinschaftlich genutzten Naturressourcen verloren. Viele Staudammprojekte haben zudem zur massiven Ausbreitung von Krankheiten wie Malaria und Bilharziose geführt. So war zum Beispiel nach dem Bau des Volta-Staudammes in Ghana ein enormer Anstieg von Bilharziose-Infektionen zu verzeichnen. Während 1966 die Infektionsrate im Projektgebiet bei zehn Prozent lag, waren 1969 bereits 90 Prozent aller Kinder befallen (Desowitu 1981).

Indigene Völker

Die von Großstaudämmen Betroffenen stammen in der Regel aus den politisch und ökonomisch schwächsten Bevölkerungsgruppen. Deshalb verwundert es nicht, daß indigene Völker überproportional unter den Leidtragenden großer Staudämme zu finden sind. In Indien sind etwa 40 Prozent der Menschen, die für den Bau von Großstaudämmen vertrieben wurden, Adivasis, wie die indischen Stammesvölker sich selbst nennen. Dabei machen Adivasis nur sechs Prozent der indischen Gesamtbevölkerung aus (Thukral 1985). Auch auf den Philippinen wurden Großstaudämme überwiegend auf Stammesland gebaut.

In Brasilien wies eine Studie aus dem Jahr 1981 (Aspelin u. Coelho dos Santos) darauf hin, daß für den geplanten Bau von sieben Großstaudämmen bis zu 34 verschiedene Indianergebiete überflutet worden wären. Aufgrund internationaler Proteste wurden einige dieser Projekte zurückgestellt; andere wurden - mit katastrophalen Folgen für die betroffenen Indianerstämme - verwirklicht.

Auch in den USA und Kanada gehören Indianer zu den Hauptleidtragenden. In den fünfziger und sechziger Jahren wurden durch den Bau von drei großen Dämmen am Missouri-Fluß fünf Sioux-Reservate teilweise überflutet. Ein Drittel der dort lebenden Indianer mußte umgesiedelt werden. 90 Prozent des bewaldeten Landes ging verloren (Lawson 1982). C. Patrick Morris, Professor für indianische Studien, bezeichnet den Bau von Staudämmen in den USA "als integralen Bestandteil eines Jahrhundert-Diebstahls - als massive Enteignung von indianischem Land und Wasser, um die wirtschaftliche Entwicklung von Nicht-Indianern zu fördern". Das größte Wasserkraftwerk Nordamerikas, das sogenannte "Great Whale" Projekt, soll auf dem Land der Cree-Indianer im kanadischen Bundesstaat Quebec entstehen. Durch den anhaltenden Widerstand der Cree mußte das Vorhaben 1994 zurückgestellt werden.

Für indigene Völker bedeutet der Verlust ihres Landes nicht nur den Abstieg in Armut und Verelendung. Wegen ihrer starken spirituellen und kulturellen Bindung an das Land nehmen Zwangsumsiedlungen eine gänzlich andere Dimension an: den Verlust indigener Identität und die Auslöschung indigener Kultur.

Widerstand

Nicht jeder Staudamm, der geplant wird, kann auch gebaut werden. Im August 1995 hatten Staudamm-Gegner weltweit Grund zum Feiern, als der neue Weltbankpräsident James Wolfensohn den Rückzug der Bank aus dem umstrittenen Arun-III-Staudamm in Nepal bekanntgab.

Der 201 Megawatt-Damm hätte eine Milliarde US-Dollar gekostet, oder anders ausgedrückt, das eineinhalbfache der jährlichen Staatsausgaben Nepals. Eine unvorstellbar hohe Belastung für eines der zehn ärmsten Länder der Erde. Die von Arun gelieferte Energie wäre in erster Linie der reichen Oberschicht am Dach der Erde zugute gekommen. 90 Prozent der Bevölkerung Nepals lebt auf dem Lande, aber der Strom war fast ausschließlich für die Wohlhabenden in Katmandu und den Export nach Indien bestimmt. Gegner des Projektes forderten anstelle des überteuerten und mit vielen Risiken behafteten Großstaudamms die Förderung von Klein-Wasserkraftwerken zur ländlichen Energieversorgung.

Neben der Weltbank gehörte die Bundesrepublik zu den wichtigsten Finanziers des geplanten Dammes am Arun-Fluß. Versprochen war ein Zuschuß von 234 Millionen Mark, der höchste Zuschuß, den Deutschland je für ein Einzelvorhaben der Entwicklungshilfe bereit gestellt hätte.

Wolfensohns Ausstieg aus Arun war die Entscheidung des bundesdeutschen Entwicklungshilfe-Ministers, Carl-Dieter Spranger, vorausgegangen, den geplanten bundesdeutschen Zuschuß für das Projekt zu streichen. Sprangers Entscheidung war nach Aussagen von Insidern ein wichtiger Auslöser für den Rückzug der Weltbank, da dadurch das Finanzierungspaket für den Damm zunächst einmal geplatzt war.

Zu Fall gebracht wurde die bundesdeutsche Beteiligung an Arun durch eine Kampagne von Nichtregierungs-Organisationen (NRO), Nepal-Experten und einzelnen Parlamentariern des Deutschen Bundestages. Sie griffen die Bedenken aus Nepal auf und erzwangen eine öffentliche Diskussion des Projektes. Alle bundesdeutschen Presseorgane, vom Spiegel bis zur FAZ, berichteten kritisch über Arun. Täglich erreichten das Ministerium Briefe von besorgten Bürgern, die nicht tatenlos zusehen wollten, wie ihre Steuergelder für ein entwicklungspolitisches Debakel ausgegeben werden. Als dann auch noch der Bundesrechnungshof in einem Prüfbericht wesentliche Kritikpunkte der NRO bestätigte, war es um Arun geschehen.

Der Fall Arun steht nicht allein: Im letzten Jahrzehnt wurden viele große Staudammvorhaben weltweit gestoppt, u.a. der Franklin-Staudamm in Australien, Nam Choan in Thailand, Silent Valley in Indien, Serre de la Ferre in Frankreich, Babaquara in Brasilien und Great Whale in Kanada. In den USA, wo das Zeitalter der Großstaudämme eingeleitet wurde, ist nicht nur der Bau neuer Dämme zum Stillstand gebracht worden. Die Anti-Staudamm-Bewegung fängt sogar an, den Abriß großer Dämme durchzusetzen, damit Flüsse wieder ungehindert fließen können (McCully in Vorb.).

In Brasilien hat sich eine "nationale Bewegung von Staudamm-Opfern" gegründet. In Thailand können aufgrund der massiven öffentlichen Proteste der letzten Jahre keine neuen Staudammprojekte in Angriff genommen werden. Weltweit unterstützen mittlerweile mehr als 2000 NRO die Manibeli-Deklaration, in der von der Weltbank ein Moratorium für die Finanzierung großer Staudammvorhaben gefordert wird (Sklar und McCully 1994).

Die Bewegungen gegen Großstaudämme beschränken sich längst nicht mehr allein auf ökologische und soziale Argumente. Es geht dabei zunehmend auch um Fragen der nationalen Entwicklung und Demokratisierung.

Die Geschichte von großen Dämmen ist eine Geschichte von verschwiegenen Risiken, unrealistischen Kostenkalkulationen und nicht eingelösten Versprechen. Trotzdem sind diese Projekte massiv mit öffentlichen Mitteln aus den Entwicklungshilfehaushalten gefördert worden. Nicht zuletzt, weil bilaterale und multilaterale Geber die Geschäfte ihrer jeweiligen Industrie- und Berater-Firmen subventionieren wollten.

Die Abhängigkeit von öffentlichen Geldern ist aber zugleich die Achilles-Ferse der Staudammlobby. Öffentliche Opposition, sowohl in den Geber- als auch in den Empfängerländern, wird zu einem Faktor, den Staudammbauer ernst nehmen müssen. Durch Kampagnen wie Arun und Narmada wird es zunehmend schwieriger für Entwicklungsinstitutionen, ihre Unterstützung für Großstaudämme zu rechtfertigen. Und der Privatsektor zeigt wenig Bereitschaft, in diese risikoreichen Projekte stärker einzusteigen. Anthony Churchill, ehemaliger Chef der Energieabteilung der Weltbank, hat es auf einer Tagung der Staudammindustrie in

Frankfurt vor wenigen Wochen deutlich formuliert: "Weltweit stehen Großstaudämme vor zwei großen Herausforderungen: die Überwindung öffentlicher Opposition und die Beschaffung privater Gelder".

Mögen sie an diesen Herausforderungen scheitern.

Heffa Schücking

Quellen:

Aspelin, P.L./ Coelho dos Santos, S. (1981): Indian Areas Threatened by Hydroelectric Projects in Brazil. IWGIA, Copenhagen.

Besant-Jones, John (1994): A View of Multilateral Financing from a Funding Agency. In: Proceedings of Financing Hydro Power Projects '94.

Bundesregierung (1995): Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Winfried Wolf und der Gruppe der PDS. Drucksache 13/2073.

Churchill, Anthony (1994): Meeting Hydro's Financing, Development Challenges. In: Hydro Review Worldwide.

Desowitu, Robert (1981): New Guinea Tapeworms and Jewish Grandmothers. Norton, New York.

Hr Wallingford (1993): Environmental Changes Downstream of Sardar Sarovar Dam. Wallingford, Großbritannien.

Hydropower and Dams (1994): Flood damage repaired at Kulekhani, but sedimentation shortens its life.

Intach (1994): Earthquake Hazard and Large Dams in the Himalaya.

International Rivers Network (1995): UNDP: Unsustainable Development Programmes.

Lawson, M.L. (1982): Damned Indians. University of Oklahoma Press.

Mahmood, K. (1987): Reservoir Sedimentation: Impact, Extent and Mitigation. World Bank Technical Paper Nr. 71, Washington D.C.

McCully, P. (in Vorb.): Silenced Rivers: The Ecology an Politics of Large Dams. Zed Books, London.

Mung'Ong'O, Claude (o.D.): Unveröffentlichtes Manuskript.

Narmada Bachao Andolan (1994): Supreme Court of India Writ Petition. Baroda, India.

PER (1993): Fish, Forests and Food: Means of Livelihood in Mun River Village Communities. Bangkok.

Petts, G. (1984): Impounded Rivers: Perspectives for Ecological Management. John Wiley, Chichester.

Pircher, W. (1993): 36.000 Dams and Still More Needed. In: Water Power and Dam Construction.

Price, W. (1995): India Dam Safety Project: Flood Hydrology Reviews. World Bank Office Memorandum, February 1, 1995.

Roberts, T. (1993): Just Another Damned River? Negative Impacts of Pak Mun Dam on Fishes of the Mekong Basin. In: Natural History Bulletin of the Siam Society, Vol. 41.

Sklar, L. und McCully, P. (1994): Damming the Rivers: The World Bank's Lending for Large Dams. International Rivers Network, Working Paper 5.

Snedaker, S.C. (1984): Mangroves: A Summary of Knowledge with Emphasis on Pakistan. In: HAQ, B. und MILLIMAN, J. (Hg.): Marine Geology and Oceanography of Arabian Sea and Coastal Pakistan. Van Nostrand Reinhold, New York.

Thai Development Newsletter (1994): Major Dams in Thailand and the Capacity of their Reservoirs. Nr. 25 1994.

Thukral, E.G. (1985: Big Dams, Displaced People: Rivers of Sorrow, Rivers of Change. Sage Publications, New Delhi.

URGEWALD (1995): Mekong Briefing. Sassenberg.

Usher, A. (1995): Dams as Aid: A Case of Nordic Double Standards? Vortrag auf der Konferenz: Forvaltning av Vassdragsnatur. Oslo, März 1995.

World Bank (1994): Resettlement and Development: The Bankwide Review of Projects Involving Involuntary Resettlement 1986-1993.

Zubair Khan, M. (1995): The Devastating Impact of Ghazi-Barotha Project on Downstream Water Resources. Sustainable Development Policy Institute, Islamabad.

Literaturempfehlung:

Stüben, Peter. E. (Hg.) (1984): Nach uns die Sintflut. Staudämme - Entwicklungs"hilfe", Umweltzerstörung und Landraub. Focus-Verlag, Gießen (Ökozid 2).

Rich, Bruce (1996): Die Verpfändung der Erde. Schmetterlingsverlag, Stuttgart.

McCully, Patrick (1996): Silenced Rivers: The Ecology and Politics of Large Dams. Zed Books, London.

Usher, Ann (Hg.) (vorauss. Ende 1996): Dams as Aid: A Political Anatomy of Nordic Development Thinking.

Kontakte:

URGEWALD, Von-Galen Str. 4, 48336 Sassenberg

International Rivers Network, 1847 Berkeley Way, Berkeley, California 94703, USA

Heffa Schücking ist Geschäftsführerin von URGEWALD e.V., 1994 mit dem "Goldman Award" ausgezeichnet, einem der weltweit renommiertesten Umweltpreise. URGEWALD versteht sich als Ansprechpartner für Umwelt- und Menschenrechtsbewegungen der Dritten Welt, die sich gegen zerstörerische Großprojekte wenden. Die Organisation setzt sich national und international für die Interessen der Betroffenen ein und streitet für eine Reform internationaler Entwicklungszusammenarbeit.

Dieser Text ist zuerst erschienen in: ökozidjournal Nr.11, 1/96. Er wurde von der ak-Redaktion stark gekürzt.

Die Finanziers: Weltbank, UNDP und Bundesrepublik

Der Bau von Großstaudämmen in der Dritten Welt wäre im heutigen Umfang ohne den massiven Zufluß von öffentlichen Geldern aus dem Norden, sprich "Entwicklungshilfe", unmöglich gewesen. An erster Stelle ist hier die Weltbank zu nennen, die als wichtigster Einzelfinanzier von großen Staudämmen gilt. In den vergangenen 48 Jahren hat sie Kredite im Wert von 58 Milliarden US-Dollar für den Bau von mehr als 500 Großstaudämmen vergeben. Darunter waren einige der umstrittensten Großstaudämme der Welt: Projekte wie Balbina und Itaparica in Brasilien, Akosombo in Ghana, Yacyreta in Argentinien, Chixoy in Guatemala, Tarbela in Pakistan, Mahaweli in Sri Lanka und Sardar Sarovar in Indien. Insgesamt wurden für weltbankfinanzierte Staudämme etwa 15 Millionen Menschen zwangsumgesiedelt (Sklar u. McCully 1994).

Der Einfluß der Weltbank geht weit über ihre eigenen Kredite hinaus. Ihr Büro für "Kofinanzierung und finanzielle Beratungsdienste" wirbt zusätzliche Mittel von anderen bilateralen und multilateralen Gebern sowie von privaten Banken für die Unterstützung ihrer Projekte ein. Da andere Geber und Investoren sich in ihren Entscheidungen an der technischen Expertise der Weltbank orientieren, spielt die Weltbank die Rolle eines Katalysators in der Mobilisierung von Geldern des öffentlichen und privaten Sektors für Großstaudämme.

Obwohl die Weltbank noch nie eine umfassende ökonomische Kosten/Nutzen-Evaluierung großer Staudämme vorgenommen hat, zeigt eine interne Bankuntersuchung (Besant-Jones 1994) von 70 Großstaudämmen:

1. Die Baukosten von Großstaudämmen lagen im Durchschnitt 30 Prozent über den veranschlagten Kosten.

2. Die Bauzeit verlängerte sich durchschnittlich um 37 Prozent.

3. Es besteht eine positive Korrelation zwischen der Errichtung von Großstaudämmen und hoher staatlicher Verschuldung .

Gegenwärtig investiert die Weltbank etwa eine Milliarde US-Dollar pro Jahr in Staudammvorhaben. Etwa 20 große Staudammprojekte mit einem Kreditvolumen von drei Milliarden US-Dollar werden zur Zeit von der Bank geprüft. Die Umsetzung dieser Projekte würde zur Vertreibung von mehr als 350.000 Menschen führen (Sklar u. McCully 1994).

Die Rolle eines Wegbereiters für Großstaudämme spielt auch die UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen). So wurden die ursprünglichen Pläne für fünf große Dämme in Sri Lanka, das sogenannte Mahaweli-Projekt in einer von UNDP und der Welternährungsorganisation (FAO) finanzierten Studie entwickelt. Mahaweli hat sich nicht nur als ökonomischer Fehlschlag erwiesen, es hat auch zur Zwangsumsiedlung von 60.000 Menschen geführt (International Rivers Network 1995). UNDP zählt auch zu den wichtigsten Geldgebern der "Mekong River Commission", die Pläne zum Bau von neun Großstaudämmen am Hauptstrom des Mekong entwickelt hat. Der Bau dieser Dämme würde 1400 Kilometer Flußlandschaften irreversibel zerstören und hätte gravierende Folgen für Millionen von Flußanrainern (URGEWALD 1995).

Bundesdeutsche Steuergelder sind nicht nur via Weltbank und UNDP in große Staudammprojekte in Entwicklungsländern geflossen. Im Rahmen ihrer bilateralen Zusammenarbeit hat sich die Bundesrepublik auch direkt an der Finanzierung von vielen Großstaudämmen in der Dritten Welt beteiligt. Aus Mitteln der finanziellen und technischen Zusammenarbeit wurden zwischen 1985 und 1994 über 735 Millionen Mark für den Bau von Großstaudämmen ausgezahlt. Hinzu kommen im gleichem Zeitraum Hermes-Bürgschaften in Höhe von fast 226 Millionen Mark (Bundesregierung 1995). Zu den umstrittensten Staudammprojekten, die in der einen oder anderen Form deutsche Zuwendungen erhalten haben, gehören der Tarbela-Damm in Pakistan, der zur Verteibung von etwa 100.000 Menschen geführt hat, der Mahaweli-Staudamm in Sri Lanka und der Bakun-Staudamm in Sarawak (Malaysia).

23. Milliarden Euro für den "Eurofighter 2000". Kriegsszenarien der Zukunft und Sozialabbau

Autor: Thomas W. Klein · Rubrik: Sozialpolitik; Militärpolitik BRD - Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:25

Anfang Januar 1997, genau an dem Tag, an dem die Bundesanstalt für Arbeit bekannt gibt, daß die Zahl der Arbeitslosen zum Jahresende nach offiziellen Berechnungen auf über 4 Mio. gestiegen und damit ein "Negativrekord seit Bestehen der Bundesrepublik" erreicht ist, kommen Verteidigungsminister Rühe und Manfred Bischoff, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz-Aerospace AG (DASA) zusammen, um das teuerste europäische Rüstungsvorhaben, den "Eurofighter 2000", unter Dach und Fach zu bringen. Zu einem Zeitpunkt, zu dem Sozialleistungen gekürzt und ein weiterer Anstieg der Arbeitslosenzahl sowie eine erhebliche Zunahme der Armut in der Bundesrepublik prognostiziert werden, vereinbaren Rühe und Bischoff, daß der Bund für die Anschaffung von 180 neuen Jagdflugzeugen vom Jahr 2002 an über 20 Mrd. Mark aufbringen soll. Bei den Industrie-Forderungen haben sich die Bonner Koalitionsparteien außerdem auf einen Finanzierungskompromiß in der Produktionsphase von 1997 bis 2001 geeinigt: Noch "fehlende" zwei Mrd. Mark sollen zu je 50% das Verteidigungs- und Finanzministerium aufbringen. Rühe ist augenblicklich dabei, eine Beschaffungsvorlage zu erarbeiten, die er noch im ersten Quartal 1997 dem Bundestag vorlegen will. Das Ganze soll nun parlamentarisch zügig über die Bühne gehen. Die Bundesregierung ist bestrebt, das Kapitel "Jäger 90/Eurofighter 2000" jetzt möglichst rasch abzuschließen, nachdem es lange Zeit ein immer undurchschaubareres Zahlen-Wirrwarr und zuletzt ständig neue Hiobsbotschaften über den Anstieg der Entwicklungs- und Beschaffungskosten gegeben hatte. Das Milliardengrab "Europäisches Kampfflugzeug" beinhaltet ganz offensichtlich eine derartige Fülle brisanter Punkte, daß eine öffentliche Debatte, womöglich zu Vorwahlkampfzeiten, von Regierungsseite unerwünscht ist.

Vom "Jäger 90" zum "Eurofighter 2000"

"Der ‚Jäger 90` paßt nicht mehr in unsere Zeit. In einer Demokratie kann man langfristig nur das durchsetzen, was man gut begründen kann. (...) Der ‚Jäger 90` ist tot". (1) Mit diesen Worten hat zu Beginn des Jahres 1992 Volker Rühe einen spektakulären Einstand im Verteidigungsministerium. Er wird daraufhin in der Presse gefeiert. In Kommentaren ist von einem mutigen und notwendigen Schritt die Rede: Volker Rühe, ein Mann, der allmächtigen Industriebossen, insbesondere dem größten deutschen Unternehmen Daimler-Benz, die Stirn bietet und ein politisch überflüssig gewordenes, Mrd.fressendes Rüstungsprojekt stoppt? Dieses Bild hält sich nicht allzu lange. Zwar philosophiert der neue Verteidigungsminister im Mai 1992 noch immer über den Sinn, oder besser gesagt Unsinn dieses Projekts - " ... ich bin skeptisch, ob man angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage einen Supervogel braucht" (2) - aber trotzdem gibt Bonn noch im selben Jahr eine "abgespeckte" Version bei der Industrie in Auftrag. Diese soll nicht mehr als 90 Mio. pro Stück kosten. Für das Beschaffungs-Volumen insgesamt legt die Hardthöhe eine Obergrenze von 15 Mrd. Mark fest.

Für einige Monate ist das Kapitel "Jäger 90" nichts anderes als ein hervorragender Anschauungsunterricht hochgradig schizophrenen Verhaltens führender deutscher Politiker. Ein unzeitgemäßes, finanziell im Steigflug befindliches Projekt wird für tot erklärt. Gleichzeitig fließen weiterhin Millionenbeträge für dessen Entwicklung: Daimler-Benz reicht genau in dieser Zeit für die unverändert fortgeführte "Jäger 90"-Entwicklung deftige Rechnungen ein, die jeglichen von der Regierung gesetzten Rahmen sprengen. "Mit der Begründung, noch seien ‚keine verbindlichen Verträge ausgehandelt`, kassiert der Konzern weitere Millionen ab". (3) Der Gipfel an Absurdität: Niemand von den politischen Entscheidungsträgern in Bonn sieht währenddessen einen Sinn in dem Projekt, für das Millionenbeträge ausgegeben werden. So äußert sich z.B. Olaf Feldmann, "verteidigungspolitischer Experte" der FDP-Bundestagsfraktion, in dieser Zeit ebenfalls unmißverständlich und in völliger Übereinstimmung mit Rühes Position ("Der Jäger ist tot"): "Ich vertrete die Auffassung, daß die Produktion des Jagdflugzeuges aus heutiger Sicht so sinnlos ist wie ein Kropf". (4)

Zeitgleich mit dem Auftrag aus Bonn für einen "Jäger light" verkündet Hans-Dieter Wichter, Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums, im Herbst 1992, der "in den achtziger Jahren vor dem Hintergrund des Kalten Krieges geplante ‚Jäger 90` wird nicht kommen"; andere Aussagen spiegelten nur ein "Wunschdenken bestimmter interessierter Kreise wider, die noch glauben, den ‚Jäger 90` retten zu können". (5)

Bestimmte interessierte Kreise lassen es unterdessen nicht beim Wunschdenken: Der Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzende Jürgen Schrempp droht, sofort nachdem Rühe vermeintlich die Notbremse gezogen hat, mit der "Schließung kompletter Werke" (6), falls der "Jäger 90" nicht gebaut werden sollte. Solche markigen Worte scheinen notwendig, um den Verteidigungsminister wieder auf Kurs zu bringen. Eine ungewohnte Situation für die an diesem Vorhaben interessierten Industriebosse. Schließlich war im Zuge der 1983 erfolgten Regierungsübernahme durch die CDU/CSU und FDP eine eindeutige Weichenstellung zugunsten dieses Projekts vorgenommen worden. Die Kohl-Regierung "hatte mit Verteidigungsminister Manfred Wörner nicht nur einen flugzeugvernarrten Reserve-Kampfpiloten an die Spitze der Hardthöhe, sondern mit den Staatssekretären Riedl (Wirtschaft und Koordinator für Luft- und Raumfahrt), Voss (Finanzen) und Pfahls (Verteidigung) eine ganze Reihe bayerischer Amigos der Luft- und Raumfahrtindustrie in verantwortliche Positionen gebracht". (7) Der "Jäger 90" ist zwar dennoch von Beginn an umstritten, vor allem nachdem schon bald klar wird, daß das Kampfflugzeug "Tornado", seiner Zeit "das teuerste Rüstungsprojekt seit Christi Geburt" (Helmut Schmidt), in finanzieller Hinsicht einen ebenbürtigen Nachfolger erhalten würde. Aber angesichts ihres Einflusses sind die beteiligten Industriebosse zu allen Zeiten siegesgewiß: Das neue Jagdflugzeug wird gebaut; explodierende Kosten, Rekordschulden des Bundes, "Verschwinden" des Feindes im Osten - kein Grund, um auf ein lukratives Milliardengeschäft zu verzichten - während "sogar Politiker, die sich dezidiert für die Aufrechterhaltung einer Luftverteidigung aussprechen", angesichts bestehender Alternativen zum "Jäger 90" (z.B. die MiG 29, die F-15 oder die F-18) den Verdacht haben, "daß die Jäger-entwicklung und -produktion in erster Linie für die bayerische Rüstungsindustrie aus der Taufe gehoben wurde". (8) Im Dezember 1992 beschließen die Verteidigungsminister der an diesem Projekt beteiligten Länder (Großbritannien, Deutschland, Italien und Spanien) eine "Reorientierung der Programme für ein neues europäisches Jagdflugzeug": Aus dem "Jäger 90" ist der "Eurofighter 2000" geworden.

Explodierende Kosten

und kein Feind in Sicht

Als Volker Rühe Anfang des Jahres 1992 das Projekt vermeintlich stoppt, sind seine Gründe: Kein Feind in Sicht und fehlendes Geld. Zu Beginn der Entwicklung und bis 1988 gibt die Industrie die Kosten pro Flugzeug mit 65 Mio. Mark an, 1992 sind es 134 Mio., Tendenz steigend. Nachdem Rühe erfahren hat, daß gegen die Interessen von Daimler-Benz und einen mächtigen militärisch-industriellen Komplex in diesem Land nichts durchgesetzt werden kann und sein Versuch, das ganze Vorhaben zu stoppen, kläglich scheitert, will er wenigstens noch einen kleinen Erfolg verbuchen: Die "abgespeckte", 1992 in Auftrag gegebene "Jäger light" - sprich "Eurofighter 2000"-Version - darf pro Stück, so der Minister, nicht mehr als 90 Mio. Mark kosten.

Doch auch hier hat Rühe den Mund zu voll genommen. Inzwischen ist bekannt geworden, daß nach dem nun ausgehandelten Kompromiß der Preis pro Jagdflugzeug 125,4 Mio. Mark betragen wird. Und das bezieht sich auf eine Version, bei der schon jetzt fest steht, daß eine "Nachrüstung" notwendig sein wird. Um den Preis angeblich zumindest unter dem ehemals schon erreichten Kostenvoranschlag von 134 Mio. zu halten - von den 90 Mio. ist schon gar nicht mehr die Rede -, verkauft Rühe dem Parlament und der Öffentlichkeit "ein Auto ohne Hinterrad", so der SPD-Wehrexperte Manfred Opel. Anders gesagt: Die wirklichen Kosten werden irgendwann später präsentiert. Es gilt als sicher, daß für Bewaffnung und für die bei dieser Rechnung sonst noch fehlenden "Nebenkosten" wenigstens nochmals 20 Mio. pro Flugzeug ausgegeben werden müssen. Das aber bedeutet: Mit mindestens 155,4 Mio. Mark pro Flugzeug ist der ausgehandelte Kompromiß viel teurer als alles, was bisher im Gespräch gewesen ist. Ein wirklich "schöner Erfolg" für Volker Rühe!

Auf einem anderen Feld kann der forsche Verteidigungsminister dennoch tatsächlich "Erfolge" vorweisen: Das Projekt ist nicht mehr gänzlich sinnlos, neue Feinde sind ausgemacht. Einige Zeit mußte wirklich in den luft- bzw. feindleeren Raum geplant werden. 1992 war die Lage für die "Jäger 90"-Befürworter in dieser Hinsicht besorgniserregend. Der Friedensforscher Michael Brzoska brachte es auf den Punkt: "Die Bedrohung aus dem Osten gibt es nicht mehr, eine andere militärische Bedrohung deutschen Territoriums ist nicht in Sicht. (...) Die Luftwaffe hat sowieso zu viele Flugzeuge für ein abgerüstetes Europa. Die 300 MRCA-Tornados (MRCA = Multi Role Combat Aircraft), die die Bundeswehr für das Bombenwerfen in der DDR, in Polen, der CSFR und in der westlichen Sowjetunion vorgesehen hatte, sind ohne Aufgabe. Man könnte sie auch als Abfangjäger einsetzen". (9) Doch diese Lage änderte sich sehr schnell und einschneidend. Denn der berechtigte Einwand, "die Bundesluftwaffe braucht einfach keine neuen Abfangjäger, (...) zumindest so lange Einsätze ‚out-of-area` politisch nicht durchgesetzt sind" (10), hatte nicht lange Bestand. Volker Rühe hat in seiner Zeit als

Verteidigungsminister den Weg hin zu "out-of-area"-Einsätzen der Bundeswehr geebnet. Unter seiner Regie wurde das Konzept der Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Ziele durch weltweite militärische Interventionsfähigkeit entscheidend vorangetrieben. Nachdem im Juli 1994 das Bundesverfassungsgericht Auslandseinsätze der Bundeswehr rechtlich absegnete, war der Durchbruch erzielt. Deutsche MRCA-Tornados sind im Luftraum über dem Balkan, also außerhalb des NATO-Gebiets, im "Kriegseinsatz". Die Sinnkrise löst sich "out-of area" auf: Heute kurven "Tornados" über dem Balkan herum, morgen sollen "Eurofighter 2000" in anderen Regionen der Welt zum Einsatz kommen.

Augenblicklich vollzieht sich die militärische Vorbereitung für weltweite Interventionen deutscher Soldaten. Parallel zur politischen und militärischen hat Volker Rühe die "geistige Mobilmachung" spätestens zu Beginn des Jahres 1993 eingeläutet: "Soldat sein heißt, sich extremen Situationen stellen zu können. Das beginnt bei besonderen persönlichen und familiären Belastungen, schließt ein die körperlichen und geistigen Herausforderungen in der Ausbildung und reicht in letzter Konsequenz bis zum Einsatz des Lebens für die Freiheit Deutschlands und den Frieden in Europa und der Welt" (Hervorhebung durch den Autor) . (11) Zwar stand 1993 noch gar nicht fest, ob das Bundesverfassungsgericht weltweite Einsätze der Bundeswehr absegnen würde, bis dato gültige verfassungsrechtliche Beschränkungen aufheben würde; aber für Volker Rühe war das wohl schon beschlossene Sache: Verfassung hin, Verfassung her.

Schwierig ist es hingegen immer noch, das ganze Vorhaben gegenüber der Öffentlichkeit zu legitimieren. Hier gibt es starke Vorbehalte gegen weltweite Einsätze deutscher Soldaten. Aus diesem Grund muß das Thema, so will es jedenfalls die Bundesregierung, möglichst schnell und geräuschlos über die Bühne. Wenn der Koalitionskompromiß demnächst im Bundestag zur Abstimmung vorliegt, wird es sicher wenig Probleme geben: Die "out-of-area"-Option ist dort, im Gegensatz zur Bevölkerung, mehrheitsfähig, und die Zustimmung der Regierungskoalition zum teuersten Rüstungsprojekt der Geschichte ist vermutlich nur eine Formsache. Zwar hat noch bis in jüngste Zeit der FDP-"Verteidigungsexperte" Jürgen Koppelin bei einem Preis von 140 Mio. Mark pro Stück (davon kann Rühe nur noch träumen) mit Konsequenzen gedroht: "Bei diesem Betrag sehe ich in der FDP keine Zustimmung und keine Mehrheit im Bundestag". (12) Aber beim "Umfallen" verfügt die FDP über eine beispielhafte Tradition. Und daß etwa Sozialpolitiker der Unionsparteien ihrem Kanzler und Verteidigungsminister in dieser Frage die Gefolgschaft verweigern, ist nicht zu erwarten.

Nur die Nachfragen und die Informationsarbeit von Friedensgruppen dürften augenblicklich der Bundesregierung ein Dorn im Auge sein. Der Generalsekretär der christlichen Friedensorganistion Pax Christi, Joachim Garstecki, hat in einem offen Brief Helmut Kohl gebeten, zur Finanzierung des Milliardenprojekts Stellung zu nehmen: "Die Gelder, die das Verteidigungsministerium für Forschung, Entwicklung, Fertigung, Betrieb, Wartung etc. ausgeben muß, werden objektiv gesehen anderen Bereichen geraubt. Das rasante Anwachsen der Kosten von Sozialhilfebedürftigkeit, Wohnungsbeschaffung, Verarmung (...) und die Belastungen der Betroffenen sind Teil des Gesamtproblems, an dessen skandalösen anderem Ende Milliardenausgaben für ein neues Jagdflugzeug stehen. Ich bitte Sie deshalb, mich darüber zu informieren, aus welchen Bereichen Ihrer Meinung nach diese Mittel per Saldo eingenommen werden sollen." Selbstverständlich hat Helmut Kohl darauf nicht geantwortet. Aber interessierten Zeitgenossen wird beim Studium der nächsten Arbeitslosenstatistik, bei den Meldungen über die Zunahme von Armut in Deutschland, den Streichungen bei den Sozialleistungen usw. eine Antwort nicht schwer fallen. Und wie sagte doch der FDP-Bundestagsabgeordnete Koppelin so freimütig im Zusammenhang mit der Kostenexplosion bei diesem Rüstungsprojekt: "Es riecht alles etwas" - eine schöne Umschreibung dafür, daß in jeder Hinsicht das Ganze zum Himmel stinkt.

Thomas W. Klein

Anmerkungen:

(1) "Jäger 2000", Idstein 1994, S. 3.

(2) Badische Zeitung, 8.5.92.

(3) Jürgen Grässlin, in: "Jäger 2000", a.a.o., S. 15.

(4) Schwäbische Zeitung, 8.5.92.

(5) FAZ, 2.11.92.

(6) Die Welt, 8.1.92.

(7) O. Nassauer, in: "Jäger 2000", a.a.O., S. 7.

(8) Achim Schmillen, ebd., S.30.

(9) Michael Brzoska, in: EntRüsten, Idstein 1992, S. 9.

(10) ebenda.

(11) V. Rühe, in: Europäische Sicherheit 1/93, S. 12.

(12) Die Woche 19.5.95

Weitere Informationen aus:

Der Spiegel, Nr.27/5.7.93; FR, 8.3.94, 22.2.96 und 20.1.97; taz, 6.11.96; junge Welt 13.9.96.

24. Außer Spesen nix gewesen. Die Ukraine im Jahre sechs der Unabhängigkeit

Die Ukraine im Jahr sechs der Unabhängigkeit

Autor: Amelie Lanier · Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:17

Souveränität heißt: Eine Staatsmacht, eine Regierung hat die unumschränkte Verfügungsgewalt über ihr Territorium, ihre Bevölkerung, und alles Dazugehörige wie Luftraum, Meer, etc. Aus dieser Verfügung bezieht sie die Mittel für ihre Machtausübung, zahlt ihre Beamten und Soldaten, kauft sich das nötige Kriegsgerät, baut Straßen, Schulen, etc. An ihrer Wirtschaft bedient sich diese Staatsmacht über ihr Geld, das sie exklusiv druckt und in Umlauf bringt sowie über Steuern und Anleihen, also Kredite, die sie bei der eigenen Bevölkerung nimmt. Auf diese soliden Grundlagen gestützt, setzt sich eine Regierung mit ihresgleichen, also anderen Staatsmächten, ins Benehmen und versucht sie für die eigenen Interessen nutzbar zu machen - in dem Ausmaß, in welchem sich die anderen ihren Wünschen anbequemen.

Mit Ausnahme einiger weniger Staaten, deren jeweilige Stimme in der internationalen Staatengemeinschaft entsprechend ins Gewicht fällt, ist dieser Zustand für die meisten Staatsgebilde der Welt ein Ideal. Über Handels- und Zollabkommen, Kreditabhängigkeiten und Militärhilfe sind deren Regierungen genötigt, sich bei ihrer Innen-, Wirtschafts-, Außen- und Sozialpolitik auswärtigen Interessen zu fügen, die denjenigen der betroffenen Staatsmacht zuwiderlaufen und diesen ärgerlichen Zustand der Abhängigkeit nur vertiefen und verfestigen. In diese große Staatenfamilie gehört auch die Ukraine.

Entgegen anderslautenden Gerüchten ist die Souveränität ein verflixtes Gut, deren Besitz ebenso wie deren Mangel den Bürgern aller Staaten schlecht bekommt: Dort, wo die einheimischen Politiker mit ihrer Bevölkerung nach eigenem Gutdünken schalten und walten können, sind die Leute genauso wie in einem postkolonialen, abhängigen Staat zum Arbeiten und Kriegführen vorgesehen; sie dürfen, sofern sie dabei überflüssig sind, im Schatten der Banken betteln, oder sie dürfen als Weltpolizisten andere Völker gewalttätig zur Räson bringen.

Erst recht bekommen die meisten Bürger der Ukraine das Streben ihres Staates nach Souveränität ohne die entsprechenden Grundlagen negativ zu spüren - als eine ständige Bedrohung der eigenen Existenz.

Abhängigkeit

Richtung Osten

Die Ukraine ist in ihrem Erdöl- und Erdgasbedarf wegen der Lage ihrer Pipelines völlig von russischen Lieferungen abhängig. Ebenso bezieht sie die Brennelemente für ihre Kernkraftwerke von Rußland, bisher zum Teil im Austausch für die seinerzeit abtransportierten Nuklear-Sprengköpfe, ab Ende 1997 aber nur mehr gegen US-Dollar. Im März mußte einer der beiden noch in Betrieb befindlichen Reaktoren in Tschernobyl ausgeschaltet werden, weil der russische Partner sich geweigert hatte, die nötigen Brennelemente auf Pump zu liefern.

Die Verhandlungen der ukrainischen Seite mit den russischen Firmen und Politikern sind zäh und unerfreulich für erstere, denn die Ukraine braucht die Energieträger zwar unbedingt, um die Reste ihrer Industrie in Gang zu halten und ihre Bevölkerung über den Winter zu bringen, sie hat aber nicht viel dafür zu bieten. Harte Währung ist ein sehr flüchtiges Element in der ukrainischen Staatskasse, und es scheint nur sehr wenige Waren zu geben, die die Ukraine gegen das Öl und Gas eintauschen könnte. Daher enden diese Verhandlungen statt bloß mit Zahlungszusagen oft auch mit allerlei Zugeständnissen an die russischen Verhandlungspartner, die dann den innenpolitischen Streit um den Vorwurf bereichern, hier seien wieder einmal die nationalen Interessen verraten worden.

Die Ukraine besitzt eine Rüstungsindustrie, die jedoch von russischen Komponenten abhängig ist: Im März versprachen russische Politiker der indischen Regierung, den Panzerverkauf der Ukraine an Pakistan zu unterbinden, indem die russischen Betriebe die benötigten Teile für die Panzer nicht an die Ukraine liefern

würden. Das läßt auf die Ausrüstung der ukrainischen Armee selbst schließen: Da läuft vermutlich ohne russische Lieferungen auch nicht viel.

Ein weiterer Dauerbrenner in der Zwangsehe zwischen den beiden Staaten ist der Zank um die Schwarzmeerflotte und ihren Stützpunkt Sevastopol. Wenn westliche Militärexperten feststellen: "Die Unabhängigkeit der Ukraine ist bis auf weiteres nicht den eigenen Anstrengungen oder gar westlichen Garantien, ... sondern primär der russischen Schwäche zu verdanken" (1), so gibt das den Hintergrund dieses Streites treffend wieder. Die Ukraine ihrerseits beharrt auf ihrem Territorium, ebenso auf ihrem Anteil an der Flotte, aber ohne für letzteres eine Verwendung zu haben. Das militärische Erbe einer Weltmacht ist für einen Staat, der keine Vormachtstellung im Schwarzen Meer anstrebt, etwas zu groß dimensioniert, und die Ukraine hätte auch gar nicht die nötigen Mittel, um eine solche Flotte zu erhalten. Das ist eigentlich ein Paradox in der Staatenwelt: Denn im Prinzip hätte ja jede Regierung gerne möglichst viel und möglichst gutes Gerät, um sich damit bei ihren Nachbarn den gehörigen Respekt zu verschaffen. Die Ukraine jedoch kalkuliert ihr Waffenarsenal von vornherein als Mitgift für einen NATO-Beitritt ein, und ihr Territorium als einzigen großen Stützpunkt für die anvisierten westlichen Bündnispartner - eine Rechnung, die aber aufgrund der Rußland-Abhängigkeit bis auf weiteres nicht aufgeht.

Auch bei der privaten Wirtschaftstätigkeit der Bevölkerung will die Trennung von Rußland nicht so recht in Gang kommen: Die mit der Einführung des Hryvna verbundene Währungsreform der Ukraine im September des Vorjahres war von einem Verbot des Devisentransfers begleitet. Dieses Verbot richtete sich nicht gegen US-Dollar und DM, sondern gegen den Rubel: Es war ein Versuch der ukrainischen Regierung, sich selbst über die Gültigkeit des eigenen Zahlungsmittels zu informieren und ihre Bürger (wieder einmal) auf dieses zu verpflichten. Im Oktober beschloß Rußland, eine Importsteuer auf ukrainische Waren zu erheben und zu diesem Zweck Zollämter zu errichten: Es gab also bis dahin keine. Der Osten der Ukraine ist ein Gebiet, in dem der Rubel als Zahlungsmittel mindestens genausoviel zählt wie die diversen ukrainischen Geldscheine, und der über gar keine richtige Landesgrenze zum Nachbarland verfügt.

IWF, NATO, Tschernobyl-Kredite

Zur Pflege ihrer Souveränität bedarf die Ukraine der Hilfe aus dem Westen. Damit die ukrainische Regierung überhaupt Kredite in harter Währung erhält, die teilweise für die Bezahlung russischer Energielieferungen verwendet werden, ferner für allgemeine Staatsnotwendigkeiten, wie das Eröffnen und Aufrechterhalten von Botschaften rund um die Welt, muß die Ukraine ihre Währungspolitik der Aufsicht des IWF unterstellen. Der drängt auf Bekämpfung der Inflation durch Geldmengenbeschränkung. Dies hat in der Ukraine die gleichen Folgen wie in Rußland und anderen Staaten, die den Schlüssel ihrer Banknotenpresse beim IWF abgeben mußten: Der Staat, der immer noch der größte Arbeitgeber im Lande ist - im Sommer 1996 war laut FAZ ein Prozent der Betriebe privatisiert (2) -, zahlt seinen Angestellten monatelang keinen Lohn, seinen Pensionisten keine Pension. Im Donbass sollen manche Bergarbeiter seit 1995 keinen Lohn mehr erhalten haben. (3)

Mit der Atomruine in Tschernobyl versucht die ukrainische Regierung ständig, Hilfsgelder und Kredite an Land zu ziehen. Die Schreckensszenarios, die dabei ausgemalt werden - der Beton-Sarkophag des Katastrophen-Reaktors würde bald platzen, etc. - mögen realistisch oder übertrieben sein. Sicher ist jedenfalls, daß die Normalität des Reaktorbetriebes eine ständige Gesundheitsschädigung der dort Beschäftigten und der gesamten Umgebung einschließlich des 90 km entfernten Kiew zur Folge hat. Die Stillegungshilfen und -kredite, die die Ukraine für das Abstellen dieser Giftschleuder zugesagt bekommen hat und wohl auch erhalten wird, lösen das Problem allerdings nicht: Die derzeit noch betriebenen zwei der vier Reaktoren sind ja nur deshalb weiter in Betrieb, weil die dort erzeugte Energie nicht entbehrt werden kann: Im vergangen Winter stammte die Hälfte der Stromversorgung Kiews aus Tschernobyl.

Die Regierung der Ukraine betrachtet die Integration in die NATO ebenso wie die Staatsmänner der Visegrád-Staaten (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Anm. ak) als eine sichere Verankerung im Westen und als Schutz gegen etwaige Wiedereingliederungsversuche oder Territorialansprüche Rußlands. Andererseits ist sie sich bewußt, daß ein Staat, der sich in einer solchen Abhängigkeit von Rußland befindet wie die Ukraine, wenig Chancen auf eine Aufnahme in diesen exklusiven Klub hat: Das imperialistische Militärbündnis wäre schlecht bedient mit einem Mitglied, dem die gegnerische Macht jederzeit mit rein zivilen Mitteln praktisch die ganze Wirtschaft lahmlegen kann. So beteuern NATO-Verteidigungsminister und ukrainische Politiker regelmäßig, wie gerne sie doch zueinander kommen wollten, versichern einander

gegenseitig durch die Blume ihre Abneigung gegen den russischen Bären - und trennen sich wieder unverrichteter Dinge.

Nationalitätenproblem

Ein guter Teil der ukrainischen Bevölkerung sind ethnische Russen und dies wird von der Regierung als großes Problem für die Ukraine betrachtet. Eine leichte Untertreibung, denn eigentlich bedeutet für diesen Staat die gesamte Bevölkerung ein einziges Problem: Sie ist zunächst einfach da, will essen, sich kleiden und die Stromrechnung bezahlen, reflektiert daher auf ihre Gehälter, produziert aber gleichzeitig zuwenig und das oft auch noch in Schwarzarbeit, zahlt keine Steuern und behilft sich oft genug mit kriminellen Machenschaften bei ihren Zahlungsschwierigkeiten. Zu der traditionellen Unart des unmäßigen Alkoholkonsums gesellt sich auch noch die neumodische, verwestlichte der Drogensucht: Mit einem Wort, die Ukrainer als Ganzes bringen fast nichts ein, verursachen aber dennoch jede Menge Unkosten.

Es mag ja auch vorkommen, daß russische Ukrainer ihr Elend dem Umstand zuschreiben, daß sie sich im falschem Staat befinden, in einem, der nicht der ihrige ist. Das ist zwar etwas dümmlich, denn das Nicht-Zahlen von Gehältern in Verbindung mit dem ständigen Steigen der Preise ist in Rußland ebenfalls üblich. Aber mit oder ohne anti-ukrainische Parolen: Für die ukrainischen Staatsmänner stellen Demonstrationen und Streiks in den mehrheitlich russisch besiedelten Gebieten von vornherein nationalistische und separatistische Machenschaften dar, die den Tatbestand des Hochverrates erfüllen und mit aller Härte zurückgewiesen gehören: Ein staatspolitisch motiviertes Vorgehen, mit der der Grund des Volksunmutes nicht in den einheimischen Zuständen geortet wird, sondern in feindlichen, auswärtigen Interessen. Wer also für seit Monaten überfällige Löhne demonstriert und dabei auch noch Züge blockiert, wie die Bergarbeiter im Donbass im Sommer 1996, gefährdet die Einheit und Souveränität der Ukraine und wird dafür vor Gericht gestellt.

Die totale Abhängigkeit in beide Richtungen belebt die politische Konkurrenz dieses Landes, das Randgebiet heißt und dennoch so gerne eine respektable Macht wäre: Ukrainische Regierungs- und Parlamentsmitglieder beschuldigen einander, das Land entweder an den Westen zu verkaufen oder an Rußland zu verraten, die Ostukraine fühlt sich von der Westukraine im Stich gelassen, und umgekehrt. Und das mit wechselnden Fronten: Der jetzige Präsident Kutschma galt vor seiner Wahl als Russenknecht; seinen Wahlsieg hat er mit allen möglichen Versprechungen an die russischsprachige Bevölkerung errungen. Die hat er nicht eingehalten, und inzwischen betrachten ihn Freund und Feind als westorientiert.

Der wirtschaftliche Flop

Von der seinerzeit durchaus beachtlichen Industrie der Ukraine ist nicht viel übriggeblieben. Ihre Betriebe sind entweder wegen Energiemangel, oder wegen Mangel an Ersatzteilen für Maschinen, oder wegen fehlender Zulieferungen, oder durch Wegfall ihrer Märkte zum Zusperren genötigt worden. Der Umwelt bekommt das gut, meinen Optimisten, das Schwarze Meer sei in den letzten Jahren viel sauberer geworden. Irgend etwas wird zwar noch in der Ukraine produziert, aber darüber gibt es keine genauen Angaben, weil jedes bißchen Geschäft und Gewinn vor den Steuerbehörden verheimlicht wird und daher nicht bis in die Statistiken gelangt. Würden diese kleinen Geschäfte und Herumschiebereien nämlich auch noch zur Besteuerung veranlagt, so wären sie endgültig Verlustgeschäfte und könnten deshalb genausogut unterlassen werden.

Die landwirtschaftliche Produktion der einstigen Kornkammer ist in den meisten Bereichen um mehr als die Hälfte zurückgegangen. An den kläglichen Resten bedient sich außerdem die Regierung über die sogenannte Staatsreserve, mit der sie noch immer Bartergeschäfte mit den GUS-Staaten abwickelt, also vor allem für Energielieferungen bezahlt.

Sonst hat dieses Land nichts zu exportieren: 90% aller Waren sind Importwaren, die ukrainischen Häfen sind fast leer. (Bei einem Lokalaugenschein der Verfasserin verließ gerade eine Schiffsladung Schrott den Hafen von Odessa. Nach Auskunft der Einheimischen kommt das eher selten vor.) Zur Vermeidung von Kapitalflucht schreibt ein Gesetz ausgerechnet Warenimport als Äquivalent für Devisenexport vor. Damit wird anerkannt, daß ständig Geld, und zwar Devisen, also die heute einzig anerkannte Form des Reichtums, das Land verläßt. Die Wirkungen dieses Abflusses sollen nun ausgerechnet dadurch kompensiert werden, daß Import zur Pflicht gemacht wird.

Die Ukraine ist eines der vielen traurigen Beispiele dafür, wie der gesamte Reichtum eines Landes schlagartig entwertet ist, sobald seine Produkte sich als Waren auf dem Weltmarkt bewähren müssen. Sie lebt daher nur auf Pump und verschuldet sich rasant bei westlichen Staaten, Institutionen und Banken; innerhalb der GUS sind ebenfalls beachtliche Summen aufgelaufen.

Der hauptsächliche Exportartikel des Landes sind daher Menschen in den verschiedensten Funktionen: Ukrainische Söldner kämpften in Georgien und Abchasien, ukrainische Bauarbeiter wurden für den Wiederaufbau in Groznyj angeheuert, und zwar noch während erbitterter Kämpfe zwischen Tschetschenen und der Roten Armee. Ukrainische Soldaten sind bei UNO-Missionen im Einsatz - damit versucht die Ukraine etwas Geld für ihre Armee zu erwirtschaften. Die Zahl der in der Slowakei illegal beschäftigten Ukrainer wird auf 30.000 geschätzt. Ähnlich wird es wohl in Polen aussehen. Ukrainische Einkaufstouristen bevölkern Istanbuler Billigabsteigen. Im Januar wurde in der westukrainischen Stadt Iwano-Frankowsk ein Handel mit Neugeborenen aufgedeckt. Für Preise zwischen 6.000 und 13.000 US-Dollar wurden die Babies, insgesamt 130 Stück, verkauft - angeblich an adoptionswillige Westler.

Wahrscheinlich machen die Ukrainer bald auch als Organ- und Blutspender Karriere: Ihre Chancen sind gut, schließlich liegen sie geographisch günstiger als Brasilien oder Indien.

Amelie Lanier

Anmerkungen:

1) Österreichische Militärzeitung 5/96, Wehrschütz: Die Ukraine ...

2) FAZ, 1.6. 1996

3) OMRI, 6.3. 1997

Quellen:

Handelsblatt, OMRI (Open Media Research Institute, Internet-Nachrichtendienst von Radio Free Europe), ÖMZ, FAZ und österreichische Tageszeitungen

25. Nicht auf den Generalstreik verzichten! Interview mit Marcelino Camacho Abad, Comisiones Obreras

Interview mit Marcelino Camacho Abad, früherer Vorsitzender der Gewerkschaft Comisiones Obreras

Autor: Dirk Hempel · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:28

Jahrelang saß Marcelino im Knast von Carabanchel, einem Arbeiterbezirk im Südwesten Madrids, heute wohnt er ganz in der Nähe - zusammen mit Josefina, seiner Ehefrau und Genossin. Die Wände seines Arbeitszimmers sind mit Auszeichnungen aus aller Welt geschmückt. Während des rund zweieinhalbstündigen Gesprächs, das hier nur in Ausschnitten wiedergegeben ist, klingelt immer wieder das Telefon - meist GenossInnen, die den 79jährigen zu Veranstaltungen der PCE (1) oder der Gewerkschaft Comisiones Obreras einladen wollen.

Seit Jahrzehnten machst Du Gewerkschaftsarbeit, warst auch schon mal Parlamentarier für die PCE, hast etliche Auszeichnungen verliehen bekommen, unter anderem aus Kuba und vom FDGB. Wie bist Du eigentlich zur Politik gekommen?

Das ist ganz leicht zu beantworten: Ich komme aus einer Arbeiterfamilie, beide Eltern arbeiteten bei der Eisenbahn, meine Mutter als Schrankenwärterin und mein Vater - ein aktiver Gewerkschafter in der UGT (2) - als Streckenwärter. Ich bin also mit den Problemen der Arbeiterklasse großgeworden und habe mitbekommen, wie wichtig der gemeinsame Kampf für die eigenen Rechte ist. Einschneidendes Erlebnis war sicher der Bergarbeiterstreik im Jahre 1934, den die Regierung brutal durch das Militär niederschlagen ließ (3). Das hat mich dazu bewogen, noch im selben Jahr der UGT und am 2. Februar 1935 der PCE beizutreten, weil mir klargeworden war, daß Politik und Arbeiterkampf untrennbar zusammengehören.

Wie hast Du im Juli 1936 - mit 18 Jahren - den Franco-Putsch miterlebt?

Nun, ich war gerade dabei, eine Ausbildung zum Eisenbahner zu machen - wie schon meine Eltern und Großeltern. Da überraschte der Putsch regelrecht. Gemeinsam mit anderen Arbeitern haben wir - mein Vater und ich - einen Zug angehalten und ihn entgleist, um zu verhindern, daß die Franco-Truppen die Strecke zur Fahrt nach Madrid nutzen können. Danach flüchteten wir in die Berge und schlugen uns bis Madrid durch, wo wir im August ankamen. Einen Monat später gings nach einem Funker- und Telegraphielehrgang an die Front. Ich hatte ja als kleiner Junge schon telegraphiert - in unserer Schranken- und Streckenwartstation, und das tat ich dann auch im Bürgerkrieg. Im März 1939 denunzierte mich jemand, der mich von früher wiedererkannte und wußte, daß ich aus dem Franco-Spanien zu den Republiktreuen geflüchtet war. Ich wurde verhaftet und wegen "Beihilfe zur Rebellion" verurteilt - weil ich auf republikanischer Seite gekämpft hatte und Mitglied der UGT war. Es folgte eine lange Zeit in verschiedenen Konzentrations- und Arbeitslagern ...

Die Dich beinahe das Leben kosteten ...

Ja, die Bedingungen dort machten einem körperlich schwer zu schaffen, dreimal war ich so krank, daß ich ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Das eine Mal verbrachte ich fast 50 Tage mit hohem Fieber und schwerkrank im Bett. Da hatte ich schon diverse Lager hinter mir, immer verbunden mit Zwangsarbeit - dem Bau von Autobahnen oder Militäranlagen. Irgendwann wurden wir - das 93. Strafarbeitsbataillon - dann nach Tanger in Spanisch-Marokko verlegt, dort mußten wir eine Eisenbahnstrecke bauen. Im Dezember 1943 bin ich dort geflohen, und als erstes rüber nach Französisch-Marokko, dann weiter nach Algerien. Dort habe ich dann erstmal als Metallfräser gearbeitet, aber weil ich die politische Aktivität nicht sein ließ, wurde ich 1954 ausgewiesen, ging kurz nach Marokko, wo ich ebenfalls des Landes verwiesen wurde und blieb dann trotz Ausweisungsbefehl in Algerien.

Später wurdest Du aber noch etliche Male festgenommen - wegen Deiner Gewerkschaftstätigkeit. Wie kam es dazu?

1957 erhielt ich nach mehreren Anfragen beim spanischen Konsulat die Erlaubnis, nach Spanien zurückzukommen. Ich begann bei Perkins Hispania als Metallfräser und wurde von meinen Kollegen sehr bald zum Vertrauensmann gewählt. Es gab ja nur diese offiziellen Gewerkschaften, die eigentlich keine waren. Weil

ich mich aber bemühte, die Interessen meiner Klasse zu vertreten, wurde ich dann 1966 ausgeschlossen. Zuvor hatte man mich wegen Störung der öffentlichen Ordnung verurteilt, weil wir versucht hatten, dem damaligen Arbeitsminister die Forderungen der Madrider Arbeiter zu überbringen. Mehr als 90 Prozent der Belegschaft wählte mich aber erneut zum Betriebsrat. Das Franco-Regime hatte es zunehmend schwerer, je mehr sich die Arbeiter engagierten. Besonders hatten sie es auf die CC.OO. (4) abgesehen, denen ich angehörte. Man muß wissen, daß die früher großen Gewerkschaften wie UGT und die CNT (5) durch den Faschismus natürlich sehr dezimiert und nahezu bedeutungslos waren. Die neuentstandenen CC.OO. waren dagegen schwer kleinzukriegen, weil sie eine regelrechte Massenbewegung wurden. Vor allem haben wir immer legalen und illegalen Kampf miteinander verbunden. Wir waren also sowohl innerhalb der Betriebe aktiv, haben den Arbeiterkampf aber auch auf die Straße getragen - allen Verboten zum Trotz. Man hat mich und andere Aktivisten dann immer wieder festgenommen und für die gewerkschaftliche Betätigung verurteilt. Mehr als fünf Jahre saß ich in Carabanchel, weil sie in mir einen Verantwortlichen der CC.OO. sowie illegaler Demonstrationen und Versammlungen vermuteten. Als ich rauskam, wurde ich nach drei Monaten gleich wieder verhaftet und angeklagt, das sogenannte Verfahren 1001 (6) gegen die "Zehn von Carabanchel". Sie warfen uns den Aufbau der CC.OO. vor. Die Solidaritätsbewegung für uns war riesig, landesweit und auch international - in Belgien, Italien, Frankreich machte man auf unsere Lage aufmerksam.

Hast Du damals - als einer der bekanntesten Gewerkschafter - um Dein Leben gefürchtet? Es gab ja einige Todesurteile und faschistische Morde.

Natürlich hatte ich Angst, ich habe ja auch etliche anonyme Drohungen erhalten, schon in den 60er Jahren. Und dann dieser 20. Dezember 1973, an dem ein Prozeß gegen uns begann. Die ETA hatte am Morgen desselben Tages niemand Geringeres als Luis Carrero Blanco (7) umgebracht. Da sannen die Regimeanhänger nach blutiger Rache. Unter anderem zogen sie zum Knast, wo wir inhaftiert waren und hätten uns am liebsten gelyncht. Wir haben auch immer darauf geachtet, daß ich zum Beispiel bei Haftentlassung nicht alleine nach Hause fuhr. Da waren immer viele Leute da, um mich abzuholen, eine Art Eskorte sozusagen.

Inwieweit hat der Faschismus die sogenannte "transición", den Übergang zur heutigen Demokratie, überlebt?

Man muß das Ende des spanischen Faschismus mal mit anderen Ländern vergleichen. Der Nationalsozialismus in Deutschland wurde durch einen Krieg beendet, den zweiten Weltkrieg, die Niederlage Deutschlands. Dasselbe gilt für Italien. In Portugal kam der Umsturz von der Bevölkerung, die sogenannte Nelkenrevolution. Tja, und in Spanien wurde der gesamte Prozeß von Franco eingeleitet. Er war irgendwann ziemlich krank (8), lag im Sterben und wollte seine Nachfolge regeln. Man kann also sagen, die transición war eine Idee Francos. Ich zitiere dabei gerne Manuel Fraga (9): "Der Franquismus nach Franco". Das Regime sollte also seinen Begründer überleben. Das ist die eine Ebene. Und eine zweite ist die Rolle des Kapitals. Wir dürfen niemals den Einfluß des Großkapitals während der Franco-Zeit vergessen. Und das hatte immer Einfluß auf Franco und damit auf Polizei, Gerichte und faschistische Schlägertrupps. Und an deren Macht hat sich nichts geändert. Gucken wir uns doch an, was für eine Rolle das Kapital hier spielt.

Letzteres ist in Italien, Deutschland und Portugal ja aber auch nicht anders.

Natürlich nicht. Aber ich denke, man kann deshalb nicht von Demokratie sprechen, ich meine einer wirklichen Demokratie. Es ist eher eine bedingte Demokratie. Sehen wir uns das Wahlrecht an - die Abgeordnetenmandate werden nach dem D'Hont'schen Auszählungsprinzip vergeben, wodurch kleinere Parteien klar benachteiligt werden. Die IU (10) bekommt - wie zuvor auch die PCE - so viel weniger Sitze, als ihr eigentlich zustehen würden, während die großen Parteien bevorzugt werden.

War es insofern ein Fehler von der PCE, die Verfassung von 1978 anzunehmen?

Das würde ich nicht sagen. Eine bedingte Demokratie ist immerhin eine bedingte Demokratie. Weißt Du, ich habe solange in Konzentrations- und Arbeitslagern zugebracht, war so oft im Gefängnis für meine gewerkschaftliche und meine politische Tätigkeit. Jetzt kann ich mich zu mindestens frei betätigen, es gibt Versammlungs- und Meinungsfreiheit, ich kann mit Dir in meinem Arbeitszimmer sitzen und offen reden. Wir können leichter Propaganda machen und die Arbeiterklasse mobilisieren. Insofern war diese Entscheidung schon richtig, obwohl sie an der Macht des Kapitals nichts änderte.

Aber die Entscheidung von ETA und GRAPO, auch nach der transición den bewaffneten Kampf fortzusetzen, ist aus dieser Sicht schon verständlich, oder?

Nein, absolut nicht. Wir von der CC.OO. sind immer für eine Massenbewegung eingetreten, die sich aus der Arbeiterklasse rekrutiert, die für ihre Ziele kämpft, für eine bessere und gerechtere Gesellschaft. Aber das geht eben nicht ohne die Massen. Das, was ETA und GRAPO machen, ist individueller Terrorismus. Das ist ein isolierter Einzelkampf. Davon ausgehend kann man keine neue Gesellschaft schaffen.

Sehen wir uns zum Beispiel diesen Generalstreik von Herri Batasuna einmal an (11). Da wird von einer Minderheit versucht, eine solche isolierte Aktion zu starten. Nichts gegen einen Generalstreik aus politischen Motiven - ich habe ja immer die Kombination von legalem und illegalem Kampf verteidigt, und das tue ich bis heute. Aber ich kann nicht so einfach an den Massen vorbeiarbeiten.

Sprechen wir von der wirtschaftlichen Situation in Spanien. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt sieht ziemlich düster aus.

Du spielst auf die Vertragsabschlüsse vom letzten Jahr an, und da hast Du absolut Recht. Bei gerade vier Prozent der 1996 neuabgeschlossenen Arbeitsverhältnisse handelte es sich um Festverträge. Alles andere sind befristete Jobs. Zum großen Teil von kurzer Dauer, fast die Hälfte beispielsweise für weniger als einen Monat. Bei so kurzen Vertragslaufzeiten haben die Unternehmer natürlich große Vorteile, weil die Unsicherheit am Arbeitsplatz unbeschreiblich groß ist. Jeder hofft natürlich auf eine neue Verpflichtung nach Ablauf des Arbeitsverhältnisses. Größer kann die Ausbeutung ja bald nicht mehr sein, zumal natürlich auch die Arbeitslosigkeit mit 22,1 Prozent extrem hoch ist.

Die Verfassungsgarantien bezüglich "Recht auf Arbeit" und gewerkschaftliche Organisierungsfreiheit sind also längst eine Farce?

Das kann man so sagen. Diese Rechte stehen doch nur auf dem Papier. Was meinst Du, wieviele Leute arbeiten wollen, aber keinen Job bekommen? Und wer wird sich denn schon, wenn er einen Zeitvertrag bekommt, gewerkschaftlich organisieren, im Betrieb selbst oder politisch tätig werden und seine Rechte einfordern. Alle haben doch Angst, entlassen zu werden - und was wird dann aus der Familie, aus der Wohnung etc.?

Das ganze ist eine Situation, die wir der Regierung von Felipe González (12) zu verdanken haben. Was haben die Sozialisten denn gemacht? Sie haben doch genauso den Interessen des Kapitals gedient wie es vorher Franco, Adolfo Suárez (13), oder Calvo Sotelo (14) gemacht haben und wie es heute die rechte Regierung tut. Hohe Arbeitslosigkeit und Verunsicherung, das haben wir jetzt davon. Zudem haben die Sozialisten auch noch das Streikrecht eingeschränkt. Das sogenannte Corcuera-Gesetz (15) verbietet beispielsweise den Generalstreik zur Mobilisierung der Massen. Und dann ihre angebliche Nationalisierungspolitik. Sie haben versprochen, Betriebe zu verstaatlichen, um Arbeitsplätze zu garantieren, aber wo sie es dann gemacht haben, im Fall Rumasa zum Beispiel (16), da haben sie die Unternehmen danach wieder ans Kapital verkauft, den Kapitalisten also zugearbeitet. Also diese Wirtschaftspolitik, auch die Privatisierung von allen gut wirtschaftenden Staatsbetrieben, ist also seit vielen Jahren dieselbe, das ist nichts, was erst mit der Aznar-Regierung in Spanien Einzug gehalten hätte.

Stichwort "Neoliberalismus" ...

Ach, Neoliberalismus! Was ist das schon? Ich sage immer, das hat weder was mit Freiheit zu tun, noch ist es besonders neu, was hier passiert. Das ist ganz simpel eine alte Strategie des Großkapitals, die maximale Ausbeutung garantieren soll. Der sogenannte Sozialstaat war nur ein Zwischenspiel nach der Weltwirtschaftskrise von 1929. Damals entschieden sich die Kapitalisten für den sogenannten "Sozialstaat", eine Idee von Keynes. Nur, um die Auswirkungen ihrer Handlungen etwas abzuschwächen und die Arbeiter ruhig zu halten. Was wir heute erleben, dieser "Neoliberalismus", ist also keine Neuentdeckung. Der Gang der kapitalistischen Produktion ist weiterhin durch die Phasen Rezension, Depression, Erholung und Wachstum gekennzeichnet gewesen. Nur fällt hier aktuell auf Druck von Bundesbank und Maastricht die Keynes'che Rolle des Staates als Investor in Krisenzeiten weg. Und schon halten es alle für etwas "Neues".

Und wo eröffnen sich jetzt Alternativen?

Nun, ich bin Kommunist, und deswegen orientiere ich mich bei meiner Analyse an Karl Marx. Allerdings dürfen wir den Marxismus nicht als Dogma begreifen, sondern als Idee zum Verständnis des Kapitalismus - es heißt ja schon in der Internationalen "kein Gott, kein Kaiser noch Tribun". Wir finden heute eine große Diversifizierung vor, was die Arbeiterklasse angeht: Vorwiegend in der Landwirtschaft tätige Tagelöhner, Fabrikarbeiter, technische Angestellte, Verwaltungskräfte und jene, die intellektuelle Arbeit leisten. Natürlich tun sie alle nichts anderes als ihre Arbeitskraft zu verkaufen - ob das nun rein körperlich oder auch geistig ist. Hinzu kommt dann noch eine ganz andere Gruppe, die der Arbeitslosen. Wichtig ist es nunmehr, die Unterschiede zwischen den verschiedenen Tätigkeiten zu überwinden, zu einer gemeinsamen Handlungsweise der Massen zu finden. Nur dadurch ließen sich Verbesserungen erkämpfen.

Bei der vorhin beschriebenen Situation auf dem Arbeitsmarkt scheint mir das aber nicht realistisch. Ist die Strategie von der Mobilisierung der Massen überhaupt umsetzbar?

Eine sehr schwierige Frage. Es ist in der Tat so, daß wir nicht morgen mit einer großen Massenbewegung rechnen können. Aber ich weigere mich, diese - im Prinzip einzige - Möglichkeit aufzugeben. Die Arbeiterklasse kann sich nun einmal nur geeint gegen das Kapital stellen, der einzelne Arbeiter wäre dazu viel zu schwach. Das Hauptproblem ist doch, daß in der jüngsten Vergangenheit immer auf die Massenmobilisierung verzichtet worden ist. Es gilt, diesen Ansatz wieder zu beleben.

Das ist aber innerhalb der CC.OO. nur die Meinung einer Minderheit, die Du da äußerst.

Ich gehöre innerhalb der Gewerkschaft zum sogenannten "kritischen Sektor". Und wir vertreten diese Linie, die von der Gewerkschaftsführung leider nicht geteilt wird. Dabei berufen wir uns auf die Gründungsidee der CC.OO., die "Gewerkschaft des neuen Typs", eine Strategie, die uns im Kampf gegen den Franquismus ja durchaus weitergebracht hat. Die Basis einer Gewerkschaftsbewegung ist das wichtigste, sie muß aus den Betrieben heraus kommen. Ziel ist eine Einheit der Arbeiterklasse ohne Rücksicht auf die politischen Differenzen.

War die 1988 eingegangene Aktionseinheit mit der UGT vielleicht ein fundamentaler Fehler?

Das glaube ich nicht. Gemeinsames Handeln stärkt die Arbeiterklasse doch - politische Unterschiede zwischen den Sozialdemokraten und mir als Kommunisten sollten da nicht im Wege stehen. Der Hauptfehler ist doch, den Verhandlungsweg als Allheilmittel zu benutzen und auf Mobilisierungen zu verzichten.

Das gilt auch für die laufenden Verhandlungen über die neue Arbeitsmarktreform?

Ja, die sind ein gutes Beispiel dafür. Da wird verhandelt, nur um zu verhandeln. Was soll sowas? Ich habe ja nichts dagegen, den Unternehmern die Forderungen der Arbeiter vorzustellen, das habe ich doch früher selbst gemacht. Aber wieso sollten die Kapitalisten uns irgendetwas zugestehen, warum sollten wir eine Verbesserung erreichen, wenn wir auf unser wirksamstes Druckmittel - den Generalstreik - verzichten. Wer in diese Gespräche hereingeht, nur um zu verhandeln, der ist schon im Voraus zum Verlierer bestimmt, weil er der schwächere Verhandlungspartner ist. Die Arbeitgeberverbände haben unter den Konservativen nicht gerade wenig direkten Einfluß auf die Regierung, insbesondere durch die CiU (17), die Partei der katalanischen Bourgeoisie. Aber die Arbeiterklasse kann das wettmachen, wenn sie gemeinsam und geschlossen handelt und großen Druck ausübt. Dann kann sie genauso stark werden wie die Kapitalisten.

Wie kommt es, daß diese Position innerhalb der CC.OO. nur noch die einer Minderheit ist?

Man kann wohl sagen, innerhalb der Gewerkschaft hat sich viel verändert. Wenn man sich zum Beispiel Antonio (18) ansieht - das ist ein Gewerkschaftssekretär, der nie im Betrieb gearbeitet hat, er ist sozusagen am Schreibtisch mit dieser Tätigkeit in Verbindung gekommen, der sitzt da und verdient 300.000 im Monat, zusammen mit seiner Frau - auch eine Gewerkschaftssekretärin - sogar 500.000 ... (19)

Du hast Antonio aber doch selbst immer gefördert, er galt lange Zeit als Dein Ziehkind und Mann Deines Vertrauens.

Natürlich war er Mann meines Vertrauens, vor allem auch Vertrauensmann der Gewerkschaft, aber er hat sich sehr negativ verändert. Er ist immer mehr zum Anhänger von Verhandlungen um jeden Preis geworden.

Auf dem 6. Kongreß der CC.OO. (20) soll der Richtungsstreit nicht nur mit Argumenten, sondern recht handfest ausgetragen worden sein ...

Na ja, da waren recht viele Emotionen im Spiel, Leute des kritischen Sektors fühlten sich halt verraten und aus der Organisation hinausgedrängt. Es gab schon die eine oder andere unschöne Szene auf diesem Kongreß ...

Und jetzt geht der Zank vor Gericht weiter.

Es gibt einige Gerichtsverfahren, das ist richtig. Wir vom kritischen Sektor sollen wie gesagt herausgedrängt werden, da werden also Gewerkschaftssekretäre nur wegen ihrer Meinung entlassen und ihre Posten mit "genehmen" Leuten besetzt. Wo es diese Fälle gibt, wird gegen diese Entlassung prozessiert, und wir machen Unterschriften-Sammlungen und andere solidarische Aktionen für diese Genossen. Wir können so etwas doch nicht so einfach hinnehmen.

Zuguterletzt: Bist Du - was die Zukunft angeht - alles in allem eher zuversichtlich oder pessimistisch?

Nun, ich würde schon sagen, daß die Arbeiterklasse eine reale Chance hat, zumindestens mittelfristig. Gut, der Einzug der Technik und die Automatisierung der Produktion haben die Arbeitsmarktsituation radikal verändert, an Vollbeschäftigung ist derzeit wohl kaum zu denken. Aber wir sollten nicht vergessen, daß die Kapitalisten dennoch auf die Arbeiter angewiesen sind. Kapital alleine produziert ja keinen Gewinn. Dafür brauchen sie auf jeden Fall Arbeitskraft - ob körperlicher, technischer oder intellektueller Art. Und das ist unsere Stärke...

Dirk Hempel führte

das Interview für ak.

Anmerkungen:

1) Partido Comunista de España, spanische KP.

2) Unión General de Trabajo, sozialdemokratische Gewerkschaft.

3) Die blutige Niederschlagung des Aufstandes im Norden des Landes forderte 1335 Tote und 3000 Verletzte, 13000 weitere Menschen wurden verhaftet. Die Regierung hatte niemand anderen als den späteren Putschisten Francisco Franco Bahamonde zur militärischen Bekämpfung der Bewegung eingesetzt.

4) Comisiones Obreras, zu deutsch Arbeiterkommissionen, früher basisorientierte Bewegung in den Betrieben, heute stinknormale Gewerkschaft.

5) Confederación Nacional de Trabajo, anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsbewegung.

6) So benannt, nach dem Aktenzeichen des Verfahrens: 1001/72.

7) Damaliger spanischer Ministerpräsident, der als wahrscheinlicher Nachfolger Francos gehandelt wurde. Das Attentat gilt als Anfang vom Ende der Franco-Ära.

8) Obwohl der spanische Caudillo bereits die letzten Jahre seines Lebens gesundheitlich sehr stark angeschlagen war, wurde dies immer hartnäckig geleugnet. Bis er am 19. Juli 1974 - offiziell wegen einer "Venenentzündung" - ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Die Macht wurde tags darauf "vorübergehend" Juan Carlos de Borbón, heute Spaniens König, übergeben, bis Franco am 20. November 1975 starb.

9) Unter Francisco Franco zunächst Minister, dann Botschafter in London. Heute Ministerpräsident Galiziens und Ehrenvorsitzender der konservativen Regierungspartei, die er vor knapp 20 Jahren ins Leben rief.

10) Izquierda Unida, spanisches Linksbündnis, an dem u.a. die PCE beteiligt ist.

11) Für den 7. März 1997 hatte die baskisch-nationalistische Herri Batasuna zum Generalstreik im Baskenland und Navarra aufgerufen, um gegen die fast vollständige Verhaftung ihres Vorstandes zu protestieren (vgl. ak Nr. 400).

12) Sozialdemokratischer Ministerpräsident Spaniens von 1982 bis 1996.

13) Adolfo Suárez, wurde am 3. Juli 1976 vom König Juan Carlos zum Ministerpräsident bestimmt, ein knappes Jahr später siegten er und seine Zentrumsunion (UCD) bei den ersten freien Wahlen seit 1936.

14) Leopoldo Calvo Sotelo, spanischer Ministerpräsident von Februar 1981 bis Ende 1982. Als er vom Parlament ins Amt gewählt werden sollte, stürmten am 23. Februar 1981 rund 200 bewaffnete Putschisten den Plenarsaal und nahmen die Abgeordneten als Geiseln, um eine Rückkehr zur alten Machtstruktur zu fordern. Einen Tag später gaben sie den "Putschversuch 23-F" auf.

15) José Luis Corcuera war unter González Innenminister, als per - nach ihm benannten - Gesetz für Aktionen gegen Streikbrecher Geldstrafen bis zu 5 Millionen Pesetas (umgerechnet rund 60.000 Mark) eingeführt wurden). Vor seiner Ministertätigkeit war Corcuera übrigens Gewerkschaftssekretär im Metallbereich der UGT.

16) Rumasa war Spaniens größter privater Konzern, insgesamt 786 verschiedene Firmen umfassend, der am 23. Februar 1983 per Regierungsbeschluß verstaatlicht wurde. Bis auf drei Firmen wurden alle geschlossen oder - nach Sanierung - wieder verkauft. Wie der Opus-Dei-Kenner Jesús Ynfante behauptet, war Rumasa Teil der "kirchlichen Mafiaorganisation".

17) Convergència i Unió, katalanisches Parteienbündnis, das auf Landesebene Koalitionspartner der Konservativen ist.

18) Antonio Gutiérrez, Generalsekretär der CC.OO. seit 1987.

19) 300.000 Pesetas entsprechen umgerechnet rund 3500 Mark, 500.000 Pesetas sind etwas weniger als 6000 Mark.

20) Der 6. Kongreß der CC.OO. fand vom 17. bis 20. Januar 1996 in Madrid statt und beendete die lange Amtszeit Marcelinos als Vorsitzender der Gewerkschaft.

26. Wahlerfolg der FMLN. Ergebnisse vom 16. März schwächten ARENA-Regierung

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:02

Die ehemalige Guerillabewegung "Farabundo Martí" (FMLN) ging deutlich gestärkt aus den Parlaments- und Kommunalwahlen hervor, die am 16. März dieses Jahres stattfanden. Neben den Abstimmungsergebnissen faßt ak die wichtigsten politischen Umgruppierungsprozesse zusammen.

Diesmal sollten die Meinungsforschungsinstitute, die seit einigen Monaten einen Aufwärtstrend für die FMLN festgestellt hatten, Recht behalten. Ihre zwei Hauptthesen, wonach die FMLN mit der Regierungspartei ARENA gleichziehen werde und gute Chancen habe, das zweitwichtigste politische Amt des Landes zu gewinnen, nämlich den Bürgermeisterposten der Hauptstadt San Salvador, bewahrheiteten sich. Während sich aufgrund vieler Unregelmäßigkeiten in weiten Teilen des Landes die Stimmenauszählung tagelang hinschleppte, war in der Hauptstadt schon wenige Stunden nach Urnenschluß alles klar. Der 49jährige Héctor Silva, der gemeinsame Kandidat der FMLN, der progressiven "Demokratischen Konvergenz" (CD) und der von evangelikalen Christen getragenen "Einheitsbewegung" (MU), schlug den amtierenden ARENA-Mann Mario Valente. Die Regierungspartei erkannte die Niederlage säuerlich an.

Der Frauenarzt Héctor Silva verbrachte den Großteil der Kriegszeit in den USA, wo er die "Demokratisch Revolutionäre Front" (FDR), eine "strategische Verbündete" der FMLN-Guerilla, vertrat. Zwischen 1991 und 1994 saß er als Abgeordneter für die aus der FDR heraus gegründete CD im Parlament. Ab 1. Mai wird Silva der Verwaltung der 1,5 Mio. Metropole vorstehen. Da das undemokratische Kommunalwahlrecht vorsieht, daß die siegreiche Partei/Koalition den gesamten Gemeinderat stellt, kann die Linke San Salvador im Kommunalparlament ohne rechte Opposition regieren. Dies eröffnet der FMLN für ihre großstädtische Basisarbeit hervorragende Möglichkeiten.

Die FMLN gewann insgesamt in gut 50 Kommunen, in einem Teil davon in ähnlichen Bündnissen wie in der Hauptstadt. Darunter sind auch die Landgemeinden, in denen sie bereits 1994 siegte. Im Vergleich zu 1994, als die FMLN bei den ersten freien Wahlen nach Kriegsende lediglich 16 Bürgermeister durchbrachte, fällt besonders der starke Einflußgewinn in den Städten ins Gewicht. Im Einzugsbereich von San Salvador stellt die FMLN jetzt eine Reihe von Stadträten. Ebenso in Provinzhauptstädten wie Santa Ana, Sonsonate, San Vicente und La Libertad, um nur einige zu nennen. Das Kommunalwahlergebnis läßt den Schluß zu, daß die salvadorianische Linke, die ursprünglich eine städtische Linke war, im Verlaufe des 12jährigen Krieges jedoch aus militärischen Gründen ihren Schwerpunkt in abgelegene ländliche Regionen verlagern mußte und noch 1994 ihre Hochburgen in ehemaligen Guerillagebieten hatte, in den urbanen Zentren wieder stark Fuß gefaßt hat. Es sollte jedoch nicht übersehen werden, daß die regierende ARENA weiterhin mehr als die Hälfte (161 von insgesamt 262) der Gemeinden dominiert. Sie mußte jedoch im Vergleich zu 1994, als sie in 211 Kommunen gewann, deutliche Einbußen hinnehmen.

Ergebnisse der Parlamentswahlen

Bei einer bescheidenen Wahlbeteiligung von ca. 40% der Stimmberechtigten (es gibt etwa 3 Mio. Wahlberechtigte, von denen etwa 500.000 keinen Wahlausweis hatten und somit nicht abstimmen konnten) zog die FMLN mit der autoritär-populistischen ARENA gleich. Beide bekamen etwa 35% der Stimmen. Dies bedeutet 27 Mandate für die FMLN (1994: 21) und 28 Mandate für ARENA (1994: 39). Die restlichen 29 Mandate teilen sich sieben weitere Parteien. Während die ehemalige Guerilla 12% gewann, verlor ARENA knapp 10%. Auf dem dritten Platz landete die alte Militärpartei PCN, die 11 Sitze (1994: 4) holte. Die "Nationale Versöhnungspartei" (PCN) war bis vor Ausbruch der politischen Krise in El Salvador das politische Instrument der Militärregierungen. Sie war eine autoritär-antikommunistische Pfründe- und Klientel-Partei, deren Stärke darin lag, lokale Machthaber an die Interessenpolitik von Oligarchie und Militär zu binden.

Die politischen Ereignisse ab 1979 drängten sie an den Rand. Sie verschwand jedoch nicht völlig, sondern suchte nach einer neuen Existenzberechtigung. Ende der 80er Jahre nannte sie sich zu diesem Zweck zeitweise "sozialdemokratisch" und nahm Kontakte zu Mitgliedsparteien der "Sozialistischen Internationale" (SI) auf. 1994 hat sie eine neue Rolle als Mehrheitsbeschafferin für ARENA gefunden. Seit neuestem fungiert die PCN als Auffangbecken ultrarechter Militärs und Großgrundbesitzer, die wegen wirtschafts- und

machtpolitischer Differenzen aus ARENA austreten. Mit anderen Worten: die PCN knüpft mit gewissem Erfolg wieder an ihre Vorkriegsfunktion an. Sie vertritt die alten Eliten, die von ARENA zugunsten der dynamischen Finanz- und Weltmarktsektoren in den Hintergrund gedrängt wurden.

Doch auch zusammen kommen ARENA und PCN nur auf 39 von insgesamt 84 Abgeordneten, d.h. es müssen noch andere ins Regierungsboot. Dafür dürfte sich vor allem die Christdemokratie (PDC) anbieten. Der Niedergang der von persönlichen Machtkämpfen und Affären zerrütteten ehemaligen Regierungspartei setzte sich fort. Die Christdemokratie, die in den 80er Jahren unter Napoleón Duarte absolute Mehrheiten holte und fast eine Dekade lang das politische Instrument der USA und Westeuropas gegen die revolutionäre Bewegung war, bekam weniger als 10% der Stimmen und nur noch sieben Mandate (zum Vergleich: 1994: 18; 1991: 26). Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, daß der Parteizerfall anhält. Ein kleinerer progressiver Parteiflügel um Claramount näherte sich Rubén Zamoras "Demokratischer Konvergenz" (CD) an und bekam dort Listenplätze.

Der sozial-christliche Flügel um das Gründungsmitglied Abraham Rodríguez hat sich ebenfalls abgespalten und trat unter dem Kürzel PRSC an. Die zentristische PRSC, die in Opposition zu ARENA steht, bekam drei Sitze. Bleibt festzuhalten daß das, was sich immer noch Christdemokratische Partei nennt, heute dem ARENA-Lager zuzurechnen ist. Die PDC, die noch bis zu den Wahlen 1994 die zahlenmäßig größte Oppositionspartei gegen die ultrarechte ARENA war, wird nun für die Regierungspartei die Rolle als Zählkandidatin bei Parlamentsabstimmungen erfüllen und dafür mit Posten und Pfründen belohnt werden. Die weit fortgeschrittene Auflösung des christdemokratischen Blocks, zu dem auch Gewerkschaften, Landarbeiter- und Kooperativenverbände gehören, ist die Voraussetzung dafür, daß sich eine gesamtgesellschaftliche Frontstellung zwischen der alten und neuen Rechten um ARENA einerseits und der linken FMLN andererseits herausbilden kann.

Während sich um ARENA zwei, drei kleine rechte Satellitenparteien gruppieren, die jedoch über eine untergeordnete Rolle als Mehrheitsbeschaffer nicht hinauskommen, bildet die FMLN das Zentrum des linken und progressiven Pols. Um die Hauptkraft FMLN versammeln sich die politisch relevanten, jedoch mit wenig Wählerstimmen ausstaffierten Kräfte "Demokratische Konvergenz" (CD) mit zwei Sitzen (1994: 1), die "Einheitsbewegung" (MU) mit zwei Sitzen (1994: 1) und, gegebenenfalls, die zentristische PRSC mit drei Sitzen. Wichtig sind die "Demokratische Konvergenz" (CD), weil sie Teile der Mittelschichten und modernisierungswillige Unternehmen repräsentiert und die "Einheitsbewegung" (MU), weil sie Anhänger evangelikaler Sekten bündelt. Diese stellen ein beträchtliches Potential dar, das in anderen Ländern unter der Kontrolle rechter und autoritärer Parteien ist und nicht, wie im Falle El Salvadors, mit der Linken koaliert. Wer meint, daß dies die Rolle der Evangelikalen überschätzt, die ja vorderhand vollkommen unpolitisch wirken, sollte sich mit Mobilisierungsmechanismen und der Wählerschaft von Fujimori in Peru oder dem Ex-Militärdiktator Ríos Montt in Guatemala befassen, um sich vom Gegenteil zu überzeugen.

FMLN-Abspaltung im politischen Abseits

Wo landete die FMLN-Abspaltung unter Joaquín Villalobos? Welches Gewicht hat sie und welchem Block ist sie zuzurechnen? Was ihre Bedeutung anbelangt, ist die Frage einfach zu beantworten. Sie ist minimal. Die Führung von ERP und RN, die 1994 bei der ersten Sitzung des neugewählten Parlaments ihren Dissens mit der FMLN-Mehrheit bekanntgaben, aus der noch nicht einmal konstituierten Fraktion ausstiegen und im März 1995 die "Demokratische Partei" (PD) gründeten, begaben sich mit der rechten Rest-Christdemokratie in ein Boot und holten jetzt ein Mandat. Im Vergleich zu den sieben Sitzen, die die PD bisher innehatte (sieben von 21 FMLN-Abgeordneten vollzogen den Bruch der ERP/RN-Führung), schrumpfte das Gewicht der Gruppe um Joaquín Villalobos erheblich. So wie es der ERP-Chef schon für die Wahlen 1994 für die gesamte FMLN - vergeblich - favorisiert hatte, begab sich seine Gruppe jetzt unter die Fittiche der Christdemokratie.

Der PD, die sich sozialdemokratisch nennt, blieb nicht viel anderes übrig. Obwohl sie die FMLN als "sektiererisch" und "nicht mehrheitsfähig" kritisierte und für sich selbst in Anspruch nimmt, die breite Mitte zu repräsentieren, sieht die Realität doch etwas anders aus. Alleine hätte die PD die 3%-Hürde nicht geschafft, so daß sie irgendwo Unterschlupf suchen mußte. Ansonsten wäre sie von der Bildfläche verschwunden. Im Vorfeld des Urnengangs beschränkte sich die FMLN-Abspaltung, die im wesentlichen eine Neuorientierung von ERP/RN-Spitzenkadern war, auf eine Schlammschlacht gegen die FMLN. Sie wärmte alte Streitigkeiten über die Kriegsphase wieder auf und beschuldigte die FMLN diverser Verbrechen, ohne jedoch konkrete und neue Fakten zu bringen. Damit blies sie in dasselbe Horn wie ARENA. Anders als noch 1994, als diese ihre

Rolle als Friedensbringerin hervorhob und für die Zukunft positiv besetzte, beschränkte sich ARENA jetzt auf die Verleumdung der FMLN als Helfershelferin von Kriminellen und Unruhestiftern.

Die Villalobos-Partei marschierte mit ihrer Wahlpropaganda erneut in derselben Front wie ARENA. Die sieben abgespaltenen FMLN-Abgeordneten, die sich 1994 seinem Kurs anschlossen hatten, dienten schon 1995/96 bei einigen wichtigen Entscheidungen, als ARENA die Mehrheit fehlte, als Stimmvieh für die Regierungspartei. Abgesehen davon, daß Villalobos und seine Leute damit bei der FMLN völlig unten durch waren, wurde ihr Rechtsschwenk auch von der stets umworbenen "Mitte" an den Urnen nicht belohnt. Mit einem Mandat sind sie auch für ARENA nicht mehr besonders interessant. Ihre einzige Funktion dürfte darin liegen, gegen die FMLN zu koffern und schmutzige alte Wäsche zu waschen. Diese rückwärtsgewandte Polemik findet jedoch keinen besonders großen Anklang. Sie dürfte die alte ERP/RN-Basis, die den Schwenk ihrer Führung zum geringeren Teil mitmachte, entweder in die Entpolitisierung oder zurück in die Arme der FMLN treiben. Wie in diesem Zusammenhang die Frankfurter Rundschau (24.3.1997) dazu kommt, im Hinblick auf das Abschneiden der PD von einer "Etablierung als ernstzunehmende politische Kraft", die "zunehmend zur Verantwortung gezogen" werde, zu sprechen, bleibt mir vollkommen rätselhaft.

Bessere Ausgangsbedingungen

Ähnlich wie die FSLN in Nicaragua, die 1996 ebenfalls 38% der Stimmen holte und die URNG in Guatemala, die noch nicht antreten konnte, verfügt die FMLN weiterhin über eine sehr breite gesellschaftliche Verankerung. Die Wahlergebnisse stärkten das Gewicht der FMLN erheblich. Sie hat angekündigt, in den großen Kommunen Verwaltungs- und Regierungserfahrung zu sammeln, um auf dieser Grundlage ihr Reformprogramm für El Salvador konkretisieren zu können. Es ist den wirtschafts- und sozialpolitischen Bedingungen im Land sowie der internationalen Kräftekonstellation geschuldet, daß die FMLN heute nicht mehr mit einem Programm zur revolutionären Machtübernahme, sondern mit einem Reformprogramm antritt. 1999 finden Präsidentschaftswahlen statt, für die die FMLN nun deutlich bessere Ausgangsbedingungen hat. Fünf Jahre nach Beendigung des bewaffneten Konfliktes hat es die ehemalige Guerillabewegung geschafft, sich in das zurückzuverwandeln, was sie vor ihrem Gang in die Berge war: eine starke linke, städtische Massenbewegung, die den Gegenpol zu den herrschenden Eliten darstellt.

Die soziale Ausgrenzung von 2/3 der Gesellschaft aus geregelten Lebens- und Arbeitsverhältnissen hat aber unter anderem auch politische Apathie zur Folge, die sich in hohen Wahlenthaltungsraten äußert. Von dieser Seite her droht Gefahr. Denn hier gibt es ein großes Potential, das, wie in anderen Ländern Lateinamerikas bereits geschehen, jederzeit autoritären und undemokratischen Rattenfängern oder hemmungslosen populistischen Illusionsmachern nachlaufen könnte. Es ist nicht das geringste Verdienst der drei zentralamerikanischen Ex-Guerillabewegungen, das völlige Abgleiten ihrer Länder, die dafür eigentlich reif sind, in diese Richtung bisher verhindert zu haben.

Al., Nürnberg

27. Keine Einigung in Lima. Fortschritte bei zweitrangigen Fragen, Blockade bei der Gefangenenfreilassung

Autor: kuk · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:21

Vier Monate nach Beginn der Geiselnahme in der japanischen Botschaft in Lima sind die Verhandlungen in der entscheidenden Frage der Freilassung von MRTA-Gefangenen anscheinend festgefahren. Bei einer Reihe zweitrangiger Fragen konnte hingegen Einigung erzielt werden. Noch deutet nichts darauf hin, daß eine der beiden Seiten zum Nachgeben in der Hauptfrage bereit ist. Solange sich daran nichts ändert, bleiben zwei Alternativen: die Besetzung dauert noch Wochen und Monate fort oder die peruanische Regierung wählt die militärische Lösung.

Die 72 Geiseln befinden sich seit nunmehr 109 Tagen in der Gewalt des Kommandos Edgar Sanchez. In Berichten über ihren Gesundheitszustand hieß es u.a., daß einige unter erhöhtem Blutdruck, Asthma und Depressionen litten. Andere müßten wegen ihrer Krebserkrankungen und Diabetes behandelt werden. Insgesamt sollen 21 Geiseln schwere gesundheitliche Probleme haben.

Erst am 11.2. einigten sich Regierung und MRTA darauf, einen kontinuierlichen Gesprächsprozeß aufzunehmen. Der Begriff "Verhandlung" wurde vorerst vermieden, statt dessen war von "vorbereitenden Gesprächen" die Rede. Da der Führer des Kommandos, Néstor Cerpa, den Gesprächen anfangs keine große Bedeutung zumaß, ließ er bis zum 20.2. seinen Stellvertreter Rojas mit Erziehungsminister Palermo, dem Regierungsunterhändler, sprechen. Über Ergebnisse wurde wenig bekannt. Die Regierungsseite weigerte sich jedoch, die Frage der Freilassung von MRTA-Gefangenen auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Verhandlungsstrategie

Tatsächlich ist es der peruanischen Regierung bisher gelungen, den Verhandlungsprozeß in ihrem Sinn zu steuern. Ihre Strategie ist dadurch gekennzeichnet, die Hauptforderung des Kommandos Edgar Sanchez zu ignorieren und statt dessen Übereinkünfte in nachrangigen Fragen anzustreben. Da sie besseren Zugang zu den Medien hat als die MRTA, konnte sie den Eindruck erwecken, daß auf diesem Weg eine Lösung der Krise näherrückt. Eine dieser nachrangigen Fragen betrifft den Verbleib des Kommandos nach Beendigung der Geiselnahme. Für die Regierung ist es aus psychologischen Gründen extrem wichtig, dessen Rückkehr ins Landesinnere zu verhindern. Kubanisches Asyl suggeriert den Rückzug vom bewaffneten Kampf.

Ohne vorher irgendeine Abstimmung mit der MRTA getroffen zu haben, flog Fujimori am 2.3. in die Dominikanische Republik, die in der Vergangenheit wiederholt als Asylland für Guerilleros/as gedient hatte. Überraschend schloß sich ein Besuch in Havanna an. Dort traf Fujimori sich mit Fidel Castro. Dieser stimmte zu, die Geiselnehmer in seinem Land aufzunehmen, wenn diese und die peruanische Regierung es ausdrücklich wünschten. Obgleich Cerpa immer wieder betonte, daß eine Ausreise in ein anderes Land nicht in Frage käme, daß sein Platz an der Seite des peruanischen Volkes sei usw., verfestigte sich in der Öffentlichkeit der Eindruck, daß ein Teil oder alle Kommandomitglieder ausgeflogen werden würden.

Folgerichtig wurde der MRTA nach Angaben der japanischen Zeitung Mainichi Shimbun am 5.3. ein Angebot unterbreitet, das den Schwerpunkt auf das Schicksal der Kommandomitglieder legt und die Gefangenen ignoriert: Nahezu alle Mitglieder des Kommandos erhalten Straffreiheit und dürfen in Peru bleiben. Néstor Cerpa und drei andere Guerilleros, gegen die Strafverfahren laufen, sollen sich nach Kuba begeben. Im Gegenzug bietet die Regierung an, daß Strafrecht zu reformieren.

Spiel mit dem Feuer

Anfang März führte die sogenannte "Tunnelaffäre" zu einer ernsten Belastung der Gespräche. Sie machte noch einmal deutlich, daß Vorbereitungen für eine militärische Lösung getroffen werden. Bereits am 16.2. veröffentlichte die peruanische Tageszeitung República einen angeblichen Interventionsplan. Danach sollen peruanische und amerikanische Soldaten die Botschaft vom Boden und vom Hubschrauber aus stürmen. Bei der siebenminütigen Aktion sei mit zahlreichen Todesopfern zu rechnen: 75% der Geiseln, alle

MRTA-Mitglieder und 20 Soldaten. Daher wurde abschließend die Empfehlung abgegeben, eine friedliche Lösung zu suchen.

Am 6.3. teilte Cerpa der Presse mit, daß auf dem Botschaftsgelände Geräusche zu vernehmen seien, die offensichtlich von einem Tunnelbau herrührten. Er warnte die Regierung vor einer militärischen Lösung und sagte die Teilnahme an der 12. Gesprächsrunde am 7.3. ab. Über den angeblichen Tunnelbau sickerten dann immer mehr Informationen durch. Der peruanische Journalist Angel Paez berichtete, daß aus einem Nachbargebäude in den vergangenen Monaten nachts Bauschutt abtransportiert worden sei. Die japanische Zeitung Asahi Shimbun meldete, daß der Bau im Februar begonnen und nach zwei Wochen beendet worden sei. Die häufige Beschallung der Botschaft mit lauter Militärmusik diente offensichtlich dem Ziel, Baugeräusche zu überdecken. Laut taz (10.3.) sei der Tunnel vom Gelände des Deutschen Entwicklungsdienstes aus vorgetrieben worden. Nach unbestätigten Zeitungsmeldungen soll es beim Bau zu einem Einsturz gekommen sein, bei dem zwei Polizisten ums Leben kamen. Der Polizeichef von Lima, Zapata, dementierte, einen Tunnelbau angeordnet zu haben, und sprach von einer Erfindung der Geiselnehmer.

Ein weiterer Aspekt der militärischen Lösung besteht darin, daß die peruanischen Sicherheitskräfte den Kampf gegen die in Freiheit operierenden MRTA-Mitglieder verschärfen. Dabei werden wiederholt "Erfolgsmeldungen" verkündet, die wohl meistenteils wenig glaubwürdig sind. So wurde am 1.3. die Verhaftung eines weiteren MRTA-Führers bekanntgegeben. Bei Schießereien in der Nähe des Ortes Oxapampa, 380 km östlich von Lima, sei ein weiteres Mitglied erschossen worden. Am 9.3. gab die Polizei die Festnahme von zehn mutmaßlichen MRTA-Mitglieder in den Reihen der Armee bekannt. Am 18.3. meldete das Verteidigungsministerium die Festnahme von 38 mutmaßlichen MRTA-Rebellen, die einen Anschlag auf einen Militärposten geplant hätten. Dabei sei auch ein Waffenlager mit Gewehren, Granaten und Munition entdeckt worden.

In ihrem 12. Kommunique stellte die MRTA fest, daß die 38 Verhafteten Bauern aus Alto Yurinaki und keine MRTA-Mitglieder seien. Diese Aussage wurde von der Menschenrechtsorganisation Aprodeh bestätigt. Angehörige der Verhafteten erklärten, diese seien unter Folter zu "Geständnissen" gezwungen worden. Im Kommunique Nr. 13 (21.3.) beschuldigt die MRTA die Armee weiterer schwerer Verbrechen gegen die ländliche Zivilbevölkerung.

Endlich Fortschritte?

Verärgerung über die Tunnelaffäre und Unflexibilität beider Seiten hatten dazu geführt, daß seit dem 12.3. keine Gespräche zwischen Regierung und MRTA geführt wurden. Es kam die Stunde der neutralen Garantiekommission, die von Erzbischof Cipriani, Kanadas Botschafter Anthony Vincent und dem Vertreter des Roten Kreuzes, Michel Minnig, gebildet wird. Sie führte abwechselnd Gespräche mit der MRTA und mit der Regierung und veröffentlichte am 24.3. einen sechs Punkte umfassenden Kompromißvorschlag. Er sah die Zahlung eines Lösegeldes (auszahlbar in Form von Lebensmittelverteilungen in Armenvierteln), freie Ausreise und Amnestie für die Kommandomitglieder sowie verbesserte Haftbedingungen für MRTA-Gefangene vor. Außerdem wurde die Freilassung von 200 bis 300 MRTA-Gefangenen angeboten. Diese sollen jedoch nicht wegen "terroristischer Aktionen" verurteilt worden sein.

Schnell wurde deutlich, daß dieser Vorschlag eine entscheidende Schwäche hatte. Er war nicht Ergebnis der zahlreichen vorausgegangenen Gespräche, sondern eher der verzweifelte Versuch, Bewegung in eine verfahrene Lage zu bringen. Erzbischof Cipriani appellierte an Fujimori und an die Rebellen, mehr Kompromißbereitschaft zu zeigen. Er erklärte, daß die Gewährsmänner nunmehr an ihre Grenzen gestoßen seien und forderte die internationale Gemeinschaft auf, sich in die Bemühungen um ein friedliches Ende der Geiselnahme einzuschalten.

Am 25.3. zeigte die peruanische Regierung, wie sie den Kompromißvorschlag auszulegen gewillt war. Justizminister Hermosa kündigte an, bis zu 250 Gefangene freizulassen, die zu Unrecht als Terroristen angeklagt worden seien. Wann dies geschehen könnte, ließ er offen. Diese Entscheidung habe im übrigen nichts mit der Geiselnahme zu tun, sondern erfolge im Rahmen der Arbeit der Kommission, die sich mit dem Schicksal zu Unrecht Verurteilter befaßt. Diese Kommission war als Reaktion auf Proteste internationaler Menschenrechtsorganisationen im vergangenen Jahr gebildet und am 17.12. von Fujimori wegen der Geiselnahme suspendiert worden.

Angesichts dieser Auslegung läßt es sich nicht erklären, warum sich vor Ostern großer Optimismus in Bezug auf ein zügiges Ende der Geiselnahme ausbreitete. Und die große Ernüchterung kehrte am 30.3. ein. Über Funk erklärte Cerpa, daß es ohne Freilassung der 400 keine friedliche Lösung geben werde. Von einer baldigen Wiederaufnahme der Gespräche mit der Regierung könne keine Rede sein.

Im Schatten der Geiselnahme

Während die Augen der Weltöffentlichkeit meistens auf die Verhandlungen gerichtet sind, geschehen in Peru weniger beachtete Dinge, die dennoch ein bezeichnendes Licht auf die politische Situation werfen. Der Präsident des Verbandes ausländischer Journalisten in Peru, der Franzose Ives-Claudes Llorca, teilte am 7.3. mit, daß er von Domingo Palermo bedroht und daß ein Journalist des Fernsehsender WTN des Landes verwiesen worden sei. Palermo habe angekündigt, die Arbeit der internationalen Medien einzuschränken, da einige Journalisten angeblich das MRTA-Kommando unterstützten.

Die MRTA wurde von der Polizei beschuldigt, am 12.3. einen Sprengstoffanschlag auf eine Textilfabrik in einem Armenviertel von Lima verübt zu haben. Nach Angaben der Besitzer sei ein Dutzend schwerbewaffneter Personen auf das Gelände gelangt, habe die Beschäftigten bedroht, die Wände mit MRTA-Parolen bemalt und sei schließlich mit Geld und Maschinen geflohen. In ihrem 12. Kommunique distanzierte sich die MRTA von dem Überfall und beschuldigte den Geheimdienst SIN (Servicio de Inteligencia Nacionál) der Urheberschaft.

Javier Diez Canseco, Abgeordneter der Oppositionspartei "Izquierda Unida", schwebt nach Angaben von amnesty international in Gefahr. Mitte März beschossen sechs schwerbewaffnete und mit kugelsicheren Westen ausgerüstete Männer den Wagen des Abgeordneten. Canseco befand sich nicht im Auto. Sein Leibwächter wurde am Bein verletzt. Die Angreifer, die sich als Polizisten ausgaben, verschleppten die drei Insassen - neben dem Leibwächter auch noch den Fahrer und einen Bekannten Cansecos - und verhörten sie. Anschließend wurden sie laufen gelassen. Zwar läßt sich ein direkter Zusammenhang zu der Geiselaffäre nicht herstellen; da Canseco jedoch in der Vergangenheit Menschenrechtsverstöße seitens der Sicherheitskräfte wie auch der bewaffneten Oppositionsgruppen kritisiert und Friedensverhandlungen mit der MRTA befürwortet hatte, ist er in der Vergangenheit wiederholt zum Opfer von Schikanen und Morddrohungen geworden.

Canseco ging am 25.3. mit der Behauptung an die Öffentlichkeit, daß im Schatten der Geiselnahme Einschüchterungsversuche gegen Kritiker der Regierung unternommen würden. Mysteriöse Anschläge seien gegen ihn, gegen Mitglieder des Verfassungsgerichtes, der Nationalen Wahljury und gegen den Ex-Minister Saberbein verübt worden. Nimmt man den Verhandlungsstand und die Aktionen von Regierung und Sicherheitskräften zum Maßstab, ist eine friedliche Lösung der Geiselnahme von Lima noch nicht in Sicht.

kuk, 5.4.1997

28. Sich um die Bäume sorgen heißt, sich um die Menschen kümmern. Interview mit Ottis Simopiaref, West-Papua

Rubrik: Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:22

In dieser Zeitung wurde bereits mehrfach über die Situation im von Indonesien besetzten West-Papua (Irian Jaya) und den Kampf der Befreiungsbewegung OPM (Organisasi Papua Merdeka - Bewegung Freies Papua) gegen die indonesischen Okkupanten berichtet (siehe zuletzt ak 388 und 396). Im März hatten wir Gelegenheit, den im niederländischen Exil lebenden Ottis Simopiaref von der OPM, Leiter der "New Guinea Working Group Foundation" (Wageningen), anläßlich einer Informationsveranstaltung in Hamburg zu interviewen. Das Interview wurde in englischer Sprache geführt und von ak übersetzt und leicht gekürzt.

Die OPM

Ottis, kannst Du zunächst etwas über die Entstehung und die gegenwärtige Politik und Strategie der OPM im allgemeinen sagen?

Die OPM wurde als Reaktion auf die indonesische Besetzung West-Papuas gebildet. Als offizielles Gründungsdatum gilt der 28.7.1965. Denn an diesem Tag gab es die ersten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen indonesischer Armee und dem "Bataillon Papua". Das "Bataillon Papua" war eine aus einheimischen West-Papuas rekrutierte Einheit der niederländischen Armee. Nach dem Rückzug der Niederländer aus West-Papua trennte sich diese Einheit von der holländischen Armee und nahm eigenständig den Kampf gegen die indonesischen Besatzer auf. Aus dem "Bataillon Papua" sind die ersten militärischen Verbände der OPM hervorgegangen. In der Tat hatte die OPM zunächst nur militärische Strukturen; erst 1971 wurde die politische Organisation OPM gebildet. Allerdings kam es wegen interner Probleme bereits 1972 zu einer Spaltung. Seither gibt es zwei Fraktionen unter der Leitung von zwei alten Führern. In den letzten Jahren haben sich aber junge Leute ohne die alten Führer zusammengetan, um die Initiative zu ergreifen und neue Organisationsstrukturen zu schaffen. Das Problem ist, daß wir gegenwärtig nicht in der Lage sind, alle diese Kräfte auf einem Kongreß oder einer Konferenz zusammenzubringen, um die neuen Ideen der jungen Leute zu diskutieren. Das hat nicht so sehr politische Gründe, sondern technische und finanzielle. Die OPM ist heute eine Massenbewegung, innerhalb der verschiedene Gruppen Arbeit zu Menschenrechtsfragen, zur Umweltproblematik usw. machen. Das einigende Hauptziel der OPM ist die politische Unabhängigkeit West-Papuas.

Wie sieht das Verhältnis zwischen bewaffnetem Kampf, Guerillakriegführung einerseits und der Arbeit der Menschenrechts- und Umweltgruppen etc. aus?

Es gibt in der OPM faktisch zwei Strömungen. Die Guerillas im Busch, und die von mir genannten Gruppen. Verbindungen gibt es nur über einzelne Individuen. Die Kommunikation ist sehr schwierig. Ich persönlich bin gegen die Guerillakriegführung und für gewaltfreie Aktionen.

Nun haben aber gerade die OPM-Guerillas dafür gesorgt, daß sich im letzten Jahr die Weltöffentlichkeit endlich einmal um West-Papua gekümmert hat: Sie haben - z.T. ausländische - Geiseln genommen. Allerdings wurden diese Geiselnahmen vom indonesischen Militär blutig beendet. Welche Schlußfolgerungen habt ihr aus den Geiselnahmen gezogen?

Zunächst einmal: Ich bin sehr traurig, daß zwei indonesische Geiseln getötet wurden. Wir haben während der Geiselnahme einen Brief an die verantwortliche OPM-Einheit geschickt mit dem Appell, die Geiseln unversehrt freizulassen. Dieser Brief gelangte auch vermittelt über das Internationale Rote Kreuz an die Guerillas, drei Monate später haben wir auch eine Antwort bekommen. Der Hergang der Beendigung der Geiselnahme ist immer noch nicht geklärt. Es ist alles sehr dubios. Die OPM-Guerillas hatten schon die Freilassung der Geiseln angekündigt, und es wurde in dem Dorf, wo sich Guerillas und Geiseln befanden, ein Fest, eine Zeremonie anläßlich der Freilassung vorbereitet, es wurden - wie bei uns üblich - Schweine geschlachtet usw. Da erschienen plötzlich indonesische Soldaten. Panik brach aus. Es tauchte eine weitere Gruppe von Leuten auf, die die beiden Geiseln tötete. Die indonesische Armee behauptet, das seien OPM-Leute gewesen. Die

OPM-Guerillas dagegen sagen, daß diese Leute zu den indonesischen Soldaten gehörten. (Die anderen Geiseln wurden von indonesischem Militär befreit, dabei wurden mehrere OPM-Guerillas getötet - ak-Red.).

Du hast vorhin gesagt, daß Du den Guerillakampf ablehnst und für gewaltfreie Aktionen eintrittst? Warum?

Dafür gibt es im wesentlichen zwei Gründe. Erstens: Unser Volk ist sehr friedliebend. Es gibt in der Bevölkerung keinen Glauben an gewaltsame Mittel. Zweitens: Wir sind militärisch in keiner günstigen Position. Die indonesische Armee mit ihren modernen Waffen usw. ist uns weit überlegen. Gegen den modernen indonesischen Militärapparat haben wir militärisch keine Chance.

Wird über solche Fragen in der OPM diskutiert? Wie sieht überhaupt die Kommunikation zwischen den Kämpfern im Busch und den Leuten im Exil aus?

Wir haben große technische Kommunikationsprobleme. In den letzten fünf Jahren ist es allerdings besser geworden. Es können OPM-Leute aus West-Papua nach Europa kommen, um zu diskutieren. Wir können mittlerweile auch über Briefe und e-mail kommunizieren.

Bemüht ihr Euch um Bündnispartner außerhalb West-Papuas?

Es gibt Kontakte zur demokratischen Opposition in Indonesien. Auch unter der indonesischen Bevölkerung gibt es Unterstützung für den Kampf der West-Papuas. Ermutigend ist für uns das Beispiel Südafrika: Dort hat es auch zahlreiche Weiße gegeben, die den ANC im Kampf gegen das Apartheid-Regime unterstützt haben. Auch zur Befreiungsbewegung von Ost-Timor haben wir Kontakte.

Die Leute von Ost-Timor und wir haben uns mit ein und demselben diktatorischen Besatzungsregime auseinanderzusetzen. Deswegen müssen wir zusammenarbeiten. Ramos-Horta (Vertreter der osttimoresischen Befreiungsbewegung und Nobelpreisträger 1996 - ak-Red.) ist Berater für uns. Auch zu den Leuten von Kanaky/Neukaledonien haben wir Kontakte.

Kannst Du etwas über die Lage der Flüchtlinge aus West-Papua im benachbarten Papua-Neuguinea sagen?

Die Flüchtlinge in Papua-Neuguinea müssen unter sehr schlechten Bedingungen leben. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) hat sich völlig zurückgezogen, es hilft diesen Flüchtlingen seit einem Jahr überhaupt nicht mehr. Die Regierung von Papua-Neuguinea will sie nach West-Papua loswerden. Ihnen wird eine formale Aufenthaltserlaubnis verweigert. Nur einige kirchliche Nichtregierungsorganisationen helfen den Flüchtlingen. Allerdings haben sie eigene Gärten angelegt, aus denen sie sich halbwegs ernähren können. 1984 gab es ca. 12.000 Flüchtlinge. Jetzt sind es ca. 6-7.000.

Die Regierung von Papua-Neuguinea behauptet, OPM-Guerillas würden das Gebiet Papua-Neuguineas als Hinterland benutzen, und sieht in der OPM eine Gefahr für die Sicherheit Papua-Neuguineas. Gibt es eine Zusammenarbeit von Papua-Neuguinea und Indonesien gegen die OPM?

OPM-Guerillas ziehen sich hin und wieder über die Grenze nach Papua-Neuguinea zurück, weil sie sich dort sicherer fühlen. Es gibt kein formales Übereinkommen zwischen den Regierungen von Papua-Neuguinea und Indonesien zur Bekämpfung der OPM. Aber praktisch arbeiten die indonesischen Soldaten und das Militär Papua-Neuguineas gegen die OPM zusammen.

Umweltzerstörung

Die Stichworte Umweltprobleme bzw. Umweltschutz sind schon gefallen. Was für eine Rolle spielen sie in West-Papua?

In West-Papua gibt es enorme Probleme wegen des Raubbaus am Regenwald und wegen der ökologischen Zerstörungen durch den Bergbau. Zu erwähnen ist insbesondere der Bergbau-Konzern Freeport, der schon seit 1967 in West-Papua aktiv ist. Die Freeport-Minen (s. ak 388) sind allerdings nur ein Beispiel für die Zerstörung der Natur. Aber auch Erdöl-Firmen zerstören die Umwelt. Allerdings haben wir hierüber noch keine genauen Daten und Belege. Deswegen konzentrieren wir unsere Kritik gegenwärtig auf Freeport. Im März letzten Jahres hat es eine große Demonstration gegen Freeport gegeben, an der sich mehr als 4000 Menschen beteiligt haben. Die Leute zerstörten Mineneinrichtungen, plünderten Supermärkte der Mine, brannten Minengebäude nieder und demolierten Minenfahrzeuge. Der oberste Boß von Freeport war gezwungen, aus New Orleans in den USA anzureisen. Er traf sich mit den Führern der Amugme und Kamoro

(das sind die im Minengebiet lebenden Clans - ak-Red.) und versuchte, mit ihnen einen Handel abzuschließen. Doch die Führer lehnten ein Abkommen mit Freeport ab. Denn die Menschen glauben Freeport nichts mehr. Immer wieder hat Freeport Versprechungen gemacht, nie wurden sie eingehalten.

Was sind denn die Forderungen der lokalen Bevölkerung in Hinblick auf Freeport?

Freeport muß die Rechte der indigenen Bevölkerung respektieren. Die Regierung muß der Region Autonomie gewähren. Freeport soll die Menschen um Erlaubnis fragen. Und wenn diese "Nein" sagen, dann muß Freeport gehen. Die Führer sind total gegen Freeport. Ein Vertreter der Amugme hat Freeport wegen der Umweltzerstörungen in West-Papua in New Orleans, dem Stammsitz des Konzern, vor Gericht verklagt. Dieser Prozeß wurde verloren. Ein ähnlicher Prozeß in Djakarta, der von der größten indonesischen Umweltschutzorganisation angestrengt worden war, ging ebenfalls verloren. Das ist aber nicht so schlimm. Es ging hauptsächlich darum, die Öffentlichkeit auf das Problem aufmerksam zu machen, um Öffentlichkeitswirkung. Und das wurde erreicht.

Und der Raubbau am Regenwald?

In West-Papua gibt es 34,6 Mio Hektar Regenwald. Davon sind offiziell 27,6 Millionen Hektar zur Abholzung freigegeben. Schon bis heute wurden viele Millionen Hektar Wald zerstört. Nichtregierungsorganisationen sagen voraus, daß die Regenwälder West-Papuas in 25 Jahren völlig zerstört sein werden. Dann würde es nur noch Sekundär-Wald geben. Dagegen opponieren die Umweltschutzorganisationen.

Was erwartest Du von Menschen und Gruppen, die den Kampf der Menschen in West-Papua unterstützen wollen?

Nichtregierungsorganisationen hier in Europa sollten sich sehr viel genauer über die transnationalen Konzerne informieren, die in West-Papua aktiv sind. Zum Beispiel müßte man herausfinden, wohin das Kupfer von Freeport oder die Hölzer der Forstkonzerne gehen. Hier in Hamburg zum Beispiel kauft die Norddeutsche Affinerie Kupfer von Freeport. Wie gelangt dieses Kupfer nach Hamburg? Da müßte man recherchieren.

Wie würdest Du die Ziele, die es in West-Papua zu erreichen gilt, kurz beschreiben?

Zuallererst geht es um die Bewahrung der kulturellen Identität der Bevölkerung. Und damit hängt die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen eng zusammen. Oft fragen mich die alten OPM-Führer: Ottis, warum sorgst Du Dich um die Bäume, die Steine und die Vögel, wo es doch unser Volk, die Menschen, sind, die so maßlos leiden? Ich antworte dann immer: Wenn ich mich um die Bäume, um die Steine und um die Vögel kümmere, dann kümmere ich mich um die Menschen! Beides gehört zusammen. Die alten Führer wollen politische Unabhängigkeit, alles andere interessiert sie nicht. Aber Umweltschutz, Eintreten für Menschenrechte sind Schritte auf dem Weg zur Unabhängigkeit. Selbstverständlich sind unsere politischen Ziele weitergehend: Politische Unabhängigkeit, liberale Demokratie, wohl auf einer ökonomisch kapitalistischen Grundlage.

Aber behindern nicht interne Widersprüche unter den Menschen in West-Papua selber die Erreichung dieser Ziele? Gerade in den letzten Wochen gab es wieder sogenannte Stammeskriege zwischen den Amugme und benachbarten Clans, unter anderen den Dani, die auch mehrere Tote gekostet haben.

Diese Stammeskriege brechen in der Regel wegen kleinerer Probleme aus. Wenn etwa ein Mann aus dem einen Clan eine Frau aus einem anderen Clan vergewaltigt. Oder wenn die Schweine des einen Clans die Gärten des anderen durchwühlen und zerstören. Aber gegen die indonesischen Besatzer sind sich alle einig. Bei solchen Stammeskriegen halten sich übrigens das indonesische Militär und die Polizei heraus. Sie schauen zu, wie sich die Menschen gegenseitig töten. Sie lassen die Clans gegeneinander kämpfen. Das gehört zu ihrer Strategie des Teile und Herrsche.

Wie wird es weitergehen?

Die Jugend in West-Papua läßt die alten Führer hinter sich. Sie geht voran. Die Schüler und Studenten in den Städten sind sehr aktiv. Sie machen Demonstrationen und Protestveranstaltungen sowie "stillen Widerstand". Darauf ruhen große Hoffnungen. Unser Kampf wird noch lange dauern. Wir müssen die jungen Leute lehren, den Kampf fortzuführen.

Ottis, vielen Dank für dieses Gespräch.

29. Irak: Metropolen sichern ihre Geldquelle. Antwort auf "Rückkehr und Reformen" in ak 399

Antwort auf "Rückkehr und Reformen" von Fischer-Tahir/Pommerening in ak 399

Autor: Thomas Uwer, wadi e.V. · Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:12

"Die politische Niederlage der USA fällt zusammen mit dem Auseinanderbrechen der Koalition, die bislang die Stabilität am Golf gesichert hat." (Henry Kissinger in der Los Angeles Times)

Als in den ersten Septembertagen vergangenen Jahres irakische Regierungstruppen in die bis dato befreite, das heißt zumindest nicht unter dem Joch des irakischen Zentralregimes stehende, kurdische Stadt Arbil einmarschierten, brach die für den befreiten kurdischen Teil des Iraks gültige Nach(golf)kriegsordnung in sich zusammen. Die Invasion der Regierungstruppen, während derer die irakischen Sicherheits- und Geheimdienste Viertel für Viertel der Stadt, Gefängnisse und Krankenhäuser nach Oppositionellen durchkämmten, um - ihrer habhaft geworden - sie in die Geheimdienstknäste von Mossul und Kirkuk zu verschleppen oder gleich in der nächsten Seitenstraße zu erschießen, war eine logische Folge der Irakpolitik der westlichen Golfkriegs-Allianz. Gleichwohl hatte niemand sie erwartet. Nach dem Umbruch vom US-amerikanisch dominierten Anti-Irak-Regime zu einem neuen, Hussein-freundlichen Interim-Regime in Irakisch-Kurdistan, dessen kurdischer Hauptprotagonist Barzani zwar mehr Land, dafür aber nicht mehr die auch nur nominale Macht, es nach Gutdünken zu verwalten, besitzt, ist die Solidaritätsbewegung für Irakisch-Kurdistan paralysiert.

In ak 399 schrieben Andrea Fischer-Tahir und Christian Pommerening: ",Der Traum (von Emanzipation) ist aus`, müssen wir uns spätestens eingestehen, seit mehrere tausend vermeintliche CIA-Agenten kampagnenartig aus dem Nordirak ausreisten und nach Guam geflogen wurden." Gleichzeitig greifen sie einen von US-amerikanischen Menschenrechts-Organisationen verfaßten und von deutschen Organisationen (1) in der taz veröffentlichten offenen Brief an US-Präsident Clinton an, der einen Schutz der kurdischen Zivilbevölkerung, mithin die Rückkehr zum Status Quo forderte. Dieser Status Quo bietet Menschen nicht die Freiheit vor Ausbeutung, Unterdrückung und Verfolgung, wohl aber die Sicherheit vor dem systematischen Staatsterrorismus der irakischen Regierung, vor Deportationen und Giftgasangriffen. Die dem Zitat inhärente Aussage, daß der Traum von Emanzipation zu Ende sei, wenn amerikanische Organisationen aus dem Land fliehen, ist bitter; dennoch ist sie wahr. Daß es 1991 eine kurdische "Befreiung" gegeben hat, die mehr war, als ein gerechter aber hoffnungsloser Aufstand einer gequälten und gegängelten Bevölkerung, aber auch nicht mehr werden konnte, als ein unhaltbarer Status Quo, eine "Republik der Staatenlosen" (2), liegt in der von den USA dominierten Irak-Politik seit 1991 begründet.

Pax Americana

Ohne Zweifel sind die USA die wichtigste imperiale Macht im Nahen-Osten. Kein anderer Staat verfügt über eine vergleichbare militärische Präsenz in der Region (3) und über ein ähnliches wirtschaftliches und politisches Bündnissystem zu SaudiArabien, den Emiraten und der Türkei. So kann es niemanden verwundern, daß gerade die US-Regierung 1990 die Führung der Anti-Irak-Koalition übernahm und auch nach dem Ende des Golfkrieges die westliche Irak-Politik dominierte. Diese zielte trotz einer vorübergehenden Konsolidierung des Hussein-Regimes langfristig auf dessen Ablösung und stützte sich dabei maßgeblich auf zwei Strategien: Die Beibehaltung des seit Mitte 1991 geltenden Embargos zur Schwächung und inneren Isolierung der irakischen Führungsclique und der Aufbau einer Elite, die nach Husseins Ende an der Spitze des irakischen Staates installiert werden sollte. (4) Die seit 1991 befreiten Gebiete des kurdischen Nordiraks stellten zugleich das Operationsgebiet als auch die Rechtfertigung dieses strategischen Konzeptes dar. (5) Die Pax Americana bedeutete für die irakischen Kurden Not und Unfreiheit (durch das anhaltende Embargo) und Schutz vor dem irakischen Regime zugleich.

Weniger der Einmarsch von Husseins Truppen im kurdischen Nordirak als vielmehr die vollkommene Unfähigkeit der Clinton-Regierung, ihre Interessen im Irak - und damit die irakischen Kurden - zu schützen, demonstrierte das endgültige Scheitern der amerikanischen Hegemonie in der Irak-Politik. Beim Einmarsch irakischer Regierungstruppen in Arbil wurden nahezu sämtliche Operationsstrukturen des CIA und der

US-nahen irakischen Opposition zerstört. Saudi-Arabien und die Türkei, selbst Kuwait, untersagten dem US-Verteidigungsministerium einen Einsatz der dort stationierten US-Militäreinheiten gegen den Irak. Sowohl die Versuche des damaligen US-Außenministers Christopher, die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates zu einer Rücknahme der erst im Juli 1996 verabschiedeten Embargolockerung gegen den Irak zu bewegen, als auch die Verhandlungsangebote des US-amerikanischen Nah-Ost-Experten Pelletreau an die kurdischen Parteien scheiterten kläglich. So weigerte sich der türkische Ministerpräsident Erbakan schlicht, US-Verteidigungsminister Perry zu empfangen, und während Barzani zu dem Treffen mit US-Unterhändler Pelletreau lediglich einen subalternen Parteifunktionär in die Türkei entsandte, empfing er zeitgleich den irakischen Außenminister Tarik Aziz und Husseins Sohn Udai zu Gesprächen in seiner Parteizentrale. Symptome, die den Zusammenbruch der US-amerikanischen Hegemonie in Irakisch-Kurdistan beschreiben und prospektive den irakischen Kurden ein nahes Ende ihrer Befreiung ankündigen.

Ausnahmezustand

als Norm

Seit der Befreiung vom Regime Husseins, ist die Region gänzlich abhängig vom illegalen Grenzschmuggel zur Türkei und dem Iran und vor allem von westlichen Hilfsorganisationen, deren Projektmittel ca. 80% des wirtschaftlichen Gesamtvolumens ausmachen. Die Kontrolle dieser Hilfsmittel kommt einer Kontrolle der Region praktisch gleich. Über fünf Jahre wurde Irakisch-Kurdistan mittels einer immens aufwendigen Hilfspolitik abhängig und doch am Leben gehalten. Außenpolitische Eskapaden der kurdischen Parteien verboten sich alleine schon aufgrund ihrer Abhängigkeit vom Hilfsbudget der westlichen Geberstaaten. Die großen kurdischen Parteien formierten sich folglich um reaktionäre, regionale Machteliten, die in der Lage waren, ein Verteilungssystem zu organisieren, mittels dessen die Hilfsmittel akkumuliert werden konnten.

Die Dialektik der amerikanischen Irakpolitik, die darauf abzielte, korrumpierbare Verbände zu schaffen, die aufgrund der permanenten Sorge um die Sicherung konkreter Eigeninteressen an die Geberstaaten gebunden sind, zeigte sich zugleich in der fortschreitenden Destabilisierung der Region. Die territoriale Ausweitung der als Parteien konstituierten regionalen Interessenverbände nämlich sicherte jenen auch einen Zuwachs an Kontrolle über ortsgebundene Hilfsprogramme und damit eine Ausweitung konkreter wirtschaftlicher Macht, die von der Schaffung von Arbeitsplätzen bis zum strategischen Einsatz von Hilfsprojekten zur Befriedung von Aufständen reicht. Es durfte niemanden verwundern, daß die Banden, die man zu solchen gemacht hatte, sich auch entsprechend verhielten. Der latente Konflikt zwischen den beiden größten kurdischen Parteien PUK (Patriotische Union Kurdistans) und KDP (Kurdische Demokratische Partei) schlug 1994 in einen offenen Krieg um Einfluß und Ländereien um, zu dessen Finanzierung sich die Parteien den Nachbarstaaten Iran und Türkei andienten.

Der latente Ausnahmezustand im kurdischen Nordirak konnte für die US-amerikanische Regierung nur so lange kontrollierbar sein, wie auch die übrige Irakpolitik dem Diktum der Absetzung Husseins folgte und niemand den Kurden eine Alternative zu bieten hatte. Mit Hilfe von Hilfsprogrammen haben sich seit 1992 - neben dem Iran und der Türkei - auch europäische Staaten in die Region eingekauft. Die Bundesregierung hat im kurdischen Nordirak von Beginn an auf den richtigen Kandidaten Barzani gesetzt. So gehört die Finanzierung der "Vertretung der irakischen Kurden", die per Postfachadresse in St. Augustin bei Bonn residierende Deutschland-Vertretung der KDP, genauso zur deutschen Irakpolitik seit 1992, wie die Kanalisierung von Hilfsmitteln, die in den kurdischen Nordirak fließen. Anfang bis Mitte 1996 wurden alleine vom Auswärtigen Amt rund 1,6 Millionen DM für Hilfsprojekte im kurdischen Nordirak zur Verfügung gestellt. Deutsches wie internationales Rotes Kreuz erhielten hiervon 850.000 DM, Organisationen, die im KDP-kontrollierten Badinan arbeiten erhielten 688.000 DM, im Vergleich zu 141.000 DM, also knapp 8,5%, die in den PUK kontrollierten Süden der Region flossen.

Entgegen der Vorstellung der USA, die irakische Führungsclique um Hussein müsse zumindest personell abgelöst werden, zielt die Politik der europäischen Mitglieder der Golfkriegsallianz und Rußlands schon seit geraumer Zeit auf eine Rehabilitierung des Regimes. Solange aber keine Alternative in Aussicht stand und das Veto der US-amerikanischen Vertreterin im UN-Sicherheitsrat Allbright jede Embargolockerung verhinderte, stellten diese Zuwendungen an kurdische Bündnispartner lediglich Investitionen in eine ungewisse Zukunft dar.

Im Sommer 1995 noch handelten die USA unter der Androhung, ihre Hilfsmit-tel einzufrieren, einen Waffenstillstand zwischen den kurdischen Parteien aus. Seitdem war die Region faktisch zweigeteilt, was beiden Parteien zumindest vorübergehend von Nutzen war. KDP und PUK regierten die von ihnen kontrollierten Gebiete faktisch in Alleinherrschaft und waren so in der Lage, ihre administrativen und militärischen Strukturen auszubauen. Auf beiden Seiten entstanden Ministerien, die vom Apparat der Partei nicht zu trennen sind und mit Hilfe derer die Parteien in der Lage waren, sowohl große Teile der Hilfsmittel zu akkumulieren, als auch lokale Oppositionsgruppen zu vereinnahmen oder im Zweifelsfall auszuschalten. (6) Den Verlust der regionalen Hauptstadt Arbil, die 1994 von PUK-Verbänden erobert wurde, konnte KDP-Chef Barzani solange verkraften, wie die Stadt ihre Funktion als Handelszentrum und Verkehrsknotenpunkt aufgrund der Abtrennung vom irakischen Markt nicht erfüllte. Diese Situation hatte sich im Sommer 1996 grundsätzlich verändert.

Daß das Embargo Hussein nicht gestürzt, die irakische Bevölkerung aber in extreme Armut getrieben hatte, war zum wichtigsten Argument für die schleichende Rehabilitierung des Regimes geworden. Um die finanziellen Defizite des UN-Hilfsprogrammes im Irak zu decken (7), wurde das seit 1992 diskutierte "food for oil"-Programm realisiert. Im Juli 1996 unterzeichneten die USA als letzter der Staaten mit ständigem Sitz im UN-Sicherheitsrat die Resolution 986, die dem Irak einen begrenzten Ölverkauf zur Sicherung der humanitären Versorgung der Zivilbevölkerung erlaubt. Ab Mitte 1997 werden halbjährlich rund 300 Millionen US-Dollar (ca. 30% der Gesamteinnahmen aus dem Ölverkauf) in den kurdischen Nordirak fließen. Diese Mittel werden zum überwiegenden Teil über die lokale Administration oder die ihr angegliederten lokalen Hilfsorganisationen fließen. Wenn diese frühzeitig kollabiert, wird auf bewährte irakische Strukturen zurückgegriffen werden müssen.

Die wenigen eigenständigen wirtschaftlichen Bereiche der Region, vor allem die Landwirtschaft, werden in Folge der Resolution 986 schlicht zusammenbrechen, da die meisten der Hilfsmittel in Form von Fertiggütern über benachbarte Drittstaaten importiert werden müssen. Damit entsteht absehbar ein Abhängigkeitssystem, das die Machtstrukturen der herrschenden Elite konsolidiert, indem es die Bevölkerung zur sanktionierten Untätigkeit zwingt. Gleichzeitig fordert die Durchsetzung der Resolution eine zentrale, zumindest quasistaatliche Organisation der Verteilung, die den kurdischen Nordirak wirtschaftlich kompatibel zum Zentral und Südirak macht. (8) Diese Kompatibilität ist nur gewährleistet, wenn eindeutige Machtstrukturen im kurdischen Nordirak herrschen und das innerirakische Embargo zwischen der Zentralregierung und den kurdischen Gebieten aufgehoben wird.

Dem entspricht, daß die irakischen Erdöl-Pipelines durch kurdisches Gebiet verlaufen. KDP-Chef Barzani hat sehr gut verstanden, daß die Resolution 986 eine potentielle Nachkriegslösung beinhaltet, die eine Umorientierung in Richtung der irakischen Zentralregierung verlangt. Seine Kollaboration mit Hussein zum rechten Zeitpunkt erlaubte ihm, sich als alleiniger Statthalter der kurdischen Gebiete unter Husseins Gnade anzudienen und gleichzeitig den Rivalen Talabani zu überfallen, bevor dieser das Lager wechseln konnte.

Welche Auswirkungen die UN-Resolution 986 für die eigene Irakpolitik schon vor ihrer Ratifizierung zeitigte, erkannte das USamerikanische Außenministerium offensichtlich erst, als es schon zu spät war. Keine einzige US-amerikanische Organisation - weder humanitäre noch nachrichtendienstliche - befindet sich mehr im kurdischen Nordirak. Als Option bleibt den USA lediglich noch eine militärische Intervention, die ihre Bündnisstaaten allerdings schon im September (als gute Gründe vorlagen) kategorisch ablehnten.

Die europäische Option

"Tariq Aziz und Saab Kasim Hamudi betonten, daß die irakische Regierung mit den Kurden ‚keine Probleme` habe. (...) Martsch sprach sich in allen Treffen für die Aufhebung des Embargos aus, da dieses keinen positiven Zweck mehr erfülle. Es diene lediglich den wirtschaftlichen und strategischen Interessen der USA.", berichteten die Nordrhein-Westfälischen Grünen in einer Pressererklärung zum Besuch ihres "Kurdistan-Experten" Siegfried Martsch in Bagdad. Der Zusammenbruch der US-amerikanischen Irakpolitik hat den am stärksten involvierten europäischen Geberländern Frankreich und Deutschland die Hegemonie im Nordirak beschert. Erstmals besitzen sie die uneingeschränkte Option auf ein Gebiet, das strategisch für den gesamten Nahen Osten relevant ist, ohne an die Direktiven einer US-amerikanisch dominierten Politik gebunden zu sein. Ein Umschwenken Deutschlands und Frankreichs und damit die Zurücknahme ihrer Unterstützung für Hussein, hätte dessen und Barzanis Coup im Nordirak vereitelt. Da dieser Coup aber

zuallererst einer gegen die USA war, kann Hussein sich seiner Partner gewiß sein. Die Kumpanei des grünen Anti-Golfkriegs-Veteranen Siegfried Martsch mit der irakischen Führungsclique zeigt tatsächlich, daß "das internationale Hilfsbusiness eine Führungsmacht wie die USA braucht" (Fischer-Tahir/Pommerening; ak 399) - als Feindbild und Begründung ihrer eigenen Hegemonialinteressen. Während die US-amerikanische Regierung auf den Druck der Öffentlichkeit (9) hin im Oktober beschloß, weitere 4.000 Kurden aus dem Nordirak zu evakuieren, verhandelten europäische Organisationen schon mit der irakischen Regierung über die Konditionen einer künftigen Zusammenarbeit.

Trotz der zu erwartenden immensen Hilfsmittel aus dem "food for oil"-Programm, wurde das Hilfsprogramm der europäischen Staaten ausgeweitet. Das zuständige Direktorat der EU-Hilfskommission ECHO (European Community Humanitarian Organization) forderte im November in einem dringenden Schreiben die europäischen Hilfsorganisationen auf, die Arbeit wiederaufzunehmen, während die UN-Organisationen vor Ort ankündigten, nur solche NRO (Nicht-Regierungs-Organisationen) könnten innerhalb des "food for oil" Programms arbeiten, die in Bagdad akkreditiert sind. Mit diesem Förderprogramm honorieren sie die Einsicht der kurdischen Bandenführer, daß sich im Irak auf Dauer keine Politik ohne Hussein machen läßt. So führt der Kirchliche Entwicklungsdienst (KED) z.B. seit Sommer 1996 sein bisher größtes Einzelprojekt in Höhe von 5,6 Mio DM ausgerechnet über die KDP-eigene Organisation KRO (Kurdistan Reconstruction Organization) durch (10) - Belohnung für getane Arbeit und Versprechen für die Zukunft. Während sich die kurdischen Parteien noch intern über die Abwicklung der Region streiten, steht außer Frage, daß Husseins Regime die Kontrolle über den Nordirak mittelbar wiedererlangt hat.

Zweifellos sind die Ursachen der kurdischen Misere im Nordirak in den strukturellen Fehlern der US-amerikanischen Irakpolitik zu suchen. Da es den USA vielmehr als nur um die Ölquellen, nämlich um die Sicherung ihrer Interessen (gegen den Iran) im gesamten Nahen Osten ging, lag auch die Legitimation nahe, man würde für eine Demokratisierung des Irak und einen effektiven Schutz der Kurden kämpfen. Die Kluft, die zwischen den propagierten Zielen und der praktischen Politik bestand, hat eine Kritik einfach gemacht. Die Trümmerlandschaft, die die amerikanische Irakpolitik hinterlassen hat, wird nun besiedelt von Staatsunternehmen, die weder den Kurden Sicherheit noch allen Irakern Demokratie auch nur versprechen. So setzte der französische Staatschef Chirac seiner von den USA heftig kritisierten Nahost-Reise noch eins drauf und traf sich mit Vertretern der irakischen Regierung zu Verhandlungen. Ende März erwarb die russische Regierung für 3,5 Milliarden US-Dollar die Förderrechte für ein irakische Ölfeld - der Vertrag tritt mit Aufhebung des Embargos in Kraft. Wie kommt es, daß deutsche Kurdistan-UnterstützerInnen just dann den amerikanischen Imperialismus entdecken und angreifen, wenn er nicht mehr funktioniert und seine Agenten ermordet oder geflohen sind? Woher stammt die Angst, mit "der Forderung an die USA, ihre Führungsrolle in der UNO auszunutzen" (a.a.O.) vor einem Feind zu "kapitulieren", der selbst schon die Kapitulation eingereicht hat.

Thomas Uwer, wadi e.V.

Anmerkungen:

1) Der Aufruf war u.a. von Amnesty International USA, Human Rights Watch und Refugees International unterzeichnet. Die angesprochenen deutschen Organisationen waren medico international e.V. und wadi e.V.

2) So der Titel eines vielfach veröffentlichten Textes von Ralf Bäcker und Ronald Ofterdinger.

3) Hier sind das Nato-Oberkommando Süd-Europa in Neapel und die dort stationierte, nicht der NATO unterstellte, 6. US-Flotte zu erwähnen, die den USA jederzeit ein schnelles Eingreifen ermöglicht.

4) So waren die in der ersten Evakuierungswelle im September 1996 aus dem Irak gebrachten Kurden in der Hauptsache nicht - wie in der hiesigen Presse eifrig kolportiert wurde - CIA-Agenten, sondern Mitarbeiter der pro-amerikanischen irakischen Opposition.

5) Dem Zusammenbruch dieses Systems folgte in den USA eine heftige Debatte um die Neubestimmung US-amerikanischer Außenpolitik. Einige wichtige Beiträge wurden in Kurdistan aktuell Nr.48/49, Nov./Dez. 1996 dokumentiert.

6) So z.B. die Bauernbewegung in der Region Pishder, deren angebliche "Rädelsführer" von der PUK im Herbst 1995 verhaftet und später ermordet wurden.

7) Dieses Defizit ist u.a. durch die Zahlungsverweigerung europäischer Staaten entstanden. Vgl. Midterm Review des UN-DHA Genf 1995/1996.

8) Wie z.B. die schrittweise Angleichung der unterschiedlichen Währungskurse.

9) Die Frage der Sicherheit der kurdischen Zivilbevölkerung bestimmte - im Gegensatz zu Europa - wochenlang die Titelseiten der großen amerikanischen Blätter. New York Times und Washington Post veröffentlichten Kommentare und Aufrufe, die von der Regierung eine Evakuierung gefährdeter Personen forderten.

10) Siehe epd-Entwicklungspolitik, 21/96.

30. Solidarität als Entsorgung? Warum deutsche InternationalistInnen in aller Welt "KZs" entdeck(t)en

Warum deutsche InternationalistInnen in aller Welt "Faschismus" und "KZs" entdeck(t)en

Autor: Spirit of Resistance · Rubrik: Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:09

Den folgenden Diskussionsbeitrag haben wir der Zeitschrift "Spirit of Resistance - halbjährliche Irlandzeitung" (Frühjahr 1997) entnommen. Der Text wurde von der ak-Redaktion um etwa ein Drittel gekürzt. Die vollständige Fassung gibt's bei "Spirit of Resistance" c/o Irland-Gruppe, Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld.

(...) Wir kommen zu dem Schluß, daß der NS externalisiert (nach außen verlagert) und Antisemitismus als eine Begleiterscheinung des NS verstanden wurde. In Bezug auf Irland wurde beispielsweise durch die Bezeichnung des Internierungslagers Long Kesh als "KZ" oder "Massen-KZ" der britische Imperialismus als im Prinzip dem NS wesensgleich dargestellt. Diese Externalisierung führt zu einer Relativierung des NS und seiner Verbrechen.

Diese Externalisierung begreift den NS und Auschwitz als bloße Beispiele imperialistischer Politik und als verschärften Angriff auf politische GegnerInnen (ähnlich wie später in Vietnam, Chile oder Irland). Damit gelingt es, im Rahmen internationaler Solidarität sich selbst als auf Seiten der (sich wehrenden) Opfer stehend darzustellen. Die "irischen Massen" waren hierbei als Stellvertreterbewegung geeignet, weil sie gegen den britischen Kolonialismus und Imperialismus historisch und aktuell Widerstand leisteten. Damit erlaubten sie eine Identifikation, die hier mit den "deutschen Massen" nicht möglich war. Eine Identifikation allerdings, die mit dem weitgehenden Ausblenden von Widersprüchen auch in diesen Befreiungsbewegungen erkauft wurde.

Zwar war keiner und keine von uns dabei, als in den frühen 70er Jahren westdeutsche Irland-Komitees ihre Flugblätter und Broschüren verfaßten. Doch wir wissen, daß die politischen Vorstellungen der Neuen Linken, als deren Teil wir uns verstehen, maßgeblich in dieser Zeit geprägt worden sind und Auswirkungen auf unser Verständnis und unsere Politik hatten und haben. Dies trifft auch auf das Anti-Imperialismus-Verständnis zu, das wesentlich Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre entwickelt wurde und verschiedene Bereiche der Neuen Linken geprägt hat, auch wenn dies heute nicht mehr immer offensichtlich ist.

Im folgenden versuchen wir eine Betrachtung ausgehend von den frühen 70er Jahren. Wir stützen uns dabei auf einige Texte der damaligen Irland-Gruppen sowie auf Dokumente der RAF. Letztere haben wir vor allem herangezogen, da wir sie für die Entwicklung des Anti-Imperialismus-Verständnisses innerhalb der Neuen Linken in der BRD für wesentlich halten. Zudem sind sie im Gegensatz zu anderen Publikationen der Zeit gut zugänglich.

Aus unserer Beschränkung auf die internationale Solidarität ergibt sich, daß "innenpolitische" Aspekte, beispielsweise die damaligen Diskussionen ob und in wieweit die BRD ein faschistischer Staat ist, unberücksichtigt bleiben. Zudem berücksichtigen wir im folgenden die Palästina-Solidarität nicht, da sie eine gesonderte Auseinandersetzung erfordert.

Externalisierung des NS

Ausgangspunkt für unsere Politik ist, daß die nationalsozialistische Vergangenheit der BRD auf verschiedenen Ebenen von Bedeutung ist. Neben der allgemein in Publikationen oft beschriebenen strukturellen und personellen Kontinuität in den Bereichen Wirtschaft, Justiz und Politik zählen wir auch den weniger oft genannten individuellen Bereich dazu. Denn die politisch Aktiven der späten 60er und frühen 70er Jahre hatten in der Regel Eltern, die in der Hitlerjugend bzw. im Bund Deutscher Mädel aktiv waren, deren Väter häufig Soldaten der Nazi-Wehrmacht waren. Hatten Eltern, Großeltern, Onkel und Tanten, die überwiegend davon ausgingen, daß manche Menschen mehr wert sind als andere und die antisemitisch und rassistisch waren (und sind).

Wir gehen weiter davon aus, daß sich die Auswirkungen dieses Aufwachsens in einer TäterInnengesellschaft nicht einfach durch ein "Links-Sein" von heute auf morgen aufheben werden. Wir haben bestimmte Klischées,

Vorstellungen und Werte mitbekommen, und diese haben einen Einfluß auf uns und damit auch auf unsere Politik. Wir sind hierbei nicht einfach Opfer einer gesellschaftlichen und individuellen Sozialisation, vielmehr Produkte derselben, was je nach Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnis auch bedeuten kann, an Macht, Privilegien und Unterdrückung teilzuhaben.

Die Revolte gegen autoritäre Elternhäuser, gegen die Verstrickung der Eltern, Großeltern, Onkel und Tanten im NS und gegen den Mief der 50er Jahre schien für einige Linke auch eine Abkehr ganz besonderer Art zu beinhalten: die Externalisierung des NS-Staates und des von ihm ausgehenden industriellen Massenmordes. Mit Externalisierung meinen wir, daß das System des NS und die von ihm ausgehenden Verbrechen auch nach außen, in andere Länder, verlagert wurden. Alternativ wäre auch der Begriff "Universalisierung" vorstellbar, den wir jedoch für nicht so geeignet halten, da es sich nicht um eine unspezifische Verlagerung des NS "in alle Welt" handelte, sondern um eine spezifischere, die Analogien zwischen NS und imperialistischer Politik zog. Externalisierung muß hierbei nicht bedeuten, daß das reale Stattfinden des NS hier verneint wurde.

Das "KZ Long Kesh"

Einige Beispiele: Das Irland-Info des Hamburger Irland-Komitees titelte 1972: "Südirland erlebt sein 1933". Der Hintergrund für diese Meldung war die Einführung von Notstandsgesetzen im Süden Irlands, die u.a. das Festhalten von verdächtigen Personen für bis zu sieben Tage ohne richterlichen Haftbefehl ermöglichten. Bei dem Zitat fällt auf, daß 1933 ausschließlich als staatlicher Angriff auf politische GegnerInnen begriffen wird. Die Bedeutung des Machtantritts der Nazis für Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti, Schwule und Lesben, für alle von den Nazis entlang sozialer, rassistischer oder antisemitischer Kriterien als "minderwertig" eingestufter Menschen bleibt außen vor.

1974 brachte das Westdeutsche Irland-Solidaritätskomitee (WISK) die Übersetzung des bekannten irischen Widerstandsliedes "Men behind the Wire", zu deutsch: "Männer hinter'm Stacheldraht" heraus. In dieser Übersetzung wurde "wire" jedoch nicht mit "Stacheldraht", sondern mit "KZ-Zaun" übersetzt. Das Lied bezieht sich eindeutig auf die Internierten im Internierungslager Long Kesh.(1) Auch in weiteren Texten ist immer wieder von "KZ Long Kesh", "Massen-KZ" und ähnlichen Ausdrücken die Rede. Eine bundesdeutsche Linke, die auf diese Weise den Begriff "Konzentrationslager" verwendet und "Stacheldraht" mit "KZ-Zaun" übersetzt, will eine Analogie zu den Lagern des NS herbeiführen.

Hierbei handelt es sich nicht um sprachliche Spitzfindigkeiten unsererseits. Vielmehr wurden seinerzeit - und nicht nur in Irland-Zusammenhängen - Begriffe wie "KZ" und "Faschismus" explizit zur Beschreibung von Lagern bzw. Systemen in zahlreichen Ländern eingesetzt. (...)

Wir denken, daß es sich hierbei nicht "nur" um eine einfache Übertreibung handelte, beispielsweise um die breite oder auch nur die linke Öffentlichkeit auf besonders schlimme Zustände in anderen Ländern aufmerksam zu machen (was an sich zu kritisieren wäre), sondern vielmehr eine Externalisierung des NS und seiner Verbrechen. Die Situation in Irland wurde quasi als "Neuauflage" des NS beschrieben (...). Der NS fand auch in der Jetztzeit statt, in Irland, Vietnam, Chile, Portugal...

"Auschwitz

ohne Gaskammern"

Daß es sich bei der Verwendung von "KZ" eindeutig nicht um ein einfaches Übernehmen der auch in Irland teilweise geläufigen Verwendung von "concentration camp" handelt (was selbstverständlich auch schon zu kritisieren wäre), zeigt ein weiteres Beispiel: Der "Irische Volkskampf" (Nr.2, 1973) veröffentlichte das Gedicht eines Berliner Genossen, obwohl die Redaktion in einer kurzen Vorbemerkung den "etwas moralisierenden Tonfall" bemängelt - womit vermutlich nicht der folgende Abschnitt, sondern die zu geringe Bezugnahme auf die werktätigen Massen gemeint war. Aber weil aus seinen Zeilen "eine tiefe Sympathie für den Kampf des irischen Volkes und eine wirkliche Ablehnung imperialistischer Unterdrückung spricht", wurde das Gedicht trotzdem abgedruckt. U.a. heißt es darin: "du weißt von auschwitz, kollege. ist lange her, sagst du. auschwitz ohne gaskammern heißt long kesh im norden der grünen insel."

"Auschwitz ohne Gaskammern" als Symbol für die Lager, die es überall auf der Welt gibt, Long Kesh als nahtlose Fortsetzung nationalsozialistischer Konzentrations- und Vernichtungslager, der britische Imperialismus in Irland als im Prinzip dem NS wesensgleich: Eine solche Sichtweise ist nur ohne eine

tiefergehende Auseinandersetzung mit dem NS denkbar. Sie ist nur denkbar, wenn Antisemitismus als Begleiterscheinung des NS und der NS nahezu ausschließlich als Angriff auf politische GegnerInnen - was er selbstverständlich auch war - verstanden wird.

Derartige Beispiele sind keineswegs nur für die Irland-Solidarität der 70er Jahre charakteristisch. Die RAF hatte schon Anfang der 70er Jahre in der Kommandoerklärung zum Anschlag in Heidelberg geschrieben: "Die amerikanische Luftwaffe hat in den letzten sieben Wochen mehr Bomben über Vietnam abgeworfen als im Zweiten Weltkrieg über Deutschland und Japan zusammen. Von weiteren Millionen Sprengstoffen ist die Rede, die das Pentagon einsetzen will, um die nordvietnamesische Offensive zu stoppen. Das ist Genocid, Völkermord, das wäre die ‚Endlösung` das ist Auschwitz.

Die Menschen in der Bundesrepublik unterstützen die Sicherheitskräfte bei der Fahndung nach den Bombenattentätern nicht, weil sie mit den Verbrechen des amerikanischen Imperialismus und ihrer Billigung durch die herrschende Klasse hier nichts zu tun haben wollen. Weil sie Auschwitz, Dresden und Hamburg nicht vergessen haben, weil sie wissen, daß gegen die Massenmörder von Vietnam Bombenanschläge gerechtfertigt sind." (2)

Hierin macht der Satz "Das ist Genocid, ... das ist Auschwitz" eine Sichtweise deutlich, welche die gesamte industrielle Massenvernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen durch die Nazis einfach als eine Art des imperialistischen Völkermordes begreift, wie sie später in anderen Teilen der Welt, und eben auch in Vietnam, praktiziert worden ist. Daß Auschwitz nicht einfach "nur" für einen imperialistischen Krieg mit einer brutalen Ermordung der Zivilbevölkerung, sondern für die geplante industrielle Massenvernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen steht - diese gesamte Dimension fehlt. (...)

Warum Externalisierung?

Unserer Ansicht nach läßt sich diese Externalisierung nur vor dem Hintergrund der Generation begreifen, die in den späten 60er und frühen 70er Jahren politisiert wurde bzw. politisch aktiv war. Sie muß die damaligen Bedingungen berücksichtigen. Einige Aspekte seien hier kurz angerissen:

Zu Hause: In der Regel hat es sich um Menschen gehandelt, deren Eltern den NS erlebt haben - und das heißt in der Regel nicht dagegen Widerstand (in welcher Form auch immer) geleistet haben. Diese Elterngeneration hat zum ganz überwiegenden Teil ihre Vergangenheit nicht bearbeitet, sondern antisemitische und rassistische Vorstellungen an ihre Kinder weitergegeben. Mit der Verantwortung, die sich unserer Ansicht nach auch aus der Verstrickung der Eltern in den NS ableiten sollte, ist extrem schwer umzugehen - auch heute.

Gesellschaftlich: Aber die Politisierung in dieser Zeit vollzog sich auch vor dem Hintergrund einer Geschichtsschreibung, die Hitler als den allein Verantwortlichen sah, der das deutsche Volk verführt hatte, dem - je nachdem - noch eine wirtschaftliche, bürokratische, juristische und militärische Elite zur Seite stand. Alternativ betonte die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung die Kapitalinteressen im NS einerseits und den Widerstand der ArbeiterInnenklasse andererseits. Das deutsche Volk bestand in der Sicht dieser Geschichtsschreibungen je nachdem aus Verführten oder aus KommunistInnen, die Widerstand geleistet hatten.

Antisemitismus: Wenngleich in den 60er Jahren einige Bücher zum Antisemitismus erschienen, so blieb eine breite Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus innerhalb der Neuen Linken weitgehend aus. Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß eine solche Auseinandersetzung oft nicht zum "Grundstock" linker Politik gehörte, sondern erst ab Mitte/Ende der 80er Jahre an Bedeutung gewann, zunächst primär aufgrund der Antizionismus-Diskussionen und nicht aufgrund einer Auseinandersetzung mit dem NS.

Zusammenfassend führt Moishe Postone aus: "In den späten sechziger Jahren und den frühen siebziger Jahren schenkte die Neue Linke der Geschichte der Arbeiterbewegung, besonders von 1918 bis 1923, und dem Widerstand gegen die Nazis weit mehr Aufmerksamkeit als der Geschichte des Nationalsozialismus selbst. Das Studium der Geschichte wurde zu einer Suche nach Identifikation - einer Suche, die angesichts der Nazivergangenheit besonders intensiv war. Eine historische Konfrontation mit dem Dritten Reich wurde dadurch jedoch umgangen. Das Bedürfnis nach Identifikation führte dazu, den Widerstand gegen Hitler überzubetonen. Dadurch wurde umgangen, sich mit der Popularität des Nazi-Regimes selbst auseinanderzusetzen. (...)

Sowohl die nicht-dogmatische Linke als auch die orthodoxen Marxisten neigten dazu, den Antisemitismus als Randerscheinung des Nationalsozialismus zu behandeln. Dadurch wurden die Naziverbrechen gegen die Menschlichkeit von der sozialhistorischen Untersuchung des Nationalsozialismus isoliert. Das Ergebnis ist, daß die Vernichtungslager entweder als bloße Beispiele imperialistischer (oder totalitärer) Massenmorde erscheinen oder unklärbar bleiben.

(...) konnte der Kampf gegen die autoritäre kapitalistische Gegenwart in der BRD, eine Gegenwart, der viele Momente von Kontinuität mit der Nazi-Vergangenheit anhaften, als direkter Kampf gegen den Faschismus interpretiert werden; ein Versuch, das Fehlen eines deutschen Widerstandes damals wie heute wieder gutzumachen. Solche Tendenzen beeinflußten die politische Diskussion in Frankfurt während der siebziger Jahre stark, die in hohem Maße durch die Auseinandersetzung mit der Theorie, Strategie und Taktik des westdeutschen Untergrunds bestimmt war." (3)

Internationalismus

als Antifaschismus

Auf der Ebene internationalistischer Politik läßt sich anschließen, daß mit einer solchen Vorstellung der Kampf gegen ein "1933 in Südirland" und gegen das "Auschwitz ohne Gaskammern" in Irland ein weiteres Element beinhaltete: Nicht nur der Kampf in der BRD, sondern auch die Solidarität mit Iren und Irinnen konnte als "direkter Kampf gegen den Faschismus interpretiert werden", wie Postone schreibt, wenn man Auschwitz erst einmal nach Irland externalisiert hatte.

Die nicht ganz unbedeutende Frage, was hätten wir an Stelle unserer Eltern 1933-45 gemacht, konnte so in einer Art Selbstversicherung aufgelöst werden, immer auf der Seite der Anti-FaschistInnen zu kämpfen. Dies schloß die Selbstversicherung ein, daß mensch es auch damals getan hätte. Die Verantwortung, die sich für eine BRD-Linke aus ihrer Geschichte ergibt, wurde (auch wenn es natürlich Brüche mit den Eltern gab) zugunsten eines allzu schnellen "Lernens aus der Vergangenheit" aufgegeben. Darin gab es keine genauere Auseinandersetzung mit dem NS in dem Sinne, daß gefragt wurde, warum denn so viele Menschen mitgemacht haben, welche Attraktivität der NS für sie hatte, welche Bedeutung Antisemitismus und Rassismus zukam und was dies alles für die Jetztzeit - und eben auch für linke Politik - bedeutete.

Auch wenn anderes beabsichtigt war, so besteht in einer so weitgehenden Externalisierung des NS und der von ihm ausgehenden Verbrechen doch die Tendenz zu seiner Relativierung. Es erscheint ironisch, daß sich eine Linke heute gegen genau solche Vergleiche von rechts ("NS=DDR") zur Wehr setzen muß.

Nation, Volk, Massen

Ein weiterer Punkt ist die Bedeutung der Massen, des Volkes. Denn auch die Politik der Neuen Linken war auf die Massen und "das Volk" ausgerichtet. Das Problem war eigentlich offensichtlich: Vereinfacht wurden die Massen in der BRD, das deutsche Volk, aufgrund der Klassenanalyse als revolutionäres Subjekt gesehen, hatten aber gleichzeitig eine - direkte oder indirekte - Vergangenheit im NS, was auch Auswirkungen auf die Situation in der BRD hatte (und hat).

Diese Problematik scheint beispielsweise auch in dem RAF-Konzept "Stadtguerilla und Klassenkampf" durch, in dem es einerseits heißt: "Genscher wäre nicht der Innenminister der herrschenden Klasse, (...) wenn er nicht alles, aber auch alles täte, um uns von den Linken, der Arbeiterschaft, der Bevölkerung zu isolieren, wenn er uns nicht ermorden ließe."

Wenige Zeilen später ist andererseits zu lesen: "Was erwarten die Genossen eigentlich in einem Land, das Auschwitz hat widerstandslos über sich ergehen lassen? Deren Arbeiterbewegung die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hat und deren Polizei die Geschichte der SS?"(4) (...)

Der Bezug auf "die Massen" und "das Volk" bleibt in diesen Zitaten insofern gebrochen, als daß diese den NS und Auschwitz nicht verhindert haben. Die massenhafte, aktive Teilnahme am NS und der Antisemitismus und Rassismus weiter Teile der Bevölkerung werden jedoch nicht problematisiert. Die Formulierung "Auschwitz widerstandslos über sich ergehen lassen" unterstellt dem großen Teil der Bevölkerung ein eher passives Hinnehmen als eine aktive Teilnahme.

Die angedeutete Problematik der Bezugnahme auf die Massen in der BRD, auf das deutsche Volk, könnte sich dahingehend ausgewirkt haben, daß die Massen in anderen Ländern ziemlich widerspruchslos als gut und aufrecht kämpfend wahrgenommen wurden. Sie führten nun den Kampf, den die überwiegende Mehrheit der Deutschen gegen den NS nicht geführt hatte. Sie stellten das gute Volk dar, mit dem sich ohne Wenn und Aber identifiziert werden konnte - eine Identifizierung, die hier (in dem Maße jedenfalls) nicht möglich war.

Der Preis hierfür war jedoch nicht gerade bescheiden: Das Nicht-Wahrnehmen von Widersprüchen auch in diesen Massen (seien es sexistische Verhaltensweisen und Unterdrückungsstrukturen, seien es Rassismus und Antisemitismus, seien es brutale Mittel revolutionärer Bewegungen) mußten letztendlich zu einem enttäuschten Sich-Abwenden führen, als diese Widersprüche nicht länger geleugnet werden konnten. Hierin könnte einer der Gründe für die Solidarität der Neuen Linken in der BRD liegen, die von einem Land zum nächsten wandert. (...)

Massen, Volk, Nation wurden in der internationalen Solidarität homogene Größen, die aufrecht und widerspruchslos kämpften. Thomas Haury untersuchte in einem Aufsatz die Palästina-Solidarität der 70er und 80er Jahre und weitergehend das "antiimperialistische Weltbild": "Das Modell war griffig: Ein Volk fordert seine Selbstbestimmung gegen fremde Herrschaft und imperialistische Ausbeutung. Herrschaft wurde auf Fremdherrschaft, Kapitalismus auf fremde Ausbeutung reduziert. Die notwendige und richtige Parteinahme für die aufständische Bevölkerung mutierte zur unkritischen Pauschalidentifikation mit den jeweiligen Befreiungsbewegungen. Was in erster Linie nationale Befreiungsbewegungen waren, das geriet der erfolgs- und perspektivlosen Metropolenlinken zur Stellvertreterbewegung, die die sozialistische Utopie an ihrer Statt verwirklichen könne. Dieser unkritische und identifikatorische Bezug auf die Kämpfe der nationalen Befreiungsbewegungen (...) führte zur unkritisch-affirmativen Besetzung der Begriffe Nation, Staat und Volk."(5)

Die "irischen Massen"

In Bezug auf Irland gestaltete sich dieses "Modell" etwas schwieriger, da aus dem Unabhängigkeitskrieg Anfang dieses Jahrhunderts der formal unabhängige südirische Freistaat entstanden war, der sich auf Teile der früheren nationalen Befreiungsbewegung gründete. Zwar konnte weiterhin auf die bestehende ökonomische Abhängigkeit von der alten Kolonialmacht verwiesen werden, der britische Kolonialismus konnte aber nicht mehr als alleinige Ursache allen Übels herhalten (beispielsweise für die reaktionäre Verfassung, die sich Südirland später gab).

Das Problem konnte über den Umweg der "irischen Massen" umgangen werden, die wiederum als revolutionäres Objekt für die westdeutsche Linke herhalten mußten. Dabei wird unter "Volk" und "Nation" einfach nur der Teil der Bevölkerung verstanden, der als revolutionäres Subjekt taugt ("die Massen"), der andere Teil wird zum Establishment. So kann die nationale Befreiung nach wie vor mit sozialer Befreiung verwechselt werden - wiederum nur um den Preis, daß Widersprüche und reaktionäre Tendenzen innerhalb einer nationalen Befreiungsbewegung weitgehend ausgeblendet werden.

Ein Blick in die irische Geschichte hätte gereicht: Aus der nationalen Befreiungsbewegung in Irland Anfang dieses Jahrhunderts rekrutierten sich beispielsweise die Leute der irischen "Blauhemden"-Bewegung, (orientiert an Mussolinis "Schwarzhemden"), die in den 30er Jahren nach Spanien gingen, um an Francos Seite zu kämpfen. Eine solche Entwicklung kann auch Teil einer nationalen Befreiungsbewegung sein - damals wie heute.

Doch die "irischen Massen" waren nicht nur als Stellvertreterbewegung geeignet, weil die BRD-Linke "erfolgs- und perspektivlos" (Haury) war, sondern auch, weil sie gegen den britischen Kolonialismus und Imperialismus, der als quasi nahtlose Fortsetzung des NS verstanden und dargestellt wurde, historisch und aktuell Widerstand leisteten. Damit erlaubten sie eine Identifikation, die hierzulande nicht möglich war. Denn trotz des Bezugs auf das "deutsche Volk" war die reale Erfahrung der damaligen BRD-Linken in den eigenen Familien in der Regel eine der Kontinuität nationalsozialistischen, antisemitischen und rassistischen Gedankengutes.

Was bleibt ?

In unserer Arbeit sind wir auf verschiedene Punkte gestoßen, die ihren Ausgangspunkt in der angerissenen Problematik haben. Beispielhaft sind hier eine zunächst unkritische Übernahme einer nationalistischen

Geschichtsschreibung aus Irland zu nennen. Das Wissen um die oben genannte "Blauhemden"-Bewegung und ihre Herkunft auch aus der nationalen Befreiungsbewegung kam erst später und durch eine sehr intensive Beschäftigung, die durch deutschsprachige Standardwerke zu Irland oder Parteipublikationen der Bewegung kaum zu erlangen ist.

Dieses Manko macht eine allgemeinere Folge des Ausrichtens an der nationalistischen Geschichtsschreibung deutlich: Unsere Geschichtsschreibung war weitgehend an den Ereignissen, die im Zusammenhang des nationalen Befreiungskampfes wesentlich waren, orientiert: 1916 Osteraufstand, 1919-1921 Unabhängigkeitskrieg, vielleicht noch der anschließende Bürgerkrieg bis Mitte der 20er Jahre. Aber weiter geht's dann erst 1968 mit dem Nordirlandkonflikt. Die Zeit dazwischen, in die auch das Entstehen der "Blauhemden" und die Verabschiedung der reaktionären Verfassung fällt - beides Ereignisse, für die auch Kräfte der ehemaligen nationalen Befreiungsbewegung verantwortlich waren: ein schwarzes Loch.

Auch die Geschlechterverhältnisse und ihre Verbindungen zum anti-kolonialen Nationalismus waren und sind häufig unterbelichtet. Während die Irland-Gruppen der frühen 70er Jahre in der BRD sich gar nicht dazu äußerten, daß beispielsweise in dem Lied "Men behind the wire" eben auch nur von Männern die Rede ist, geschah eine Annäherung unsererseits auch nur zögerlich und ist weiterhin problematisch. (6)

Als drittes Beispiel mag eine Terminologie dienen, die auch wir lange benutzt haben. Hierbei wird Nordirland als "künstliches Staatengebilde" bezeichnet, was der Tatsache Rechnung tragen soll, daß Irland durch den britischen Imperialismus geteilt wurde. Dies läßt unberücksichtigt, daß jeder Nationalstaat ein künstliches Produkt von Macht- und Herrschaftsverhältnissen ist und geht auf eine Haltung zurück, die von quasi "natürlichen" Nationen bzw. Nationalstaaten ausgeht. (...)

Wir bemühen uns, den hier benannten Punkten Rechnung zu tragen. Darüberhinaus versuchen wir, in Auseinandersetzungen mit GenossInnen aus Irland einige der Punkte anzusprechen und eine Fähigkeit zur Kritik zu bewahren. So haben wir z. B. die Verwendung des Hakenkreuzes zur Bezeichnung der nordirischen Polizei RUC in der Zeitung der irisch-republikanischen Gefangenen kritisiert.

Für eine Auseinandersetzung in der BRD halten wir es für notwendig, daß eine offene und ehrliche Diskussion in Gang kommt, daß sich beispielsweise Gruppen und Einzelpersonen mit ihrer politischen Geschichte auseinandersetzen und diese öffentlich reflektieren. Was im kleinen Rahmen am Kneipentisch möglich ist, muß öffentlich geführt werden, damit erkannte Fehler aufgearbeitet werden können. Wir hoffen, daß der vorliegende Artikel ein Beitrag dazu sein kann.

Spirit of Resistance (Redaktion)

Anmerkungen:

1) In Irland selbst ist z.T. auch die Bezeichnung "concentration camp" gebräuchlich, doch spielt sie eher auf die Konzentrationslager des britischen Kolonialismus, als auf die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nazis an.

2) RAF-"Kommando 15. Juli": Kommandoerklärung vom 25.5.1972 zum Bombenanschlag auf das Hauptquartier der US-Army in Europa in Heidelberg; zitiert nach: GNN: "Ausgewählte Dokumente zur Zeitgeschichte. Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF)", 2. Aufl. 1987, S. 28.

3) Postone, Moishe (1979): "Antisemitismus und Nationalsozialismus"; abgedruckt in: Redaktion diskus (Hg.): "Küß den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken", Berlin 1992; Zitat auf S. 425-427.

4) RAF (1972): "Stadtguerilla und Klassenkampf", zitiert nach: GNN 1987, S. 21.

5) Haury, Thomas: "Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus", in: L. Poliakov: "Vom Antizionismus zum Antisemitismus", Freiburg 1992, S. 140.

6) Siehe "Männer und Internationalismus", Spirit of Resistance, Nr. 2.

31. Die Goldhagen-Debatte - war's das schon?

Autor: Kt. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:14

Die Auseinandersetzung um Daniel Goldhagens Buch über Hitlers willige Vollstrecker oder Henker scheint bereits wieder beendet. Noch bevor sie ernsthaft beginnen konnte, war sie zur flachen Propagandaschlacht um allgemeinverständliche, talkshow-kompatible Schlagworte geworden, die keine Kenntnis des Buches, geschweige denn des Themas, voraussetzen. Wieviel von der Diskussion wirklich in den Köpfen hängen geblieben ist und über den Tag hinaus nachwirkt, ist nach bisherigen Erfahrungen ungewiß.

Daß der Streit begann, bevor das Buch in deutscher Sprache erschienen war, ist vermutlich noch nicht einmal der entscheidende Punkt. Sich vehement über ein Buch zu streiten, das man entweder nicht richtig gelesen oder inhaltlich nicht hinreichend verstanden hat, entspricht ohnehin dem allgemeinen Zug der Zeit, den man als charmante Oberflächlichkeit oder auch als schleichende Analphabetisierung bezeichnen könnte. Und der Autor, der sich während einer Podiumsdiskussion vom Publikum per Akklamation bestätigen läßt, daß im Saal niemand die durch und durch abwegige Meinung seines wissenschaftlichen Kontrahenten teile - wie von Goldhagen in Berlin gegen Mommsen vorgeführt -, ist leider eine höchst zukunftsfähige Figur.

Im Zentrum von Goldhagens Buch steht eine interessante Frage. Sie betrifft nicht nur die Motive und das Weltbild der unmittelbaren Täter, der direkt ausführenden Mörder und Mordgehilfen. Vielleicht noch wichtiger ist die Frage nach den Hunderttausenden von indirekten Tatbeteiligten und nach dem Verhalten von Millionen Deutschen in diesem Zusammenhang.

In den letzten Jahren sind eine Reihe von Büchern erschienen, die sich auf empirischer Grundlage genau mit dieser zentralen Frage nach der "deutschen Öffentlichkeit" und der deutschen Bevölkerung im Verhältnis zum Holocaust beschäftigen. (13). Goldhagen hat diese Arbeiten konsequent ignoriert und krönte diese Ignoranz noch mit der häufig wiederholten Behauptung, er sei so ziemlich der erste, der sich an das bisher unentdeckte Thema gewagt habe. Dabei hat er zur Frage selbst nicht nur nichts neues, sondern außer spekulativen Deduktionen überhaupt nichts beigetragen.

Im wesentlichen besteht Goldhagens nicht absolut neuartige Idee darin, von der Befindlichkeit der Täter, die er pauschalisierend als "gewöhnliche Deutsche" darstellt, auf die Stellung der breiten Bevölkerungsmehrheit zum Holocaust zu schließen. Ausgehend von der historisch ohne weiteres nachweisbaren Tatsache, daß Verbrechen, auch Völkermordtaten, in aller Regel überwiegend von "gewöhnlichen" Menschen begangen werden, kann man nach Goldhagens Methode ohne empirische Analyse fast alles behaupten, was man will.

Die Freiheit der Wahl

Zwei Hauptthesen hat Goldhagen in den Diskussionen um sein Buch als Zusammenfassung seiner Aussagen mehrfach formuliert: 1. "Die ganz große Mehrheit derjenigen, die Juden töteten, glaubten, daß sie im Recht seien - sie glaubten dies aufgrund eines konkreten Bildes, das sie von den Juden hatten." - 2. "Wenn die große Mehrheit der Deutschen sich in der selben Situation wie die Täter befunden hätte, hätten sie genauso gehandelt, weil sie genauso antisemitisch dachten." (1)

Die Judenmörder und ihre Helfer hatten die Freiheit der Wahl, schreibt Goldhagen. Es stand ihnen frei, den Mordauftrag abzulehnen. Kein deutscher Soldat oder Polizist sei wegen einer solchen Verweigerung bestraft worden. In der Regel seien noch nicht einmal nennenswerte persönliche Nachteile zu befürchten gewesen. Aber trotzdem hätten nur wenige von dieser ihnen gebotenen Möglichkeit Gebrauch gemacht. Schlußfolgerung: "Hitler's willing executioners" stimmten aufgrund ihres eigenen "exterminationistischen" Antisemitismus mit dem Mordauftrag überein. Den meisten habe das Morden und Quälen sogar Spaß gemacht und sie mit Stolz erfüllt.

Viele Rezensenten haben sich dieses Argument Goldhagens zu eigen gemacht. Einige haben es auf eigene Faust noch weiter ausgebaut. Götz Aly beispielsweise glaubt ganz genau zu wissen: "Die Betreffenden wurden weder als 'Waschlappen' gehänselt noch drangsaliert, sondern verständnisvoller Menschenführung zuteil. Sie erhielten andere Aufgaben, nicht selten in der Heimat." (2) - Mag auch sein, der eine oder andere wurde von seinem Kommandanten mit einer Wärmflasche ins Bett geschickt und sanft in den Schlaf gesungen.

Daß kein Deutscher hingerichtet oder eingesperrt wurde, weil er nicht am Judenmorden teilnehmen wollte, scheint jedenfalls zuzutreffen. Offenbar hat aber keiner der Rezensenten ein Problem darin gesehen, daß diese Tatsache auffallend schlecht zu allem übrigen paßt, was wir über die nationalsozialistische Herrschaft wissen: Daß Menschen zum Tode verurteilt wurden, weil sie eine Tafel Schokolade geklaut hatten. Daß Soldaten an den nächsten Baum oder Laternenpfahl gehängt wurden, weil sie aus der Kampfzone abgehauen waren oder weil sie vielleicht nur unter nicht einwandfrei zu klärenden Umständen den Anschluß an ihre Einheit verloren hatten. Daß Menschen im KZ verschwanden, weil sie den falschen Nachbarn weitererzählt hatten, was gestern von BBC berichtet worden war. Nein, das war im Allgemeinen wahrhaftig kein System, wo der Einzelne sich frei und unbedroht entscheiden konnte, ob er sich an Befehle und Vorschriften halten wollte, und wo ein Befehlsverweigerer sogar noch mit "verständnisvoller Menschenführung" rechnen konnte.

Für einen Händedruck ins KZ

Gerade wenn es um "die Judenfrage" ging, war der nationalsozialistische Staat im Allgemeinen alles andere als liberal gegenüber seinen Untertanen. Ein Beispiel: Im besetzten Polen, dem sogenannten Generalgouvernement, wurde 1942 ein deutscher Beamter namens Szepessy verhaftet. Worin bestand seine schwere Verfehlung? Er hatte - wahrscheinlich sogar völlig ordnungsgemäß - einer Anzahl Juden Bescheinigungen ausgestellt, die sie als arbeitsmäßig unentbehrlich wenigstens für den Moment vor der Deportation bewahrten. Außerdem hatte er, das wurde ihm tatsächlich als besonders belastend vorgeworfen, einem Mitglied des Krakauer Judenrats zum Abschied die Hand gegeben.

Szepessy hatte Protektion an höchster Stelle. Der Chef des Generalgouvernements, Frank, setzte sich in scharfer Form für ihn ein, sprach von einer "Rechtsvernichtung schlimmster Art" und bestätigte, daß der Beamte bei der Ausstellung der Arbeitsbescheinigungen "im Rahmen seiner Amtspflichten gehandelt" habe. Nicht einmal das half dem Szepessy. Auf Befehl Himmlers wurde er in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht. (3)

Ein zweites Beispiel. Raul Hilberg hat es seinem Buch über die Funktion der Reichsbahn beim Transport der Juden in die Vernichtungslager vorangestellt. Auf einer Station im besetzten Polen hatte ein Mädchen aus einem dort haltenden Deportationszug einen deutschen Eisenbahner um ein bißchen Trinkwasser gebeten. Der Beamte kam diesem Wunsch nach. Daraufhin erschien wutentbrannt der Transportführer, ein SS-Mann, und schlug mit der Reitpeitsche auf das Kind ein. Als der Vater des Mädchens auf Knien darum flehte, seine Tochter zu schonen, erschoß ihn der SS-Mann mit der Pistole. Den Eisenbahner beschimpfte er als "Judenknecht", der nicht würdig sei, deutscher Beamter zu sein. Die Angelegenheit werde noch Folgen für ihn haben. Ob der SS-Transportführer diese Drohung wahr machen konnte, geht aus dem Bericht nicht hervor. (4)

Ich habe diese zwei Beispiele erwähnt, weil sie das unzutreffende Bild liberaler Kameraderie und freundschaftlichen Gewährenlassens korrigieren, das sich an einigen Stellen des Goldhagen-Buches und bei manchen der ihm besonders gewogenen Rezensenten einzuschleichen droht. (5)

Am 24. Oktober 1941 - also zu Beginn der Deportationen aus Deutschland "nach dem Osten", meist in die Vernichtungslager - wurde durch Erlaß des Reichssicherheitshauptamts jede menschliche oder gar freundliche Geste gegenüber einem Juden unter Strafe gestellt. Als Minimum drohte Schutzhaft, in "schwerwiegenden Fällen" Einweisung in ein Konzentrationslager für die Dauer von drei Monaten. Dazu ist anzumerken, daß die dort Inhaftierten in der Regel schwer mißhandelt, viele zu Tode oder zu Krüppeln geprügelt wurden, und daß es im Laufe der Kriegsjahre immer üblicher wurde, einmal dorthin Geschaffte nie wieder in die Freiheit zu entlassen. Im "Reichsprotektorat Böhmen und Mähren" - heute Tschechien - reichte es auf Befehl Heydrichs für die Einlieferung ins KZ schon aus, sich zusammen mit einem Juden in der Öffentlichkeit zu zeigen, also beispielsweise gemeinsam ein Stück Weg zu gehen.

Eine nicht erklärte Ausnahme

Aber man durfte sich ungestraft und unbedroht weigern, Juden zu töten? Auch dieses Bild müßte man geraderücken. Ein Recht zur Befehlsverweigerung gab es im NS-Staat, zumal während des Krieges, selbstverständlich nicht. Wer einen Befehl verweigerte, hatte in der Regel mit Repressalien zu rechnen, die bis zur standrechtlichen Hinrichtung gehen konnten. Es handelte sich in den Fällen, auf die sich Goldhagen bezieht, nicht um Befehlsverweigerung, sondern darum, daß offenbar die meisten Kommandanten von Mordaktionen es ihren Leuten von sich aus ausdrücklich freistellten, ob sie sich an den Erschießungen

beteiligen oder sich lieber auf einen anderen Posten versetzen lassen wollten. Zweifellos müssen diese Kommandanten dafür die eindeutige Rückendeckung der allerhöchsten Verantwortlichen, also insbesondere Himmlers, gehabt haben - sofern es wirklich zutrifft, daß es sich nicht um ein individuelles, sondern um ein allgemein praktiziertes Verhalten gehandelt hat.

Offenbar gewährte man ausgerechnet auf diesem einen Gebiet, dem der "Judenvernichtung", dem Einzelnen eine weitgehende persönliche Entscheidungsfreiheit, die in allen anderen für wirklich wichtig gehaltenen Bereichen von vornherein nicht existierte. Es gibt dafür wohl nur eine plausible, logische Erklärung: Juden ohne Unterschied von Alter, Geschlecht und Person zu töten, galt im nationalsozialistischen Staat nicht wirklich als so absolut "moralisch geboten" und selbstverständlich, daß es jedem Staatsbürger als unausweichliche Pflicht befohlen und zugemutet werden konnte. Es wurde bis hinauf zu Himmler akzeptiert, daß es Motive dafür geben konnte, an dem Morden nicht teilzunehmen, ohne daß der Betreffende deswegen automatisch als Staatsfeind oder auch nur als minderwertig galt.

Bedenkt man, daß in Ideologie, Politik und Praxis des Nationalsozialismus "die Juden" kollektiv als Hauptfeind verteufelt wurden und daß ihre physische Vernichtung zumindest seit Kriegsbeginn ein zentrales Ziel der maßgeblichen Parteiführer war, so stellt die eingeräumte beispiellose Entscheidungs- und Gewissensfreiheit ausgerechnet auf diesem einen Gebiet jedenfalls ein zu untersuchendes und zu erörterndes Problem dar.

Daniel Goldhagen scheint es nicht einmal bemerkt zu haben. Er macht sich die Sache denkbar einfach: Die große Mehrheit der Deutschen sei sich im "exterminationistischen" Antisemitismus mit ihren nationalsozialistischen Führern in geradezu plebiszitärer und osmotischer Weise einig gewesen.

Den zahlreichen Beispielen, die sich tatsächlich für diese These anführen lassen, steht jedoch ein gewichtiger Einwand entgegen: Die Verheimlichung der "Judenvernichtung", ihre sorgsam gewahrte, durch eine verbindliche Sprachregelung vereinheitlichte Umschreibung selbst im internen Schriftverkehr der NS-Bürokratie. Die Leiter der Vernichtungslager wurden mit hohen militärischen Orden ausgezeichnet, als hätten sie Heldentaten im Kampf gegen den Feind vollbracht, aber jede öffentliche Ehrung blieb ihnen versagt.

Taten, auf die man wirklich stolz ist, werden in einem totalitären Staat, und erst recht während eines Krieges, üblicherweise propagandistisch groß herausgestellt. Aber über den Mord an den Juden auch nur im privaten Kreis zu sprechen, galt je nach Kontext als Dienstvergehen oder als Verbrechen. Warum? Weil das NS-Regime die internationale Ächtung fürchtete? Aber spätestens seit Dezember 1942 war man in Ausland hinreichend genau und definitiv über den Zweck der Deportationen und die Existenz der Vernichtungslager informiert.

Keine Bronzetafeln versenkt

Himmler, der oberste Verantwortliche für die Durchführung der "Judenvernichtung", sagte 1944 in einer Rede: "Es war die furchtbarste Aufgabe und der furchtbarste Auftrag, den eine Organisation bekommen konnte: der Auftrag, die Judenfrage zu lösen." (6) - In einer anderen Ansprache warb er persönlich um Verständnis: "Sie mögen mir nachfühlen, wie schwer die Erfüllung dieses mir gegebenen soldatischen Befehls war, den ich befolgt und durchgeführt habe aus Gehorsam und aus vollster Überzeugung." (7) - Vor Generalen der Wehrmacht sagte er Anfang 1944: "Als mir der Führer den Befehl gab, die totale Lösung der Judenfrage durchzuführen, zögerte ich zunächst, ob ich meinen braven SS-Männern die Durchführung einer so furchtbaren Aufgabe zumuten könnte. (...) Aber es handelte sich schließlich um einen Führerbefehl und dagegen durfte es keine Bedenken geben." (8)

Bei einer weiteren Gelegenheit bekundete Himmler, "die Judenfrage" sei "die schwerste Frage meines Lebens geworden". Nachdem er seinen Zuhörern die Notwendigkeit des Mordes an Frauen und Kindern erläutert hatte, beendete der Reichsführer der SS diese Rede mit den Worten: "Sie wissen nun Bescheid, und Sie behalten es für sich. Man wird vielleicht in ganz später Zeit sich einmal überlegen können, ob man dem deutschen Volke etwas mehr darüber sagt. Ich glaube, es ist besser, wir - wir insgesamt - haben das für unser Volk getragen, haben die Verantwortung auf uns genommen (die Verantwortung für eine Tat, nicht nur für eine Idee) und nehmen dann das Geheimnis mit in unser Grab." (9)

Kurt Gerstein - einer der ersten, die Berichte über die Existenz der Gaskammer ins Ausland zu vermitteln versuchten - schilderte folgende Begebenheit: Hitler und Himmler hätten Mitte August 1942 Globocnik, den

Organisator der "Judenvernichtung" im besetzten Polen, in Lublin besucht. Ein Funktionär aus der Begleitung Hitlers habe gefragt: "Herr Globocnik, halten Sie es für gut und richtig, die ganzen Leichen zu vergraben, anstatt sie zu verbrennen? Nach uns könnte eine Generation kommen, die das Ganze nicht versteht!" - Globocnik habe geantwortet: "Meine Herren, wenn je nach uns eine Generation kommen sollte, die so schlapp und so knochenweich ist, daß sie unsere große Aufgabe nicht versteht, dann allerdings ist der ganze Nationalsozialismus umsonst gewesen. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß man Bronzetafeln versenken sollte, auf denen festgehalten ist, daß wir den Mut gehabt haben, dieses große und so notwendige Werk durchzuführen." - Darauf habe Hitler gesagt: "Gut, Globocnik, das ist allerdings auch meine Ansicht!" (10)

Die Episode ist meines Wissens nicht aus anderen Quellen nachgewiesen. Tatsache ist, daß keine Bronzetafeln versenkt wurden und daß Hitler sich bis zu seinem Tod nicht öffentlich und explizit zu dem schändlichen "Mut" bekannt hat, den historisch beispiellosen millionenfachen Mord an Frauen, Männern und Kindern befohlen zu haben, denen nichts weiter vorgeworfen wurde als ihr Jüdischsein.

Es gibt Dutzende von Reden, Artikeln und Aufzeichnungen, aus denen eindeutig hervorgeht, daß die nationalsozialistischen Führer keineswegs davon ausgingen, sich mit dem Massenmord an den Juden auf der sicheren Basis eines allgemeinen Volkskonsenses zu befinden. Frank, Generalgouverneur im besetzten Polen, baute in vielen Ansprachen Seitenhiebe gegen humanitär begründete Kritik aus den eigenen Reihen an der Härte der antijüdischen Maßnahmen ein. Goebbels machte auf zahlreichen Seiten seines Tagebuchs und in den Arbeitsbesprechungen des Propagandaministeriums seinem Ärger über "intellektuelle und bürgerliche Kreise" Luft, die immer noch Mitleid mit den Juden zeigten, und hielt deshalb immer wieder antisemitische Propagandakampagnen für erforderlich. (11) Himmler empfand offensichtlich selbst vor SS-Offizieren eine unwiderstehliche Notwendigkeit, seine Entscheidung zur Ermordung von Frauen und Kindern mehrmals umständlich zu rechtfertigen.

Die mit dem Massenmord unmittelbar befaßten Funktionäre gingen - zahlreiche Briefe und Anordnungen beweisen es - ganz selbstverständlich davon aus, daß etliche deutsche Unternehmer jüdische Arbeiterinnen und Arbeiter gelegentlich auch deshalb als unentbehrlich reklamierten, um sie vor der "Evakuierung nach Osten", das heißt vor den Vernichtungslagern, zu bewahren. Oskar Schindler ist in diesem Zusammenhang zu posthumem Filmruhm gelangt. Weniger breit bekannt sind die analogen Aktivitäten des langjährigen Krupp-Managers Berthold Beitz, für die er 1973 in Israel mit dem Titel eines "Gerechten unter den Völkern" (d.h. eines nichtjüdischen Juden-Retters) geehrt wurde. Als im März 1943 die in Berliner Rüstungsbetrieben arbeitenden Juden deportiert werden sollten, vermerkte Goebbels wütend in seinem Tagebuch, die Aktion habe sich "infolge des kurzsichtigen Verhaltens von Industriellen, die die Juden rechtzeitig warnten, als Schlag ins Wasser herausgestellt"; dadurch seien 4.000 Menschen vorerst der Festnahme und dem Abtransport nach Auschwitz entgangen. (12)

Quellen ignoriert

Die These Goldhagens, im Grunde seien sich doch fast alle Deutschen darüber einig gewesen, soviele Juden wie möglich umzubringen, entsprach offensichtlich nicht der Wahrnehmung der Leute, die damals Macht ausübten und die die Möglichkeit hatten, sich regelmäßig und sehr fundiert über die Stimmungen und Meinungen in der Bevölkerung informieren zu lassen. Nichts in Goldhagens Buch deutet allerdings darauf hin, daß er sich mit den dazu aussagekräftigen Quellen - wie den Tagebüchern, Konferenzen, Reden und Artikeln von Goebbels - überhaupt befaßt hat. Auch die SD-Berichte hat Goldhagen offenbar weder selbst ausgewertet noch die bereits vorliegenden Auswertungen durch andere Autoren angemessen berücksichtigt.

Für die These Goldhagens, die große Mehrheit der Deutschen habe mit dem "exterminationistischen" Antisemitismus der Nationalsozialisten, also mit dem Massenmord an den Juden, übereingestimmt, fehlen die empirischen Anhaltspunkte. Statt dessen beweist Goldhagen lediglich, was vernünftigerweise überhaupt nicht zu bestreiten ist: daß breite Teile der deutschen Gesellschaft schon vor der nationalsozialistischen Diktatur von antisemitischen Einstellungen geprägt waren und daß sie bereit waren, diskriminierende und repressive Maßnahmen gegen die Juden mitzutragen, oder daß sie sogar aktiv solche Maßnahmen forderten.

Gewiß ist es interessant und auch erschreckend, wie weitgehend antijüdische Ressentiments sogar bei Personen vorhanden waren, bei denen man sie nicht unbedingt erwartet hätte, wie etwa Thomas Mann oder Martin Niemöller. Aber für die Frage, um die es hier geht, beweist das gar nichts. Denn niemand wird

behaupten wollen, Mann oder Niemöller hätten irgendwann und auch nur der Tendenz nach den Mord an den Juden für berechtigt oder notwendig gehalten. Allgemein gesprochen waren antisemitische Einstellungen zweifellos sehr viel weiter verbreitet als die Überzeugung, man müsse und dürfe sämtliche erreichbaren Juden ohne Unterschied der Person, des Alters und des Geschlechts umbringen.

Niemand, auch Goldhagen nicht, behauptet ernsthaft, "die Deutschen" bzw. der unter 40 Prozent liegende Bevölkerungsteil, der Hitler 1932/33 zur Macht verhalf, hätten damit ein Mandat zur Ermordung der Juden erteilen wollen. Goldhagen selbst schreibt, es sei nicht feststellbar, welchen Anteil überhaupt "die Judenfrage" 1932/33 an der Entscheidung von Millionen Deutschen zugunsten der NSDAP gehabt hat. In der Propaganda und Agitation der Partei in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren standen eindeutig andere Themen im Vordergrund.

Selbst wenn man unterstellen würde, daß alle Deutschen, die 1932/33 für die NSDAP votierten, auch die Programmziele der Partei zur "Judenfrage" unterstützten - die auf den Ausschluß der Juden aus der deutschen Gesellschaft und damit letztlich auch auf ihre Vertreibung hinausliefen -, so wäre es von diesem Punkt bis zum Holocaust immer noch ein erklärungsbedürftiger Entwicklungsweg. Goldhagen aber bewegt sich in seiner Argumentation so flink und problemlos zwischen Antisemitismus als solchem, "eliminationistischem" Antisemitismus (Ausschluß aus der Gesellschaft, Vertreibung) und "exterminationistischem" Antisemitismus (Vernichtung) hin und her, als gäbe es dazwischen kaum nennenswerte Unterschiede. So stellt er sich weder die Aufgabe, Entwicklungen zu untersuchen, noch Vergleiche zwischen dem Antisemitismus und seinen Konsequenzen in verschiedenen europäischen Ländern anzustellen.

"Big Show" und "Side Show"

Rainer C. Baum hat in einem 1981 erschienenen Buch, "The Holocaust and the German Elite", ein Modell vorgeschlagen, das mir weitgehend plausibel erscheint. Danach gab es für die Masse der Nazi-Unterstützer und -Anhänger eine "big show", in Relation zu der die Behandlung der Juden als "side show" betrachtet wurde. "Big show" war vor allem das deutsche Streben nach Hegemonie über Europa, territorialer Expansion, Weltmachtgeltung, auch die Erreichung individueller wirtschaftlicher und sozialer Interessen. Andere Themen waren, in unterschiedlichem Maß, "side show", Nebenbühne, Nebenschauplatz. Mit dem, was dort geschah, mußte man sich nicht notwendigerweise vollständig identifizieren.

Die "Judenfrage" war für große Teile der deutschen Bevölkerung in besonderer Weise ein Nebenschauplatz in diesem Sinn. Es sollte aber auch nicht vergessen werden, daß in Deutschland gleichfalls keine Stimme des Protestes zu vernehmen war, als Tausende von Arbeiterfunktionären in Konzentrationslagern geschunden wurden, obwohl die Arbeiterparteien im Volk bis 1933 zahlenmäßig vermutlich stärker verwurzelt gewesen waren als die NSDAP. Das zeigt, daß nicht unbedingt ein tief in der deutschen Tradition wurzelndes persönliches Ressentiment gegen die Opfer erforderlich war, um die Leute zum Schweigen gegenüber dem, was anderen angetan wurde, zu veranlassen.

Die Interpretation Baums ist selbstverständlich nicht so zu verstehen, daß die Mehrheit der Menschen tatsächlich (wenn auch stillschweigend) mißbilligte, was auf den "Nebenschauplätzen" geschah. Wieweit das jeweils der Fall war, kann nicht deduktiv erschlossen werden, sondern muß, soweit überhaupt möglich, anhand des vorliegenden Materials rekonstruiert werden. Zumindest bis zum Novemberpogrom von 1938 hatte die NSDAP für ihre "Judenpolitik" im großen und ganzen vermutlich eine Bevölkerungsmehrheit auf ihrer Seite. Die Reaktionen auf das Pogrom und später auf die Kennzeichnung der Juden mit dem Stern ließen aber erkennen, daß viele Deutsche, auch Anhänger des Nationalsozialismus und Mitglieder der NSDAP, von sich aus weder Gewaltanwendung noch persönlich entwürdigende Behandlung der Juden wollten. Sie hörten deshalb nicht notwendigerweise auf, "die Judenfrage" in antisemitischen Kategorien zu sehen, das Regime zu unterstützen, vielleicht sogar ihre Rolle im Prozeß des Völkermords an den Juden weiter auszufüllen.

Eine vermutlich typische Figur in diesem Sinne war Ernst von Weizsäcker, Staatssekretär im Auswärtigen Amt bis zum April 1943, dann auf eigenen Wunsch als Botschafter beim Vatikan nach Rom versetzt. Weizsäcker gab 1942 außenpolitisch grünes Licht für den Beginn der Juden-Deportationen aus Frankreich. Ebenfalls 1942 setzte er sich (zum damaligen Zeitpunkt vergeblich) bei der ungarischen Regierung dafür ein, die Juden ihres Landes ebenfalls zur "Evakuierung nach Osten", d.h. in die Vernichtungslager, freizugeben. Daß er sich in hohem Maß schuldig gemacht hat, kann vernünftiger- und gerechterweise eigentlich nicht bezweifelt werden

(14). Ebenso kann nicht strittig sein, daß er voller antisemitischer Ressentiments war und eine Beschränkung des seiner Ansicht nach in der Weimarer Republik viel zu groß gewordenen jüdischen Einflusses für notwendig hielt. Aber die Annahme, er sei mit dem Massenmord an den Juden aus eigenem Wollen einverstanden gewesen, kann man nach allem, was wir wissen, mit größter Wahrscheinlichkeit ausschließen. Und gewiß stand er mit dieser Haltung im Apparat des nationalsozialistischen Staates nicht allein.

Ginge es nur um die Vergabe moralischer Bewertungen, könnte ich Goldhagen ohne weiteres zustimmen, daß es auf solche Differenzierungen, wie ich sie eben vorgenommen habe, überhaupt nicht ankommt. Menschen wie Ernst von Weizsäcker haben den Holocaust durchführbar gemacht, und sie haben es, auch daran kann überhaupt kein Zweifel bestehen, vielleicht im Einzelfall ungern, aber jedenfalls freiwillig getan.

Das Buch von Daniel Goldhagen stellt sich aber dem Anspruch nach die Aufgabe, schlüssig erklären zu wollen, was die direkten und indirekten Tatbeteiligten, und darüber hinaus die große Mehrheit des deutschen Volkes, veranlaßt hat, sich so zu verhalten wie sie es taten. Das ist, wenn man sich mit den Voraussetzungen des Holocaust beschäftigt, in der Tat eine wesentliche Frage - und insofern kommt es auf die Differenzierungen dann doch an.

Mit seiner Behauptung, nahezu das ganze deutsche Volk hätte die "Ausrottung" der Juden gewollt, hat Goldhagen eine Problemlösung in der Art des berühmten Schwerthiebs durch den Gordischen Knoten angeboten. Was wir über die Tatsachen wissen, spricht jedoch dafür, daß viele mitgemacht haben, ohne die Tat zu wollen, aber daß sie dennoch freiwillig mitgemacht haben. Dieser Sachverhalt ist sehr viel schwerer zu erklären. Übrigens taugt er nicht zur moralischen Entlastung.

Kt.

Anmerkungen:

1) Gespräch zwischen Daniel Goldhagen und Josef Joffe in den "Blättern für deutsche und internationale Politik", Nr. 10/96, S. 1193 und S. 1194.

2) Götz Aly: Rezension des Goldhagen-Buches in "Mittelweg 36", Dez. 1996/Jan. 1997, S. 47.

3) Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer (Hrg.): Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen (DTB), Stuttgart 1975, S. 566-567 und 577-578.

4) Raul Hilberg: Sonderzüge nach Auschwitz, Mainz 1981, S. 11.

5) Goldhagen behauptet auch, der Grad der Einschüchterung "normaler Deutscher" während der Nazi-Zeit werde meist übertrieben dargestellt; tatsächlich habe sogar ein erhebliches Maß an Freiheit und Pluralismus bestanden. (S. 479 und 508 der amerikanischen Ausgabe)

6) Rede am 21. Juni 1944 in Sonthofen vor Generalen der Wehrmacht.

7) Rede am 5. Mai 1944 in Sonthofen vor Generalen der Wehrmacht.

8) Rede am 26. Januar 1944 in Posen vor Generalen der Wehrmacht.

9) Rede am 6. Oktober 1943 in Posen vor Reichs- und Gauleitern.

10) Gersteins Bericht ist dokumentiert bei Léon Poliakov und Josef Wulf: Das Dritte Reich und die Juden, München 1978, S. 104-105)

11) Beispielsweise nach Verhängung der Kennzeichnungspflicht und dem Beginn der Deportationen aus Deutschland. "Im übrigen ordne ich an, daß nun wieder eine stärkere Propaganda in der Judenfrage einsetzt. (...) Unsere intellektuellen und gesellschaftlichen Schichten haben plötzlich wieder ihr Humanitätsgefühl für die armen Juden entdeckt. (Goebbels Tagebücher, 28.10.41)

12) Goebbels Tagebücher, 11.3.43

13) Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß David Bankiers wichtige Arbeit "The Germans and The Final Solution: Public Opinion Under Nazism" (1992) ein Jahr vor Goldhagens Buch in deutscher Übersetzung erschienen ist, ohne von der deutschen Öffentlichkeit überhaupt bemerkt zu werden. (Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die "Endlösung" und die Deutschen) - Bankier hat insbesondere die

verschiedenen Berichte über die Stimmung der Bevölkerung von SD, Gestapo und Parteistellen, auch auf Ortsebene, umfassend analysiert.

14) Tatsächlich fanden es jedoch viele Autoren richtig, Ernst von Weizsäcker gegen Kritik umfassend in Schutz zu nehmen. Siehe dazu meinen Artikel in AK 284 (29.6.87).

32. Alles wirklich so neu bei Goldhagen?

Autor: Werner Brill · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:03

Der US-amerikanische Soziologe Daniel Goldhagen hat 1996 mit seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker" heftige Debatten ausgelöst. Bereits lange vor Goldhagen haben deutsche Zeitzeugen - sehr unterschiedlicher Herkunft - ähnliche Gedanken geäußert.

Um die Ausmaße, aber auch die Grausamkeit, mit der die Deutschen die europäischen Juden vernichteten, erklärbar zu machen, geht Daniel Goldhagen von einem sog. eliminatorischen Antisemitismus aus, von dem die "ganz normalen Deutschen" besessen waren; dieser historisch gewachsene Antisemitismus sah in den Juden eine Bedrohung der kosmischen Ordnung. Das ist der entscheidende Grund dafür, daß die Täter die "befohlenen und selbstgewählten Aufträge grundsätzlich freiwillig, mit Begeisterung und Grausamkeit erledigten." (Goldhagen 1996, S. 439)

Trotz der Hauptthese, der Völkermord an den Juden sei von der deutschen Gesellschaft gewollt gewesen, wendet sich Goldhagen ausdrücklich gegen eine sog. Kollektivschuldthese; denn jede und jeder einzelne konnte sich entscheiden und war für das jeweilige Verhalten verantwortlich. Die Deutschen waren "keine passiven Schachfiguren oder terrorisierte Opfer ihrer eigenen Regierung ... ; vielmehr besaß dieses Volk einen Willen, fällte bewußt Entscheidungen im Kontext seiner hergebrachten, wenn auch sich verändernden Werte und Überzeugungen." (S. 147)

Gleichzeitig glaubt aber auch Goldhagen, daß die Person Hitlers für den historischen Verlauf notwendig war - nicht jedoch im Sinne der nach 1945 im kollektiven Bewußtsein verankerten Ausrede, Hitler habe dies alles allein zu verantworten. Der eliminatorische Antisemitismus war das zentrale Movens (Antriebskraft; Anm. ak) in Hitlers Politik, der ohne die Person Hitler so nicht durchgeführt worden wäre. Dieser wurde nach 1933 mit größtem Eifer umgesetzt, und während des Krieges wurde die Vorankündigung Realität: die Ausrottung der europäischen Juden.

Die These, die vielleicht emotional am meisten für Aufregung gesorgt hat - neben den z. T. grausamen Darstellungen von Exekutionen und Sadismen - besagt, daß die Deutschen "keine gefühlskalten, nüchternen Vollstrecker höherer Befehle oder kognitiv und emotional neutrale Bürokraten (waren), die ihren eigenen Taten teilnahmslos gegenüberstanden. Sie handelten aus eigenem Antrieb, ohne wirkliche Kontrolle von oben; sie orientierten sich an ihrer eigenen Weltsicht, ihrem eigenen Rechtsempfinden ... es kam aus ihnen selbst, war Ausdruck ihrer selbst." (S. 434)

Und schließlich bricht Goldhagen mit noch einer liebgewonnenen Lüge, die bis heute sich vor allem bei Zeitzeugen als "Wahrheit" gehalten hat: Es habe keine Möglichkeit gegeben, sich der Beteiligung an den Verbrechen, auch an den Massenmorden, zu entziehen, ohne sich selbst der Lebensgefahr auszusetzen. An vielen Stellen weist Goldhagen ganz konkret nach, wie z. B. im Bereich der mordenden Polizeibataillone, daß es möglich war, mit ausdrücklicher Genehmigung des Vorgesetzten sich von den Erschießungen befreien zu lassen. So berichtet ein Zeuge, ein Mitglied des Polizeibataillons 101, das für die Ermordung von insgesamt 45.000 Juden verantwortlich war: "Als Abschluß seiner Ansprache (mit Hinweis auf die bevorstehende Massenexekution; Anm. W.B.) richtete der Major an die Älteren des Bataillons die Frage, ob welche darunter seien, die sich dieser Aufgabe nicht gewachsen fühlten. Zunächst hatte niemand den Mut, sich zu melden. Ich bin dann als einziger vorgetreten und habe damit bekundet, daß ich einer von denjenigen sei, der dieser Aufgabe nicht gewachsen sei. Erst dann meldeten sich weitere Kameraden. Wir waren dann etwa 10-12 Mann, die sich zur Verfügung des Majors halten mußten." (S. 255) Diese Weigerung wurde nicht mit Repression geahndet.

Ein Nazi-Admiral über

das "deutsche Wesen"

So viel zu Goldhagens Thesen. 1951 - sechs Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges - verfaßt ein deutscher Flottillenadmiral, mehrfach ausgezeichneter Weltkriegsteilnehmer, der mehrere Schiffsuntergänge überlebt hat, eine Denkschrift im Vorfeld der deutschen Wiederbewaffnung. Sie

trägt den Titel: "Über die ethischen Grundlagen einer neuen Wehrmacht". Der Autor mit Namen Heinrich Gerlach - nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Verfasser des erfolgreichen Stalingrad-Romans "Die verratene Armee" (1957) - hatte als Admiralstabsoffizier beim Überfall auf Norwegen 1940 mitgewirkt (Tarnname: "Fall Weserübung") und im Atlantik 1942 als Fregattenkapitän vier Handelsdampfer versenkt. In der Denkschrift, die Der Spiegel 1957 in Auszügen veröffentlichte, legt Gerlach seine Weltsicht und sein Menschenbild dar.

Zunächst läßt er sich über die Unmündigkeit des Volkes aus, die Masse der kleinen Leute sei nicht in der Lage, sich eine Meinung zu bilden, und wolle regiert werden. Dies werde von Demagogen ausgenutzt, die sich bereicherten, die Macht mißbrauchten und private Interessen verfolgten, was schnell zum Untergang führe. Gerlach kann aber auch konkret etwas über den Charakter der Deutschen sagen. "Auf die Autorität des militärischen Vorgesetzten ist gewiß ganz besonders Gewicht zu legen. Der Deutsche denkt und fühlt soldatisch. Er ordnet sich leicht und willig einer soldatischen Gemeinschaft ein und ist bereit, seinem Vorgesetzten volles Vertrauen zu schenken und ihm, wenn es sein muß, blindlings zu folgen. Auf diese Seite des deutschen Wesens setze ich meine besten Hoffnungen". Bei der Überlegung, wie das zukünftige Deutschland aussehen solle, reflektiert Gerlach auch über den Nationalsozialismus, den er als Stück unserer Geschichte anerkannt wissen will. "Ich mache gar kein Hehl daraus, daß für mich nicht alles, was aus der Zeit des Dritten Reiches herrührt, darum verwerflicher Irrtum ist." Im Gegensatz zur damals herrschenden exkulpierenden Geschichtsinterpretation, Hitler sei allein und an allem schuld gewesen, analysiert Gerlach: "Es ist doch keineswegs so, daß die Entwicklung zum totalen Staat nur auf das Konto dieses einen Mannes zu setzen wäre. Es ist vielmehr umgekehrt: Er war der Exponent einer Entwicklung, für welche die Zeit reif war. Das NS-Gedankengut war tatsächlich ja auch nichts Neues. Adolf Hitler setzte nur in politische Wirklichkeit um, was andere vor ihm gedacht und zum Teil schon trefflich formuliert hatten. Der Nationalsozialismus wurzelt durchaus in der europäischen und speziell der deutschen Geschichte der vorhergehenden dreißig bis fünfzig Jahre. Auch war die praktische Durchführung durchaus nicht nur unzulänglich. Bei allen Fehlern, die gemacht wurden, war doch vieles so vorbildlich, so sehr den Bedingungen der Zeit wie dem Charakter des Volkes angemessen, daß man es nur als gute Erfahrung mit in die Zukunft nehmen kann."

Mal abgesehen davon, daß hier die NS-Diktatur auf schamlose Weise verharmlost wird, ist auffallend, wie deutlich Hitlers Gedankengut mit dem des deutschen Volkes zu der Zeit gleichgesetzt wird. Ob sich der ehemalige nationalsozialistische Admiral darüber im klaren war, daß er mit einer solchen Analyse fast im Sinne einer Kollektivschuldthese schrieb? Mit seiner Zukunftsvision will Gerlach die Lehren aus der Vergangenheit ziehen, wozu auch die Einsicht in die "Mängel dieses Regimes" gehört. "Alle diese Mängel haben meines Erachtens ihre entscheidende Ursache darin, daß Adolf Hitler sich leider nicht auf die alte Führungsschicht unseres Volkes stützte, sondern auf die Masse der kleinen Leute. Man stelle sich einmal vor: Die ersten Tausend Anhänger eines Parteiführers vom Format eines Hitler überwiegend aus den Kreisen des guten alten Bürgertums, der Kirche, des Offizierskorps! Ich bin überzeugt, mit einer solchen ‚Partei` und diesen ‚alten Kämpfern` hätte unsere Geschichte einen völlig anderen Verlauf genommen". So also stellt sich einer aus der militärischen Elite des Nachkriegsdeutschland eine wünschenswerte Zukunft vor.

Zwar gab es um die Person Gerlachs und um seine Denkschrift einen Streit (vgl. Der Spiegel Nr. 14, 1957), der allerdings die Karriere des Flottillenadmirals nicht beeinträchtigte: Gerlach wurde am 1. Juli 1957 Befehlshaber der Seestreitkräfte Ostsee (BSO) und blieb in dieser hohen Funktion bis zum April 1961.

NS-Staatsideologie

und Massenkonsens

Aus ganz anderer Sicht analysieren die beiden deutschen Psychoanalytiker Margarete und Alexander Mitscherlich Mitte der sechziger Jahre den Nationalsozialismus. Ihr berühmt gewordenes Buch "Die Unfähigkeit zu trauern", das erstmals 1967 erschien, befaßt sich u.a. mit der Frage, inwieweit in der neuen bundesrepublikanischen Demokratie Errungenschaften wie Meinungsfreiheit, Toleranz etc. - also Essentials eines demokratischen Gemeinwesens - verankert sind. In ihrer Reflexion gelangen sie zu der Ansicht, daß die "Mehrheit der Bewohner unseres Staates" sich lediglich mit dem Wirtschaftssystem, nicht aber mit dem politischen System der Demokratie identifiziert. Mit der Unfähigkeit zu trauern meinen die Mitscherlichs nicht in erster Linie die Unfähigkeit, im Rückblick auf den Nationalsozialismus um dessen Opfer zu trauern, was der Buchtitel vermuten läßt; nein, gemeint ist im Sinne psychoanalytischer Deutung die Unfähigkeit der Deutschen,

um ihren verlorengegangenen und liebgewonnenen "Führer" Adolf Hitler zu trauern. Mit dem Verlust dieser Figur, die für Millionen Deutsche große Identifikationsfunktion hatte, konnte nicht umgegangen werden, die Nazivergangenheit wurde entwirklicht. Deshalb sehen die Mitscherlichs im Vergleich zu den Errungenschaften der Arbeiterbewegung die Entwicklung in Deutschland nach 1945 wie folgt: "Das Land scheint in seiner Kraft, politisch wirksame Ideen hervorzubringen, erschöpft, da die meisten Bürger mit den Ideen des Rassismus und der Herrschaftsideologie des Nationalsozialismus einverstanden waren. Sie haben in der Tat mit dem Untergang der Naziherrschaft die Grundlage ihrer Orientierung verloren." (Mitscherlich/Mitscherlich 1994, S. 21)

Ganz im Sinne von Goldhagens These, daß der Hitlersche Antisemitismus auf breiten gesellschaftlichen Konsens traf, schreiben die Mitscherlichs selbstkritisch: "Wir waren sehr einverstanden mit einer Führung, die typisch deutsche Ideale mit unserem Selbstwertgefühl aufs neue zu verbinden wußte: Da wurde die Chance zur uniformierten Darstellung unseres Selbstwertes gegeben. "(S. 23) Sie gehen aber noch weiter, wenn sie zu folgendem Gedankenexperiment einladen, das veranschaulicht, wie stark verwurzelt und identisch Staatsideologie und Gesinnung der Bevölkerung (ebenfalls eine zentrale Goldhagen-These) im Nationalsozialismus waren. "Angenommen, dieser Führer hätte sich mit kleineren Annexionen begnügt und auch in seiner Judenverfolgung gemäßigt bis zu jener Grenze der Infamie, zu der beträchtliche Gruppen in den übrigen christlichen Staaten ihm mit stillschweigender Billigung zu folgen bereit gewesen wären, das Ende des Tausendjährigen Reiches wäre wohl heute noch nicht abzusehen. ... Auch noch das Funktionieren eines pedantisch gelenkten Apparates der Menschenvernichtung ist ein Stück Wirklichkeit, das keine tiefe Spaltung zwischen allgemeiner Wertschätzung der Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, dem Hang zur totalen Lösung einer Aufgabe und dem Spezialfall der Anwendung dieser Tugenden auf die Vernichtung eines ‚karteilich erfaßten Personenkreises` erkennen läßt." (S. 28)

Des weiteren verweisen die Mitscherlichs auf die Tatsache, daß die Morde im Nationalsozialismus nicht anonym von Apparaten oder Parteigremien durchgeführt wurden, sondern ganz konkret die Folge von vielen einzelnen Handlungen waren und daß dazu die Zustimmung von Millionen Deutschen nötig war. "Die auf historische Genauigkeit drängende Auseinandersetzung mit diesem Abschnitt unserer Geschichte würde ... sehr rasch den Erweis dafür bringen, daß sich der Mord an Millionen schutzlos Verfolgter aus sehr vielen schuldhaften Entscheidungen und Handlungen einzelner zusammensetzt und daß er keineswegs mit jener Selbstverständlichkeit, die wir uns zu eigen gemacht haben, auf Vorgesetzte, schließlich auf den Führer selbst verschoben werden kann. " (S. 31) Goldhagen hat diese Einzelhandlungen nachgewiesen, indem er sich unter anderem an Brechts Maxime "Die Wahrheit ist immer konkret" hält und - wenn auch auf wenigen Seiten seines umfangreichen Buches - konkrete Mordszenarien en détail beschreibt. Vielleicht wurde ihm genau dies von einigen Politikern und Historikern krumm genommen. Aber schon 1967 schrieben die Mitscherlichs: "Auch die Millionenverluste des vergangenen Krieges, auch die Millionen getöteter Juden können nicht daran hindern, daß man es satt hat, sich an diese Vergangenheit erinnern zu lassen." (S. 23) Zumindest kann heute die große interessierte Resonanz auf Goldhagens Buch eine positivere Deutung zulassen.

Und schließlich sei noch einmal auf eine schon genannte These verwiesen, auf die es Widerspruch gab. Auch die Tatsache, daß Widerstand gegen das Morden gefahrlos möglich war, beschreiben bereits die Mitscherlichs, da sagt Goldhagen also im wesentlichen nichts Neues: "So ist es auch gar nicht erstaunlich, daß nur wenig von Sanktionen bekannt wurde, die verhängt worden wären, wenn einmal sich jemand eklatanten Mordaufträgen widersetzte. Er konnte das offenbar ohne eigene Gefährdung, wenn er nur den Mut zum Widerspruch hatte. " (S. 31)

Werner Brill

Literatur:

Bekker, Cajus: Verdammte See. Ein Kriegstagebuch der deutschen Marine, Herford 1978.

Gerlach, Heinrich: Über die ethischen Grundlagen einer neuen Wehrmacht, in: Der Spiegel Nr. 14, 1957, S. 19.

Giese, Fritz: Kleine Geschichte der deutschen Flotte, Berlin 1966.

Goldhagen, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.

Mitscherlich, Alexander und Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern, 23. Auflage, München 1994.

Peillard, Léonce: Die Schlacht im Atlantik, Wien/Berlin 1974.

33. Die drohende Unwirtlichkeit der SPD (Kritik des Artikels über "soziale Zonierung" in ak 398)

Autor: Kt. · Rubrik: Sozialpolitik; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:16

Dirk Hauer und Pia Peddingshaus haben sich in ak 398 (Januar 1997) mit der "Ideologie und Praxis der Vertreibungspolitik in Hamburg" beschäftigt. Gemeint sind die großenteils schon praktizierten Bestrebungen, Drogenabhängige, Kleindealer, Bettler und Obdachlose zu stigmatisieren, sie durch Kontrollen und Platzverbote permanent unter Druck zu setzen, und sie tendenziell von bestimmten Sammelpunkten zu vertreiben. Die Hamburger Hochbahn (HVV) praktiziert darüber hinaus ein gewaltsam durchgesetztes Bettelverbot in den Zügen und vor den Bahnhofseingängen. Begleitet wurde dieses Treiben durch eine adäquat ekelhafte Plakatkampagne, mit der SPD und HVV selbstgefällig bekannt gaben, in Hamburg brauche niemand zu betteln und es müsse "Gott sei dank" auch niemand bei Frostgraden im Freien übernachten.

Grund genug also, in Rage zu geraten und über Möglichkeiten der Gegenwehr zu sprechen. Ich denke jedoch, die Dinge sind so schwerwiegend, daß wir Übertreibungen nicht nötig haben.

Um gleich ohne weitere Vorrede konkret zu werden: "Bestimmte Quartiere, Viertel und Straßenzüge werden für Menschen mit bestimmten sozialen Merkmalen wie Drogenabhängigkeit, Verelendung, Hautfarbe o.ä. schlicht gesperrt." - Pia und Dirk beziehen diese Aussage nicht auf das, was heute real vor sich geht, sondern auf die Tendenz des von ihnen zitierten Senatsentwurfs "Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt". Falsch ist ihre Interpretation trotzdem.

Sogar die Nationalsozialisten haben mehr als fünf Regierungsjahre benötigt, bevor sie von Staats wegen damit anfingen, Menschen aufgrund ihrer "fremdrassigen Abstammung" von bestimmten Straßen, Plätzen und Stadtteilen zu verbannen. Etwas Analoges, etwa die Vertreibung und Verbannung schwarzer Bewohner aus dem Stadtteil St. Georg aufgrund ihrer Nationalität oder Hautfarbe, ist in dem Senatspapier nicht erkennbar intendiert. Man sollte mit derartigen Behauptungen nicht leichtfertig oder rein agitatorisch umgehen.

Auch die Deutung, die Pia und Dirk dem Zweck des Senatspapiers geben, halte ich für falsch: "In erster Linie kommt es darauf an, daß die Stadt der Reichen und Wohlhabenden schöner und lebenswerter wird. Reichtum soll sich ungestört präsentieren, und Reichtum soll ungestört konsumiert werden können." - Am Ende sollen dann "Reichenghettos" mit "videoüberwachten und hightech-gesicherten Straßen", privaten Wachdiensten usw. stehen, behaupten die Autoren.

Es mag sein, daß die Entwicklung langfristig in diese Richtung geht; das Vorbild der USA deutet darauf hin. Aber das ist weder Gegenstand der aktuellen sozialdemokratischen Politik noch ablesbare Intention des Senatspapiers. Die Schauplätze der Vertreibungskampagnen - erst der Hansaplatz, dann der Steindamm, dann der Hauptbahnhof, inzwischen auch die Sternschanze samt Umgebung, die U-Bahnen - sind ganz gewiß nicht die Orte, an denen sich die "Reichen und Wohlhabenden" ihre Stelldicheins geben oder wo sie in ihren Villen und Eigentumswohnungen residieren.

Oder haben Dirk und Pia bei der "ungestörten Konsumierung des Reichtums" vielleicht an die Spitaler Straße und an die Mönkebergstraße gedacht? Auch das wäre daneben gegriffen, falls man C&A, Karstadt-Sporthaus und Thalia-Buchhandlung nicht für Locations der High Society hält. Zutreffend erwähnen Dirk und Pia in ihrem Text, daß dort, wo tatsächlich ein bißchen Schicki und Micki zum Austernschlürfen und Gambasknabbern herumhängen, die Ladeninhaber längst kraft Hausrecht mit privaten Wachdiensten dafür sorgen, daß keine unangemessen ausschauenden oder sich gar danebenbenehmenden verelendeten Gestalten den Spaß verderben.

In den "besseren" Hamburger Wohngegenden ist die Elends- und Drogenszene bisher nicht aufgetaucht. Aus der Interessenlage der Reichen wäre es deshalb das Einfachste und Vernünftigste, die "Problemgruppen" allesamt so ungestört wie nur möglich dort unter sich zu lassen, wo sie heute leben und sich treffen. Denn die sozialdemokratisch inspirierte Polizeistrategie, die "Problemgruppen" ständig unter Druck zu halten und sie permanent von einem Treffpunkt zum nächsten zu scheuchen, riskiert letzten Endes, daß sie irgendwann doch einmal auch in den "besseren Wohngegenden" auftauchen.

Weder St. Georg noch St. Pauli sind sogenannte gutbürgerliche, im Sinne sozialdemokratischer Ordnungsvorstellungen "gesunde" Stadtviertel. Das gleiche gilt für das von Pia und Dirk erwähnte Beispiel Wilhelmsburg. Auch das Schanzenviertel und Karolinenviertel könnte man in diesem Zusammenhang nennen. In jedem dieser Fälle strebt die sozialdemokratische Politik zumindest programmatisch genau das Gegenteil dessen an, was Pia und Dirk hineininterpretieren: Nicht die Formierung, sondern die Verhinderung von "Ghettos", die Verhinderung einer weiteren Konzentration von Armut, sichtbarem sozialen Elend und sogenannten Problemgruppen. Oder wenn schon nicht die Verhinderung dieses Konzentrationsprozesses - denn er kann nach Lage der Dinge mit den sozialdemokratischen Mitteln offensichtlich nicht wirklich verhindert werden -, dann doch wenigstens seine Abmilderung und zeitliche Verzögerung.

Die Behauptung von Dirk und Pia, die SPD strebe mit ihrer Politik eine "soziale Zonierung des öffentlichen Raums" und eine verfestigte Teilung der Stadt im Sinne einer "sozialen Apartheid" an, stellt also die Wirklichkeit auf den Kopf. "Soziale Zonierung", um bei diesem Ausdruck zu bleiben, ist das, was sich durch die freie Entfaltung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, in Verbindung mit liberalem Gewährenlassen, tatsächlich herstellt. Dazu bedarf es keiner "Zwangsghettos" für "Problemgruppen" und bis heute auch keiner besonderen Abriegelung der "besseren Wohngegenden". Man kann der SPD glauben, daß sie ein weiteres Voranschreiten einer klar sichtbaren und manifestierten klassenmäßigen Ausdifferenzierung des Stadtgebiets - etwa nach amerikanischem Vorbild - gern verhindern würde. Das ergibt sich aus der Logik sozialdemokratischer Politik, die immer darauf aus ist, es nicht zur explosiven Anhäufung sozialer und politischer Zündstoffe kommen zu lassen

Daß die SPD mit dieser Politik ganz und gar nicht zu den von ihr propagierten Ergebnissen kommt, weil die reale wirtschaftliche und soziale Entwicklung ungebremst in die genau entgegengesetzte Richtung treibt, steht auf einem anderen Blatt. Wenn die SPD heute auf Plakaten bekannt gibt, in Hamburg müsse niemand betteln und auf der Straße leben, dann liegt das genau in der Tradition einer Partei, die vor rund zwanzig Jahren dummfrech auf Plakaten verkündete, in der BRD gebe es keine Berufsverbote. Wenn die Tatsachen völlig anders sind als die Behauptungen der SPD, dann sind daran heute wie vor zwanzig Jahren selbstverständlich immer nur die Tatsachen schuld.

Es gibt allerdings einen entscheidenden Unterschied: Die Praxis der Berufsverbote konnte man aufgeben, nachdem man erkannt hatte, in welche Situation man sich damit hineinmanövriert hatte. Hingegen aus der fortschreitenden Verelendung wachsender Teile der Bevölkerung führt absehbar kein Weg heraus - zumindest keiner, den man einfach nur administrativ beschließen müßte.

Die bisherige sozialdemokratische Vertreibungspolitik in Hamburg kann man - bei aller Härte für die davon Betroffenen - nur als Aneinanderreihung von Schildbürgerstreichen bewerten. Das begann, als die Polizei vor rund zehn Jahren ohne erkennbares Konzept die Drogenszene vom Hansaplatz vertrieb, wo sie außer Huren und Freiern kaum jemanden stören konnte. Konsequent betriebene Vertreibungspolitik kann nach Lage der Dinge selbstverständlich nur dazu führen, daß sich die "Problemgruppen" über die gesamte Stadt ausbreiten. Auch die Verhängung und Durchsetzung von Bettelverboten in öffentlichen Verkehrsmitteln und in Teilen der Stadt kann nur dazu führen, daß die Betroffenen - deren Zahl voraussichtlich in den nächsten Jahren stark anwachsen wird - auf andere Plätze ausweichen müssen.

Die bisherige Praxis zeigt, daß die Vertreibungspolitik nicht konsequent durchgesetzt wird, wovon man sich am Hauptbahnhof ebenso wie an der Sternschanze überzeugen kann. Auch die Behauptung von Dirk und Pia, der Hauptbahnhof sei seit 1992/93 "für Schwarze faktisch eine no-go-area" ist augenscheinlich falsch. Damit soll nicht bestritten werden, daß die Betroffenen an beiden Schauplätzen von der Polizei systematisch schikaniert und unter Druck gesetzt werden - nur reicht das angesichts ihrer Notlage offensichtlich keineswegs aus, sie dauerhaft zu vertreiben.

Mit anderen Worten: Nach rund zehn Jahren Vertreibungspraxis in Hamburg sind weder Erfolge im Sinne der Herrschenden noch eine zugrundeliegende Strategie erkennbar. Man kann demnach auch schlußfolgern: Die Vertreibungspolitik ist vernünftigerweise nicht konsequent praktizierbar und sie kann nicht zu Ergebnissen führen, die sich als erfolgreiche Sozialpolitik oder wenigstens als Verdrängung der "Problemgruppen" aus dem Blickfeld der übrigen Bevölkerung vorweisen lassen. Aus polizeitaktischer Sicht ist das Ganze wohl nur als grober Unfug zu bewerten, der allen Grundsätzen widerspricht, die in den Lehrbüchern stehen.

Was also soll's? Ich vermute, die bisherige Vertreibungspolitik hat - wie so viele typisch sozialdemokratische Maßnahmen - im wesentlichen nur dazu gedient, zu einem nicht einfach ignorierbaren Problemfeld die Fiktion zu produzieren, die SPD mache sich ernsthafte Gedanken, sie verfüge über praxisfähige Konzepte und sie setzte diese in konkrete Aktivitäten um. Wieweit die SPD damit ihre Klientel in der Bevölkerung zu verschaukeln vermag, kann ich nicht beurteilen. Vieles scheint mir einfach nur auf gewollten Selbstbetrug der eigenen Parteireihen abzuzielen.

Das Vertreibungspapier, die aggressiv vertretenen persönlichen Anschauungen von Bürgermeister Voscherau wie auch die Werbekampagne in diesem Winter und Frühjahr ("Niemand muß betteln" usw.) deuten m.E. darauf hin, daß wesentliche Teile der SPD noch einen Schritt weiter gehen wollen. Sie scheinen zu hoffen, das verbreitete und künftig vermutlich wachsende Unbehagen an den zunehmend sichtbar werdenden Folgen der sozialen Krise in populistischer Weise aufgreifen und wenden zu können. In der gewollten engen Verbindung - in dem Papier wie auch bei Voscherau - von Müll und Dreck einerseits, Menschen in Elend und Not andererseits deutet sich eine nicht zu unterschätzende faschistoide Komponente dieser Kampagne an.

Die Linke handelt jedoch nicht klug, wenn sie einfach zu bestreiten versucht, daß die massenhafte Präsenz von Drogenabhängigen, aufs Betteln Angewiesenen, Obdachlosen und anderen "Randgruppen" tatsächlich Belastungen für die Bewohner der jeweiligen Gebiete, für die Geschäfte der Ladeninhaber usw. mit sich bringen kann. Mit Verdruß erwähnen Dirk und Pia, daß das von Bewohnern mitgetragene Stadtteilbündnis in St. Georg an solchen Problemen zerbrochen ist. Die Behauptung, die sie dagegen setzen - erst die Vertreibung der Drogenszene vom Hansaplatz durch die Polizei hätte die Junkies in die Hauseingänge und auf die Spielplätze getrieben, ist empirisch falsch. Das ist, wie auch einige andere Passagen in dem Text der beiden, linke Selbstagitation, die auf Dauer nichts bringt.

Leider müssen wir damit rechnen und uns darauf einstellen, daß eine rechtspopulistische Sauberkeits- und Ordnungskampagne der SPD auf längere Sicht große Gefahrenmomente enthalten würde, weil sie an vorhandene oder sich entwickelnde Stimmungen in Teilen der Bevölkerung - und zwar mehrheitlich nicht der Reichen und der Yuppies - anknüpfen könnte.

Kt.

34. Antinationale auf dem Holzweg. ECMI - Speerspitze imperialistischer deutscher Außenpolitik?

ECMI - neue Speerspitze imperialistischer deutscher Außenpolitik?

Autor: Henning Nielsen, Flensburg · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:01

Eine Kampagne unter Federführung der Zeitung junge Welt und einiger ihrer AnhängerInnen in Schleswig-Holstein hat das neugegründete "European Centre for Minority Issues" (ECMI) in Flensburg samt der ebenfalls dort ansässigen "Förderation europäischer Volksgruppen" (FUEV) zur neuen Speerspitze aggressiver deutscher Außenpolitik erkoren. Dabei ist nicht nur bedenklich, daß die Fakten dem ideologisch bestimmten Vorurteil angepaßt werden und mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird. Eine besondere Herausforderung linker Politik besteht in der bedenkenlosen Ablehnung und Denunziation des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Ein neues Institut wird gegründet: Das ECMI

Im November 1996 teilte die SPD-geführte schleswig-holsteinische Landesregierung mit:

"Den Anstoß zur Gründung eines ‚Europäischen Zentrums für Minderheitenangelegenheiten` gab kurz vor seinem Tod Kurt Hamer, der frühere Beauftragte des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten für Fragen der deutschen und dänischen Minderheiten und für friesische Angelegenheiten. In seiner Denkschrift vom November 1990 schlug er vor, ‚im deutsch-dänischen Grenzraum (...), in der Hauptträgerschaft des Landes Schleswig-Holstein und des (dänischen; Anm. hn) Amtes Sönderjylland, unterstützt von den Regierungen in Kopenhagen und Bonn, als grenzüberschreitendes Projekt eine von der Europäischen Gemeinschaft geförderte und weitgehend von ihr zu finanzierende wissenschaftliche Einrichtung zu schaffen, die als Europäisches Zentrum für Minderheitenfragen alle Probleme der Minderheiten in Europa zum Gegenstand der Forschung und der Arbeit einer Akademie macht, die der Forschungseinrichtung angeschlossen ist.` Zur Begründung schrieb Kurt Hamer, daß nach den revolutionären Veränderungen in den Ländern vom Balkan bis zur Sowjetunion und dem Ausbruch nationaler Auseinandersetzungen in diesen Staaten die Lösung der Minderheitenprobleme zu einer zentralen Frage einer europäischen Friedensordnung geworden sei. Es gehe um die Frage, ob und unter welchen Bedingungen Menschen unterschiedlicher Nationalität, Religion, Kultur und Sprache in einem Staat und in einem europäischen Haus friedlich, gleichberechtigt und in ihren jeweiligen Rechten gesichert neben- und miteinander leben können."

So weit die SPD zur Vorgeschichte des ECMI.

Es dauerte nach Veröffentlichung der Hamerschen Denkschrift noch bis zum März 1996, bis das ECMI beschlossen und Flensburg als Standort festgelegt wurde. Dazwischen lagen Verhandlungen eines Vorbereitungsausschusses aus Vertretern dänischer, friesischer und deutscher Gremien. Ein Gründungsvorstand unter Leitung des dänischen Vorstandsvorsitzenden Prof. B.R. Andersen (des ehemaligen Sozialministers) hat dann den Historiker Dr. Stefan Troebst zum Direktor des ECMI bestellt.

Finanziert wird das Institut zur Hälfte aus Dänemark, zu einem Viertel aus Kiel und zu einem Viertel aus Bonn; eine Anschub- und spätere Mitfinanzierung durch die EU ist beantragt. Das ECMI ist in der Rechtsform einer Stiftung des privaten Rechts (Stifter sind das Königreich Dänemark, die BRD und das Bundesland Schleswig-Holstein) konstituiert worden. Es besteht neben dem Vorstand und der Forschungseinrichtung aus einem (z. Zt. noch nicht berufenen) Kuratorium, welches Repräsentationsaufgaben übernehmen und die Arbeit durch Kontakte zu europäischen Personen und Fachkreisen, Institutionen und Organisationen fördern soll.

Selektive Minderheitenpolitik

Zwar enthält die ECMI-Programmatik, die bislang veröffentlicht wurde, keine klare Begriffsbestimmung; dafür erläuterte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Grünen, daß das Zentrum nur für "nationale Minderheiten und weitere traditionelle, autochthone Volksgruppen" zuständig sei (autochthon = alteingesessen, angestammt, im Sinne von Ureinwohner). Das Bundesinnenministerium unterscheidet die Situation dieser Gruppen von anderen Einwohnern, "die erst seit kurzem oder seit mehreren Jahrzehnten im

Lande leben". Folglich fallen z.B. Türkinnen und Türken, die in zweiter oder dritter Generation hier leben, aus dieser Definition heraus.

Irgendwo müsse man ja anfangen, kommentierte Ministerpräsidentin Simonis (SPD) diese Eingrenzung der zukünftigen ECMI-Arbeit. Um "WanderarbeitnehmerInnen", so das Vorstandsmitglied Marianne Tidick, werde sich das Institut nicht kümmern. "Diese Begriffsbildung ist kein abstruser Ausrutscher, sondern liegt ganz auf der Linie der Bundesregierung, die keine Probleme damit hat, Einwohner zu diskriminieren und gleichzeitig von anderen Staaten ‚Minderheitenschutz` zu verlangen", kommentiert die Zeitung LinX aus Kiel (Nr. 25-26/96). Eine ähnliche Kritik formulierte Angelika Beer, die grüne Bundestagsabgeordnete aus Neumünster (vgl. Gegenwind, links-alternative Zeitung aus Kiel, Nr. 97, Oktober 1996).

Die FUEV im Hintergrund?

Die Kritik aus Richtung der jungen Welt (jW) fußt auf zwei Publikationen: "Deutschtum erwache" (Untertitel: Untersuchung über den staatlichen Pangermanismus, Dietz-Verlag, Berlin, 1995) von W. von Goldendach und Hans-Rüdiger Minow; und "Von Krieg zu Krieg" (Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas, jw-"Verlag 8. Mai", 1996) von W. v. Goldendach, H.-R. Minow und Martin Rudig (Zusammenfassungen ihrer Arbeiten erschienen in konkret, 2 und 6/95 sowie 3/97).

Goldendach und Rudig sind Pseudonyme von Persönlichkeiten aus dem Umfeld des BRD-Außenministeriums. Im letztgenannten Werk wird die Kritik am ECMI zugespitzt: Das ECMI ist eine Vorfeldorganisation sezessionistischer Außenpolitik der BRD; dementsprechend ist es zur Aktivierung deutscher rassistischer Blutsvorstellungen da; es ist eingebettet in die Arbeit von rechtsradikalen bzw. "NS-Nachfolgeorganisationen (FUEV)".

Dabei wird höchst vereinfachend und willkürlich gearbeitet: Alles, was möglicherweise entlastend oder nur relativierend auf die gewünschte Aussage wirken könnte, wird weggelassen: Z.B. erfahren die LeserInnen nicht, daß das ECMI auf eine SPD-Idee zurückgeht; verschwiegen wird auch, daß dänische Organisationen die FUEV mitprägen bzw. sie in ihren Flensburger Büros "beherbergen"; ebenso wird verschwiegen, daß der "Zentralrat deutscher Roma und Sinti" Mitglied der FUEV ist usw. Und da die Munition gegen das ECMI offensichtlich äußerst dürftig ist, wird die FUEV zu einem Hauptagenten der BRD-Außenpolitik gekürt, der mit dem ECMI ein neues Operationsfeld erhalte.

Dabei können die Autoren bislang keine Belege für eine direkte Verknüpfung von FUEV und ECMI benennen - offiziell kann der FUEV nur im noch nicht benannten Kuratorium des ECMI ein Posten eingeräumt werden. Darauf hofft deren Vorstand, nur ist diesbezüglich noch nichts entschieden.

Es bleibt die thematische Nähe der Arbeit von ECMI und FUEV. Per se läßt sich aus der teilweise belasteten Ausrichtung der FUEV-Politik und der auf die "autochthonen" Minderheiten eingeschränkten Tätigkeit des ECMI Skepsis und Mißtrauen ableiten. Die "Glättung bzw. Reduzierung" uralter nationaler Anfeindungen im hiesigen nord- oder südschleswigschen oder (aus dänischer Sicht) südjütländischen Raum kann aber auch als vernünftiges Vorhaben angesehen werden.

Nach Jahrzehnten der nationalistischen Konfrontation im deutsch-dänischen Grenzraum, betrieben von deutschen chauvinistischen Grenzlandpolitikern samt Anhängern (z.B. verschiedenen konservativen, reaktionären Parteien sowie Presseorganen wie z.B. den früheren Flensburger Nachrichten), ist insbesondere in den 80er Jahren eine weitgehende Gleichbehandlung der dänischen Minderheit im nördlichen Schleswig-Holstein erzielt worden. Den Weg zur Erfüllung langjähriger Forderungen der Minderheit haben maßgeblich die Landespolitiker Uwe Barschel (CDU) und eben Kurt Hamer (SPD) geebnet. Alle früheren Ministerpräsidenten bis zur Stoltenberg-Ära haben die berechtigten dänischen Ansprüche regelmäßig abgewiesen - im Gegensatz zum Verhalten der dänischen Regierungen gegenüber der deutschen Minderheit in Sönderjylland.

Mit der Integration und Gleichbehandlung der jeweiligen Minderheiten haben deren politische und kulturelle Interessenvertretungen und Einrichtungen einen erheblichen Bedeutungsverlust erfahren müssen - ein Beleg für die These, daß sie ihr Gewicht gerade aus materiellen Benachteiligungen bezogen. Doch das nur am Rande.

Exkurs 1: Verdienstvoll sind die Enthüllungen von Minow & Co. über die NS-Vergangenheit der Vorläuferorganisationen, auf die die FUEV sich beruft - zum einen ist es der später nazistisch dominierte "Europäische Nationalitätenkongress" von 1925 - 1938, in dessen Tradition sich die FUEV teilweise stellt; zum anderen ist es die Nazi-Postille Nation und Staat, die bis 1944 erschien, als deren Nachfolgerin sich die FUEV-nahe Zeitschrift Europa Ethnica versteht. Verdienstvoll ist auch die Enthüllung der braunen Vergangenheit einiger führender FUEV-Funktionäre, die in der FUEV bisher kaum problematisiert worden ist.

Absolut daneben allerdings ist die Schlußfolgerung von Minow & Co., die FUEV und den BdN (Bund deutscher Nordschleswiger) insgesamt als neonazistisch oder als NS-Nachfolgeorganisation zu titulieren - das ist eine Diffamierung der liberalen und kritischen Kräfte innerhalb der FUEV (beispielhaft seien hier der SSF, der kulturelle Dachverband der Dänen in Schleswig-Holstein, und der Zentralrat der deutschen Roma und Sinti genannt).

Genauso wie die staatstragenden Parteien FDP und CDU maßgeblich von alten Nazi-Kadern geprägt wurden, wurde der BdN öffentlich u.a. von ehemaligen Nazis vertreten. Im sozial-liberal und antifaschistisch geprägten Dänemark wurde der BdN dennoch nie als NS-Nachfolgeorganisation angesehen. Er wurde vielmehr im Umfeld der Liberalen und Konservativen angesiedelt; unter dem Vorsitz von Siegfried Matlock, der auch Chefredakteur des Nordschleswiger ist, sei die sozial-liberale, ja antifaschistische Orientierung stärker geworden, behaupten dänische Linke.

Exkurs 2: Besonders kraß, aber für die Beweisführung der Schrift "Von Krieg zu Krieg" absolut typisch ist diese Anklage: "Seit dem ‚15. Europäischen Nationalitätenkongress` in Genf, wo der ‚Nationalitätenkongress` von 1934 mit zielgerichteten antisemitischen Aktionen verbunden worden war, erweitert die ‚Gesellschaft für bedrohte Völker` den Aktionsradius der ‚Volksgruppen`-Bewegung um Ziele in Afrika, Asien und Lateinamerika" ("Von Krieg zu Krieg", S. 56 ff.). Dabei ist zu bemerken, daß die in der Tat antisozialistische, aber keineswegs pauschal als reaktionär oder gar rechtsradikal zu brandmarkende "Gesellschaft für bedrohte Völker" nicht Mitglied in der FUEV ist, aber wohl als Gast auf dem besagten Kongreß vertreten war. Im zitierten Text der Minow & Co wird deren Charakterisierung wie folgt bewerkstelligt: "In der Führungsspitze (‚Beirat`) dieser Organisation arbeitete der ehemalige NS-Verwalter des Ghettos Kolomea (Polen), der mutmaßliche Judenmörder Klaus-Peter Volkmann, dem Mitverantwortung für den Tod von 30.000 Menschen vorgeworfen wird." Fakt ist, daß Volkmann jahrelang unter falscher Identität als Journalist u.a. beim Stern und in besagter "Gesellschaft" mitgearbeitet hat - und schließlich im Oktober 1995 enttarnt worden ist. Mit der Falschspielerei dieser Person die Politik der "Gesellschaft für bedrohte Völker" zu identifizieren, ist schlicht Unsinn.

Mehr noch: Aus dem Zusammentreffen dieser beiden Organisationen umstandslos staatliche "Instrumente für die Handhabung territorialer und minoritärer Konfliktpotentiale europäischen Ausmaßes" zu machen, ja sie sogar als staatliche "Organisationsmittel für den internationalen Gebrauch" durch die BRD zu definieren, das alles gehört in den Bereich der Legendenbildung und Feindbildkonstruktion, hat aber mit der Wirklichkeit nur wenig gemein.

Deutsches Interesse?

Die Thesen von Minow & Co. leben von der Behauptung, daß es der deutschen Außenpolitik im Kern wie in allen früheren geschichtlichen Perioden vom Kaiser bis zu den Nazis offen oder versteckt um die Zerstückelung der bestehenden europäischen Staaten gehe. Daraus ließe sich die Schwächung der anderen und die Stärkung der Dominanz Deutschlands entwickeln. Beispielhaft wird auf Jugoslawien verwiesen, ähnliches wird für den Kosovo und für Frankreich befürchtet. Daß es solche Tendenzen bei den Herrschenden gibt, sei nicht bestritten. Daß sie die bundesdeutsche Außenpolitik dominieren, erscheint fraglich: Selbst in Jugoslawien war die innerstaatliche Auseinandersetzung zum Zeitpunkt der vielfach gescholtenen Anerkennungspolitik der BRD derartig zugespitzt, daß ein Auseinanderbrechen des Staates absehbar war. Und der "Gewinn" an Macht und Einfluß für die BRD hält sich arg in Grenzen angesichts der Unwägbarkeiten und tiefgreifenden Konflikte in allen Nachfolgestaaten inclusive Kroatien.

Nach der beschriebenen Logik hätte die BRD im Tschetschenien-Konflikt die "Sezessionisten" massiv unterstützen müssen - angesichts des bestialischen Gemetzels, das die russische Armee unter den Tschetschenen angerichtet hat, ist aber nichts dergleichen passiert. Außer ein paar mahnenden Worten von Kinkel zu Freund Jelzin hat die BRD aus außenpolitischer Rücksichtnahme diese Massaker ignoriert. Die BRD

ist eher um langfristigen Einfluß, um "stabile und sichere Verhältnisse" in den jeweiligen Partnerländern bemüht, als daß sie durch auftrumpfende, lärmende Großmachtpolitik zu schnell und zu viele in den Nachbarländern an die Nazi-Barbarei erinnert. Insofern ist zuerst zu beobachten, daß die BRD ihr Verhalten zu den bestehenden nationalen Konflikten nach taktischen Gesichtspunkten bestimmt, nicht nach irgendeinem Prinzip "Sezession um jeden Preis".

"Selbstbestimmungsrecht" - "deutsches Sonderrecht"?

Eine andere tragende Säule der Argumentation von Minow & Co. ist die Behauptung, die BRD, im konkreten die FUEV und das ECMI, würden nationale Konflikte und Minderheiten erst "erfinden" oder "aufstacheln". So kommt denn der griechische Botschafter zum Zuge, der über den neuen ECMI-Direktor Troebst behauptete, er "erfinde" eine albanische Minderheit im Nordwesten Griechenlands. Mensch muß die Vorstellungen dieser Minderheiten nicht teilen, ihre Existenz aus durchsichtigen nationalistischen Gründen schlicht zu bestreiten, ist ein eher hilfloses und letztlich den Konflikt schürendes Herangehen. Nicht anders verhält es sich mit den Albanern des Kosovo - deren Rebellion als Produkt einer deutschen sezessionistischen Politik abzuqualifizieren, hieße die Augen vor der Wirklichkeit verschließen: Über lange Jahre hatten die Albaner des Kosovo ein Autonomie-Recht und damit auch einen Sitz im Jugoslawischen Staatsrat. Erst als ihnen diese Rechte durch den serbischen Chauvinismus bestritten wurden, eskalierte dieser innerstaatliche Konflikt.

Aus der Tatsache, daß deutsche Faschisten oftmals ein Selbstbestimmungsrecht für deutsche Minderheiten in anderen Nachbarstaaten gefordert haben und heute wieder stärker fordern, zieht die "antinationale" Linke den Schluß, das Selbstbestimmungsrecht als solches als urdeutsche, biologistische Ideologie der Rechtsbarbarei zu ächten. Der Einfachheit halber werden dann die Antiimperialisten der 60er und 70er Jahre, die damals "Dem Volke dienen" und "Sieg im Volkskrieg" skandiert haben sollen, in eine Front mit den geschickten faschistischen "Ethno"-Politikern definiert. Die Demagogie gipfelt in der Denunziation: "Auf diese Weise wird die Mehrzahl der in die Ethnopolitik Verwickelten von dem subjektiven Glauben bestimmt, sie leiste Hilfe für die ‚Völker` Europas, wobei sich dieser Ansatz sowohl dafür eignet, wie in der NS-Zeit Verbrechen zu begehen, als auch zu behaupten, die vergangenen Verbrechen verpflichteten uns, erneut zu helfen, also im Irrtumsfalle neue Verbrechen zu begehen." (konkret 3/97).

Tunlichst wird in diesen Kreisen ein Eingehen auf die Kontroversen in der Internationale am Anfang dieses Jahrhunderts vermieden - nur zu deutlich würde sich die Behauptung eines "urdeutschen Selbstbestimmungsrechts" als pure Ideologie entpuppen. Lenin, der in konkret bislang immer noch ehrfurchtsvoll erwähnt wird, hat sich damals recht deutlich als Verfechter des Selbstbestimmungsrechts kleiner, unterdrückter Nationen profiliert und es als "Recht auf Lostrennung" definiert. In dieser Tradition hat die Linke das Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes wie auch heute des kurdischen Volkes gefordert.

Aber auch das scheint nun Schnee von gestern zu sein. Unsere Antinationalisten steigern ihre Attacken: "Neben einer verdrehten Auffassung über das Selbstbestimmungsrecht der Völker führt die Beteiligten (gemeint sind "linke Volksromantiker" und die faschistischen Ethno-Politiker; Anm. hn) der Anspruch zusammen, man müßte die Schwachen und Armen, den Minoritäten und Diskriminierten weltweit Hilfe leisten - den Iren, Palästinensern, Albanern, Tibetern, Kurden oder Uiguren."

Wer die nationale Frage zum unumschränkten Hauptwiderspruch seiner Gesellschaftsanalyse macht, muß anscheinend früher oder später Freund und Feind nach diesem Kriterium sortieren.

Henning Nielsen, Flensburg

35. "Eines Tages werden sie uns verstehen." Notizen zu einigen Filmen über den Irland- Konflikt

Autor: lg/om aus Köln · Rubrik: Irland; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:24

Michael Collins

Osteraufstand, Dublin 1916. Michael Collins gehört zu jener Gruppe der Irish Volunteers (die übrigens die Straßenbahn zum Zielort ordentlich bezahlt), die das Hauptpostamt besetzt, dort von den Brits belagert und ausgeräuchert wird und schließlich aufgeben muß. Bis auf den US-Amerikaner Eamon de Valera werden sämtliche, von Spitzeln der Brits identifizierten Anführer des Aufstand standrechtlich erschossen. Nach diesem katastrophalen Ausgang des Aufstandes geht die irische Befreiungsbewegung in den Untergrund. Collins' große Stunde schlägt. Er organisiert mit dem Spionagenetz der Irish Republican Army den Prototyp der Stadtguerilla (von dem sich u.a. auch Mao inspirieren ließ), mit der er den britischen Unterdrückern eine Niederlage nach der anderen bereitet. Seine Taktik ist vor allem die gezielte Liquidierung irischer und britischer Angehörigen der Counterinsurgency. (1) Der Plan geht auf, England ist zu Verhandlungen bereit. Auf Wunsch de Valeras soll Collins - die Geheimwaffe des Untergrund, der Mann ohne Gesicht - offiziell die irische Delegation anführen. Man wird sich einig - in etwa: Am 16.2.1922 wird Irland ein Freistaat, die nunmehr sechs Ulster-Provinzen gehören (weiterhin) England. Auf Grund dieses Ergebnisses spaltet sich der Diál, der Bruderkrieg beginnt, sein erstes großes Opfer wird kurz darauf Michael Collins.

Die Darstellung des "Michael Collins" ist mehr als fragwürdig: Wenn man sich mit der irischen Geschichte im allgemeinen und mit dem Unabhängigkeitskampf im besonderen nicht auskennt, bekommt man ein völlig verzerrtes Bild der historischen Charaktere. Aber Regisseur Neil Jordan geht es überhaupt nicht um die historische Figur und ihre Wahrheit (und wer sich dafür interessiert, der sollte unbedingt T. Ryle Dwyers beeindruckende, für soziale 24,80 DM gerade im Münsteraner UNRAST-Verlag erschienene Biographie "Michael Collins" lesen). Es geht um etwas ungleich Komplexeres, etwas, das offenbar so heikel ist, daß sich bislang kein einziger Kritiker der bürgerlichen Presse dazu äußerte: "Michael Collins" ist ein Film über die Frage der gerechtfertigten Gewaltausübung im Befreiungskampf. Jordan sagt klipp und klar, daß es historische Situationen gibt, in denen das Töten gerechtfertigt ist. Dieses Töten macht niemanden glücklich, es bereitet denjenigen, die es befehlen, und denjenigen, die den Befehl ausführen, große Schmerzen - aber es ist notwendig! "Ich hasse die Briten dafür, daß sie uns keinen Ausweg lassen. Und ich hasse mich dafür, daß ich junge Männer zum Töten bringe", sagt Collins einmal.

Jordan läßt einen vor allen Dingen nie darüber im unklaren, daß die Anwendung von Gewalt im Befreiungskampf geradezu naturnotwendig ist: So zeigt Collins ziemlich direkt am Anfang seinen Genossen auf dem Land, wie man aus Torfstücken und einem Torfhaken eine Fackel machen kann.

Wie mutig und ungewöhnlich so eine Haltung ist, zeigt sich am ehesten, wenn man "Michael Collins" mit sozialdemokratischem Dreck wie "Nothing Personal" von Thaddeus O'Sullivan oder "Some Mother's Son" (Mütter und Söhne) von Terry George (& Jim Sheridan) vergleicht. Filme, in denen Leute in der Ecke hocken und wimmern: "Lieber Gott, laß alles vorbei sein", anstatt Verantwortung auf sich zu nehmen und zu handeln.

Ohnehin scheint man in Hollywood zur Zeit Mutpillen geschluckt zu haben. "Michael Collins" ist eine recht aufwendige, absolut perfekt ausgestattete Hollywood-Großproduktion. Der Preis der Perfektion ist unter anderem eine unebenmäßig eingefügte Liebesgeschichte, die allerdings das Herz einer der stärksten Szenen des Films ist, ansonsten aber heraussticht wie ein gebrochener Schienbeinknochen. Zumindest: Es war Hollywood, das schlußendlich den Film produzierte, und nicht Irland (wo man zugegebenermaßen das Geld dafür nicht hätte - ja, für eine Szene des Films vielleicht, aber nur eine kleine, mit Gras und Hügeln), und erst recht nicht in Britsland.

The Devil's Own

Hollywood hat auch einen hochinteressanten anderen Film verproduziert: "The Devil's Own" (Vertrauter Feind), Regie: Alan J. Pakula, auf dessen Kappe schon einige andere Meisterwerke des Politthrillers gehen: u.a. "All The President's Men" (Die Unbestechlichen). Verproduziert ist kein Satzfehler, sondern ein Neologismus, den

es mittlerweile bei der Beschäftigung mit Hollywood braucht. Verproduziert ist, wenn plötzlich Unsummen Geld im Spiel sind, und der Film sich dieser Geldmengen würdig erweisen muß, sprich: kleinster gemeinsamer Nenner ... "The Devil's Own" hat mehr Schatten als Licht vorzuweisen - geschenkt - schaun wir uns das Licht an, ein äußerst ungewöhnliches für Hollywood.

Im Zentrum von "The Devil's Own" steht ein sympathischer IRA-Mann - man denke an "Patriot Games" (Die Stunde der Patrioten) oder "Blown Away" (Explosiv), wo das IRA-Mitglied nur ein Psychopath war, den man kaltstellen mußte. Hier nun sind die Psychopathen im Dienste ihrer Majestät zu finden. Auch Pakula stellt die Frage nach der Gewalt. Und auch er kommt zu dem Schluß, daß es gerechtfertigte und ungerechtfertigte Gewalt gibt. Als Gegenfigur zu dem IRA-Mann baut er einen New Yorker Polizisten auf, der in seinem ganzen Leben viermal die Waffe ziehen, sie aber nie benutzen mußte. Wobei der Begriff Gegenfigur eigentlich falsch gewählt ist: Harison Ford ist nicht Pitts Antipode, sondern seine Parellele; nur auf der anderen Seite, der des Gesetzes.

An Hand des Alltags dieses Polizisten zeigt Pakula auf, wie man mit Gewalt leben kann, und wie man die eigene Macht zur Ausnutzung der einem gegebenen Gewalt sinnvoll einsetzt; sinnvoll heißt eben, vor allem darauf zu verzichten.

Mütter und Söhne

Nordirland zu Beginn der 80er-Jahre: Die apolitisch-pazifistisch gesinnte Lehrerin Kathleen Quigley hat sich bislang aus den sogenannten "troubles" herausgehalten. Sie will mit all diesem Unfug - wie sie es sieht - nichts zu tun haben. Das ändert sich, als ihr Sohn Gerard am Heiligabend des Jahres 1979 zusammen mit Frank Higgins nach einem Feuergefecht mit den Brits als IRA-Angehöriger festgenommen und kurze Zeit später verurteilt wird. Sie fällt aus allen Wolken und muß sich nun doch mit all dem befassen, was sie als gute Bürgerin stets vehement auf Abstand gehalten hat: dem Knast, den politischen Gefangenen, der IRA und der Sinn Fein. Als dramaturgischer Gegenpart dient Franks Mutter Annie Higgins, eine gestandene Republikanerin mit Familientradition, deren Sohn Frank nicht das erste Opfer der Brits wurde. Kathleen und Annie werden über ihre Söhne in die Ereignisse des Jahres 1981 verwickelt: den Hungerstreik der IRA-Häftlinge in den H-Blocks von Long Kesh, die siegreiche Wahlkampagne für Bobby Sands, der am 6. Mai 1981 nach 66 Tagen Hungerstreik stirbt - als erster von insgesamt 10 politischen Gefangenen.

Terry Georges Film fällt das Verdienst zu, diese - nicht nur hierzulande - vergessene, wichtige Phase des irischen Befreiungskampfes zu Beginn der 80er Jahre der Vergessenheit entrissen zu haben. Damit sind seine Meriten aber auch schon erschöpft. Denn George kann mit dem, was er da schildert, nichts anfangen. Ihm geht es da wie seiner Sympathieträgerin Kathleen. Zwar beschreibt er recht eindringlich den Terror der Brits gegen die Angehörigen der politischen Gefangenen und die Tricks, mit der die "Falken" im britischen Lager ihre eigenen "Tauben" genauso hinters Licht führen wie die Gefangenen. Aber schon bei der Darstellung der Zustände während des Decken- und anschließenden Dreckstreiks, der dem Hungerstreik vorausging, ist die Inszenierung von Feigheit bestimmt: So schön hat Scheiße an Gefängniswänden wohl noch nie ausgesehen wie in diesem Film; selten wurde so dekorativ gehungert, selten glich Bobby Sands Jesus mehr als hier, was auch noch im Dialog ausgesprochen wird. Wirklich unerträglich wird "Mütter und Söhne" jedoch in der Darstellung des republikanischen Umfeldes: Der lokale Sinn Fein-Vorsitzende, mit dem Kathleen in Kontakt kommt, scheint eher einem Handbuch für probritische Propaganda denn der Realität entsprungen zu sein: eiskalt und machtgierig wird uns da einer vorgestellt; einer der bereit ist, für seine - offensichtlich fluchwürdigen - Ziele über die Leichen hilfloser Gefangener zu gehen. Die Figur erinnert extrem unheilvoll an den bösen IRA-Mann in "Im Namen des Vaters", der sich an dumpf-stereotyper Gewaltverherrlichung nichts nimmt mit Hollywoods Psychopathen in "Patriot Games" und "Blown Away". Hier führt der Film sich zudem vollends ad absurdum: Zeigt er doch kurz zuvor, daß die Initiative zum Hungerstreik eindeutig von den Gefangenen ausging und nicht von der IRA oder Sinn Finn. Das ist auch historisch korrekt. Im August 1981 erklärte ein IRA-Sprecher gegenüber der "An Poblacht" (Republican News): "Wir waren nicht mit dem Beginn des Hungerstreiks einverstanden: aus brüderlicher Sorge um unsere Genossen, aus strategischen und politischen Erwägungen - nach unserer Einschätzung der politischen Situation in Irland werden die britischen Interessen durch die Loyalisten vertreten, aber auch von denen, die vorgeben, ins nationalistische Lager zu gehören. Um eine Reaktion der Briten zu erzielen, müßte man erst die Elemente innerhalb des Nationalistenlagers, deren Interessen mit denen der Briten identisch sind, dazu bringen, zu reagieren." (Aus der Erklärung der IRA zum Hungerstreik, zitiert nach "Sinn Fein I.R.A. 1981" Hrsg: Anti-H-Block- und Armagh-Komitee Frankfurt 1981)

Und auch sonst ist das republikanische Milieu eindeutig nicht die Heimat Terry Georges. Was dem Film vor allem fehlt, ist ein Gespür für die Kraft, Würde und Entschlossenheit, die etwa die Angehörigen der politischen Gefangenen während des Hungerstreiks oder anderer Auseinandersetzungen ausstrahlten. Wer seinerzeit die Mütter und Väter der Opfer von Plastikgeschossen auf Solidariätsveranstaltungen hierzulande erlebt hat, wird in Terry Georges Figuren so gut wie nichts von dieser Ausstrahlung spüren. Auch fehlt dem Film völlig die Verbindung zur aktuellen Situation in Nordirland und zur immerhin mehrere Jahre währenden Vorgeschichte der Auseinandersetzungen um den Status der IRA-Gefangenen. George und sein Produzent und Co-Autor Jim Sheridan behandeln den Konflikt so, als seien Sinn Fein, die IRA und die britische Kolonisation Nordirlandd ein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte; Sozialdemokraten eben.

lg/om aus Köln

Anmerkungen:

1) Mitglieder von Aufstandsbekämpfungstruppen der Regierung.

36. Furcht vor toter Journalistin. Buch von Lissy Schmidt in der Türkei beschlagnahmt

Autor: Thomas W. Klein · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak401/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:31

Vor drei Jahren, im April 1994, wurden in Kurdistan die deutsche Journalistin Lissy Schmidt und ihr Begleiter erschossen. Zu Beginn des Jahres 1997 wurden in der Türkei alle Ausgaben ihres Buches "Wie teuer ist die Freiheit - Reportagen aus der selbstverwalteten kurdischen Region 1991-1993" beschlagnahmt und wegen "separatistischer Propaganda" verboten.

In diesem Buch berichtet Lissy Schmidt vor allem über die Nöte und Schwierigkeiten beim Aufbau der selbstverwalteten kurdischen Region im Nachbarland Irak. Doch auch diese Erfahrungen und Gedanken sind den Machthabern in der Türkei offenkundig ein Dorn im Auge. Lissy Schmidt war zu Lebzeiten den Regierungen der Länder in dieser Region (Türkei, Iran, Irak) eine unerwünschte Beobachterin, und selbst ihre journalistische Hinterlassenschaft hat nun Zensur und Verfolgung zur Folge: Der Verleger des Buches in der Türkei muß mit einer Anklage rechnen.

Unerwünschte Person

Im Frühjahr 1992 erklärt die Türkei Lissy Schmidt zur "unerwünschten Person" und verweist sie des Landes. Unerwünscht sind ihr kritischer Journalismus und vor allem ihre Reisen in die kurdischen Provinzen des Landes (Nordkurdistan). Unerwünscht sind auch ihre Beharrlichkeit und ihr Mut, trotz Einschüchterungen und deutlicher Drohungen immer wieder über die Situation in den von Militärs abgeriegelten "verbotenen Gebieten" zu berichten und damit Zeugin eines grausamen Krieges in Kurdistan zu werden.

Als sie 1984 nach Jahren friedenspolitischen Engagements in der Bundesrepublik beschließt, in die Türkei zu gehen, lebt sie zunächst in Istanbul. Einer ihrer ersten Arbeitsschwerpunkte ist "Folter in der Türkei". Nach dem blutigen Militärputsch im September 1980 setzen die Generäle ganz offen auf die Zerschlagung und Vernichtung der politischen Opposition: Im ganzen Land gibt es Razzien, Morde in Polizeistationen und Gefängnissen, und mehrere tausend Menschen verschwinden "spurlos". Diese Politik steht in den Jahren danach einem Ausbau der deutsch-türkischen Beziehungen nicht im Wege. Lissy Schmidt weist in ihren Artikeln auf die Gewährung von Polizei-, Rüstungssonder- und NATO-Militärhilfen durch die Bundesregierung auf der einen, und die Unterdrückung in der Türkei auf der anderen Seite hin und wird damit für Ankara und Bonn zu einer kritischen, unbequemen Berichterstatterin. Während in der Bundesrepublik sehr schnell von einer "Normalisierung" die Rede ist und selbst schwerste Menschenrechtsverletzungen beim NATO-Partner auf politischer Ebene nur am Rande (wenn überhaupt) zur Sprache kommen, erlebt sie hautnah, wie die Situation in der Türkei tatsächlich ist: Als sie Mitte der achtziger Jahre in Istanbul bei einem Verlag mitarbeitet, der Bücher mit Recherchen zu "Verschwundenen" herausgibt, erhält der Verleger Morddrohungen und muß fliehen. Auch in der deutschen Presse finden derartige Berichte oft keine Beachtung. Nur wenige Zeitungen sind bereit, ihre Erlebnisse und Erfahrungen abzudrucken. Zu dieser Zeit berichtet sie für die taz, später arbeitet sie als freie Journalistin für die Frankfurter Rundschau. Auch im ak erscheinen unter den Pseudonym Milena Ergen Artikel von ihr.

Im Jahr 1988 verlagert sich ihr Lebens- und Arbeitsschwerpunkt: Sie arbeitet kurze Zeit für die türkische Wirtschaftszeitung "Panorama", die wegen ihrer kritischen Berichterstattung immer wieder von den Behörden beschlagnahmt wird. Mehr denn je ist sie dann nach ihrem Umzug von Istanbul nach Diyarbakir (Kurdistan) auf drastische Weise mit den Zuständen im Land konfrontiert. Die nun beginnende Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtsverein in Diyarbakir bedeutet, daß sie von unzähligen Fällen verschleppter, gefolterter und ermordeter Menschen erfährt. Durch ihr Pendeln zwischen Frankfurt a.M. und Kurdistan hat sie die Situation dort und die Berichterstattung und offizielle Darstellung darüber in der Bundesrepublik stets vor Augen. Und genau das wird eine wichtige Triebfeder ihres engagierten Journalismus: Den regierungsamtlichen Darstellungen, der Gleichgültigkeit oder dem fehlenden Einblick eigene Recherchen und Erfahrungen entgegenzustellen. Wie notwendig es ist, das Bewußtsein dafür wach zu halten, daß auch nach einer von der Politik verkündeten "Normalisierung" dennoch schlimmste, von staatlichen Organen verübte Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, zeigt sich immer wieder aufs Neue, wenn Bonn sich zu Stellungnahmen genötigt sieht.

Nachdem in einem 1988 erschienenen Bericht von amnesty international eine niederschmetternde Bilanz gezogen wird: "Seit 1980 sind in der Türkei mehr als eine viertel Million Menschen aus politischen Gründen in Haft genommen worden. Gefoltert wurden sie fast alle", entgegnet die ehemalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Irmgard Adam-Schwaetzer: "amnesty sagt, es würde systematisch gefoltert. Diese Hinweise haben wir nicht."

Über die tatsächlichen Zustände vor Ort soll - aus Sicht der Regierenden in Ankara und Bonn - so wenig wie möglich öffentlich werden. In ihren Artikeln setzt sie sich kritisch mit der Situation in der Türkei auseinander und versucht, den Menschen in Kurdistan in der deutschen Öffentlichkeit eine Stimme zu geben.

Von Diyarbakir nach Halabja

Im März 1988 kommt es in Halabja zu dem größten Giftgas-Einsatz nach dem Zweiten Weltkrieg. Der irakische Diktator Saddam Hussein läßt die Einwohner und zahlreichen Flüchtlinge aus der Region mit Giftgas bombardieren. Mehrere Tausend Menschen sterben. Der Angriff ist Teil eines Giftgaskrieges gegen die kurdische Bevölkerung, in dessen Verlauf über 100.000 Kurden auf der Flucht sind. Lissy Schmidt ist eine der ersten, die über diesen Vertreibungs- und Vernichtungskrieg Saddams berichten, und mit ihren Recherchen trägt sie dazu bei, einige brisante Details aufzudecken: Die deutsch-irakische Zusammenarbeit in den Jahren zuvor hat Saddam Hussein zu einem mit Giftgas ausgestatteten Kriegsherrn werden lassen. Vom Bau der C-Waffen-Fabrik Samarra, über Ausbildung und Lieferung von Laborgeräten, Klimaanlagen, Chemietechnik und den Grundstoffen zur Herstellung des Giftgases ist alles fest in deutscher Hand.

Lissy Schmidt bereist ab Anfang der neunziger Jahre die kurdischen Gebiete im Iran, Irak und der Türkei: Für einige Jahre ist sie die einzige Journalistin, die sich dauerhaft in Kurdistan aufhält. Nach dem Beginn des 2. Golfkriegs im Januar 1991 fährt sie nach Irakisch-Kurdistan und ist zwei Monate später beim Aufstand der Kurden gegen das Saddam-Regime zugegen. Einen Peschmerga, der aus dem syrischen Exil in die befreite Stadt Zaxo gekommen ist, läßt sie Bilanz ziehen: "Wie sollen wir das bewerten, daß die Staaten, die Saddam Hussein die Waffen gegeben haben, jetzt über humanitäre Hilfe reden? Was für eine Chance haben wir, in dieser Welt Solidarität zu finden?"

Angekündigter Völkermord

Im Mai 1991 wird Lissy Schmidt im Irak festgenommen. Nach fünf Tagen mit harten Verhören zunächst in Kirkuk und dann in Bagdad wird sie nach Jordanien ausgewiesen. Sie reist wieder in die Türkei und wird dort kurz darauf ebenfalls verhaftet: Von Vedat Aydin, dem Vorsitzenden der kurdischen Partei HEP in der Provinz Diyarbakir, der von der Polizei verschleppt und kurz darauf ermordet aufgefunden wurde, wollen Tausende Menschen am 10. Juli 1991 öffentlich Abschied nehmen. Während der Trauerfeierlichkeiten schießen türkische Sondereinsatzkommandos in den Trauerzug und töten mehrere Menschen. Lissy Schmidt, die sich in dem Trauerzug aufhält, wird von Angehörigen der Spezialkommandos traktiert und festgenommen. Auf Intervention der Europaparlamentarierin Claudia Roth und der Deutschen Botschaft wird sie aus der Haft entlassen. Später wird deutlich: Dieses Engagement hat verhindert, daß sie einfach "verschwindet".

Im Frühjahr 1992 fährt sie wieder in die kurdischen Gebiete der Türkei. Sie ist als Begleiterin einer Delegation von Rechtsanwälten und Parlamentariern unterwegs, die zur Beobachtung der kurdischen Newroz-Feiern in die Türkei reisen. Erneut wird sie verhaftet und ausgewiesen. Ab diesem Zeitpunkt kann sie nicht mehr in der Türkei arbeiten. Nachdem alle Einschüchterungen, Drohungen und sogar Mißhandlungen durch paramilitärische Polizeieinheiten ihre journalistische Arbeit nicht haben stoppen können, wird ein generelles Einreiseverbot verhängt. In ihrem letzten in der Türkei geschriebenen Artikel weist sie auf bedrohliche Entwicklungen hin, die später tatsächlich traurige Realität werden: Ende März bombardiert die türkische Armee kurdische Dörfer und Städte und leitet eine militärische Eskalation des Krieges ein, die zu einer rapide ansteigenden Zahl von Toten, Vertriebenen und Verschleppten führt: Chronik eines angekündigten Völkermordes. Die türkische Regierung setzt auf die "Endlösung des Problems" (Tansu Ciller), eine Formulierung, die in der deutschen Öffentlichkeit aufhorchen ließ, aber nichts daran änderte, daß die Bundesrepublik ab dieser Zeit, noch vor den USA, der Hauptwaffenlieferant der Türkei wird und unbequeme Berichterstattung mundtot gemacht wird.

Mord in Südkurdistan

Lissy Schmidt geht 1992 wieder nach Südkurdistan, pendelt zwischen Frankfurt a.M. und Arbil, der "Hauptstadt" der selbstverwalteten Region im Norden Iraks. Sie baut das Büro von medico international in Rania auf und setzt sich aktiv für die Arbeit internationaler Hilfsorganisationen ein. Zuletzt arbeitet sie für die Nachrichtenagentur Agence France (afp).

Am Ostersonntag 1994 werden Lissy Schmidt und ihr kurdischer Begleiter Aziz Kader Faraj auf einer Straße in der Nähe der Stadt Sülaymania erschossen. Die Attentäter werden später festgenommen und geben an, für den irakischen Geheimdienst zu arbeiten. Ob diese Angaben stimmen, ist ungewiß: die Auftraggeber der Mordtat bleiben vermutlich für immer im Dunkeln.

Thomas W. Klein

Der Artikel wurde redaktionell überarbeitet und gekürzt.

37. Dr. Seltsam klont Umberto Eco. Ergänzung zu "Klon-Schaf Dolly: Na und" in ak 400

CD-Datei: daten/aksuche/ak401/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:10

LeserInnenbriefe

Autonom = Autonom?

Betr.: Castor ins Zwischenlager durchgeprügelt

Mit großem Interesse habe ich in ak 400 Eure Reportage über den Castortransport gelesen, welche den tatsächlichen Ereignissen auch sehr nahe kommt. Als mensch aus dem Quickborner Lager habe ich allerdings doch ein, zwei Anmerkungen zu machen:

Erstens spreche ich Euch und jedem/jeder anderen das Recht ab, "autonom" zu definieren und, wie Ihr getan habt, alle Menschen und Aktionen aus Quickborn als Dilettanten zu diffamieren (die Montagsunterbuddelung z.B. ging von diesem Lager aus). Das größte Problem des Plenums war es, daß die Spaltung in "Militante" und "peaceneaks" in unserem Lager komplett vollzogen war und sich an erzielte Kompromisse (geschlossener Zug auf die Straße am Dienstag) seitens der "Gewaltfreien" nicht gehalten wurde. Statt dessen wurde der Zug gespalten, und so war die Einkesselung möglich. Die UnterstützerInnen außerhalb des Kessels waren zum Teil Initiatoren eines Ausbruchs aus dem Kessel, also durchaus nicht nur ZuschauerInnen. Abgesehen davon finde ich Eure Hierarchisierung in "gute" (tausendmal x quer) und "schlechte" (Lager Quickborn) Castorgegner der Sache selbst und der Anti-Spaltung nicht dienlich. Mein Respekt und meine Anerkennung gilt allen Widerstandsformen, ob erfolgreich oder nicht. So, genug gemotzt, freu mich natürlich auf Eure klasse Zeitung.

Mit solidarischen Grüßen

M.M.

Anmerkungen der Redaktion:

Erstens: Völlig korrekt - Wir haben in der Tat nicht das Recht, "autonom" zu definieren. 'tschuldigung.

Zweitens: Einspruch - Das Scheitern der Aktion am Dienstag auf die "Spaltung" in "militante" und "gewaltfreie" Aktive zurückzuführen und den "Gewaltfreien" auch noch die Hauptschuld zuzuschreiben, geht an den beobachteten Tatsachen u.E. vorbei. Alle zusammen haben sich einkesseln lassen.

Drittens: Nochmals Einspruch - Nur eine winzig kleine Handvoll von Leuten hatte mit dem "Ausbruchsversuch" zu tun.

Viertens: Ganz entschiedener Widerspruch - Wir haben mit keinem Wort eine Einteilung in "gute" und "schlechte" CastorgegnerInnen vorgenommen. Wir haben lediglich eine Einschätzung der Wirksamkeit des konkreten Widerstands geliefert. Und da schneiden in diesem Falle u.E. die "Gewaltfreien" nun einmal sehr viel besser ab ...

Stimmt nicht

Betr.: Stalinismus und Antisemitismus (ak 400)

In der Buchvorstellung "Stalinismus und Antisemitismus" steht der Satz: "Jüdische Bürger der Sowjetunion wurden im Paß als solche gekennzeichnet, ohne daß ihnen jedoch das Recht auf ein eigenes Territorium zugestanden worden wäre".

Das stimmt überhaupt nicht. Schon bald nach der Gründung der SU wurde das autonome Gebiet der Birobidshan geschaffen, in dem 3 - 4 Millionen Sowjetbürger jüdischer Herkunft lebten (oder leben). Es liegt an der Grenze zu China, etwa 700 km nordwestlich von Wladiwostok. Man kann das in jedem bürgerlichen Atlas nachlesen. Vor Jahren hat auch das Heft: "SU-heute" darüber einen Bericht veröffentlicht. Dieser war freilich wie üblich geschönt, da die unwirtschaftlichen Verhältnisse dieses Landes unterschlagen wurden, aber hat sich nicht gezeigt, daß Palästina für die Juden noch unwirtlicher ist?

Rote Grüße

H.S.

38. Quelldatei 30.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak401/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:30

Kalender

Prison Watch

Das neu gegründete Gefängnisbeobachtungskomitee "Prison Watch International" will zum 1. Mai eine Delegation nach Istanbul schicken. In den letzten Jahren hat es anläßlich der 1.-Mai-Demonstrationen in Istanbul Tote durch Übergriffe des Militärs gegeben. "Prison Watch" ruft dazu auf, sich an der Delegation zu beteiligen.

Infos über das "Prison Watch" Büro in Köln: Tel.: 0221-7607656.

Südafrika

Vom 9.4.-28.4. findet eine Veranstaltungsreihe zu Südafrika statt. Einen Schwerpunkt stellt die Situation der Frauen dar.

Hamburg, 17.4., 18 Uhr. Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12: "Selbst ist die Frau", Ausstellungseröffnung mit afrikanischem Essen; 19.30 Uhr: Diskussion: Keine Lust auf authentisch - Debatte zum Kult des Authentischen und Mythen von der afrikanischen Frau.

28.4. 19.30 Uhr (nach dem afrikanischen Essen) Diskussion: "Selbst ist die Frau" - die südafrikanische Frauengewerkschaft SEWU.

Lesungen und Lesereisen

Rebellion der Habenichtse

ist der Titel einer Leserundreise unseres Autoren Boris Kanzleiter, auf der er über das Treiben der deutschen Kaffeebarone in Chiapas/Mexiko berichtet.

Vom 24.4. bis 29.5. an verschiedenen Orten in der BRD (24.4. Berlin, Humbold-Uni; 25.4. Hamburg, Antifa Cafe Brigittenstr.; 26.4. Bremen, Überseemuseum etc.).

Infos und Termine über: ID-Archiv, Tel.:030-6947703, Fax: 030-6947806 oder über die örtlichen Szene-Veranstaltungshinweise.

Johannes Agnoli

stellt sein Buch "Subversive Theorie" vor. In "Subversive Theorie" - einem Gang durch durch Philosophiegeschichte und Geschichte von Sozialrebellion - versammelt er zentrale Motive seines oppositionellen Denkens und gruppiert sie um den Begriff der "Subversion".

Hamburg, 28.4., 20 Uhr. Heinrich Heine, Schlüterstr. 1

Peter Paul Zahl

liest auf dem 2. linken Antiquariatsmarkt aus seinem Roman "Die Glücklichen". Drei Tage lang präsentieren drei Antiquariate aus Bonn 20.000 Bücher aus linken BRD- und DDR-Verlagen.

Bonn, 9.-11.5. 10-18 Uhr. Anmeldung über: Che & Chandler, Breite Str. 47, 53111 Bonn, Tel.: 0228-632366, Fax: 0228-634968.

Faktor Arbeit

Arbeit ist zum zentralen Thema der neunziger Jahre in Deutschland avanciert, soziale Kämpfe werden zunehmend brutaler. Faktor Arbeit ist eine Ausstellung, die neben zahlreichen Künstlerbeiträgen einen kurzen Abriß der Geschichte der Arbeit im 20. Jahrhundert liefert und konkret auf die derzeitige Arbeitslosigkeit in Brandenburg eingeht. "Runde Tische" zu Arbeit(slosigkeit) finden begleitend zur Ausstellung statt.

Ausstellung: Berlin, 26.4.-1.6., 12-18.30. Neue Gesellschaft für bildende Kunst e.V., Oranienstr. 25.

Runde Tische: 28.4., 19.30 Uhr. Oranienstr.: "Kunst und Ökonomie.";

5.5., 16 Uhr, Gipsdreieck in Berlin-Mitte, zwischen Auguststr. und Gipsstraße: "Wieviel Arbeitslosigkeit (v)erträgt das Land?"

12.5., 16 Uhr. Hallesches Tor.: "Und plötzlich bist Du arbeitslos!"

Sozialhilfe

Die Arbeitgeber senken die Löhne und versprechen Arbeitslosen, daß "solidatisch" geteilte Löhne zu mehr Arbeitsplätzen führen. Unter dem Motto "Arbeiten für 'nen Appel ohne Ei" sollen "Gegenstrategien zur Niedriglohnrepublik" entwickelt werden.

Frankfurt/M., 3.5., 10 Uhr. DGB-Haus Frankfurt/M., Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77.

"Jeder Mensch hat einen Namen"

Anläßlich des jüdischen Holocaust-Gedenktages findet tagsüber die öffentliche Namenlesung auf dem Ort der ehemaligen Bornplatzsynagoge, dem heutigen Joseph-Carlebach-Platz, statt. Aus vorhandenen Quellen werden mehr als 11.000 Namen ehemaliger Bürger der Hansestadt gelesen.

Die Namen vieler Opfer des Dritten Reiches kann man bereits heute nicht mehr ermitteln. Es soll der Opfer unabhängig ihrer Religion, Herkunft, politischen oder gesellschaftlichen Auffassung gedacht werden.

Hamburg, 5.5., Grindelhof/Joseph-Carlebach-Platz.

BUKO 21 - Gegenmacht von unten

Der 21. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen hat dieses Mal die Themen: Entwicklungskritik und internationale Solidarität, Entmachtung des Nordens, Rechtlos auf Arbeit, Existenzrecht auf soziale Netze, Emanzipation neu denken.

Paderborn, 29.5. - 1.6.97. Anmeldung und Infos: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32, 22765 Hamburg. Tel.: 040-393156, Fax: 040-3907520.

Kindervisum

Ein Gespräch mit Nadine Gevret ("off limits") und Hamburger Linken über den ausbleibenden Widerstand gegen staatlichen Rassismus hier und den Protest großer Bevölkerungsgruppen andernorts, z.B. in Frankreich.

Hamburg, 18.4., 20 Uhr. Haus Drei, Hospitalstr. 107.

39. Quelldatei 37.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak401/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:401:37

50 Jahre VVN

"Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel." Die Zeilen aus dem Schwur von Buchenwald sind unverändert aktuell. "Zukunftsentwurf Antifaschismus" nennt Ulrich Schneider deshalb sein Buch zum 50jährigen Bestehen der VVN, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Es ist nicht nur eine Chronik der Arbeit der VVN, sondern auch ein kritischer Kommentar zur Geschichte der BRD; ein Kommentar nicht nur in Worten, sondern auch in unzähligen Fotos und Faksimiles.

Ulrich Schneider: Zukunftsentwurf Antifaschismus. 50 Jahre Wirken der VVN für "eine neue Welt des Friedens und der Freiheit"; Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger, Bonn; 248 Seiten, über 300 Abbildungen, Großformat, gebunden, 38 DM

10 Jahre Auschwitz-Komitee

Am 7. November 1996 feierte das Auschwitz-Komitee sein zehnjähriges Bestehen. Das im März erschienene Mitteilungsblatt des Komitees enthält nicht nur Rückblicke auf die geleistete Arbeit. Auch die noch laufende Kampagne für die Entschädigung aller ehemaligen Siemens-ZwangsarbeiterInnen wird in dem Heft vorgestellt. Der umfangreichste Beitrag stammt von Otto Köhler. Es ist die Rede, die er auf der Jubiläumsveranstaltung im November hielt. Darin geht es u.a. um einen Rückblick auf zehn Jahre Geschichtsrevisionismus (1986 begann der "Historikerstreit"), um deutsche Großmachtpolitik und um den Historiker Hans Mommsen, der im Auftrag von VW die "lückenlose Aufklärung" der Geschichte des Volkswagenwerkes und seiner Zwangsarbeiter besorgen sollte.

Auschwitz-Komitee in der BRD e.V.: Mitteilungsblatt März 1997; 24 Seiten gegen Spende auf das Konto Nr. 601702-206 bei der Postbank Hamburg, BLZ 20010020; zu bestellen beim Auschwitz-Komitee, Brödermannsweg 73a, 22453 Hamburg

Ein Strich durchs Vergessen

Eine besondere Form der Erinnerung an die Opfer des Nazi-Terrors stellt der Rom e.V. Köln in seiner Broschüre "Ein Strich durchs Vergessen" vor. Sie dokumentiert Arbeiten des Kölner Künstlers Gunter Demnig, der "dem Ritual öffentlichen Abfeierns an starren Kalendertagen des Terrors die alltägliche Konfrontation und Provokation entgegenstellt". Zum Gedenken an die aus Köln deportierten Roma und Sinti zog Demnig quer durch die Stadt eine Lackspur mit der immer wiederkehrenden Aufschrift "Mai 1940 1000 Roma und Sinti". Auf "Stolpersteinen" wurde der gleiche Text in die Gehwege eingelassen. Vor der Zentrale der Stadtverwaltung, die die Deportation 1940 mitorganisierte, liegt jetzt der von Demnig eingelassene Pflasterstein mit dem Erlaß Himmlers vom 16.12.1942, der die Deportation der Roma und Sinti nach Auschwitz befahl. Die Broschüre enthält zahlreiche Abbildungen, die nicht nur Demnigs Werke, sondern auch den Künstler bei der Arbeit zeigen.

Rom e.V. (Hrsg.): Ein Strich durchs Vergessen; 52 Seiten, 6 DM; Rom e.V., Bobstr. 6-8, 50676 Köln

Militarisierung der BRD

Wichtige "Daten und Fakten zur Militarisierung der Bundesrepublik Deutschland" enthält die März-Ausgabe der antimilitarismus information (ami). U.a. werden die Auslandseinsätze der Bundeswehr übersichtlich zusammengestellt: In einer zweispaltigen Chronologie sind links die relevanten Einsätze, rechts die innenpolitischen Auseinandersetzungen skizziert. In einem anderen Artikel geht es um die Bedeutung der westlichen Interventionsbündnisse NATO und WEU, um die NATO-Osterweiterung und um drohende Konflikte. Bis auf weiteres scheint festzustehen: "Die Interventionspläne der Militärs richten sich nach Süden, nicht nach Osten."

antimilitarismus information (ami) Heft 3, März 1997: Daten und Fakten zur Militarisierung der Bundesrepublik Deutschland; 78 Seiten, DM 3,50 (plus Porto); ami-Verlag, Elßholzstr. 11, 10781 Berlin

Terror gegen Arme

Schwerpunktthema der ila (März-Ausgabe) ist der "Terror gegen Arme", u.a. in El Salvador, Kolumbien und Argentinien. Klaus Hart beschreibt die Situation in den brasilianischen Gefängnissen, die er als "steinerne Särge" bezeichnet. Die Haftbedingungen zielen auf die Zerstörung der Häftlinge; der typische Gefangene ist "dunkelhäutig und jünger als 25 Jahre". "Folter ist üblich", wird eine Gefangenenseelsorgerin zitiert; Massenvergewaltigungen sind alltäglich. Laut Statistik kommt es jeden Monat zu drei großen Häftlingsrevolten, die meisten werden der Öffentlichkeit verheimlicht.

ila - Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, Nr. 203 (März 97): Terror gegen Arme; 60 Seiten, 8 DM; ila e.V., Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn

Lateinamerikanischer Fußball

Die Lateinamerika Nachrichten setzen in ihrer April-Ausgabe (Schwerpunkt: Berlinale-Rückblick - lateinamerikanische Filme) die Berichterstattung über den Stand lateinamerikanischer Ballkunst fort. Es geht um die Qualifikation zur Fußballweltmeisterschaft 1998, bei der es - siehe das "Skandalspiel" Bolivien gegen Argentinien - die Favoriten nicht immer leicht haben. Argentinien, so scheint es, verzettelt sich derzeit in einem "Kampf gegen die Haare": Trainer Pasarella, Intimfeind des großen Maradona, mag keine Langhaarigen. Seine erste Amtshandlung bestand in der Erklärung: Spieler mit Ohrringen hätten in der argentinischen Nationalmannschaft nichts mehr zu suchen. Der Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion hat viele Gesichter...

Lateinamerika Nachrichten 274 (April 1997), 66 Seiten, 7 DM; Lateinamerika Nachrichten, im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Schöner Wohnen

Um Flüchtlingsunterkünfte und Lagerunterbringung geht es in der Nr. 17 der antirassistischen Zeitschrift off limits. "Kann man überhaupt vom Wohnen sprechen, wenn es um die Unterbringung von Flüchtlingen in diesem Land geht?" fragt die Redaktion. Wohl kaum: "Gefangen zwischen Kasernierung und Obdachlosigkeit, die es in ihrem Fall offiziell nicht geben darf, haben die Flüchtlinge höchstens den Anspruch auf einen Schlafplatz, egal unter welchen Bedingungen und welchen Auflagen." In den Artikeln zum Schwerpunktthema geht es u.a. um Luxusmieten für Notbehausungen, die Verwahrung minderjähriger Flüchtlinge, Kirchenasyl und Flüchtlingslager in Schleswig-Holstein.

off limits Nr. 17 (Februar/März 97): Schöner Wohnen für alle; 44 Seiten, 6 DM; off limits c/o Haus für Alle, Amandastr. 58, 20357 Hamburg